

KfK 3342

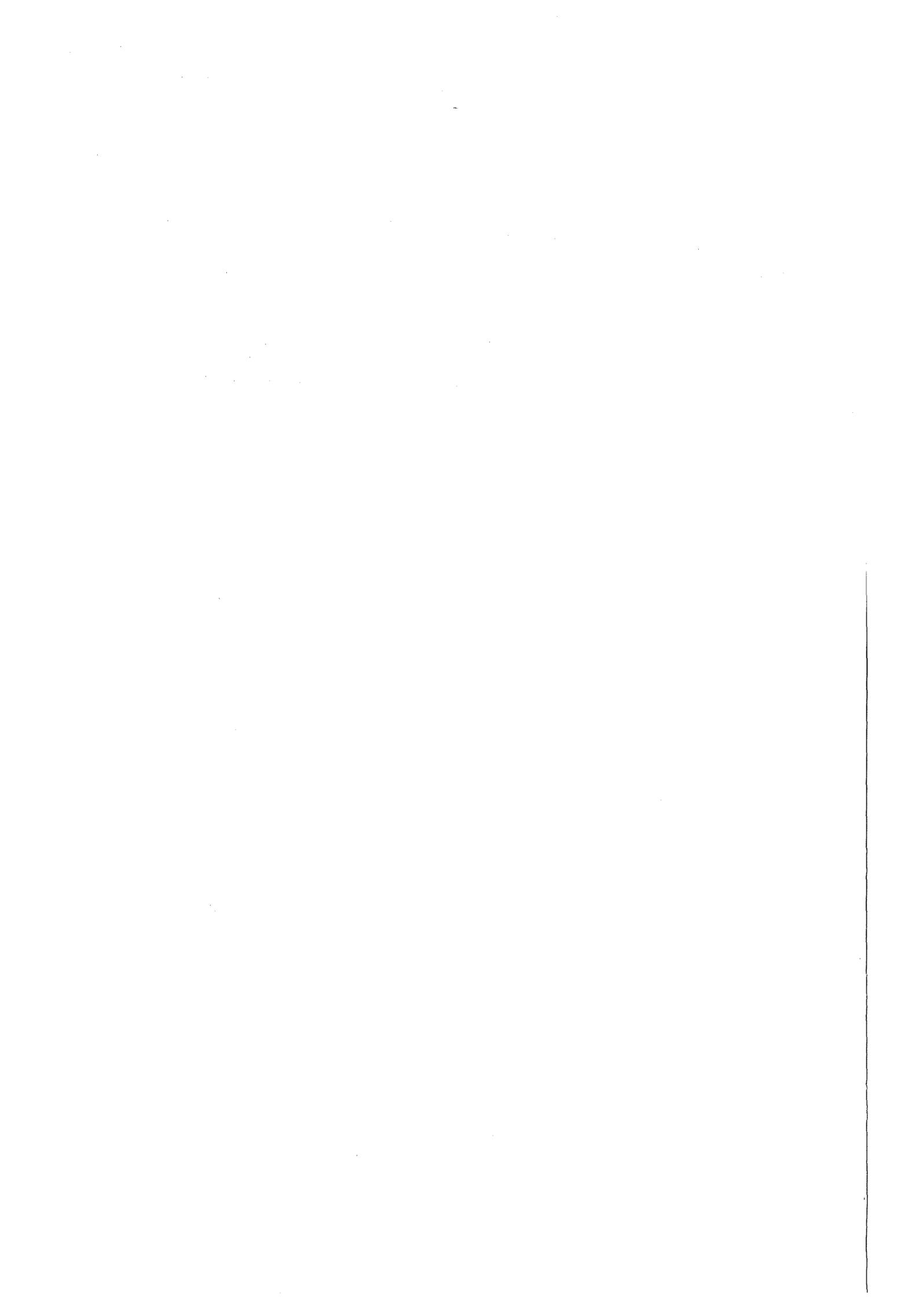
Mai 1983

Großtechnologien in der gesellschaftlichen Kontroverse

**Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung
zu Energiepolitik, Kernenergie und Kohle**

**G. Frederichs, G. Bechmann, F. Gloede
Abteilung für Angewandte Systemanalyse**

Kernforschungszentrum Karlsruhe



KERNFORSCHUNGSZENTRUM KARLSRUHE

Abteilung für Angewandte Systemanalyse

KfK 3342

GROSSTECHNOLOGIEN IN DER GESELLSCHAFTLICHEN KONTROVERSE

Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu
Energiepolitik, Kernenergie und Kohle

G. Frederichs, G. Bechmann, F. Gloede

Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe

Als Manuskript vervielfältigt
Für diesen Bericht behalten wir uns alle Rechte vor

Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH
ISSN 0303-4003

GROSSTECHNOLOGIEN IN DER GESELLSCHAFTLICHEN KONTROVERSE

Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Energiepolitik, Kernenergie und Kohle

Zusammenfassung

Die Formierung neuer sozialer Bewegungen, die die Technikkritik zu einem gesellschaftlichen und politischen Thema machen, wird zum Anlaß genommen, die gesellschaftlichen Dimensionen des Technologiekonflikts und dessen Anbindung an Prozesse des sozialen Wandels empirisch zu erfassen. In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin wurden zu den Themenschwerpunkten Energiepolitik, Kernenergie und Kohle charakteristische Meinungstrends in Bevölkerungsgruppen erhoben und zu sozialstrukturellen Faktoren in Beziehung gesetzt. Neben einer eher 'populistischen' Umweltkritik stellt sich die Industrialismuskritik als relevantes übergreifendes Bewertungsmuster bei der Beurteilung technologiepolitischer Fragen heraus. Es ergeben sich drei Kritikströmungen, die die öffentlichen Auseinandersetzungen um Energietechnologien strukturieren: Eine technologiespezifische Kritik, eine aus der Industrialismuskritik abgeleitete generalisierende Kritik und eine unter dem Einfluß postmaterialistischer Wertorientierung sich radikalisierende Kritik.

BIG TECHNOLOGIES IN THE PUBLIC CONTROVERSY

Results of an opinion survey on energy policy, nuclear energy and coal

Abstract

The formation of new social movements which have rendered the criticism of technological development a societal and political issue, was the motive for empirically testing the societal dimensions of the conflict over technology and its linkage with processes of social change. A representative survey of 2000 people living in the Federal Republic of Germany and West Berlin showed characteristic opinion trends among groups of the population concerning the central topics energy policy, nuclear energy, and coal, and these are related to social-structural factors. Critique of industrialism proves to be - apart from a more "populistic" environmentalist attitude - a relevant factor for evaluating issues of technology policy. Three main critical trends emerge which structure the public debate about energy policy: a critique which is technology specific, a generalising criticism derived from critique of industrialism, and an increasingly radical criticism guided by post-materialistic value orientations.

	Seite
4. <u>Energiepolitik als Konfliktfeld</u>	54
4.1 Energiepolitische Kritik und ihre Träger	57
4.2 Energiepolitische Kritik in ausgewählten Gruppen	61
4.3 Die sozialstrukturelle Resonanz der Kritik	69
4.4 Energiepolitische Meinungen und die traditionellen Cleavages	74
4.4.1 Parteienpräferenz und energiepolitische Haltung	75
4.4.2 Konfessionszugehörigkeit und energiepolitische Haltung	77
4.5 Zusammenfassung	78
5. <u>Aspekte der Kernenergiekontroverse</u>	80
5.1 Kritische Themen der neuen sozialen Bewegungen	81
5.1.1 Risiko	81
5.1.2 Umwelt	84
5.1.3 Politische Legitimation	86
5.1.4 Ethische Verantwortung	88
5.1.5 Zusammenfassung	89
5.2 Die kernenergiepolitische Diskussion im engeren Sinne	91
5.3 Die technologiespezifische und die generalisierte Beurteilung der Kernenergie	96
5.4 Sozialstrukturelle Faktoren und die Haltungen zur Kernenergie	103
5.5 Zusammenfassung	114
6. <u>Dimensionen der Kohle-Beurteilung</u>	116
6.1 Themenschwerpunkte der Kohle-Diskussion	118
6.2 Beantwortung der Kohle-Statements und Kohle-Positionen	125
6.3 Kohle-Positionen und ihr sozio-politischer Kontext	127
6.4 Wird es Proteste gegen die Kohle geben?	141
6.5 Determinanten der Kohle-Beurteilung	156
6.5.1 Die Haltung zur Kernenergie als wichtigster Faktor der Kohle-Beurteilung	156
6.5.2 Zur Anbindung der Kohle-Positionen an das etablierte Parteiensystem	161
6.5.3 Zur Bedeutung von Geschlechtsrolle und persönlicher Betroffenheit für die Kohle-Beurteilung	164
6.5.4 Sozialstrukturelle Determinanten der Kohle-Beurteilung	165
6.5.5 Generalisierte Kritikperspektiven in der Kohle-Beurteilung	168
6.6 Zusammenfassung	170

	Seite
7. <u>Industrialismuskritik als ideologische Konzeptualisierung von Politik und das Konfliktpotential der Industrialismuskritiker</u>	173
7.1 Industrialismuskritik als durchgängiges Interpretationsmuster	173
7.1.1 Zur systematischen Bedeutung der Kategorie "Industrialismuskritik"	173
7.1.2 Theoretischer Rahmen und Dimensionen der Industrialismuskritik	175
7.1.3 Funktionen der Industrialismuskritik	182
7.2 Die Operationalisierung der Industrialismuskritik	184
7.3 Zur empirischen Analyse der Industrialismuskritik	193
7.3.1 Konsistenz, Radikalität und Generalisierung der Kritik	193
7.3.2 Antwortverhalten in den Dimensionen der Industrialismuskritik	195
7.3.3 Industrialismuskritik und Wertorientierungen	198
7.3.4 Sozialstrukturelle Charakteristika der Industrialismuskritiker	200
7.3.5 Konfliktpotential der Industrialismuskritiker	203
8. <u>Industrialismuskritik und die verstärkte Nutzung der Kohle</u>	207
8.1 Industrialismuskritik in der Beurteilung der Kohle	207
8.2 Die Kohle: Ein neuer Konfliktfall?	213
9. <u>Anhang: Fragebogen und Randauszählung</u>	219
10. <u>Literaturverzeichnis</u>	242



Zusammenfassung

In der Abteilung für Angewandte Systemanalyse werden im Rahmen einer Folgenabschätzung und Bewertung von Strategien eines verstärkten Kohleeinsatzes in der Bundesrepublik Deutschland auch die gesellschaftlichen Folgen und insbesondere die Konflikthaftigkeit (das "Konfliktpotential") der beiden Energietechnologien Kernenergie und Kohle untersucht.

Innerhalb dieses Vorhabens wurde im Winter 1980/81 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt, über die in der vorliegenden Studie berichtet wird. Die Befragung untersucht in der Bevölkerung und in ausgewählten sozialen Gruppen die Resonanz der energiepolitischen Diskussion und die Herausbildung spezifischer, möglicherweise konfliktierender Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zu technologiepolitischen Problemen.

In Kapitel 1 werden einleitend die Problemstellung und die Zielsetzung der Untersuchung umrissen. In Kapitel 2 wird eine Darstellung des theoretischen Ansatzes und seine Abgrenzung gegenüber anderen Ansätzen vorgenommen. Für die hier gewählte theoretische Perspektive ist die Formierung neuer sozialer Bewegungen seit den siebziger Jahren ausschlaggebend, die die Technikkritik zu einem gesellschaftlichen und politischen Thema machen. Der theoretische Ansatz stellt daher die gesellschaftlichen Dimensionen des Technologiekonflikts und seine Anbindung an Prozesse des sozialen Wandels in den Mittelpunkt.

Der empirische Ansatz (Kapitel 3) ist dementsprechend darauf zugeschnitten, charakteristische Meinungstrends in Bevölkerungsgruppen zu erheben und unter Zuhilfenahme thematischer und sozial-struktureller Zusammenhänge zu deuten. Diese Vorgehensweise führt bei der Untersuchung allgemeiner energiepolitischer Statements (Kapitel 4) zu dem Resultat, daß in der stark verbreiteten Kritik bezüglich energiepolitischer Fragen unterschiedliche Strömungen festzustellen sind. Neben einer eher "populistischen" Umweltkritik kann die Relevanz der in der energiepolitischen Diskussion sich artikulierenden "Industrialismuskritik" nachgewiesen werden.

Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses treten im Spektrum der Kernenergiekritik drei Strömungen hervor:

eine technologiespezifische Kritik, eine aus der Industrialismuskritik abgeleitete generalisierende Kritik und eine unter dem Einfluß der postmaterialistischen Wertorientierung verstärkte Kernenergiekritik.

Im Gegensatz zur bekannten Dichotomie "Pro und Contra Kernenergie" können fünf ordinalskalierte Positionen der Kernenergiebeurteilung identifiziert werden, wobei die drei mittleren Positionen im Vergleich zu den Extrempositionen als relativ instabil angesehen werden müssen.

Die Beurteilungen der Kohle erwiesen sich im Vergleich zur Kernenergie als kontextabhängiger und weniger direkt durch eine generalisierende Industrialismuskritik oder allgemeine Wertprioritäten determiniert. Dennoch lassen sich wie bei der Kernenergie generalisierende und technologiespezifische Muster unterscheiden. Wichtigster Einflußfaktor auf die Kohlebeurteilung ist die Haltung zur Kernenergie, wobei ein gewisser "Kohlebonus" eine auffallende Rolle spielt. Nachgeordnet sind weiter die Dimensionen der persönlichen Betroffenheit bzw. der Standortproblematik, der Parteienpräferenz, des funktionalen Bezugs zu Technik, Naturwissenschaft und Wirtschaft einerseits, zu Natur und Umwelt andererseits.

In Kapitel 7 wird die besondere Rolle der Industrialismuskritik in den vorangegangenen Kapiteln zum Anlaß genommen, ihre direkte empirische Analyse mit den im Fragebogen enthaltenen Items zu versuchen. Es ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit den theoretisch postulierten Merkmalen, wie Konsistenz, Radikalität und Generalisierung der Kritik. Als elementare Quellen der Industrialismuskritik deuten sich, von einander relativ unabhängig, Gesellschaftskritik einerseits und Umweltkritik andererseits an. Sie vermitteln sich über die Kernenergiekritik und die Bürokratiekritik.

Die hier vorgenommene Operationalisierung ermöglicht anhand energie- und technologiepolitischer Issues (und Inglehartscher Wertprioritäten) eine Abschätzung des Konfliktpotentials einer verstärkten Kohlenutzung (Kapitel 8). Es bestätigt sich, daß die Anwendung industriekritischer Standards auf die Kohle zum Zeitpunkt der Umfrage durch die kontextgebundene Abwägung der energiepolitischen Situation gebrochen war, daß aber der Prozeß der Meinungsbildung zur Kohle bzw. zu einzelnen Kohletechnologien nicht als abgeschlossen angesehen werden kann. Angesichts einer beträchtlichen Konfliktfähigkeit und -bereitschaft der Industrialismuskritiker muß die Möglichkeit von Konflikten

um die verstärkte Nutzung der Kohle in Abhängigkeit von den konkreten technologischen Modalitäten (z.B. Schadstoffrückhaltung, Dezentralisierung) gesehen werden.

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Eine verbreitete Skepsis gegenüber der Kernenergie, Protestaktionen und Versuche, den antinuklearen Widerstand in Verbindung mit der Umweltschutzbewegung zu organisieren, die Entscheidungsunsicherheit politischer und juristischer Instanzen, die Auseinandersetzungen unter den Experten, die Diskussion wissenschaftlicher Methodologie in einem bislang unbekanntem Ausmaß - all dies sind Aspekte und Ausdrucksformen einer Problematik moderner Industriegesellschaften, über deren Gründe, Bedeutung und Tragweite man bisher noch immer wenig weiß.

Die Auseinandersetzung um die Kernenergie ist äußerst vielschichtig und steht unterschiedlichen Deutungen offen: Sie mag verstanden werden als Ausdruck von Ängsten gegenüber unbekanntem und unüberschaubarem Technologien, deren Gefahren scheinbar unterschätzt bzw. aus ökonomischen Interessen heraus geleugnet werden, als Beginn eines Konflikts in hochindustrialisierten Gesellschaften in ganz grundsätzlichem Sinne über den Weg in die Zukunft oder über die Lebensqualität oder als unerwartete, aber unumgängliche Konfrontation mit einer für die Industriegesellschaften noch ungewohnten Situation, in der wie nie zuvor wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Fragen miteinander verknüpft sind. Der Widerstand gegen die Kernenergie wie auch ihre Propagierung und die Resonanz, die diese Auseinandersetzung in allen gesellschaftlichen Bereichen beständig erfährt, verweisen auf eine erhebliche aktuelle wie potentielle Kraft des Konflikts.

Vor diesem Hintergrund sind die Probleme der gegenwärtigen Energiepolitik zu sehen: Die mit der 2. Fortschreibung des Energieprogramms eingeleitete und in den Ministerien, im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit fortgeführte Diskussion über künftige Energieszenarien (z.B. 3. Fortschreibung; Enquêtekommission) enthält als wesentliches Moment die Frage der Integration neuer Energietechnologien in die Gesellschaft.

Nimmt man bei der Untersuchung der sozio-politischen Voraussetzungen und Folgen eines verstärkten Kohleeinsatzes den Konflikt um die Kernenergie als Referenzfall, muß man davon ausgehen, daß mögliche Auseinandersetzungen um die entsprechenden Technologien und Strategien nicht allein aus der unterschiedlichen Perzeption und Bewertung ihrer Risiken interpretiert werden können.

Gerade die Risikodebatte um die Kernenergie hat nämlich gezeigt, daß es eine für alle Individuen und für alle Zeiten gültige Korrespondenz zwischen Risiken und 'Akzeptanz' nicht gibt. Bewertung wie Akzeptanz (energie) - technologischer Prozesse und Risiken hängen vielmehr auch von Interessen, Zielen und Werthaltungen ab, die innerhalb der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden und die sich im Laufe der Zeit verändern können.

Bisher haben Risiko- und Akzeptanzforschung diesen Zusammenhängen wenig Beachtung geschenkt und damit die gesellschaftliche Einbettung von (potentiellen) Konflikten um Energietechnologien unterschätzt. Zu der vorliegenden Untersuchung sollen demgegenüber gesellschaftsstrukturelle Bedingungen (Verschiebung der Produktionsstruktur und Wandlung der Klassen- und Schichtstruktur 'postindustrieller' Gesellschaften; Bedeutungsgewinn sozialer Randgruppen) wie kulturelle Bedingungen (politische Strategien und Ziele, gesellschaftliches Wertsystem und deren institutionelle Verankerung) einer Implementation von Energietechnologien zentral berücksichtigt werden.

1.2 Ziele der Untersuchung

Ein wesentlicher Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist daher die Frage, ob es sich bei der gesellschaftlichen Problematisierung von Energietechnologien um einen neuen sozialen Konflikt handelt, der insofern strukturelle Konsequenzen hätte, als ähnliche Auseinandersetzungen wie bei der Kernenergie auch bei anderen bzw. neuen Großtechnologien aufträten.

Anders ausgedrückt:

Gibt es Ursachen der nuklearen Kontroverse, die nicht ausschließlich die Kernenergie betreffen und deshalb bei anderen Technologien in gleicher Weise zu Widerständen führen können? Wie wahrscheinlich ist es, daß die der Kernenergiekontroverse zugrundeliegenden Ursachen auch bei anderen energie- und technologiepolitischen Entscheidungen zu Akzeptanzproblemen führen? Welches sind die Faktoren, die auch künftig politisch relevant werden könnten? Welche Möglichkeiten gibt es, derartige Konflikte in den politischen Entscheidungsprozeß zu integrieren und einer krisenhaften Entwicklung entgegenzusteuern?

Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die aus den Auseinandersetzungen um die Kernenergie gewonnen werden konnten, sprechen für die Existenz generalisierter Perspektiven. Man kann heute von der These ausgehen, daß der verbreiteten Skepsis gegenüber der Kernenergie gesellschaftliche Wertideen zugrundeliegen, die das Thema Kernenergie transzendieren, daß also hinter der Akzeptanzproblematik Prozesse des gesellschaftlichen Wandels stehen, die sich auf Dauer politische Geltung verschaffen.

Für die Untersuchung gesellschaftlicher Implikationen von Energietechnologien allgemein ist es daher wichtig, zunächst einmal diejenigen sozialen Faktoren zu identifizieren, die für den Ablauf und die Geltung solcher Wandlungsprozesse ausschlaggebend sind. Dazu gehören u.a. die Bedingungen für eine institutionelle Verankerung neuer Wertideen in der Gesellschaft und die Stabilisierung von Organisationen zur politischen Vertretung und Durchsetzung solcher Werte. Insofern gehört auch die Diskussion der These vom Wertwandel in den westlichen Industriegesellschaften zu den wesentlichen Elementen unserer Untersuchung.

Ihre Ziele lassen sich nun in dreierlei Hinsicht präzisieren:

sie soll

- die in der öffentlichen Diskussion thematisierten Aspekte von Energietechnologien (insbesondere Technologien der Kohlenutzung) und Energiepolitik sowie deren zeitliche Entwicklung beschreiben;

- den Zusammenhang von Technologie-Beurteilungen und Faktoren des sozialen Wandels, insbesondere von veränderten generellen Einstellungen und Wertorientierungen, klären;
- zu einer Abschätzung des Konfliktpotentials beitragen, das bei einer verstärkten Kohlenutzung (bzw. einzelner Strategien der Kohlenutzung) entsteht.

2. Konzeption der Gesamtuntersuchung

2.1 Sozialpsychologische und soziologische Ansätze zur Untersuchung des Konflikts um Energietechnologien

Der Ausgangspunkt der Risiko-Akzeptanzforschung ist ein gesellschaftspolitisches Problem: der Konflikt um die Kernenergie und die dabei aufgebrochene Differenz der Risikoeinschätzung zwischen Experten und Laien. Konnte man früher davon ausgehen, daß die sicherheitstechnischen Expertisen in aller Regel akzeptiert wurden, so muß man heute fast regelmäßig - zumindest im Bereich der Kernenergie - erwarten, daß sie auf Widerspruch stoßen.

Durch die Nähe der Risiko-Akzeptanzforschung zum öffentlichen Konflikt um die Kernenergie ist weniger die wissenschaftsinterne als die öffentliche Diskussion zum Korrektiv für das Forschungsprogramm geworden. Das der Risikoforschung zugrundeliegende Problem ist die Einschränkung technologischer und ökonomischer Risiken auf ein tolerierbares Maß. Die daraus abgeleiteten Forschungsthemen lassen sich entlang einer Entwicklungslinie anordnen, die sich von der Bereitstellung sogenannter objektiver Risikomaße wegbewegt hin zu der Frage nach den legitimen Entscheidungsinstanzen für die Tolerierbarkeit von technologischen Risiken. In dem Maße, in dem sich die Forschung der Komplexität des gesellschaftlichen Konflikts bewußt wird, wird die Willkürlichkeit eines wie auch immer konstruierten Risikobegriffs deutlich. Eine Extrapolation dieses Wandels des Problemverständnisses scheint letztlich zu der These zu führen, daß bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Problematisierung neuer Technologien die Entscheidung über die Tolerierbarkeit von Risiken nicht innerhalb einzelner gesell-

schaftlicher Institutionen, wie Wissenschaft oder Wirtschaft, gefällt werden kann, sondern zum Problem der öffentlichen Diskussion wird.

Die Anknüpfung der Forschung an die Risikoproblematik leitet sich zum einen aus der Tatsache ab, daß Sicherheit und Risiko zunächst die dominierenden Streitthemen in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Kernenergie waren, zum anderen daraus, daß sicherheitstechnische Maßnahmen aus staatlicher Sicht bisher als eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Entschärfung der Akzeptanzproblematik angesehen werden.

Besonders die psychologische - und hier wiederum die sozialpsychologische - Forschung hat sich im Rahmen des Kernenergiekonflikts des Akzeptanzproblems angenommen, um Fragen der Risikowahrnehmung, der Risikobewertung und der Risikoakzeptanz zu klären. Sieht man einmal ab von eher ideologisch bestimmten Arbeiten, wie denen von Röglin, der als wesentlichen Grund für die nukleare Kontroverse eine Projektion eines allgemeinen Angst-Neid-Syndroms auf Kernenergieanlagen annimmt, das in der modernen Gesellschaft herrschen soll, oder die die Psychoanalyse versimplende Untersuchung von Wünschmann (Wünschmann 1980), der die Jungschen Archetypen benutzt, um damit die Differenz von Atomenergiebefürwortern und Gegnern zu erklären, so lassen sich im wesentlichen zwei wissenschaftlich seriöse Erklärungsansätze unterscheiden:

- kognitivistische Wahrnehmungs- und Bewertungsanalysen
- Einstellungsuntersuchungen.

Beide Forschungsrichtungen scheinen uns für die Erfassung der Risiko-Akzeptanzproblematik bei modernen risikoträchtigen Technologien nicht hinreichend zu sein, da sie wesentliche Erscheinungen des Konflikts (insbesondere im Kernenergiebereich) nicht erklären können.

2.1.1 Der kognitivistische Ansatz

Der kognitivistische Ansatz (P. Slovic, B. Fischhof, S. Lichtenstein 1979, 1980, Jungerman 1981) geht von der plausiblen Einsicht aus, daß das Individuum auf Risiken reagiert, wie es sie wahrnimmt, und nicht, wie sie gemessen werden (Hoyos 1979, S. 85). Das sogenannte "objektive" Risiko wird

verzerrt wahrgenommen, weil intervenierende Faktoren die Perzeption beeinflussen.

Die Identifikation solcher Faktoren hat sich der psychologische Ansatz zur Aufgabe gemacht. Ein erster Ansatzpunkt ist, die Kognition derjenigen Faktoren zu untersuchen, die in den "objektiven" Risikodefinitionen eine Rolle spielen, also Wahrscheinlichkeit und Schadenshöhe. Typisches Ergebnis dieser Forschung ist etwa die Aussage, daß die subjektive Einschätzung der Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses mit der "Suggestivität", etwa den katastrophalen Folgen steigt. In die gleiche Richtung wirkt die leichte "Verfügbarkeit" bestimmter hervorgehobener Aspekte des Ereignisses, d.h. die Leichtigkeit, mit der sie im Gedächtnis abgerufen werden können. So wird z.B. die Häufigkeit spektakulärer Todesursachen (Naturkatastrophe) höher eingeschätzt als die Todeshäufigkeit bei Vorkommnissen, die weniger Aufmerksamkeit erregen (z.B. Asthma).

Die intuitive Logik, nach der Wahrscheinlichkeitsinformation behandelt werden, stimmt mit dem wahrscheinlichkeitstheoretischen Kalkül nicht überein. So werden z.B. unabhängige Wahrscheinlichkeiten manchmal nicht multipliziert, sondern addiert (Slovic, Kuhnreuter und White, 1974).

Besonders informativ für die Erklärung der Diskrepanz zwischen Akzeptabilität und Akzeptanz ist der Nachweis solcher Faktoren, die das individuelle Entscheidungsverhalten beeinflussen, in den bisherigen Risikomaßen aber überhaupt nicht reflektiert werden. Die folgende Liste zeigt nur einen kleinen Ausschnitt derartiger Faktoren, die von der psychologischen Forschung als relevant nachgewiesen wurden.

1. Das Risiko wird eher akzeptiert, wenn man es durch sein eigenes Verhalten beeinflussen kann. Beispiel: Autofahren vs. Flugzeugpassagier zu sein.
2. Ist ein Risiko unvermeidlich, wie z.B. die natürlichen Risiken, so schickt man sich darein. Daraus kann man aber keineswegs folgern, daß auch andere Risiken akzeptiert werden, nur weil ihr Todesrisiko oder irgendein anderer Aspekt nicht schlechter aussieht als bei den natürlichen Risiken.

3. Die Akzeptanzschwelle ist heraufgesetzt, wenn man als Einzelner relativ stärker durch das Risiko betroffen ist als andere. So z.B. als Anwohner risikobehafteter Industrieanlagen oder wenn man etwa durch Krankheit oder Alter ungünstig prädisponiert ist.
4. Sind die mit dem Risiko verbundenen potentiellen Schäden reparierbar (z.B. Sachschäden), so fällt die Akzeptanz des Risikos leichter, als wenn es sich um irreparable Schäden handelt.

Die Grenzen dieses Ansatzes zur Erfassung der Risiko-Akzeptanzproblematik liegen auf der Hand. Sieht man einmal davon ab, daß diesem Ansatz gewisse anthropologisierende Annahmen zugrundeliegen, nämlich die implizite These der historischen und sozialen Invarianz von Risikowahrnehmungsrastern, so sind jedoch die anderen Kritikpunkte um so gravierender. Zum einen wird kaum reflektiert, wodurch die prinzipiell unendliche Menge möglicher Einflußfaktoren begrenzt wird. Hier fehlt eine Theorie der Kognition, die die Beliebigkeit der Auswahl begrenzen und die untersuchten Faktoren begründen könnte. Zum anderen stellt sich die Frage, wessen Risiko-Akzeptanzverhalten hier eigentlich betrachtet wird. Selbst bei gleichen Stimuli wird man prinzipiell nicht erwarten können, daß die Reaktionen immer gleich sind. Vielmehr muß man im Prinzip davon ausgehen, daß auch bei identischen Stimuli jede Reaktion möglich ist. Der Mensch ist nicht durch Instinkte determiniert, besitzt eine erhebliche Varianz kulturell und individuell geprägter Verhaltensweisen. Der Ansatz des Risk Assessment, das individuelle Risikoverhalten zu objektivieren, wird hier ad absurdum geführt. Das Akzeptanzverhalten des Individuums ist weitgehend kontingent.

Führt man sich die besonderen Charakteristiken moderner Technologien vor Augen, so zeigt sich, daß schon die Wahrnehmung dieser Risiken von sozialen und wissenschaftlichen Kommunikationsprozessen abhängt. Es ist klar, daß z.B. die Reaktorsicherheit nicht bis ins letzte durch Versuch und Irrtum abgeschätzt werden kann. Selbst die sorgfältigste Untersuchung läßt ein unbekanntes Restrisiko offen. Häfeles bekanntgewordener Begriff von der Hypothesizität solcher Risiken kennzeichnet den Umstand, daß die sie betreffenden Argumente letztlich ohne Beweiskraft sind (Häfele 1974). Ein anderes Beispiel sind die bekannten Schwierigkeiten bei der Abschätzung

der langfristigen Schadenswirkungen niedriger Strahlungsdosen oder die krebserzeugende Wirkung neuer chemischer Stoffe. Manchmal ist es prinzipiell zwar möglich, die Effekte wissenschaftlich zu bestimmen, aber es würde dazu eines experimentellen und eines Zeitaufwandes bedürfen, der solche Bestimmungen undurchführbar macht. Derartige Probleme hat Weinberg "trans-scientific" genannt (Weinberg 1972).

2.1.2 Einstellungsforschung

Einen weiteren Schwerpunkt der sozialpsychologischen Forschung zum Risiko-Akzeptanzverhalten bildet die Einstellungsforschung. Hier sind besonders die Arbeiten von Otway und Fishbein zu nennen, die im Rahmen eines langjährigen Forschungsprogramms der IAEA/IIASA Risk Assessment Group gemacht wurden (Otway, Fishbein 1976; Bovomann, Fishbein u.a., 1978; Thomas u.a. 1979; Niehaus 1977).

Otway/Fishbein gehen von der Annahme aus, daß die Einstellungen zu einem Objekt - in diesem Fall zur Kernenergie - abhängig sind von der gewichteten Summe der Attribute dieses Objektes. Das Neue des Ansatzes ist, daß versucht wird, kognitive und bewertende Elemente getrennt zu erfassen und daraus die (Gesamt-) Einstellung zu einem Objekt zu ermitteln. Zusätzlich wird die Validität des Modells der direkten Einstellungsmessung über das semantische Differential geprüft. Damit konnte gezeigt werden, daß die ausgewählten Attribute tatsächlich die Einstellungen der jeweiligen Kontrahenten messen.

Für Deutschland hat O. Renn in zwei Arbeiten ein kombiniertes Modell zur Messung von Wahrnehmungsmustern bei verschiedenen Risikoquellen vorgelegt (Renn 1977, 1981). "Als theoretischer Ausgangspunkt diente dabei ein mentales Risikoentscheidungsmodell, bei dem der Prozeß der Informationsaufnahme bis hin zur Verhaltensintention in bezug auf das fragliche Objekt beobachtet und empirisch erfaßt werden sollte. Die einzelnen Stationen der Risikowahrnehmung werden folgendermaßen gekennzeichnet:

- " - die Informationsaufnahme,
- die Ausbildung von allgemeinen Vorstellungen (beliefs),

- die Zuordnung von Wahrscheinlichkeiten nach dem Grad der eigenen Involviertheit und den typischen Mustern der Verallgemeinerung,
- die Bewertung der Vorstellungen anhand von attributiven Zuordnungsverfahren, qualitativen Risikomerkmale und dispositiven sowie situativen Faktoren,
- die interne Koordinierung der Vorstellungen (Konsistenzfindung),
- die Akzeptanzentscheidung,
- die Ausbildung einer Einstellung und daraus resultierend eine Handlungsbereitschaft,
- die Immunisierung der Einstellung gegen innere und äußere Zweifel (Rationalisierung)," (Renn 1982, S. 2).

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, eine detaillierte Kritik dieser Arbeiten vorzunehmen, entscheidend ist nur, daß auch diese Studien die generellen Mängel der Einstellungsforschung nicht beheben, sondern sie noch einmal deutlich am Exempel des Kernenergiekonflikts demonstrieren. Es zeigt sich, wo die sozialpsychologische Einstellungsforschung ihre Grenzen hat (Otway 1981).

Zum einen ist die Handlungswirksamkeit von Einstellungen ungeklärt, und nur soviel ist sicher, daß bestimmte Einstellungen nicht ohne weiteres ein bestimmtes Verhalten nach sich ziehen (Benninghaus 1973; Meinefeld 1977).

Zum anderen konnte die bisherige Forschung zu der Frage nach der Stabilität und der Dauerhaftigkeit von Einstellungen wenig aussagen. Diese Forschung, die sich auf das individuelle Risikoverhalten konzentriert, kann nämlich die Politisierung der Risikoproblematik nicht erklären. Unerklärt bleibt, daß die Ablehnung der Kernenergie und, wie es scheint, auch anderer technologischer Großprojekte, massenweise Unterstützung findet; daß die Skepsis über nunmehr zehn Jahre anhält und in den Medien und in der Literatur usw. zum öffentlichen Thema geworden ist und daß sie zunehmend Auswirkungen auf die Politik und andere gesellschaftliche Bereiche hat. Hier spielen Faktoren der Technikentwicklung und sozialstrukturelle Faktoren eine Rolle, deren Verständnis für eine adäquate Deutung der Akzeptanzproblematik unumgänglich ist.

So erscheinen folgende drei Aspekte für die Politisierung der Risikoproblematik ausschlaggebend, die bei der Einführung der Kernenergie festgestellt werden können:

- Art und Umfang der Schadenspotentiale von Großtechnologien führen dazu, daß die sicherheitstechnische Auslegung von Anlagen und Prozessen nicht mehr allein im Rahmen ingenieurwissenschaftlicher Erörterungen entschieden werden können. Die Risikobelastung der Bevölkerung und der Wirtschaft wird zum öffentlichen Thema, und schon die Definition des Risikos enthält Interessenkonflikte.
- Mit der zunehmenden Komplexität von Großtechnologien können die Risiken und Folgen nicht mehr exakt eingegrenzt werden. Im Kreis der Sachverständigen besteht Unsicherheit über das Ausmaß des Risikos, so daß sich die Öffentlichkeit und die Politiker bei der Beurteilung technologiepolitischer Fragen mit widersprüchlichen Fakten und Interpretationen konfrontiert sehen.
- Durch die öffentliche Problematisierung der technischen Risiken und der Widersprüchlichkeit wissenschaftlicher Expertisen wird die technologische Entwicklung selbst Gegenstand politischer Auseinandersetzung.

Zu recht weist O. Rammstedt darauf hin, daß in der psychologischen Fassung des Akzeptanzproblems, "die Werte auf subjektive, willkürliche Präferenzen" reduziert werden (Rammstedt 1981, S. 92) und daß es eigentlich keine isolierten Einstellungen zu speziellen Technologien gibt. Viel wichtiger erscheint es, daß die Bewertung, die Einstellung und das Verhalten gegenüber einer Technologie abhängt von sozialen Werten, Normen und Verhaltenserwartungen, die durch die soziale Situation, das politische Klima und durch die gesellschaftlichen Kräfte, die an der Auseinandersetzung beteiligt sind, bestimmt wird. Rammstedt sieht die Einstellung zur Kernenergie in Abhängigkeit von drei gesellschaftlichen Faktoren: von der öffentlichen Meinung, von generalisierten gesellschaftlichen Werten (wie z.B. Sicherheit, Frieden, Zukunftssicht) und vom sozialstrukturellen Ort der Träger (Rammstedt 1981, S. 93/94). Unter diesem Gesichtspunkt muß die sozial-psychologische Forschung erweitert und mit makrosoziologischen Ansätzen verknüpft werden, die besonders auf Fragen des Konfliktpotentials und der Strukturierung des Konflikts selbst eingehen.

Um die genannten Mängel zu beheben, soll versucht werden, diejenigen sozialen Faktoren und Bedingungen zu finden, die dazu geführt haben, daß sich ein solcher Konflikt in der Gesellschaft entwickeln konnte, und zugleich müssen diejenigen Entwicklungstendenzen identifiziert werden, die die Debatte über die Implementation von Technologien zum Brennpunkt gegenwärtiger sozialer und politischer Auseinandersetzung gemacht haben.

2.1.3 Soziologische und politologische Ansätze

Um diese Fragen zu klären, greifen wir auf drei Ansätze zurück, die unserer Meinung nach wichtige Anhaltspunkte bieten: sozioökonomische Analysen (Kitschelt 1980); Krisentheorien und Theorien der neuen Politik (Rammstedt 1977, 1978, 1980; Hildebrandt/Dalton 1977); und die Theorie der Umweltschutzbewegung (Fietkau 1978/1981). In allen drei Theorieansätzen wird die Auseinandersetzung um die Nutzung von Großtechnologien als sozialer Konflikt analysiert, der in Zusammenhang steht mit sozialstrukturellen Veränderungen in den westlichen Industriestaaten.

Kitschelt interessiert sich hauptsächlich für die soziale Verankerung des neuen Konfliktpotentials. Im Rahmen des krisentheoretischen Konzeptes von "Sozialintegration vs. Systemintegration" interpretiert er die Auseinandersetzung um die Kernenergie als Konflikt "um die sozio-ökonomische Umverteilungsfolgen technologischer Großprojekte" (S. 180), von denen Angehörige der neuen Mittelschicht (Beeinträchtigung der Lebensqualität) und Angehörige der vorindustriell Produzierenden (Beeinträchtigung der Ressource Natur) interessenmäßig am stärksten betroffen sind. Neu am Kernenergiekonflikt ist, daß es sich nicht in das traditionelle Links/Rechts-Schema der bestehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung einordnen läßt. Vielmehr scheint eine neue Konfliktlinie zwischen Stadt und Land entscheidend geworden zu sein. Zu ähnlichen Überlegungen kommt auch O. Rammstedt, der in der Bürgerinitiativbewegung eine soziale Bewegung sieht, die quer zu den etablierten Parteien und den Verarbeitungsmustern des politischen Systems liegt. Umweltproblematik und Kernenergie werden zwar als Auslöser für die Bürgerinitiativen gesehen, jedoch nicht als Ursachen der Bewegung.

Sowohl strukturelle Ausgangsbedingungen wie z.B. Rationalisierung der Arbeit, liberale Erziehung, die Ausbreitung des Wohlfahrtsstaates und die zunehmende Bürokratisierung des öffentlichen Lebens, als auch die soziale Betroffenheit der Individuen durch politische Entscheidungen werden als Gründe der Organisation zum sozialen Protest genannt. Auch in diesem Ansatz wird davon ausgegangen, daß das neu entstandene Konfliktpotential, die umstrittenen Themen sowie die sich formierenden gesellschaftlichen Organisationen auf neue Konfliktlinien in der Gesellschaft verweisen, die nicht mehr in das institutionalisierte traditionelle Konfliktmuster: Arbeit und Kapital oder den religiösen Gegensatz Katholiken/Protestanten hineinpassen. Aus einer empirisch-quantitativen Sicht wird dies auch durch die Arbeiten von Inglehart und Dalton/Hildebrand belegt. Sie vertreten die These, daß sich seit Anfang der 70er Jahre in den westlichen Industriestaaten ein neues Politikmuster abzeichnet, das besonders durch die Politisierung neuer Lebensbereiche wie Lebensqualität, Umwelt, Erziehung, Randgruppen usw. bestimmt ist. Bei der Institutionalisierung der neuen Politik sollen jene gesellschaftlichen Wertorientierungen eine entscheidende Rolle spielen, die stärker auf Partizipation und Selbstbestimmung abheben als auf die üblichen Sicherheits- und Subsistenzbedürfnisse.

Drittens ist noch auf die Theorie der Umweltbewegung zu verweisen (Fietkau 1981), die das Entstehen von Umweltbewußtsein als gesamtgesellschaftlichen Faktor besonders betont. Die Politisierung der Umweltproblematik und die zunehmende Institutionalisierung des Umweltschutzes wird im wesentlichen dieser neuen gesellschaftlichen Wertorientierung (repräsentiert im Umweltbewußtsein) zugeschrieben.

Diese drei Theorieansätze zeigen aus unterschiedlicher Perspektive, daß innerhalb der westlichen Industriestaaten wichtige soziale Konflikte der letzten 15 Jahren von den bestehenden traditionellen Konfliktfronten abweichen, wobei es sich bei diesen Konflikten nicht um Interessenauseinandersetzungen im Sinne ökonomischer Verteilungskämpfe handelt. Die grundsätzliche Neuheit ökologischer Krisen und die zunehmende Thematisierung der globalen Umweltfolgen des Industrialisierungsprozesses geht mit einer allgemeinen Infragestellung des Fortschrittgedankens Hand in Hand, der besonders für Unternehmer, Arbeitnehmer und die technisch-naturwissenschaft-

liche Intelligenz ein unbefragter gesellschaftlicher Wert war.

Gleichzeitig bildet sich ein Protestpotential, das aus interessenmäßig und kulturell stark differenzierten sozialen Gruppierungen besteht, die jedoch anscheinend gemeinsame Wertorientierungen in bezug auf Technik und Wissenschaft ausgebildet haben. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Spannungslinien sprechen, so sind damit dauerhafte Konflikte gemeint, die sozialstrukturell verankert sind und im Parteiensystem ihren Ausdruck suchen. In der Wahlforschung wird in diesem Zusammenhang von Cleavage (Spannungslinien) als strukturellem Dispositionsbegriff gesprochen (Pappi 1980, S. 465). Die Identifikation von Cleavages hat die Funktion, Entstehung von Handlungsbereitschaft in strukturell vorgeformten Situationen zu verstehen und dadurch eine Verbindung zwischen sozialstruktureller Analyse und kollektiver politischer Identität wie Aktionsbereitschaft herzustellen.

2.2 Gesellschaftliche Einbettung des Technologiekonflikts

Die Problematisierung der Technik und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hat in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht, die nicht allein die Intensität der Auseinandersetzung betrifft, sondern sich auch auf die Inhalte und die Trägergruppen bezieht.

Die Thematisierung der Automatisierungsfolgen, die Diskussionen zu Fragen der Technokratie und deren Herrschaftsformen und das Versagen der Kultur in einer technisierten Zivilisation sind Themen der alten Kulturkritik, die im wesentlichen von Publizisten, Schriftstellern und Intellektuellen getragen wurde, jedoch niemals eine wirkliche soziale Basis besaß.

Das Neue der Auseinandersetzung mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung stellt die Formierung einer sozialen Bewegung dar, die die Technikkritik zu einem gesellschaftlichen und politischen Thema gemacht hat, bei dem alle gesellschaftlichen Interessengruppierungen auf die eine oder andere Weise betroffen sind. Nicht die Verteilung der systemimmanenten Folgen der technischen Entwicklung, ihre Eindämmung oder Steuerung steht

im Brennpunkt der Auseinandersetzung, sondern es wird gesehen, und hier- von sind besonders die Energietechnologien betroffen, daß mit der Ent- wicklung und Einführung neuer Technologien gleichzeitig über grundsätz- lich unterschiedliche Prognosen entschieden wird. Mit den beiden Schwer- punkten Ökologie und Großtechnologie werden Grenzen einer Entwicklung markiert, die im Verständnis der neuen sozialen Bewegungen, wie z.B. Bürgerinitiativ-, Kernkraft-, Ökologie-, Alternativer-Lebensstil-Bewegung, gleichzeitig Grenzen des Industrialismus und der ökonomischen Wachstums- gesellschaft aufweisen. Joachim Raschke sieht in der Politisierung der technischen Entwicklung und der Problematisierung des ökonomischen Wachs- tums als Voraussetzung der industrialisierten Gesellschaft - bei gleich- zeitiger Betonung der Ökologie als wichtigem Systemparameter der gesell- schaftlichen Entwicklung - die Umbruchstelle hochindustrialisierter Ge- sellschaften und das Entstehen eines gesellschaftlichen Fundamentalkon- flikts. Für ihn ist diese Entwicklung vergleichbar mit umfassenden so- zialen Wandlungsprozessen, wie der Demokratisierung des politischen Herr- schaftssystems in der Weimarer Republik und der Herausbildung des Wohl- fahrtstaates nach 1945.

In beiden Umbruchphasen kristallisierte sich der gesellschaftliche Kon- flikt an wichtigen gesellschaftlichen Strukturentscheidungen. Raschke nennt sie Paradigmen. In der Weimarer Republik, aber auch danach, ent- stand das Herrschaftsparadigma, bei dem zwei wesentliche Strukturfragen angesprochen waren: die Demokratisierung des Staates und die Vergesell- schaftung der Privatwirtschaft im Sinne der Sozialisierung, Planung, Aus- bau staatlicher Kontrollen etc. Standen hier noch gesellschaftliche Re- und Organisationsfragen im Zentrum der Auseinandersetzung, so leitete der Übergang zum Verteilungsparadigma eine Phase der Steuerungsprobleme ein. Die Herausbildung des Wohlfahrtsstaates hatte drei zentrale Voraus- setzungen: ökonomisches Wachstum, Entstehen einer zentralistischen Ver- teilungsbürokratie und die Erhaltung des sozialen Friedens. In diesem Kon- zept kommt dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt eine bedeutsame Rolle zu als wichtigste Triebkraft des ökonomischen Wachstums, dessen Zuwächse - ohne die prinzipiellen Herrschaftsstrukturen anzugreifen - an die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppierungen zur Erhaltung des sozialen Friedens verteilt werden konnten.

Mit dem Ende der Wachstumsgesellschaft und der zunehmenden Kritik an der Großtechnik mußte dieses Paradigma an seine Grenze stoßen. Neue Probleme und Fragen brachen im Laufe der 70er Jahre auf, die nicht mehr in befriedigender Weise mit Hilfe dieses Schemas interpretiert und reguliert werden konnten. Die Krise des industriellen Wachstums, die Kritik an der Technik und die Verschärfung der Ökologieproblematik stellen die Bezugspunkte für die Herausbildung eines neuen Paradigmas dar, das Raschke mit dem etwas undeutlichen Begriff der "Lebensweise" umschreibt, und das im wesentlichen von den neuen sozialen Bewegungen vertreten wird. Der Kern dieses neuen Paradigmas stellt eine Umorientierung der Wertungs- und Relevanzstrukturen dar.

"Lebensweise" ist eine umfassende gesellschaftliche Struktur, die von Bedürfnissen, Werthaltungen und Aktivitäten des Individuums aufgebaut wird. Die Produktionsweise des ökonomischen Systems, die Organisationsweise des politischen Systems und die Einordnungsweise in das ökologische System sind durch dieses Konzept angesprochen, aber so, daß der Mensch in seinen vielfältigen Lebensbeziehungen unmittelbar der Bezugspunkt für die Politik bleibt. Durch den Begriff der Lebensweise soll ein möglichst umfassendes, keine relevanten gesellschaftlichen Bereiche ausschließendes Konzept eingeführt werden, das schon semantisch den dominanten Bezugspunkt verdeutlicht: die Lebensgestaltung des Individuums (Raschke 1980, S. 31). Es kann hier dahingestellt bleiben, wie weit diese Beschreibung dem neuen Konfliktfeld angemessen ist, jedoch hat Raschke auf die wesentlichen Elemente hingewiesen, die den neuen sozialen Bewegungen gemeinsam sind; nämlich Kritik an jenen Industrialisierungsfolgen, die im Wohlfahrtsstaat in voller Breite zur Geltung gekommen sind. Betrachtet man die letzten zehn Jahren der Auseinandersetzung, so scheint sich das gesellschaftliche Konfliktmuster im Rahmen einer sich verändernden industriellen Wachstumsgesellschaft auf einen Streit um die Richtung und die Prioritäten der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zuzuspitzen und die Entscheidung dieser Frage zum Angelpunkt der Zukunft der Industriegesellschaft insgesamt zu machen.

Wenn es stimmt, daß die Auseinandersetzung um die "wissenschaftlich-technische Entwicklung zum politischen Thema und zum Motor sozialer Bewegungen geworden ist" (Böhme 1981, S. 52), so stellt sich die Frage nach Themen, Trägern und Struktur des Konflikts, der heute nach Meinung von Politikern und Wissenschaftlern zum zentralen Problem für die hochentwickelten Industriestaaten geworden ist.

Zunächst sei jedoch auf zwei Deutungen eingegangen, die unseres Erachtens den Konflikt verharmlosend interpretieren. Zum einen handelt es sich dabei um die Theorie des issue-attention-cycle (Downs 1972) und zum anderen um die Folgenproblematiktheorie.

Die Issue-Attention-Cycle-Theorie besagt in aller Kürze, daß es sogenannte "Problemkonjunkturen" von politischen Themen gibt, die sich dadurch auszeichnen, daß sie in ihrer Anfangsphase von Außenseitern entdeckt, mit Hilfe der Medien hochstilisiert werden. Dadurch wird das politische System gezwungen, sich mit möglichen Lösungsformen zu beschäftigen. Geschieht dies, mündet das Problem in seine bürokratische Bearbeitungsphase ein, die Öffentlichkeit verliert nun das Interesse an der sich immer stärker komplizierenden Problematik, bis zum Schluß zwar Teilregulierungen gefunden sind, die in der Hochphase der Problemkonjunktur keiner gefordert hatte, die aber jetzt nicht mehr auf Widerstand stoßen, da sich die Öffentlichkeit schon wieder neueren Themen zugewandt hat. Dieser Zyklus wurde bei der Bildungsreform, der Rechtsreform usw. beobachtet. Auf die Umwelt- und Technologiekritikbewegung läßt sich diese Theorie kaum anwenden, da schon die zeitliche Spanne überschritten ist, bei der man von einem Zyklus sprechen könnte. Die Kritik an der Technikentwicklung dauert nun schon über zehn Jahre an, und es ist bisher nicht absehbar, wann sie in ihre Abfallphase eintritt. Stattdessen sieht es so aus, daß sie sich sowohl politisch (Grüne Partei) als auch thematisch stabilisiert, in dem sie sich zu einer allgemeinen Industrialismuskritik (Strasser/Traube 1981, Ulrich 1980, Eppler 1981) ausweitet. Aber es gibt noch einen anderen systematischen Grund für die Annahme, daß es sich hierbei nicht um ein vorübergehendes Problem handelt, sondern daß die Umwelt- und Technikkritik ein Strukturproblem fortgeschrittener Industriegesellschaften aufgegriffen hat. Wissenschaft und Technik sind in diesen Gesellschaften zur ersten Produktivkraft geworden, die in fast allen Lebensbereichen eingesetzt wird, die aber auch alle Le-

bensbereiche stark mit in diesen Modernisierungsprozeß hineinziehen, dessen Folgeprobleme zum Anlaß von Konflikten werden.

Aus dem gleichen Grund greift auch die Folgenproblematiktheorie in ihrer Interpretation zu kurz. Sie besagt, daß die öffentliche Diskussion der wissenschaftlich-technischen Entwicklung darauf zurückzuführen sei, daß der technische Fortschritt "unerwünschte" Nebenfolgen zeigt, die aus der bisherigen Unvollkommenheit der Naturbeherrschung herrühre, die man aber durch eine Verbesserung der Instrumente und der Wissenschaft beseitigen könne. Hier werden wesentliche Momente und Ursachen der öffentlichen Diskussion verkannt. Die Ziele und Themen der Umweltbewegung werden allmählich von konkreten Anlässen abgelöst und zunehmend auf generellere Strategien bezogen, die im Kern einen prinzipiellen Protest gegen die Bedingungen und Voraussetzungen der Industrialisierung beinhalten. Gleichzeitig entwickelt sich mit dem Protest eine Gegenkultur, die sich - so rudimentär sie auch sein mag - doch als Alternative zum Industriesystem und seinen Technisierungsstrategien im Ganzen versteht. Diese Entwicklung ist in unterschiedlicher Ausprägung in allen westlichen Ländern zu beobachten und wird zum Teil durch die Wissenschaft selbst unterstützt, insofern die Spaltung quer durch das Wissenschaftssystem geht (Weingart 1981; Nelkin 1979). Die Ursachen für die zentrale Bedeutung des Technologiekonflikts sehen wir zum einen in der veränderten und immer wichtiger werdenden Stellung von Wissenschaft und Technik im sozio-ökonomischen Zusammenhang der Gesellschaft, zum anderen in gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die sich besonders in der Veränderung der Wertordnung, in sozialstrukturellen Wandlungsprozessen und Änderungen der politischen Kultur ergeben.

2.2.1 Zur Struktur des Technologiekonflikts

2.2.1.1 Themen

Die Technikdebatte der letzten zehn Jahre zeigt zunächst ein undurchsichtiges Gestrüpp von Themen, die sich schwer auf einen einheitlichen Nenner bringen lassen. Neben ganz konkreten Diskussionen um die Risiken von Technologie, hier nimmt die Kernenergie eine besonders prominente Rolle ein, stehen mehr globale Analysen über den Fortschrittswahn der Gesellschaft;

neben den Grenzen des technischen Fortschritts werden die Entwicklungspotentiale neuer Technologien diskutiert. Analysen über die Möglichkeit eines neuen industriellen Wachstums mithilfe einer neuen Welle von technischen Basis-Innovationen stehen den technologischen und gesellschaftlichen Programmen alternativer Technikentwicklung gegenüber (Rammert 1982, Kuhn 1979).

Versucht man trotzdem die Debatte nach ihren wichtigsten Highlights zu ordnen, so werden u.E. drei Problemkomplexe der gesellschaftlichen Entwicklung in bezug auf den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt verknüpft: Steuerungsprobleme, ökologische Probleme und Fragen der Grenzen des Industriesystems und seiner alternativen Entwicklung.

- a) Steuerungsprobleme beziehen sich zunächst auf Fragen der Beherrschung und Eingrenzung der Folgen von Technologien bei ihrer Anwendung wie z.B., die Diskussionen um die Kernenergie, die Mikroelektronik, die Daten- und Textverarbeitung und neuerdings die Gen-Technologie. Bei diesen Analysen stehen natürlicherweise die ökologischen, ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen im Brennpunkt der Auseinandersetzung, zunehmend werden die sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Einführung solcher Technologien verbunden sind, der Öffentlichkeit bewußter. Darüberhinaus zeigen sich auch im institutionellen Bereich der Gesellschaft Steuerungsdefizite, die auf die Einführung von neuen Technologien zurückzuführen sind, wie z.B. im Rechtssystem und im politischen System die bisherigen institutionalisierten Entscheidungsverfahren und Entscheidungsprozesse an ihre Kapazitätsgrenze gestoßen sind. Die regen Diskussionen um die Einführung einer TA-Organisation oder im Bereich des Rechtssystems eines Science-court deuten auf mögliche institutionelle Veränderungen hin, die helfen sollen, bisherige Defizite abzustellen. Aber auch der Begriff der "sozialen Verträglichkeit" einer Technologie zeigt Grenzen der Steuerung auf: Die glaubhafte Legitimation und ihre soziale Akzeptanz sind wichtige Faktoren bei der gesellschaftlichen Einführung neuer Technologien. Nicht mehr das problematische Zusammenspiel von Politik und Wissenschaft bildet heute den Engpaß bei technologiepolitischen Entscheidungen, sondern die Auseinandersetzung zwischen Experten und Bürgern, sei sie vor Gericht oder auf der Straße, ist zum zentralen Punkt der technologiepolitischen Entscheidungsprozesse geworden (Joerges 1980).

- b) Ökologische Fragen drängen sich immer stärker in den Vordergrund der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Neben die soziale Frage, die das 19. Jahrhundert beherrscht hat, tritt im 20. Jahrhundert die ökologische Frage. Neben die ökonomische Krise tritt die ökologische Krise. Beide überlagern sich, so daß die Aufgabe für das politische System darin besteht, entweder sie zu lösen oder an beiden zu versagen. Auch eine zeitliche Staffelung der Lösungen scheint heute nicht mehr möglich, zu weit sind schon die ökonomischen und ökologischen Prozesse miteinander verbunden (Ronge 1979).

Ökologisches Krisenbewußtsein meint zunächst nur, daß Fragen der rapiden Bevölkerungsentwicklung, negative Folgen des "technischen Fortschritts", Umweltverschmutzung usw. systematisch in einen Zusammenhang gebracht und aus der Perspektive der industriellen Entwicklung interpretiert werden. "Sprechen wir von der empirischen Dimension der ökologischen Krise, so meinen wir die überall zu beobachtende

- Belastung bzw. Zerstörung des Naturhaushaltes
- Belastung und Zerstörung von menschlichem Leben.

Beide Belastungsformen sind in der Regel nicht isoliert voneinander zu betrachten und als Folgen von Prozessen der Industrialisierung und Siedlungsentwicklung anzusehen. Sie umfassen die Bedrohung und Zerstörung menschlichen Lebens am Arbeitsplatz und an der Wohnstätte sowie die Dezimierung von Tierarten, Pflanzenarten und natürlichen Ressourcen. Fragt man nach den Ursachen von Umweltzerstörungen, so wird man schnell gewahr, daß diese nicht auf eine einzige isolierbare Ursache zurückgeführt werden können. Die wahre Problematik von Umweltbelastung und Umweltbedrohung läßt sich nur erkennen, wenn man sie bezogen auf komplexe Mensch-Umwelt-Beziehungen (Vernetzungen) diskutiert" (A. Bechmann 1981 S. 18).

- c) Im Verlauf der Debatte um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zeichnet sich immer deutlicher ab, daß nicht allein gegen die konkreten Folgen gekämpft wird. Viele, die sich gegen die Kernenergie auf der Ebene des Risikos wenden, leisten auch gegen die als unnötig erachtete Startbahn oder gegen die Verkabelung der Gesellschaft Widerstand, gegen die Wegrationalisierung der Arbeit durch Mikroprozessoren ebenso wie gegen mögliche Schädigung durch eine unkontrollierbar gewordene Gen-Technologie. Der Protest erweitert sich insgesamt zu einer Haltung, die gegen einen technisch-ökonomischen Prozeß gerichtet ist, der die Gefahr in sich trägt, zu einer Verödung der sozialen wie der natürlichen Umwelt zu führen. Die Alternativen werden auf zwei Ebenen gesucht: in einer umweltschonenden Technologieentwicklung und in einem veränderten Wert- und Bedürfnissystem, das neue soziale Verhaltensweisen und Verkehrsformen in den Vordergrund rückt. Die Technikkritik verbindet sich zusehens mit einer Industrialismuskritik, die sich gegen die Bürokratisierung des Lebens ebenso richtet wie gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt (Traube 1981). In diesem Rahmen wird auf die Eigendynamik von Großtechnologien hingewiesen, die die Tendenz in sich tragen, sich von den Steuerungs- und Handlungsimperativen der Menschen zu lösen und sich nach einer "Logik der Sachzwänge" zu entwickeln, die längst jene kritischen Schwellenwerte der Technisierung vieler Lebensbereiche überschritten haben, an denen die Vorteile in Verluste umschlagen (Rammert 1982). Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Technikkritik verbunden ist mit der Entwicklung einer alternativen Technologie, die den Nachteilen von Großtechnologien zu entgehen versucht, indem zunehmend auf "sanfte" oder "angepaßte" Technologien gesetzt wird. Man erhofft sich mit Hilfe dieser Technologien ein Niveau der Industrialisierung zu erreichen, bei dem die natürliche, die soziale und kulturelle, wie die technologische Entwicklung in Einklang miteinander gebracht werden können (Meyer-Abich/Schefold 1981, Wiesenthal 1982).

2.2.1.2. Konfliktlinien und Trägergruppen

Wenn diese neuen Themen explosiven Konfliktstoff in sich bergen und es auch schon bei ihrer öffentlichen Behandlung zu ernsthaften Auseinandersetzungen gekommen ist, stellt sich die Frage, ob hier eine gesellschaftliche Konfliktlinie entsteht.

Voraussetzung für die Existenz einer solchen Konfliktlinie ist, daß der Konflikt sich nicht nur durch Verhaltensweisen wie Demonstrationen, Protesten, Kritik manifestiert, sondern daß er auch in der Gesellschaft verankert ist. Damit ist zweierlei gemeint: zum einen, daß gesellschaftlich notwendig gewordene Sinnkomponenten formuliert und identifiziert werden, in die materielle und ideelle Interessen, Einstellungen, gesellschaftliche Wertorientierungen und Bedürfnisse eingehen; zum anderen ist mit der sozialen Verankerung des Konflikts gemeint, daß er sozial und organisatorisch abgestützt ist. Erst wenn beide Momente vorhanden sind, kann man von einer gesellschaftlichen Konfliktlinie sprechen.

Im Übergang vom Rechts- zum Sozialstaat, oder historischer ausgedrückt, im Übergang von Nationalstaat zum modernen Wohlfahrtsstaat scheinen sich die alten Konfliktlinien und sozialen Spannungsfelder verlagert zu haben. (H. Baier 1977; H. Habermas 1981; F.U. Pappi 1979.) Augenscheinlich ist, daß die wesentlichen politischen Auseinandersetzungen der letzten 15 Jahre, die zu den schärfsten Konfrontationen geführt haben, weder dem Strukturmuster alter Klassenkonflikte noch dem religiös motivierten Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken folgt. Zeigen sich diese Konfliktstrukturen in Fragen der Umverteilung, wie z.B. in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zum einen und im Wahlverhalten und in der Schulpolitik zum andern, so sind gerade die spektakulärsten politischen Kämpfe in Bereichen geführt worden, die zu dieser Konfliktlinie querstanden, wie z.B. Kernenergie, Lebensqualität, Berufsverbote usw. "In den entwickelten Gesellschaften des Westens haben sich in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten Konflikte entwickelt, die in mehrfacher Hinsicht vom sozialstaatlichen Muster des institutionalisierten Verteilungskonflikts abweichen. Sie entzündeten sich nicht mehr in Bereichen der materiellen Reproduktion, sie werden nicht mehr über Parteien und Verbände kanalisiert und sie sind auch nicht mehr in Form systemkonformer Entschädigungen zu

beschwichtigen. Die neuen Konflikte entstehen vielmehr in Bereichen der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und der Sozialisierung, sie werden in subinstitutionellen, jedenfalls außerparlamentarischen Formen des Protestes ausgetragen; und in den zugrundeliegenden Defiziten spiegelt sich eine Verdinglichung kommunikativ strukturierter Handlungsbereiche, der über die Medien Geld und Macht nicht beizukommen ist. Es geht nicht primär um Entschädigung, die der Sozialstaat gewähren kann, sondern um Verteidigung und Restituierung gefährdeter oder um die Durchsetzung reformierter Lebensweisen. Kurz die neuen Konflikte entzündeten sich nicht an Verteilungsproblemen, sondern an Fragen der Grammatik von Lebensformen." (J. Habermas 1981, Bd. II, S. 576.) Habermas gibt wesentliche Merkmale dieser neuen Protestmuster an, problematisch erscheint uns jedoch seine Verkürzung allein auf Fragen der Sinngebung, des Lebensstils und der Wachstumskritik. Analysiert man die Protestgruppen näher, so kann man mindestens vier zentrale Problembereiche der Gesellschaft ausmachen, in denen diese Konflikte entstehen: Begrenzung des industriellen Wachstums, Fragen der Technologieentwicklung und deren Implementation, Fragen der Ökologie und innenpolitische Liberalisierung und Friedenssicherung (Raschke 1980). Im Moment ist es noch sehr schwierig, den stabilen Kern dieser unterschiedlichen Protestbewegungen auszumachen.

Zentral für den neuen Protest dürfte die Kritik an dem System der Industrialisierung sein, das aufgrund seiner Selbstdestruktivität, seiner abnehmenden Gesamteffizienz und seiner sich immer stärker verringernden Lösungskompetenz für Lebensfragen bzw. Überlebensfragen für einen zunehmenden Wertverfall verantwortlich gemacht wird (Raschke 1980, S. 39/40), wobei die Auflösung des traditionellen Wertesystems ein Reflex auf die Krise des Industrialismus darstellt. Getragen wird der Technologiekonflikt von neuen sozialen Bewegungen, die sich schwer in das politische System einordnen lassen.

Die politische Kultur der BRD der 70er Jahre ist durch das Entstehen neuer sozialer Bewegungen gekennzeichnet, die sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch agieren, die ihre politischen Bedürfnisse und Interessen öffentlich artikulieren und in den institutionalisierten Entscheidungsprozessen durchzusetzen versuchen. Die organisatorische Stabilisierung der Bürgerinitiativbewegung durch die Gründung des BBU, die

Herausbildung einer grünen Partei, die versucht, die Ökologiebewegung in all ihrer Widersprüchlichkeit politisch zu kanalisieren, und nicht zuletzt die überraschend schnell entstandene Friedensbewegung sind gewichtige Indikatoren dafür, daß sich die politische Szene in der BRD stark verändert hat. Wodurch sind diese neuen sozialen Bewegungen geprägt, was sind ihre Ziele und wie stehen sie im Verhältnis zum etablierten politischen System?

Man kann zunächst grob zwei Richtungen unterscheiden, die bestimmend sind für die Heterogenität der sozialen Bewegungen: Widerstandspotentiale und Rückzugspotentiale (Habermas 1981, Bd. II, S. 578). Rückzugsstrategien verfolgen jene Gruppen, die versuchen, sich von der bestehenden Gesellschaft und Kultur abzukoppeln, um in autarken Einheiten unabhängig von den öffentlichen Versorgungssystemen eine eigene Lebenskultur aufzubauen. Auf dieser Linie liegt die Landkommunenbewegung, aber auch die Sekten bilden einen Teil dieses Spektrums.

Interessanter dagegen ist aber die Widerstandsbewegung, die sich sozial äußerst heterogen zusammensetzt (Hirsch/Roth 1980). Hier vermischt sich mittelständischer bis rückwärtsgewandter Protest gegen die Gefährdung der Reproduktionsbasis durch eine technologisch fortgeschrittene Industrie mit der Jugend- und Alternativbewegung, die nicht defensiv versucht, traditionelle soziale Besitzstände zu verteidigen, sondern eine alternative Kultur- und Lebensweise zu entwickeln, bei der neue Formen der Kooperation, der Arbeitsorganisation und des Lebensstils im Vordergrund stehen. Fragen der persönlichen und kollektiven Identität treten hier in den Vordergrund des politischen Interesses (J. Habermas 1980).

Bei den Aussteigern und dem Rückzugspotential besteht die Gefahr der vollständigen politischen Apathie, während die Widerstandsbewegung aufgrund ihrer Protesthaltung wichtige Problemlagen fortgeschrittener Industriegesellschaften politisiert und alternative Lösungsstrategien vorschlägt. Raschke vertritt die These, daß mit den neuen sozialen Bewegungen gleichzeitig auch ein neues gesellschaftliches Interpretationssystem entsteht, das andere Probleme als bisher in den Mittelpunkt der Politik stellt. Diese neuen Interpretationssysteme faßt er zum Paradigma der Lebensweise zusammen. Es wird beherrscht durch die Thematisierung der Grenzen des industriellen Wachstums, durch die Betonung der Ökologie und durch die

hartnäckige Betonung menschlicher Bedürfnisse als Regulativ für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt."Bürgerinitiativen-, Kernkraft-, Ökologie-, Alternativer Lebensstil-Bewegung, die historisch relativ neuartig sind, da sie einen Fundamentalkonflikt thematisieren, dies aber nicht (noch nicht, überwiegend nicht) in Form eines Herrschaftskonflikts tun - und gerade dadurch den Herrschenden besondere Schwierigkeiten bereiten" (J. Raschke 1980a, S. 289/90).

Entscheidend für den Bestand und die Weiterentwicklung der politischen Kultur in der BRD dürfte es sein, wie das Parteiensystem auf diese Herausforderung reagiert. Zum einen werden Themen angesprochen, die von den Parteien untereinander kaum kontrovers bis dahin diskutiert wurden; hier wird die Selektivität des politischen Systems insgesamt deutlich (C. Offe 1972, Greven 1980). Zum anderen vollzieht sich ein Wertwandel, der sich nicht nur auf Einstellungen und Motive auswirkt, sondern auch die Dimension der Politikformen und des Politikstils umfaßt.

Besonders unter Wahlforschern und Politikern besteht ein starkes Interesse zu wissen, ob durch die Gründung der grünen Partei eine langfristige Neuordnung des Parteiensystems und dessen sozial-struktureller Verankerung eingeleitet worden ist (H.D. Rönsch 1980, 1981). Gliedert man die Basis der Alternativbewegung und ihrer Wähler nach sozial-statistischen Kategorien auf, so zeigt sich, daß die neuen sozialen Bewegungen im wesentlichen ihre Unterstützung im neuen Mittelstand, der jüngeren Generation und in den Gruppen mit qualifizierter Schulbildung finden. Eine mehrdimensionale Analyse der Wählerentscheidungen und eine Perzeptionsanalyse der Wähler zeigen, daß das Parteiensystem durch zwei Dimensionen am besten erfaßt wird: eine Alte- und eine Neue-Politik-Dimension (Barnes/Kaase 1979; Hildebrandt/Dalton 1977; Dalton 1981).

"Trennt die alte Links-Rechts-Dimension Habende von Nicht-Habenden und bezieht sich der Konflikt auf das Ausmaß politischer Eingriffe in die gesellschaftliche Entwicklung, so stehen sich auf der neuen Politik-Dimension die auf konventionelle Interessenvermittlung beharrenden Kräfte, das Establishment, und die noch nicht eingebundenen und daher auch unkonventionelle Strategien gesellschaftlichen Machterwerbs befürwortenden Gruppen

gegenüber. In diesem Sinne kann man die beiden Achsen des Parteiensystems auch als Wert- und Normdimension gesellschaftlicher Konflikte beschreiben (Klingemann/Pappi 1972, S. 73), wobei die Wertachse die der traditionellen Konfliktstruktur verbundenen Wertgemeinschaften mit "konservativ-traditionalistischer Zielorientierung" von "sozialreformerisch-egalitärer Zielorientierung" trennt, während sich auf der Normdimension Gruppen mit unterschiedlichen gesellschaftlichem Einbindungsgrad und, daraus abgeleitet, unterschiedlich hoher Akzeptanz herkömmlicher Beteiligungsformen gegenüberstehen. Die Kennzeichnung der beiden Lager "Establishment" und "Anti-Establishment" ist in diesem inhaltlichen Sinn zu verstehen" (W.P. Bürklin 1981, S. 363/64).

2.2.1.3 Stabilität des Konflikts

Aus gesellschaftstheoretischer Sicht stellt sich die Frage, ob mit den Auseinandersetzungen um Technologien innerhalb der Gesellschaft eine neue "Konfliktlinie" entsteht. Im Anschluß an Pappi (1979) ist damit gemeint, daß der Konflikt in der Gesellschaft auf Dauer gestellt wird, wie dies bei den traditionellen Konfliktlinien zwischen Arbeit/Kapital sowie Protestanten/Katholiken geschehen ist.

Ausgehend von den objektiven Problemlagen der modernen Industriegesellschaft kann man die These aufstellen, daß sich in bezug auf die Lösung dieser Probleme ein solcher grundsätzlicher Konflikt aufbaut. Inhaltlich verweist die in der Protestbewegung artikulierte Kritik auf krisenhafte Tendenzen in der ökonomischen und technologischen Entwicklung moderner Industriegesellschaften. In der Umweltproblematik und mit der Verknappung natürlicher Ressourcen scheint die industrielle Produktion auf Grenzen zu stoßen, zu deren Überwindung sich zwei Strategien prototypisch gegenüberstehen:

- Weiteres Wirtschaftswachstum, um die Voraussetzungen für technische Lösungen der Probleme zu schaffen: die Substitution knapper Ressourcen durch neue Technologien (Beispiel: Brütertechnologie) und die Korrektur unerwünschter Nebenfolgen ebenfalls durch Technik und rationale Organisation (Beispiel: technische Sicherheitssysteme zur Reduktion von Risiken).

- Oder aber: Verzicht auf weiteres Wirtschaftswachstum, wofür allerdings tiefgreifende strukturelle Änderungen der industriellen Gesellschaft erforderlich wären. In Ansätzen wird dies unter dem Schlagwort der "Alternative" (z.B. alternative Technologien) diskutiert.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Technologiedebatte wächst in dem Maße, in dem sie sich inhaltlich stabilisiert und sozial verankert. Die inhaltliche Stabilisierung erfolgt durch Sicherung gegen Zusammenhanglosigkeit und Widersprüche der Technologieaspekte und Bewertungen, auf die sich die Aufmerksamkeit richtet. Zusammenhang und Konsistenz stellen sich im Zuge jener gesellschaftlichen Definitionsprozesse her, die einen Wertwandel begleiten. Es wird an übergreifende Problemaspekte angeknüpft (Probleme der hochindustrialisierten Gesellschaft) und ein Bezug zu den kritisierten Aspekten der jeweiligen Technologie hergestellt. Diese erfahren dabei eine Generalisierung und Typisierung. Die Kernenergie z.B. wird unter dem Schlagwort der Großtechnologie als problematische Erscheinung des heutigen Industrialisierungsprozesses gesehen. Die Risiken und Folgeprobleme erfahren ihre Deutung und Bewertung im Rahmen gesellschaftskritischer Betrachtung, die in ähnlicher Weise auch auf andere Großtechnologien anwendbar ist.

Die soziale Verankerung des Technologiekonfliktes wächst mit einer Verbreitung unter den Gesellschaftsmitgliedern und den gesellschaftlichen Akteuren. Zu beobachten ist dies als Verteilung von Meinungen in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, in den programmatischen Äußerungen entsprechender sozialer Bewegungen und ihrer Organisationen, in der Resonanz in den Massenmedien, in der Reaktion bestehender Verbände, in Organisationen und Institutionen, die die neuen Wertorientierungen entweder in ihr Leitbild zu integrieren versuchen oder aber sie abwehren.

2.2.1.4 Wertkonflikt

Wenn der Kontroverse um die Nutzung von Technologien letztlich konkurrierende Zielvorstellungen der gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde liegen, so handelt es sich in herkömmlicher Terminologie um einen Wertkonflikt. Die Ursachen der Kontroverse würden dann weit über den technologiespezifischen Rahmen hinausweisen und in dem Konflikt müßte ein gesellschaftlicher Wertwandel zum Ausdruck kommen. Was versteht man nun unter einem Wertkonflikt? Kaufmann (1973) entwickelt in Anlehnung an einen Definitionsversuch von W. Rudolph folgende Bestimmungen:

Gesellschaftliche Werte sind sozial sanktionierte, kulturell typisierte und psychisch internalisierte Standards selektiver Orientierung für Richtung, Intensität, Ziel und Mittel des (politischen) Verhaltens von Angehörigen eines soziokulturellen Bereichs. Hervorzuheben ist hieran zunächst die gleichzeitige Verankerung solcher Werte auf sozialer (Institutionen), kultureller (symbolische bzw. semantische Repräsentation) und individueller Ebene (vgl. ähnlich auch Reichardt 1979).

Das Spezifische dieser 'Standards' ist ihre Ablösung sowohl von den jeweils 'bewerteten' Objekten wie von den situativen Kontexten, in denen dies geschieht (vgl. Klages, 1979, S. 295), damit aber auch ihre relative Unbestimmtheit, die Raum läßt für eine sozialstrukturelle, systemisch bzw. individuell besondere 'Interpretation' und Anwendung (vgl. Kaufmann 1973, S. 38).

Wertkonflikte nun treten - in Anlehnung an die Konzeption Lautmanns (1980, S. 190 f.) - als Begleiterscheinung gesellschaftlicher Definitionsprozesse auf, d.h. von Prozessen gesellschaftlicher Kommunikation und Interaktion, die relevante soziale Probleme zum Inhalt haben. Die im Zuge dieser Prozesse entstehenden Problemdefinitionen stellen Interpretations- und Einstellungsmuster dar, die die aktuelle Situationswahrnehmung mit einem wertenden Akzent verbindet. Wertkonflikte entstehen dann, wenn konkurrierende Problemdefinitionen nebeneinander existieren.

Zusammenfassend läßt sich zunächst festhalten, daß die Charakterisierung eines gesellschaftlichen Konflikts als Wertkonflikt drei wesentliche Implikationen hat:

- Generalisierung infolge des Überschreitens einzelner inhaltlicher Aspekte (Objekte) und unmittelbarer Handlungszusammenhänge;
- Integration der Konfliktfronten infolge des Überschreitens der beteiligten, je spezifischen Interessenlagen und ihres trotz unterschiedlicher Wertinterpretationen gemeinsamen Bezugs zu den geteilten Wertmustern;
- Polarisierung infolge der miteinander grundsätzlich konkurrierenden Problemdefinitionen (anstatt gemeinsamer Lösungsversuche im Anschluß an eine geteilte Problemdefinition) und Wertmustern.

Wie entstehen solche Wertkonflikte? Nach Lautmann ist dabei an die Entstehung neuer 'kognitiver Schemata der Wertbetrachtung' im Zuge sozialer Wandlungsprozesse, insbesondere im Zusammenhang mit den neuen gesellschaftlichen Problemlagen zu denken. Solche 'Umwertungen', die ihrerseits noch auf ein allgemein geteiltes (Grund-) Wertsystem bezogen sind, stellen sie die elementare Form von gesellschaftlichen Wertwandelprozessen dar. Hier setzt die These eines Wandels der Wertorientierungen in den westlichen Industrienationen an, die als Deutungsmuster in den letzten Jahren auch auf die Kernenergiekontroverse angewandt wurde. Sie soll im folgenden kurz skizziert werden.

2.2.2 Prozesse des Wertwandels

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß im Zusammenhang mit den hier diskutierten Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und sozialstrukturellen Wandlungsprozessen auch die tradierten gesellschaftlichen Werte und Normen in die Krise geraten (Kreutz 1980, Kmiecik 1976; Noelle-Neumann 1977). Zugleich liegt es nahe, die Herausbildung neuer, konfliktierender Wertsyndrome im Zuge dieser Entwicklung zu unterstellen (Yankelovich 1974, Rescher 1969).

Damit sind wir - auch aus der Perspektive der empirischen Wertforschung - auf makrosoziologische Konzepte von sozialem Wandel verwiesen, die die Dimension von gesellschaftlichen Werten wesentlich berücksichtigen (Kmieciak 1976, S. 59).

Von Sozialwissenschaftlern der unterschiedlichsten Richtung wird seit längerem übereinstimmend behauptet, daß sich die westlichen Industriegesellschaften in einer Krise befinden. Gemeinsam ist ihren Diagnosen die Betonung gerade der 'kulturellen Widersprüche des Kapitalismus' (Bell 1979), denen erhebliche soziale Sprengkraft zugeschrieben wird. Gemeinsam ist ihnen ferner das säkulare Niveau der Argumentation.

Es sollen hier drei 'kultursoziologische Ansätze' hervorgehoben werden, die bei Berücksichtigung vergleichbarer sozialer Tatbestände zu jeweils paradigmatischen Interpretationen der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung kommen: Daniel Bell, Richard Loewenthal und Jürgen Habermas.

- a) Bells Theorie der 'postindustriellen Gesellschaft' (Bell 1975, 1979) analysiert die Entwicklungstendenzen dreier gesellschaftlicher Bereiche: 'Sozialstruktur', 'Politik' und 'Kultur', deren Verbindung ehemals durch ein gemeinsames Wertsystem und einen gemeinsamen Charaktertypus gewährleistet war. Seine Diagnose ist, daß gegenwärtig eine Desintegration des Wertsystems stattfindet, die in einen Konflikt von miteinander um Dominanz konkurrierenden Wertmustern führt.

Während Bell jedoch für den Bereich der 'Sozialstruktur' wesentliche Dimensionen der aktuellen Entwicklung herausarbeitet (Tempo des gesellschaftlichen Wandels, Veränderung der Sozialstruktur zugunsten der 'neuen Klasse', Wachstum der Bürokratie, Vorrang der Dienstleistungsproduktion), tendiert seine Kulturkritik (Säkularisierung der Religionen, Verbindung Kunst und Leben, hedonistischer Massenkonsum) dazu, selbst neuere Phänomene in diesem Bereich nur als Zerfallsform des traditionellen bürgerlichen Wertsystems zu interpretieren. Insofern ist Bells Sicht des Wertwandels noch am ehesten jener kulturpessimistischen Linie der Gesellschaftskritik zuzuordnen, die schon in früheren Jahrzehnten bestimmend war.

- b) Loewenthal stimmt Bell darin zu, daß das 'kulturelle Gleichgewicht' der westlichen Industriegesellschaften gestört sei. Für die Gegenwart bestimmt er die Ursachen der 'Kulturkrise' bzw. der Krise des westlichen Wertsystems in Defiziten des sozialen und politischen Systems gegenüber den Problembeständen der aktuellen Entwicklungsphase der Gesellschaft (Kriegsgefahr, Wirtschaftskatastrophen, Überbevölkerung, Verknappung der natürlichen Ressourcen usw.) (Loewenthal 1979, S. 81f).

Auf eine Formel gebracht, ist es der Verlust des dem westlichen Wertsystems inhärenten Fortschrittsglaubens, der dieses aus dem 'Gleichgewicht' bringt und die Verfolgung einzelner 'Grund-Werte' (Rationalität, Individualität, Arbeit, Gemeinschaft, rechtliche Normen) als sinnentleertes Streben nach 'materiellen Verbesserungen' erscheinen läßt.

Der Abstraktionsgrad des von ihm umrissenen Wertsystems macht es allerdings schwierig, dessen schichten- oder subsystem-spezifische Verzerrungen zu erfassen und als solche von Krisensymptomen des allgemeinen Systems zu unterscheiden (vgl. dazu Klages 1979).

- c) Demgegenüber akzentuiert Jürgen Habermas die Bestands- und Transformationsgrenzen des Spätkapitalismus und nimmt eine 'Motivationskrise' (ungesicherte Motivbildung der Individuen durch eine Erosion des sie vermittelnden kulturellen Wertsystems) zum Angelpunkt seiner Diagnose.

Habermas geht ähnlich wie Bell von drei gesellschaftlichen 'Bereichen' aus: "ökonomisches System", "politisches System" und "sozio-kulturelles System", denen spezifische Krisentendenzen (und Krisentheorien) zuzuordnen sind.

Er postuliert zwei grundlegende Motivationsmuster, mit denen kulturell überlieferte Wertmuster korrespondieren:

- den staatsbürgerlichen Privatismus (vor dem Hintergrund einer entpolitisierten Öffentlichkeit)
- den beruflich-familialen Privatismus (vor dem Hintergrund von Leistungskonkurrenz und Konsumorientierung).

Beide entsprechen nicht mehr dem klassischen bürgerlichen Muster von citoyen und bourgeois, sondern sind in ihrer kulturellen Vorherrschaft bereits als Elemente einer 'späten' Entwicklungsphase zu sehen. Hierin unterscheidet sich Habermas von Versuchen, aktuelle Wertwandelprozesse auf die Unterstellung eines intakten bürgerlichen Wertsystems (etwa auf die 'protestantische Ethik') zu beziehen.

Die grundlegenden Wert- und Motivationsmuster nun sieht er durch ein breites Spektrum sozialer Wandlungsprozesse unterminiert, das von den bereits dargestellten sozialstrukturellen Veränderungen (Dienstleistungssektor, Wachstum 'unproduktiver Einkommensbezieher') über die Kommerzialisierung von Politik und Kultur wie der liberalen Relativierung von Religion und Philosophie bis zu Veränderungen von Arbeits-, Ausbildungs- und Sozialisationsformen ('Rationalisierung von Lebenswelten') reicht.

Die hier exemplarisch referierten 'kultursoziologischen' Konzepte können nun als drei typische Interpretationslinien von 'Wertwandel' pointiert werden^{*}), denen entsprechende empirische Untersuchungen zuzuordnen wären:

Bells kulturpessimistische Beklagung des Verfalls bürgerlicher Werte müßte zugleich eine Prädominanz von Wertmustern des 'kulturellen Systems' (im Sinne von Bell) nachweisen können.

Tatsächlich kann etwa die Untersuchung von Noelle-Neumann (1977, 1978) die Tendenz zu einer Abkehr von der 'bürgerlichen Arbeitsmoral' belegen, die sie zu der besorgten Frage "Werden wir alle Proletarier?" veranlaßt.

^{*}) Zu einer ähnlichen Typisierung werttheoretischer Ansätze kommen übrigens Klages und Kmiecik (1979).

Ganz im Sinne Bells ließen sich nicht nur die von ihr konstatierte Arbeitsunlust und das Ausweichen vor Anstrengungen bei wachsenden Teilen der Mittelklassen, sondern auch die Präferenz für unmittelbare Bedürfnisbefriedigung und Egalitätsstreben interpretieren.

Auch Kmiecik (1976) interpretiert verschiedene Umfrageergebnisse aus den Jahren 1952 bis 1974 in Richtung abnehmender Berufsorientierung und Leistungsbereitschaft wie zunehmender Tendenz zu expressiven Freizeitbetätigungen (ebd. S. 331ff.).

Namentlich für Jugendliche ist dies noch einmal von Kreutz (1980) unterstrichen worden (vgl. hierzu neueste Umfragen; z.B. Shell-Studie, BAT-Studie!).

Loewenthals bestandsoptimistische Analyse der Wertkrise als Durchgangsphase von Umwertungsprozessen innerhalb des bürgerlichen Grund-Wertsystems hätte ein - allerdings schwer operationalisierbares - 'Ungleichgewicht' gängiger Wertmuster zu belegen.

In der Tat lassen sich die empirischen Befunde der Wertforschung, wie Lehner gezeigt hat (1979), auch im Sinne einer funktionalen Ausdifferenzierung von Wert- und Einstellungsmustern und - in deren Gefolge - einer vorherrschenden "Instabilität von Wert-Prioritäten" (ebd. S. 325) interpretieren. Dieser Auffassung neigen etwa auch Olk und Otto (1981) zu.

Habermas evolutionstheoretische Zusammenfassung verschiedener Krisentendenzen zur Motivationskrise, die ihrerseits potentiell die einzige noch motivbildungsfähige 'kommunikative Ethik' zum Ergebnis habe, hätte neue Wertmuster nachzuweisen, die nicht mehr nur als Negationen oder Umwertungen traditioneller Wertsyndrome zu interpretieren wären.

In diesem Sinne wären etwa die Ergebnisse von Yankelovich (1974) zu deuten, der für alle Jugendlichen in den USA als neue Anspruchshaltung die Selbstverwirklichung in sinnvoller Arbeit nachgewiesen hat. Auch Strümpel (1977) sieht in den empirischen Befunden weniger die Erosion einer 'Arbeitsmoral' schlechthin, als vielmehr die Erosion der traditionellen 'Arbeitsmoral' (Pünktlichkeit, Unterordnung, Monotonieresistenz usw.).

Tatsächlich steht eine umfassendere empirische Untersuchung oder gar Bestätigung solcher Theorien von Wertwandel und Wertkrise noch aus. Dies hat wohl vorwiegend zwei Gründe: einmal ist deren Abstraktions- und Komplexitätsniveau so hoch, daß sich ihre operationale Umsetzung und insbesondere die Angabe von 'Falsifikationskriterien' als recht schwierig darstellt; zum anderen hat sich die empirische Wertforschung zu diesen Deutungsversuchen (vgl. Kmiecik 1976, Klages 1979, Klages/Kmiecik 1979) bisher eher auf Distanz gehalten.

Am ehesten erscheint uns Ingleharts Untersuchungsansatz zur Analyse von Wertwandelprozesse (Inglehart 1971; 1975; 1979a; 1979b; 1980; 1981) jenen makrosoziologischen Konzepten kompatibel zu sein, insofern er mit der Dimension "materieller" vs. "postmaterieller" Werthaltungen

- an Konzeptionen einer "postindustriellen Gesellschaft" (Bell) anknüpft;
- die Gegenstände der von ihm untersuchten Wertorientierungen explizit gesellschaftsbezogen (Wirtschaftsentwicklung, Umwelt, politisches System) und weniger individuenbezogen sind;
- Implikationen dieser Wert-Dimension für das politische Verhalten und die politischen Strukturen annimmt.

Sein Ansatz ist auch deshalb von größerer Bedeutung, weil er in den letzten Jahren mehrfach in den Ländern der EG wie in den USA durchgeführt wurde; hier liegt mittlerweile unvergleichlich reichhaltiges Datenmaterial vor.

Mit der empirischen Operationalisierung von Werthaltungen bzw. -präferenzen lehnt sich Inglehart allerdings an die eher psychologisch orientierte Bedürfnistheorie Maslows (1954) an, nach der 'ideelle Bedürfnisse' (Achtung, Zugehörigkeit, Selbstverwirklichung) dann Vorrang gewinnen, wenn 'materielle Bedürfnisse' (physisches Überleben, Sicherheit) weitgehend befriedigt sind. Im Sinne der Grenznutzentheorie bildet das Individuum seine Wertprioritäten entsprechend den Befriedigungsmöglichkeiten aus, die die Umwelt ihm bietet (Mangelhypothese).

Seine zweite leitende Hypothese modifiziert die erste insofern, als die das Individuum und seine Wertorientierungen prägende Phase in der Sozialisation des Jugendlichen gesehen wird; damit wären Wertorientierungen gegenüber späteren Schwankungen der ökonomischen und politischen Konjunkturen relativ resistent (Sozialisationshypothese).^{**)}

Die eigentlich empirische Hypothese seiner Untersuchungen geht nun dahin, daß in den entwickelten westlichen Industrienationen diejenigen Generationen, die vor 1945 unter Bedingungen materieller Not und Bedrohung der Sicherheit (Krieg) aufgewachsen sind, mehrheitlich 'materialistisch' orientiert sind, während diejenigen Generationen, die nach 1945 unter den Bedingungen von wachsendem materiellem Wohlstand und Frieden groß wurden, zunehmend 'postmaterielle' Werthaltungen entwickeln.

'Materialistische' Werthaltungen werden von Inglehart in Anlehnung an die genannten Bedürfnisqualitäten als Präferenz z.B. von Wirtschaftswachstum, stabilen Preisen wie Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung operationalisiert, während "postmaterialistische" Werthaltungen sich in Präferenzen von mehr Partizipation an politischen und sozialen Entscheidungen oder von einer weniger unpersönlichen und geldorientierten Gesellschaft ausdrücken sollen. Dabei besteht für Inglehart ähnlich wie für andere empirische Wertforschung das Problem der adäquaten Operationalisierung von gesellschaftlichen Werten und Werthaltungen. Resultat ist eine doppelte Hilfskonstruktion, indem nämlich a) Einstellungen der Befragten zu einzelnen items Werte indizieren müssen und b) individuelle Präferenzen zugleich soziale Aggregate indizieren sollen. Inglehart versucht diesem Problem insofern Rechnung zu tragen, als er nicht einfach die Bewertung der einzelnen items durch die Befragten erhebt, sondern sie zur Erstellung einer Rangreihe auffordert ("forced-choice-items"). Gerade durch dies Verfahren treten erst deutliche Differenzen zwischen einzelnen Befragtengruppen zutage (vgl. von Berg 1981, S. 5ff).

^{**)} Zum Ansatz von Inglehart und seiner Diskussion vgl. insgesamt von Berg 1981.

Die Ergebnisse der Inglehartschen Befragungen ergaben deutliche Mehrheiten von 'Materialisten' in allen untersuchten Ländern, zugleich aber signifikante Unterschiede dieser Relation in den vom Hypothesenrahmen vorausgesagten Gruppierungen (Alterskohorten, sozio-ökonomische Gruppen, Bildungsstrata).

Analysiert man nämlich die statistische Gruppe der 'Postmaterialisten' wie Inglehart es getan hat, läßt sich folgendes feststellen: Bei dieser Gruppe handelt es sich vorwiegend um die Altersgruppe von 15 - 24 Jahren, die in der Wirtschaftswachstumszeit der 60er Jahre großgeworden ist. Sie weist ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau auf und sofern die Angehörigen der Gruppe schon erwerbstätig sind, beziehen sie ein relativ hohes Einkommen.

Aufgrund der Ergebnisse zeitlich gestaffelter Untersuchungen gewann Inglehart den Eindruck, daß die Gruppe der Postmaterialisten in allen EG Staaten im Wachsen begriffen ist.

Gegen Ingleharts Vorgehen sind mehrere Einwände vorgetragen worden, die für eine weitere Verwendung von Relevanz sind (Herz 1979, Klages 1979, Klingemann 1979, Kmiecik 1976, Lafferty 1976, Lehner 1979, Marsh 1975, Olk/Otto 1981, Raschke 1980).

Zunächst erscheint vielen Autoren die theoretische Konzeption Ingleharts als fragwürdig.

Dies bezieht sich einmal auf ihre Fundierung durch die Bedürfnistheorie Maslows, insofern diese auf ein zu starres hierarchisches Bedürfnismodell abstellt (Herz, Marsh, Raschke).

Zugleich wird die eher sozialpsychologische Fundierung sozialer Tatbestände, nämlich Werte und Wertorientierungen, kritisch hinterfragt (Lautmann, Herz). Dessen unbeschadet kann hinsichtlich der Erklärung der Werthaltungsbildung ein ökonomischer Determinismus bei Inglehart konstatiert werden (Raschke).

Raschke bringt die Elemente einer solchen Kritik auf einen Nenner, wenn er Ingleharts Konzept als 'Wertwandel infolge materiellen Fortschritts' faßt, während es sich möglicherweise viel eher um Wertwandelprozesse infolge von Krisentendenzen des westlichen Industriesystems (zunehmende Selbstdestruktivität, abnehmende Gesamteffizienz, verringerte Lösungskompetenz) handelt. Eine solche Konzeption würde es im Gegensatz zu Inglehart erlauben, den ökonomischen Determinismus zu überwinden, die Dimension sozialer und politischer Bewegungen als Ferment von Wertwandelprozessen einzubeziehen und die Dimension historisch-komplexer Abläufe, (Sinnfragen stellen sich nicht erst in 'post-industriellen Gesellschaften') zu berücksichtigen (vgl. ebd., S. 40ff.).

Der zumindest problematische theoretische Rahmen für die beobachtbaren Verschiebungen von Wertpräferenzen kann nicht folgenlos bleiben für eine Beurteilung des methodischen Vorgehens bei Inglehart. Hier soll abkürzend nur auf die bereits erwähnte Problematik des Verhältnisses von Wertorientierung, Einstellung (politische Ziele als Operationalisierung von 'Wertedimensionen') und realem Handeln hingewiesen werden (Kmieciak 1976). Aber auch die Relevanz des variablen historischen (Raschke 1980) und des sozialstrukturellen Bedeutungskontextes von Werten (Küchler 1980) wäre hier hervorzuheben, insofern sie die Ergänzung quantitativer Verfahren durch qualitative notwendig machten.

Schließlich werden auf der Ebene der Interpretation der empirischen Ergebnisse bzw. der Validierung von Ingleharts Hypothesen eine Reihe von Einwänden erhoben, die zurückverweisen auf ungelöste theoretische Fragen.

Einmal steht allein schon aufgrund der mangelnden Größe des Untersuchungszeitraums (von 8 Jahren) die Langfristigkeit der behaupteten weitreichenden Wandlungstendenzen in Frage. Zugleich wird die Stabilität des Wandels von Wertorientierungen gegenüber Lebenszyklus-Effekten oder gegenüber sozio-ökonomischen bzw. sozio-politischen Zyklen bezweifelt (Namenwirth 1973; Lafferty 1976; Klingemann 1979; Jagodzinski 1981).

Zum anderen ist auf die Problematik einer sozialstrukturell gehaltvollen Identifizierung der Gruppen der 'Materialisten' und 'Postmaterialisten' hinzuweisen. Inglehart stellt im Rahmen seiner Sozialisationshypothese eher auf demografische Indikatoren für die 'formative years' ab, während eine sozialwissenschaftliche Interpretation von den statistischen Ergebnissen her auf reale soziale Schichten und Gruppen (Cotgrove/Duff 1980; Raschke 1980) wie auch Institutionalisierungsformen innerhalb sozialer Bewegungen (Rammstedt 1981, Hirsch/Roth 1980) zu schließen hätte. Unter diesen Gesichtspunkten wäre auch die Tatsache neu interpretierbar, daß der Anteil der 'Postmaterialisten' keineswegs so dramatisch wächst, wie es aufgrund der Alterskohortenentwicklung nach Inglehart zu erwarten wäre. Eine zusätzliche Einbeziehung historischer Kontexte ließe zudem sogenannte nationale Besonderheiten in der Wertpräferenz-Entwicklung (Marsh 1975, Lafferty 1976, Ike 1975) in einem anderen Licht erscheinen.

Obwohl Ingleharts Forschungsergebnisse also mit Vorsicht interpretiert werden müssen, haben neuere und neueste Untersuchungen die praktische politische Relevanz der von ihm verwendeten Wertdimensionierung bestätigt. Einmal scheint es eine deutliche Beziehung zwischen 'postmaterialistischen' Wertorientierungen und einem wachsenden gesellschaftlichen Protestpotential bzw. "unkonventionellem politischen Verhalten" (vgl. Allerbeck/Kaase/Klingemann 1979; Olk/Otto 1981) zu geben. Zum anderen lassen Ergebnisse über die soziale und politische Struktur der neuen Friedensbewegung und insbesondere deren Einstellung zu Atomenergie, Hausbesetzungen und Radikalenerlaß einen konsistenten Zusammenhang zur - zunächst nur statistischen - Gruppe der 'Postmaterialisten' erkennen (vgl. Küchler 1981; Spiegelumfrage 1981; Fietkau 1982).

3. Empirischer Ansatz

3.1 Zur Gesamtuntersuchung

In der 'Abteilung für Angewandte Systemanalyse' wird im Rahmen einer Folgenabschätzung und Bewertung von Strategien eines verstärkten Kohleeinsatzes in der Bundesrepublik Deutschland eine sozialwissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Folgen durchgeführt (vgl. Bechmann/Frederichs/Gloede 1981).

Der Gegenstand der Untersuchung ist die Konflikthaftigkeit (das "Konfliktpotential") der beiden Energietechnologien Kernenergie und Kohle. Diese Technologien unterscheiden sich im Grad ihrer Einführung und hinsichtlich ihrer aktuellen Konflikthaftigkeit:

Die Kernenergie ist weitgehend eingeführt und stark umstritten; Kohletechnologien sind in ihrer traditionellen Form seit langem implementiert und im Vergleich zur Kernenergie relativ konfliktfrei geblieben. Die gegenwärtige energiepolitische Weichenstellung für die Einführung neuer Kohletechnologien bietet einen wichtigen Anwendungsfall für die Abschätzung des Konfliktpotentials neuer Technologien auf der Grundlage des hier vorgeschlagenen Untersuchungsansatzes.

Das Untersuchungskonzept ist darauf zugeschnitten, unter Bezugnahme auf die oben referierte theoretische Literatur der Frage empirisch nachzugehen, ob sich Kontroversen hinsichtlich neuer Kohletechnologien andeuten und wie deren politische Tragweite und auch diejenige bereits manifester Konflikte um Kernenergie und Kohle einzuschätzen ist.

Die Möglichkeit des empirischen Zugriffs ergibt sich dadurch, daß entstehende oder bereits manifeste Konflikte sowie die ihnen zugrunde liegenden kontroversen Positionen innerhalb gesellschaftlicher Interaktions- und Kommunikationsprozesse zur Sprache kommen, d.h., als Thema identifizierbar sind. Das gilt auf allen Ebenen der Gesellschaft, innerhalb staatlicher Institutionen, in den Verbänden der Wirtschaft, in politischen und weltanschaulichen Organisationen usw. bis hinunter zu den einzelnen Individuen innerhalb ihres Kommunikationszusammenhangs.

Der Untersuchungsansatz knüpft an die Erfahrungen der Risiko-Akzeptanz-Forschung an, die von dem Konflikt um die Kernenergie ihren Ausgang nimmt und im Laufe ihrer Entwicklung eine umfassende Problemperspektive entwickelt hat:

Die moderne industrielle Entwicklung hat mit der Entstehung von Großtechnologien und mit der Tendenz zur Zentralisierung und zunehmender Vernetzung von Organisations-, Verwaltungs- und Interaktionsstrukturen zu neuartigen Problemen geführt. Gleichzeitig sind die Kenntnisse über Wirkungsmechanismen und das Bewußtsein über die Reichweite indirekter Folgewirkungen gestiegen. Die Entstehung großer, qualitativ neuer Gefahrenpotentiale und das geschärfte gesellschaftliche Risikobewußtsein gehen einher mit einer Infragestellung jener relativen Autonomie, mit der sich der technische Fortschritt seit dem 19. Jahrhundert im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rahmen vollzogen hat.

Anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie Politik und Rechtsprechung, wird in verstärktem Maße eine Mitentscheidung bei technischen Innovationen überantwortet, wobei insbesondere die Frage der Akzeptierbarkeit von Risiken zum Gegenstand der Erörterung wird, die sich nur noch eingeschränkt unter wirtschaftlichen oder technisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkten führen läßt. Aber auch außerhalb der Institutionen, in öffentlichen Auseinandersetzungen drängen soziale Bewegungen und eine in der gesellschaftlichen Kommunikation sich artikulierende Stimmung darauf, die Entscheidung über die Implementation von Großtechnologien nicht mehr in die alleinige Kompetenz einzelner Teilsysteme der Gesellschaft zu stellen.

Die Wahrnehmung und Bewertung von Großtechnologien vollzieht sich daher in der Interaktion und der Kommunikation innerhalb von und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, einer Interaktion, die keineswegs überall institutionell geregelt ist. Aufgrund unterschiedlicher Aufgabenbereiche und Problembearbeitungsstrategien zwischen den Institutionen, unterschiedlicher Zielvorstellungen und Wertorientierungen in einzelnen Handlungsbereichen (Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Recht, Politik) und aufgrund unterschiedlicher Reflexion sozialer Betroffenheit in gesellschaftlichen Gruppen kann die gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung von Großtechnologien zum komplexen Problem werden wie im Falle der Kernenergie.

Im Falle der Kernenergie ist das Risiko-Akzeptanz-Problem Gegenstand einer weit entfalteten internationalen Forschung geworden, deren Erfahrungen und Resultate für die allgemeinere Frage der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bewertung von Energietechnologien als prototypisch gelten können. Dem Stand dieser Forschung entspricht es, wenn gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung als Interaktionsprozeß aufgefaßt wird, womit diese Forschung den ursprünglich bevorzugten psychologischen Ansatz überwindet, gesellschaftliche Prozesse auf der Grundlage individueller Perzeption und Wertung erklären zu wollen.

Durch den expliziten Bezug auf Gesellschaft soll jedoch die Richtung gewiesen werden, die aus den Schwierigkeiten dieser Forschung herausführt. Trotz einer Fülle von wichtigen Ergebnissen ist der sozialpsychologische Ansatz insofern unbefriedigend geblieben, als er den unmittelbaren Bezug zu den aktuellen politischen Kontroversen kaum herstellen kann. Ein Grund liegt darin, daß die Einstellung des Individuums, seine Wahrnehmung und Bewertung nicht nur Voraussetzung sondern auch Folge politischer und anderer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sind. Das Individuum nimmt wohl selten die Risiken neuer, zum Teil nur geplanter Technologien unmittelbar wahr. Sie sind ihm fast immer durch die Medien oder durch Gespräche vermittelt, gedeutet und bewertet worden. Es ist daher eine Frage der gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, wie es zu jeweils vorherrschenden Weisen der Problemwahrnehmung und zu dominanten Deutungsmustern kommt.

Unter dieser Perspektive wird die Chance größer, die Ursachen für Konflikte in den Blick zu bekommen. Die Träger und die Hervorbringer 'gesellschaftlichen Bewußtseins' bezüglich technischer Risiken sind nicht 'die Menschen' schlechthin, sondern

- Individuen in ihren unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen und sozialen Bezügen
- die Wissenschaft als gesellschaftliche Instanz zur Produktion und Diffusion systematischen Wissens, das unmittelbare Erfahrung überschreitet
- die meinungsbildenden Organisationen, wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und bereichsübergreifend

- die Massenmedien in ihrer Rolle als ein Motor und Vermittler gesellschaftlicher Kommunikation.

In dieser Sichtweise wird deutlich, daß Konflikte um Energietechnologien nicht allein durch die jeweilige Technologie und durch die individuelle Risikoperzeption erklärt werden können. Erst die Einbeziehung der sozialen Kontexte verschiedener gesellschaftlicher Handlungsbereiche in die Forschung lassen eine adäquate Identifikation von Konflikten erwarten.

Dieser Problemperspektive entsprechend gehen wir bei der Analyse von Konfliktpotentialen von einem Konzept aus, das die simultane Untersuchung mehrerer gesellschaftlicher Ebenen vorsieht. Richtungsweisend dafür scheint uns eine Darstellung des Problems der Einführung gesellschaftlich akzeptabler 'Schwellenwerte' für technische Risiken von Cole und Witley (1981). Die Autoren kommen zu der Feststellung, daß analytisch abgeleitete Standards für öffentliche Sicherheit angesichts konfligierender Wertsysteme immer anfechtbar bleiben. In jedem Fall setzt die Etablierung von Schwellenwerten für Risiken die Einwilligung breiter Teile der Bevölkerung voraus. Daher wenden sich die Konfliktparteien direkt an die Bevölkerung, die als politische Ressource der Mobilisierung für oder gegen eine Technologie aufzufassen ist. Dabei wird meist an die individuellen oder sozialen Werte appelliert, so im Falle der Kernenergie, wo die Promotoren sich auf Wachstum, Autonomie der Energieversorgung, 'Fortschritt' und nationales Prestige, die Gegner auf Gesundheit und Sicherheit, Abwehr der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht u.a. berufen.

Diese Beschreibung der aktuellen Konflikte verweist auf zwei Wirkungszusammenhänge, deren gleichzeitige Untersuchung für die Analyse der Konflikte erforderlich ist:

- die soziale Verteilung potentiell konfligierender Wertsysteme und Einstellungsstrukturen, die den einen oder anderen Protagonisten favorisieren,
- die Strategien und Taktiken der Protagonisten sprich: einschlägigen Organisationen zur Mobilisierung von politischer Unterstützung ihrer Position, sowohl bei der Bevölkerung wie bei den ökonomischen und politischen Eliten.

Eine vermittelnde Funktion zwischen beiden Bereichen stellen die Medien dar. Es ergeben sich somit drei Untersuchungsbereiche:

- die Ebene der Bevölkerung
- die Ebene der Massenmedien
- die Ebene von Organisationen im weiteren Sinn, d.h., Institutionen, Verbände, Parteien u.a.

Diesen Überlegungen entsprechend wird der oben genannten Gesamtuntersuchung die folgende Struktur zugrundegelegt:

1. Theoretischer Teil:
Technologiekonflikte in der Industriegesellschaft

Empirische Teilstudien:
2. Bevölkerungsbefragung zu Kernenergie, Kohle und Energiepolitik
3. Medienanalyse zur Entwicklung der Kohlethematik in der Presse
4. Policy-Analyse zu Energiepolitik und Energiesystemen.

3.2 Zur Bevölkerungsbefragung

Innerhalb des Vorhabens, die in der Theorie beschriebenen Konflikte um Energietechnologien empirisch zu analysieren, ist die repräsentative Bevölkerungsbefragung also nur ein Teil. Gleichzeitig ist sie aber eine eigenständige Untersuchung der gesellschaftlichen Thematisierung von Energietechnologien. Ihr Ziel ist:

- die Darstellung der Resonanz bezüglich energiepolitischer und -technologischer Issues der öffentlichen Diskussion in der Bevölkerung und in ausgewählten Bevölkerungsgruppen;
- die Identifikation von spezifischen, möglicherweise konfligierenden Wahrnehmungs- und Deutungsmustern zu technologiepolitischen Problemen;
- die Rekonstruktion von Zusammenhängen zwischen spezifischen Deutungsmustern und sozialstrukturellen Faktoren und Wertorientierungen;

- die Beantwortung der Frage nach der Entstehung neuer Konfliktlinien in der Gesellschaft und den damit verbundenen Konfliktpotentialen von Kernenergie und Kohle.

3.2.1 Technische und methodologische Anmerkungen

Der Umfrage lag eine geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe von deutschen Staatsangehörigen zugrunde, die in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in Privathaushalten leben und über 18 Jahre alt sind. Die Zahl der Befragten war 1997. Die Befragung wurde in der Zeit vom 12.11.1980 bis zum 7.1.1981 durchgeführt.

Der Fragebogen ist im Anhang zusammen mit den Tabellen der Randverteilungen abgedruckt. Der besseren Lesbarkeit wegen werden jedoch alle Tabellen, die besprochen werden, im Text noch einmal wiedergegeben. Zusätzlich zu dem im Anhang abgedruckten Teil gehört zum Fragebogen auch die hier nicht wiedergegebene, sehr ausführliche Standarddemographie des "Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen" (ZUMA), die in der Literatur beschrieben ist und dort eingesehen werden kann (Pappi, 1979).

Bei der Erstellung des Fragebogens konnten erhebungstechnische Hinweise von ZUMA berücksichtigt werden. Der Fragebogen wurde einem Pretest unterzogen und in den "ZUMA-Bus" eingeschaltet, d.h., in einen umfassenderen, von ZUMA technisch betreuten Fragebogen aufgenommen, der noch andere Untersuchungen enthielt. Die Befragung wurde von Infratest im Auftrag von ZUMA durchgeführt.

Den Kern des im Anhang abgedruckten Fragebogens bilden drei Statementgruppen: zur Energiepolitik allgemein (F7), zur Kernenergie (F5) und zur Kohle (F8). Flankierend dazu sind im Fragebogen enthalten: Fragen zum Informationsverhalten (F1), Fragen zur Kenntnis über die Energiegewinnung aus Kohle (F4), Fragen zum persönlichen Engagement in den Auseinandersetzungen um die Kernenergie (F6), zur Einschätzung der Möglichkeit von Protesten gegen die Kohle (F9-F11) sowie Fragen zur Wertorientierung nach der von Inglehart verwendeten Methodik (F12-F14). Eine Frage (F22) zur Meinung über den weiteren Zubau von Atomkraftwerken dient als Ergänzung zum Fragenkomplex F5.

Die Themen zur Energiepolitik, zur Kernenergie und zur Kohle werden in Form von Statements angesprochen, die von den Befragten zu beurteilen waren. Die Methode, Statements beurteilen zu lassen, geht von der Überlegung aus, daß nahezu jeder Bürger als Konsument von Massenmedien an der öffentlichen Diskussion um energiepolitische Themen teilnimmt. Diese Annahme wird durch die Antworten auf die erste Frage des Fragebogens bestätigt, wonach z.B. über 90 % der Befragten das Fernsehen als Informationsquelle über Energieprobleme nennen. Es gibt also eine gewisse Berechtigung anzunehmen, daß die hier vorgelegten Statements, die sich sprachlich an der üblichen Diktion der überregionalen Presse- und Fernsehberichterstattung und inhaltlich an der energiepolitischen Diskussion orientieren, dem Durchschnittsbürger vertraut sind und in Form und Inhalt seinen durchschnittlichen energiepolitischen Informationen entsprechen.

Den Befragten standen zur Beurteilung der Statements vier Kategorien zur Verfügung:

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- lehne eher ab
- lehne voll und ganz ab.

Notfalls konnte auch mit "weiß nicht" geantwortet werden. Wo in der Auswertung auf die Unterscheidung zwischen dezidierten ("voll und ganz") und vorsichtigem ("eher") Urteil kein Gewicht gelegt wird, werden beide Urteilkategorien zu "Zustimmung" bzw. "Ablehnung" zusammengefaßt.

Die Unterscheidung zwischen dezidierten und vorsichtigen Urteilen erlaubt einen ersten Einblick in die Struktur des Meinungsbildes in der Bevölkerung. Eine der Ausgangsthesen der Untersuchung ist, daß die Energiepolitik nicht nur in einschlägigen Organisationen sondern auch in der allgemeinen Bevölkerung einen vergleichsweise hohen Grad an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Als Indiz dafür können die Anteile extremer Antwortkategorien in den Antwortverteilungen gewertet werden. Im Durchschnitt wurden pro Statement zu 38 % entschiedene ("voll und ganz") Urteile gefällt. Interessant ist dabei, daß bei den Statements zur Kernenergie dieser durchschnittliche Prozentsatz mit 40 % etwas höher, bei den Kohlestatements dagegen mit 34 % deutlich

niedriger liegt. Bei den allgemeinen energiepolitischen Statements befindet sich der Anteil extremer Urteile genau auf dem Durchschnitt von 38 %.

Die Antwortbereitschaft kann man in etwa an den Anteilen der "weiß-nicht"-Stimmen ermessen: Während der Durchschnitt über alle 15 Statements bei 11 % liegt, ist er bei den Kernenergie- und bei den energiepolitischen Statements mit 10 % etwas niedriger, bei den Kohlestatements mit 14 % deutlich höher. Es sind dies erste Hinweise darauf, daß zum Thema Kohle eine geringere Gewißheit in den Urteilen vorzufinden war als bei dem Thema Kernenergie. Es liegt nahe, dies zum Teil als ein Resultat der intensiven Diskussion zur Kernenergie in den vergangenen Jahren zu sehen. Wir werden allerdings speziell beim Statement zum Risiko der Kernenergie sehen, daß die intensive Diskussion auch dazu führen kann, daß vorsichtigere Urteile ("eher") gefällt werden (s. Abschnitt 5.1.1).

3.2.2 Zum Auswertungskonzept

Die Erhebungseinheit ist der einzelne Befragte. Über ihn erhält man die Grundinformation, ob er dem jeweiligen Statement zustimmt oder es ablehnt. Alle Statements sind entweder kritisch oder affirmativ in bezug auf den Gegenstand formuliert, der jeweils angesprochen wird, also in bezug auf die Energiepolitik allgemein, die Kernenergie oder die Kohle. Hat der Befragte eine issueübergreifende konstante Einstellung zu dem Gegenstand, so muß er die Statements je nach Formulierung zustimmend oder ablehnend beurteilen.

Die Statements sind komplex, indem sie jeweils verschiedene Dimensionen ansprechen. So z.B. die Kohlestatements, in denen wiederholt die Kernenergie mitthematisiert wird. Auf diese Weise haben wir versucht, die energiepolitische Diskussion, wie sie sich in den Medien und in der einschlägigen Literatur darstellt, durch die Statements möglichst genau einzufangen. Der ohnehin nicht einzulösende Anspruch, eindimensionale Statements zu formulieren, wurde fallengelassen.

Der Preis dafür ist, daß auf der individuellen Ebene jene issueübergreifende Meinungskonstanz gegenüber dem jeweiligen Gegenstand nur relativ selten zu beobachten ist: Die individuelle Beurteilung der Statements hängt stark von intervenierenden Faktoren ab, wie Statementformulierung, spezifische Statementinhalte usw. Wir halten das für ein realistisches Abbild der Meinungsbildung in der Bevölkerung. Eine konsistente, gegenüber den verschiedenen Aspekten etwa der Kohle oder der Kernenergie invariante "Einstellung" setzt ein hohes Maß an affektiver oder normativer Bindung gegenüber dem Meinungsobjekt voraus, die für den Durchschnittsbürger bei so abstrakten Gegenständen wohl kaum gegeben ist.

Das schlägt sich in unseren Daten (wie generell in den Daten von Meinungsumfragen) z.B. in nicht sehr hohen Korrelationen zwischen den Antwortverteilungen der Statements nieder. Immerhin sind die Korrelationen zwischen den Kernenergiestatements noch am stärksten, weil hier der aktuelle Kernenergiekonflikt noch am ehesten zu Einstellungen gegenüber der Kernenergie führt.

Tabelle Produkt-Moment-Korrelationen zwischen den Statements zur Kernenergie

	F5A Umwelt	F5B Risiko	F5C Politiker- entscheidung	F5D Moratorium	F5E KE not- wendig	F5F Nach- kommen
F5A	1					
F5B	-.51	1				
F5C	.52	-.37	1			
F5D	-.43	.51	-.40	1		
F5E	.59	-.43	.57	-.40	1	
F5F	-.45	.52	-.39	.53	-.41	1

Alle Korrelationen sind signifikant von Null verschieden; Niveau = 99 %.

Diese nicht sehr starken Korrelationen zwischen den Kernenergiestatements und die noch geringeren zwischen den hier nicht aufgelisteten Statements zeigen, daß eine große Vielfalt der individuellen Statementbeurteilungen vorliegt, daß es also keineswegs die Regel ist, daß ein Befragter z.B. die Kernenergie durchgängig positiv bzw. negativ beurteilt (siehe dazu auch Abschnitt 5).

Nun führt aber die Betrachtung der Korrelationen auf ein Phänomen, das ungeachtet der Meinungsvielfalt auf individueller Ebene auf eine Regelmäßigkeit verweist, die einer Erklärung bedarf. Betrachtet man nur die Vorzeichen der Korrelationen aller 15 Statements (= 105 Korrelationen), so korrelieren in 98 Fällen kritisch formulierte Statements ebenso wie affirmativ formulierte Statements untereinander stets positiv, während kritische mit affirmativen stets negativ korrelieren. In den sieben Ausnahmefällen sind die Korrelationen nicht signifikant von Null verschieden. (Das gilt auch, wenn man das Ordinalskalenniveau der Urteilkategorien berücksichtigt und statt der Produkt-Moment-Korrelation die Kendallschen tau-beta-Koeffizienten berechnet.)

Diese Beobachtung deutet darauf hin, daß trotz der Vielfalt der individuellen Antwortmuster insgesamt ein affirmativer und ein kritischer Trend existieren, und zwar über alle drei Bereiche (Energiepolitik, Kernenergie und Kohle) hinweg. Was solche Trends inhaltlich zu bedeuten haben und welches Gewicht ihnen zukommt, das sind die Fragestellungen, auf die sich die Auswertung der Umfrage bezieht.

Dazu kann sie sich allerdings nicht auf die Individualebene beschränken. Meinungen und Meinungstrends entstehen nicht nur intraindividuell, sondern sind auch das Resultat gesellschaftlicher Prozesse, in denen Verunsicherungen und Widersprüche etwa im politischen Geschehen kollektiv verarbeitet werden. Die Untersuchung zielt auf die Aufdeckung von Meinungstrends in der Bevölkerung und in Gruppen. Während also die Erhebungseinheit das Individuum ist, sind die Untersuchungseinheiten Bevölkerungsgruppen. Der generelle Indikator für Meinungstrends sind die Prozentanteile von Statementbeurteilungen sowie die Prozentsatzdifferenzen zwischen Statements und zwischen Gruppen.

Im Vordergrund der Untersuchung steht also weniger die Darstellung individueller Meinungen zu den drei energiepolitischen Bereichen, als vielmehr die Rekonstruktion von Regelmäßigkeiten in den Urteilen und ihrer Zusammenhänge mit sozialstrukturellen Merkmalen. Dahinter steht die Vorstellung, daß innerhalb bestimmter Bevölkerungsgruppen jeweilige Besonderheiten wie Berufsstruktur, Sozialisationsmodi, durchschnittlicher Bildungsgrad, Kommunikationsgewohnheiten, Lebensstile usw. auf Meinungsprozesse Einfluß nehmen und zur Herausbildung gruppenspezifischer Deutungsansätze führen, ohne daß sich dies bei dem einzelnen Gruppenangehörigen zu einer stereotypen Meinung verfestigen muß. Die Folge ist, daß trotz individueller Vielfalt der Meinungen bestimmte Urteile oder Urteilskombinationen in der einen Gruppe signifikant häufiger auftreten als in einer anderen oder als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Dieser Ansatz hat gegenüber dem individualistischen Vorgehen den Vorteil, daß von vornherein diejenigen Faktoren in die Untersuchung eingehen, die für die Beschreibung manifester oder latenter politischer Konflikte relevant sind. Politische Konflikte sind Kollektivphänomene. Ihnen liegen Prozesse der Konsensbildung über gemeinsam wahrgenommene Verletzungen von Interessen oder Werthaltungen innerhalb der einzelnen Konfliktparteien zugrunde. Die Artikulation des gemeinsamen Interessenstandpunktes, die Organisation seiner politischen Vertretung, Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft sind an Voraussetzungen gebunden, die sich nicht individualistisch beschreiben lassen.

Das Ziel der Auswertung sind Aussagen über signifikante Meinungstrends in der Bevölkerung und ihre Interpretation unter Zuhilfenahme thematischer und sozialstruktureller Koinzidenzen. Es wird nicht der Anspruch erhoben, Konfliktprognosen zu erstellen, etwa über den weiteren Verlauf des Kernenergiekonflikts oder über das Eintreten oder das Ausbleiben eines ähnlichen Kohlekonflikts. Wohl aber wird behauptet, daß die Darstellung von Meinungstrends und ihrer thematischen und sozialstrukturellen Verankerungen wesentliche Aufschlüsse über Konfliktpotentiale liefern und über technologiespezifischen Faktoren, die zu einer Aktualisierung solcher Potentiale führen können.

3.2.3 Zur Systematik der sozialstrukturellen Analyse

Bei der Fragebogenauswertung wird mehrfach von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, das Antwortverhalten innerhalb bestimmter, sozialstruktureller indizierter Gruppen zu untersuchen. Dazu wird die Gesamtstichprobe in Anlehnung an A. Giddens (1979) nach Klassen- und schichtspezifischen sowie nach funktionalen Gesichtspunkten untergliedert.

Klassen und Schichten

Die 'Oberklasse' umfaßt Großbauern, Großgrundbesitzer, Unternehmer mit mehr als 10 Mitarbeitern, Direktoren, Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder größerer Betriebe. In die Oberklasse (OK) fallen N = 29 Befragte.

Diese Befragtengruppe zeichnet sich durch ein deutlich überdurchschnittliches Einkommen, das zweithöchste Bildungsniveau der Befragten, eine CDU-Präferenz von 80 % und um einen 16 % über dem Durchschnitt liegenden Anteil an evangelischer Konfessionszugehörigkeit aus. In ihrer Selbsteinschätzung erreicht diese Gruppe jedoch nur das durchschnittliche Niveau von 'Mittelschicht'-Zugehörigkeit, kaum höher als das der oberen Schicht der Neuen Mittelklasse, von der sie sich in den objektiven Aspekten deutlich unterscheidet. Diese 'Bescheidenheit' mag ihren Grund in einer eher protestantischen Grundhaltung haben - im Antwortverhalten zeigen sich deutliche Interessenbezüge.

Die 'Traditionelle Mittelklasse' besteht aus kleinen und mittleren Bauern, selbständigen Akademikern, kleinen Unternehmern mit bis zu 9 Mitarbeitern. Sie umfaßt N = 81 Befragte.

Diese Befragtengruppe hat ein überdurchschnittliches Einkommen, ein noch überdurchschnittliches Bildungsniveau, eine CDU-Präferenz von 69 % und liegt 6 % über dem Schnitt mit einer evangelischen Konfessionszugehörigkeit. In ihrer Selbsteinschätzung rangiert sie knapp unterhalb der Oberklasse und der oberen Schicht der Neuen Mittelklasse; zu berücksichtigen ist hier eine stärkere Streuung in den Einkommens- und Bildungsverhältnissen der Mitglieder, als bei der Oberklasse.

Die 'Neue Mittelklasse (untere Schicht)' (NMK (u.)) umfaßt mit N = 289 der Befragten Beamte im einfachen oder mittleren Dienst und Angestellte mit einfacher bis schwieriger Tätigkeit.

Das Einkommensniveau dieser Gruppierung ist unterdurchschnittlich (auf Facharbeiterniveau), das Bildungsniveau in etwa durchschnittlich, in der Parteipräferenz ebenfalls durchschnittlich, in der Konfessionszugehörigkeit ein leicht überdurchschnittlicher Anteil an Katholiken (den wir bei der unteren Arbeiterschicht wiederfinden).

Die 'Neue Mittelklasse (obere Schicht)' (NMK (o.)) besteht aus Beamten im gehobenen bzw. höheren Dienst und Angestellten mit verantwortungsvoller Tätigkeit. Die Gruppe umfaßt N = 212 Befragte.

Das durchschnittliche Einkommen dieser Gruppe ist relativ hoch (entspricht dem der trad. Mittelklasse), ihr Bildungsniveau ist führend (durchschnittlich höher als Mittlere Reife), ihre Parteipräferenz nicht vom Durchschnitt unterschieden, in der Konfessionszugehörigkeit gibt es jedoch deutlich mehr Konfessionslose (+ 4,5 %) als im Bevölkerungsschnitt. Die Selbsteinschätzung dieser Gruppe ist annähernd so hoch wie bei der Oberklasse.

Kurz: die obere Schicht der NMK hat weniger Geld und weniger konfessionelle Bindung als die Oberklasse, dafür mehr Bildung.

Die 'Arbeiter' setzen sich aus den ungelernten oder angelernten Arbeitern zusammen und sind mit N = 97 in der Stichprobe vertreten.

Diese Gruppe nimmt in jeglicher Hinsicht den untersten Rang im sozialen Status ein: mit einem stark unterdurchschnittlichen Einkommen, durchschnittlich Volksschulniveau, nur leicht überdurchschnittlicher SPD-Präferenz (zu erklären mit einem stark überdurchschnittlichen Katholikenanteil mit + 9,5 %). Die Selbsteinschätzung entspricht weitgehend der realen Lage.

Die Gruppe der 'Facharbeiter' umfaßt Facharbeiter und Vorarbeiter mit N = 142 Befragten.

Diese Gruppe unterscheidet sich von den ungelerten Arbeitern durch ein etwas höheres Einkommen, durch eine höhere Schulbildung, und durch eine deutlich höhere SPD-Präferenz. In der Selbsteinschätzung liegen sie zwischen Arbeiter- und Mittelschicht mit stärkerer Arbeiterschicht-Komponente. In der Konfessionszugehörigkeit entsprechen sie dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Schließlich wird noch die mit N = 25 nur kleine Gruppe der 'Meister' in die Gliederung nach Klassen mit aufgenommen. Sie umfaßt Meister, Polierer, Industrie- und Werkmeister im Angestelltenverhältnis.

Diese Gruppe, die von ihrem Tätigkeitsfeld her dem Arbeiterbereich zugehört, ihrer Funktion nach jedoch Aufgaben von den Unternehmensleitungen delegiert bekommt, bezieht ein leicht überdurchschnittliches Einkommen (höher als NMK (u.)), hat eine arbeiterähnliche Schulbildung, liegt in ihrer Selbsteinschätzung eher bei der Mittelschicht, in ihrer Parteipräferenz eher bei der SPD. Die Konfessionszugehörigkeit weist einen überdurchschnittlichen Katholikenanteil und einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an Konfessionslosen auf.

Es paart sich also ein deutliches Maß an Aufstiegsorientierung mit einer eher 'linken' Orientierung - ihre politische Repräsentanz dürfte diese (kleine) Gruppe im rechten SPD-Flügel haben.

Oberklasse und traditionelle Mittelklasse lassen sich zur Klasse des Bürger- und Kleinbürgertums (N = 110) zusammenfassen; NMK (u.) und NMK (o.) zur Neuen Mittelklasse (N = 501); Arbeiter, Facharbeiter und Meister zur Arbeiterschaft (N = 264).

Funktionale Gruppierungen des Samples

Hier werden unter den Erwerbstätigen Gruppierungen nach Tätigkeitsmerkmalen vorgenommen. Als relevant für die in dieser Untersuchung verfolgten Fragestellungen werden 'funktionale Eliten' und eine sektorale Untergliederung der Arbeitnehmerschaft angesehen.

'Funktionale Eliten':

1. 'Technisch-wirtschaftliche Elite' bezeichnet Funktionsträger im Bereich von Naturwissenschaft und Technik sowie der Wirtschaft. Sie sind mit N = 115 Befragten in der Stichprobe vertreten. Es handelt sich um Ausübende naturwissenschaftlich-technischer und wirtschaftsbezogener Tätigkeiten in hervorgehobener Position.
2. 'Gesellschaftsbezogene Elite' umfaßt menschen- und gesellschaftsbezogene Tätigkeiten mit einer funktionalen Prägung durch Kopfarbeit. Hierzu rechnen Mediziner, Lehrkräfte, geistliche Berufe, Künstler, Sozial- und Geisteswissenschaftler. Die Gruppe umfaßt N = 112 Befragte.
3. 'Naturbezogene Berufe' kennzeichnet die Gruppe natur- und umweltbezogener Tätigkeiten. Wegen einer geringen Besetzungszahl wird hier die Einschränkung auf hervorgehobene Positionen verlassen. Die Gruppe umfaßt Biologen, Veterinärmediziner und Tätigkeiten aus dem forst- und landwirtschaftlichen Bereich. Sie sind mit N = 35 Befragten in der Stichprobe vertreten. Diese Gruppe ist im Unterschied zu den beiden oberen durch eine relativ große soziale Inhomogenität geprägt (Großbauern, landwirtschaftliche Arbeiter, Akademiker).

Die sektorale Gliederung der 'breiten Arbeitnehmerschaft'

Die gesamte Gruppe zeichnet sich durch fehlende Führungsfunktionen, fehlenden Bildungsbias und bei den Beschäftigten der materiellen Produktion durch die Zugehörigkeit zu mittleren bis größeren Betrieben aus. Sie überschneidet sich nicht mit den drei Gruppen der 'Funktionalen Elite' und bildet in etwa das Komplement zu diesen in der Gesamtgruppe der Erwerbstätigen.

1. Arbeitnehmer in der materiellen Produktion.

Es handelt sich um gütererzeugende und verwandte Berufstätigkeiten. Die Gruppe ist mit N = 144 Befragten in der Stichprobe vertreten.

2. Arbeitnehmer in Verwaltung und Büro (N = 139)

Es handelt sich um Berufe wie ausführende Verwaltungsbedienstete, Buchhalter, Stenographen, Bediener von Rechenanlagen, Bahnhofs- und Postbedienstete, Telephonisten, Sekretäre und weitere Bürokräfte.

3. Arbeitnehmer in Handel und Transport (N = 76)

Diese sektorale Gruppe umfaßt Tätigkeiten wie Einkäufer, Handlungsreisende/-vertreter, Makler aller Art, Straßenhändler und sonstige Verkaufskräfte aller Art, sowie Beschäftigte im Güter- und Personentransport.

4. Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich (N = 38)

Im Unterschied zur 'gesellschaftsbezogenen Elite', die ebenfalls dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen ist, sind in dieser Gruppe Beschäftigte erfaßt, deren Tätigkeit weniger stark durch Kopfarbeit geprägt ist, so z.B. Hauswirtschaftskräfte, Beschäftigte im Gaststättengewerbe, Beschäftigte im Reinigungsgewerbe und in der Schönheitspflege, sowie Sicherheitsbedienstete.

4. Energiepolitik als Konfliktfeld

Die Energiepolitik ist in den 70er Jahren zum Konfliktfeld geworden. Heftige Auseinandersetzungen um die Kernenergie, Kontroversen um die Zukunft unserer Gesellschaft prägen heute das Bild eines Politikbereiches, der noch vor etwas über 10 Jahren als ein Fachressort unter anderen galt und kaum die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich zog. Ein Ausspruch wie: "Wichtig ist, daß ausreichend Energie zur Verfügung steht; woher diese kommt, ist egal" hätte der allgemein verbreiteten Einstellung entsprochen. Heute lehnt die Mehrheit der Bürger mit 56,6 % ein solches Statement ab (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: "Wichtig ist, daß ausreichend Energie zur Verfügung steht; woher diese kommt, ist egal" (F7E)

Urteil zu dem Statement	Prozent
Zustimmung	36,6
Ablehnung	56,6
"weiß nicht"	6,9
N	1997

Wie sieht der Konflikt aus, der das einst relativ wenig beachtete Fachressort Energiepolitik in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückt hat? Die sogenannten Ölkrisen haben das Problem der Verknappung natürlicher Ressourcen ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Die Proteste gegen Atomkraftwerke haben die Aufmerksamkeit auf Risiko- und Umweltprobleme von Energietechnologien gelenkt. Die mit der Erstellung von Energieprogrammen entfachten politischen und wissenschaftlichen Kontroversen finden ihren Niederschlag in der Diskussion unterschiedlicher Energiekonzepte, deren Diskussion sich bis zum Entwurf alternativer gesellschaftlicher Entwicklungen ausweitete /Deutscher Bundestag, 1980; Meyer-Abich, Schefold, 1981; Kitschelt, 1982/.

"Mit neuen Energiearten, wie z.B. Energie durch Sonne, Wind, Erdwärme könnte man die Energieprobleme weitgehend lösen" ist ein Statement, das sich den Standpunkt der entschiedensten Kritiker herkömmlicher Energiepolitik zu eigen macht, wie er etwa im Pfad 4 der Ersten Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" des Deutschen Bundestags zum Ausdruck kommt und in vielbeachteten Publikationen ausgeführt wird (Deutscher Bundestag, 1980; Krause, Bossel, Müller-Reißmann, 1980).

Obwohl das Statement eine extreme Position vertritt, die sich die gegenwärtige Energiepolitik nicht zu eigen macht und von der vorherrschenden Expertenmeinung abgelehnt wird, findet es bei einer Mehrheit von über 66 % in der Bevölkerung Zustimmung (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: "Mit neuen Energiearten, wie z.B. Energie durch Sonne, Wind, Erdwärme könnte man die Energieprobleme weitgehend lösen" (F7A)

Urteil zu dem Statement	Prozent
Zustimmung	67,3
Ablehnung	22,3
"weiß nicht"	10,5
N	1997

Das Statement vertritt implizit jene energiepolitische Position, die für eine Abkehr von großtechnologischen Projekten und für den Einsatz besser überschaubarer und umweltschonender Energietechniken plädiert. Die Zustimmung durch eine Mehrheit in der Bevölkerung zeigt eine deutliche Diskrepanz zur vorherrschenden Expertenmeinung und Energiepolitik auf.

Scheinbar im Widerspruch dazu steht die überwältigende Zustimmung zu dem Statement in Tabelle 3, das auf Energiesparen und Kohle abstellt und dafür den Ausbau von Kernkraftwerken in "vernünftigen" Grenzen halten möchte. Dieses Statement entspricht der 2. Fortschreibung des Energieprogramms durch die sozialliberale Regierung im Dezember 1977 (Bundesministerium für Wirtschaft, 1977). Sie war eine Reaktion auf die energiepolitische Diskussion, die 1977 einen Höhepunkt erreicht hatte.

Tabelle 3: "Man kann den Ausbau von Kernkraftwerken in vernünftigen Grenzen halten, wenn man Energie spart und die Kohle stärker nutzt" (F7B)

Urteil zu dem Statement	Prozent
Zustimmung	82,9
Ablehnung	9,3
"weiß nicht"	7,9

N 1997

Die Stimmung in der allgemeinen Bevölkerung zur offiziellen Energiepolitik scheint ambivalent. Einerseits bildet sich eine deutliche Mehrheit für einen diese Politik implizit kritisierenden Standpunkt, andererseits findet sich eine enorm starke Mehrheit, die diese Politik bestätigt. Betrachtet man die Antworten beider Statements zusammen, so ergibt sich ein Bevölkerungsanteil von 59,9 %, der beiden Statements zustimmt. Die Mehrheit in der Bevölkerung zeigt sich also neuen Wegen in der Energiepolitik gegenüber aufgeschlossen, akzeptiert aber gleichzeitig den offiziellen Kurs der Bundesregierung, der mit Energiesparen, Kohle und Kernenergie stärker im Rahmen gewohnter Vorstellungen bleibt.

4.1 Energiepolitische Kritik und ihre Träger

Wie nicht anders zu erwarten, zeichnet sich der Konflikt um die Energiepolitik in den Meinungen der Bevölkerung nicht mit der Schärfe ab, wie es auf der Ebene der energiepolitischen Diskussion der Fall ist. Ein Blick dorthin soll die Konturen dieses Konflikts stärker hervorheben, um dann seine Resonanz in der Bevölkerung nachzeichnen zu können.

Das energiepolitische Engagement grüner und alternativer Organisationen und die Anbindung der Antikernkraftbewegung an die neuen sozialen Bewegungen (Umwelt-, Alternativ- und Friedensbewegung) (Küchler, 1981) geben den Hinweis auf das thematische und das soziale Umfeld energiepolitischer Kontroversen. Die Ziele und Inhalte der Kritik an der gegenwärtigen Energiepolitik werden in Fachtagungen der Parteien, in den Programmen von Bürgerinitiativen und Bewegungsorganisationen formuliert. Eine inzwischen umfangreich gewordene Literatur zu den von diesen Organisationen verfolgten Themen rundet das Bild soweit ab, daß bei aller Vielfalt der Ansätze, Strategien und Zielvorstellungen bestimmte Hauptzüge der Kritik hervortreten. Sie lassen sich unter dem Begriff der Industrialismuskritik ¹⁾ subsumieren (Ullrich, 1979; Strasser, Traube, 1981). Vor dem Hintergrund von Umweltproblemen, Wettrüsten, Nord-Süd-Problematik, sich ausbreitender Unzufriedenheit trotz allgemeinen Wohlstandes in den Industrieländern, die als Krisenerscheinungen der industriellen Zivilisation gesehen werden, wird ein Umdenken propagiert, das die bisher kaum hinterfragten Ziele der Nachkriegsentwicklung in Zweifel zieht: das am Bruttosozialprodukt gemessene Wirtschaftswachstum soll durch die Besinnung auf "qualitatives" Wachstum korrigiert werden; technischer "Fortschritt" soll nicht um seiner selbst willen zu immer gigantischeren Formen vorangetrieben werden, sondern die natürlichen und die gesellschaftlichen Bedingungen reflektieren; nicht Wohlstand als Anhäufung von oft überflüssigen Konsumgütern sondern die Verbesserung der "Lebensqualität" soll das Ziel politischer und wirtschaftlicher Anstrengungen sein.

1) Dieser Begriff wird erst in Abschnitt 7 systematisch entwickelt. Vorläufig dient er als Kurzbezeichnung für die hier skizzierte Kritikhaltung, die sich vor allem durch eine generelle, über die spezifischen energiepolitischen Issues hinausweisende Perspektive auszeichnet.

Der Antagonismus, der den Konflikt formt, könnte als Gegensatz zwischen Strategien apostrophiert werden, mit denen die heute bewußt gewordene Probleme der Industriegesellschaften überwunden werden sollen. Aus der einen Sicht sind die Probleme strukturell bedingte, unvermeidbare Krisensymptome des Industrialismus, so daß dieser einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden muß. Aus der anderen Sicht erfordern die Probleme im genauen Gegensatz zur ersten Position eine Intensivierung des Einsatzes von Mitteln, die von der Industrialismuskritik als Ursache des Übels gesehen werden. So z.B. Rüstung als Mittel gegen die Friedensbedrohung; der Schnelle Brüter als Mittel gegen die drohende Verknappung von Energieressourcen; "Umwelttechnologien" als Mittel gegen die Zerstörung der Umwelt.

Alles dies sind Streitfragen, die im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Kernenergie zur Sprache kamen und auch weiterhin in der Energiepolitik thematisch bleiben. Die Folge ist, daß hier wie auch in anderen Politikbereichen die Akzeptanz politischer Entscheidungen problematisch geworden ist. Die politische Kultur hat sich im Laufe der 70er Jahre geändert. Die einstige politische Apathie des Durchschnittsbürgers, der seine politische Beteiligung mit dem Wahlakt als erledigt betrachtete, hat einer verbreiteten Wachsamkeit und Bereitschaft zu Widerspruch und Protest Platz gemacht (Barnes, Kaase et al., 1979; IIUG, 1982).

Symptomatisch dafür sind die hohen Anteile kritischer Stimmen in den Tabellen 1 und 2, also der Ablehnung von Gleichgültigkeit bezüglich der Energiequellen (F7E) und der Zustimmung zu dem Statement F7A, das sich zu den herrschenden energiepolitischen Ansätzen im Widerspruch befindet. In die gleiche Richtung weist die mit 46,3 % überwiegende Ablehnung des Statements F7D, das für eine starke Kernenergie-Politik plädiert (s. Tabelle 4), sowie die mit 65 % mehrheitliche Zustimmung zu dem sehr kritischen Statement F7C, daß Umweltfragen in der Energiepolitik gegenüber wirtschaftlichen und technischen Fragen zu kurz kommen (s. Tabelle 5).

Tabelle 4: "Wenn die Politiker sich nur stärker für die Kernenergie einsetzen, dann gäbe es keine Energieprobleme" (F7D).

Urteil zu dem Statement	Prozent
Zustimmung	39,7
Ablehnung	46,3
"weiß nicht"	14,1
N	1997

Tabelle 5: "Umweltfragen kommen in der Energiepolitik gegenüber wirtschaftlichen und technischen Fragen zu kurz" (F7C)

Urteil zu dem Statement	Prozent
Zustimmung	65,0
Ablehnung	21,0
"weiß nicht"	14,0
N	1997

Die oben vorgenommene Apostrophierung der energiepolitischen Kontroversen trifft jedoch nur eine Seite des Konflikts. Der Antagonismus reicht tiefer und ist nicht nur ein Streit um Strategien. Nach der übereinstimmenden Deutung soziologischer Analysen ganz unterschiedlicher Ausrichtung (Bell, 1975; Habermas, 1981; u.a.) gehen die Krisenerscheinungen des Industrialismus mit einem Zerfall des ihm korrespondierenden Wertsystems einher. Diese theoretischen Analysen werden durch empirische Untersuchungen gestützt, die deutlich machen, daß das bisher vorherrschende Wertsystem der Arbeits- und Berufsorientierung abbröckelt (Kmieczak, 1976; Noelle-Neumann, 1978).

Wertorientierungen wie Leistungsdenken, Erwerbsstreben, Aufstiegsorientierung u.a. verlieren an Bedeutung, wobei "Pionier- bzw. Initiativgruppen eine Vorreiterrolle spielen, mit zeitlicher Verzögerung und geringerer Intensität aber relevante Teile der Gesamtbevölkerung nachziehen" (Raschke, 1980, S. 40). Die Resonanz des Energiekonflikts in der Bevölkerung ist

demnach nicht nur als ein Echo auf die publizistische Verbreitung spektakulärer Kontroversen zu sehen, sondern ist Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Prozesses, für den die Energiediskussion ein "Signal" (Eppler, 1981) ist. Was auf der Ebene der politischen und wissenschaftlichen Diskussion als Industrialismuskritik auftritt, findet seine Entsprechung in einem Wertwandelprozeß, der die Legitimationsbasis des Industrialismus zu erodieren droht.

Angesichts dieser theoretisch und empirisch recht gut belegten Erscheinungen stellt sich die Frage nach der sozialen Reichweite des Wertwandels. Damit ist zweierlei gemeint, seine Ausbreitung in der Bevölkerung insgesamt und seine sozialstrukturelle Verankerung in der Gesellschaft. Zwei Thesen stehen sich gegenüber:

- a) Die Herausbildung veränderter Werthaltungen bleibt auf einzelne sozialstrukturell indizierbare Gruppen beschränkt und läßt die Allgemeinheit unberührt (Lehner, 1979).
- b) Die Erfahrung krisenhafter Erscheinungen ruft allgemeine Betroffenheit hervor, die unter der propagandistischen Anleitung von Bewegungsorganisationen zu einer generellen Umorientierung von Werten führt (Raschke, a.a.O., S. 37).

Beide Thesen betonen die Rolle einzelner sozialer Gruppen, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Voraussetzungen bevorzugt als Träger neuer Werthaltungen in Erscheinung treten, sei es in Herausbildung eines sozialen Segments mit spezifischen, nicht verallgemeinerungsfähigen Werten und Interessen, so die erste These, oder als Vorreiter eines allgemeinen Wertwandels, wobei sie das bevorzugte Rekrutierungspotential der entsprechenden sozialen Bewegungen darstellen, so die zweite These.

Die Bestimmungen solcher Gruppen wurde durch Analysen der Sympathisanten und Mitglieder ökologischer Bewegungen versucht (Cotgrove, Duff, 1980; Rönsch 1981). Zwei Hauptströmungen lassen sich unterscheiden (Raschke, a.a.O., S. 42).

- a) Die Herausbildung einer schichtunspezifischen Betroffenheit bei denjenigen, die mit zerstörenden Eingriffen des Industriesystems unmittelbar und nachhaltig konfrontiert sind. So z.B. Landwirte und Gewerbetreibende mit dem Bau von Autobahnen oder Flugplätzen; Anwohner von Standorten großindustrieller Anlagen.

- b) Eine verstärkte Resonanz ökologischer und alternativer Kritikansätze bei "produktionsfernen" Berufen, d.h. bei Angehörigen von Berufsgruppen, vornehmlich des tertiären Sektors, die an Produktion und Handel nicht unmittelbar partizipieren und Humandienstleistungen erbringen. So etwa Lehrer, Geistes- und Sozialwissenschaftler, Ärzte, Künstler, Theologen usw.

4.2 Energiepolitische Kritik in ausgewählten Gruppen

Die vorliegende Untersuchung geht von der These aus, daß die im vorigen Abschnitt skizzierten Ansätze einer Industrialismuskritik sich nicht nur in der öffentlichen Diskussion artikulieren, sondern auch in Teilen der Bevölkerung zumindest latent vorhanden sind und in einer erhöhten Kritikbereitschaft, speziell bei energiepolitischen Themen, zum Ausdruck kommt. Diese These kann empirisch überprüft werden. Im folgenden werden bestimmte Bevölkerungsgruppen, denen die Theorie eine Affinität zur Industrialismuskritik nachsagt, daraufhin untersucht, ob sich bei ihnen die Prozentanteile kritischer Urteile zu den energiepolitischen Statements erhöhen.

Speziell das im vorigen Abschnitt zuletzt genannte Ergebnis kann durch die Umfragedaten überprüft werden, indem man die Antworten von Angehörigen produktionsnaher Berufe (produzierendes Gewerbe, Handel und Banken) mit denen produktionsferner Berufe vergleicht (Gesundheitswesen, Pädagogik, geistliche Berufe, Künstler, geisteswissenschaftliche Berufe)¹⁾ (s. Tabelle 6). Bei der Beurteilung der Statements F7D zur KE-Politik der starken Hand und F7E zur Indifferenz bezüglich Energiequellen zeigen sich starke Erhöhungen der prozentualen Anteile kritischer Stimmen bei den produktionsfernen Berufen. Dagegen gibt es eine (allerdings nur noch auf dem 90 %-Niveau signifikante) Abweichung in entgegengesetzter Richtung bei dem Statement F7A zur energiepolitischen Bedeutung regenerativer Energiequellen. Dieses Statement enthält als einziges eine eindeutige Sachaussage, die außerdem sehr weit geht. Hier dürfte der höhere durchschnittliche Bildungsgrad

1) Diese Gruppe ist mit der funktionalen Gruppe 'gesellschaftsbezogene Elite' (s. Abschnitt 3.2.3) nahezu identisch.

in den ausgewählten produktionsfernen Berufen dazu geführt haben, daß eine genauere Unterscheidung zwischen Sachaussage und programmatischer oder expressiver Äußerung vorgenommen und die Zustimmung deshalb häufiger verweigert wurde (vergleiche dazu auch die entsprechenden Daten bei Befragten mit höherem Schulabschluß, Tab. 7).

Tabelle 6: Vergleich produktionsnaher und produktionsferner Berufe bezüglich der kritischen Urteile (Prozentanteile ohne "weiß nicht"-Stimmen)

Statement	Gesamt-sample	prod. nah	prod. fern	Signifikanz ¹⁾
F7A: Sonne usw. könnten Probleme lösen	75,1	77,8	69,5	0,09
F7B: Energie Sparen und Kohle	90,0	89,0	84,6	0,22
F7C: Umwelt kommt zu kurz	75,6	73,3	75,9	0,49
F7D: KE-Politik der starken Hand abgelehnt	53,9	46,5	75,7	0,0001
F7E: Indifferenz bezüglich Energiequellen abgelehnt	60,8	57,2	78,9	0,0001

1) Die letzte Spalte gibt die Wahrscheinlichkeiten für die beobachteten Prozentdifferenzen an, wenn die Meinungsverteilungen in beiden Gruppen sich nicht unterscheiden würden. Wahrscheinlichkeiten größer als 0,05 gelten i.a. als nicht signifikant (χ^2 -Test, df=1).

In bezug auf die beiden Statements F7B und F7C ergibt sich kein eindeutiges Bild. Das Statement F7B (Kohle + Sparen) mag bei einer kritischen Einstellung gegenüber der Politik der 2. Fortschreibung manchmal als zu

affirmativ empfunden und deshalb häufiger abgelehnt worden sein (s. dazu auch den Kommentar zu Tab. 8). Die Zustimmung zu dem umweltkritischen Statement F7C erweist sich als unspezifisch: ihre starke Verbreitung ist von der Produktionsnähe oder -ferne unabhängig.

Festzuhalten ist, daß die beiden einzigen Statements, die hochsignifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen aufweisen, von den Angehörigen produktionsferner Berufe, wie theoretisch vorausgesagt, kritischer beantwortet werden. Die Unterscheidung beider Berufsgruppen erweist sich bei diesen Statements als relevant.

Als Erklärung bietet sich an, daß die berufsspezifische Ausbildung und Sozialisation sowie Interessen des jeweiligen Berufsstandes die Einstellungen zu den von den neuen sozialen Bewegungen propagierten Streitthemen prägen. Die Resonanz ist dort geringer, wo durch die berufliche Beschäftigung mit Planung, Produktion und Verteilung von Marktgütern die dominierenden Werte der Industriegesellschaft stärker verankert sind. Raschke bietet für die andere Gruppe die Erklärung an: "Wo die Arbeit sich dagegen auf andere Menschen in nicht marktmäßigen Beziehungen orientiert, ist der einzelne mit der sozialen, physischen und intellektuellen Vermittlung gesamtgesellschaftliche Widersprüche und nicht zuletzt mit der "Sinnfrage" konfrontiert". Implizit anknüpfend an die These von der Tertiarisierung der Gesellschaft (Bell, 1975, 1979; Berger, Offe, 1980) fährt er fort: "Die Verbreiterung (dieser Teile) des tertiären Sektors vergrößert die Zahl der Menschen, deren Beruf nicht in der Verfolgung materieller Ziele besteht und die so auch durch ihre Berufsarbeit sensibler sind für die Grenzen des Industriesystems bei der Befriedigung nichtmaterieller Bedürfnisse. Daneben- und z.T. natürlich auch im Zusammenhang damit - ist die Verlängerung der Ausbildungszeit für viele von eigenständiger Bedeutung; sie schafft die psychischen und intellektuellen Voraussetzungen für die kritische Auseinandersetzung mit den Widersprüchen des herrschenden und für den Aufbau eines alternativen Wertsystems" (a.a.O., S. 42).

Mit der Ausbildungszeit wird ein weiteres Kriterium für erhöhte Sensibilität gegenüber den Problemen des Industrialismus und einer damit einhergehenden höheren Kritikbereitschaft genannt. Das bestätigt sich wieder bei den beiden Statements, die auch bei Angehörigen produktionsferner Berufe

erhöhte Anteile kritischer Urteile hervorriefen (s. Tabelle 7). Dagegen tritt jetzt das entgegengesetzte Antwortverhalten bei dem Statement F7B (Kohle+Sparen) deutlicher hervor: der industrialismuskritische Einfluß wirkt sich nicht in einer vermehrten Zustimmung zu diesem Statement aus. Im vorliegenden Fall ergibt sich sogar eine signifikante Erhöhung ablehnender Urteile, wenngleich die Zustimmungsquote mit 84 % immer noch außerordentlich hoch ist. Insgesamt sind die Abweichungen der Gruppe mit Abitur parallel zu denen der produktionsfernen Berufe. Die Signifikanz ist insgesamt höher.

Tabelle 7: Der Einfluß des höheren Schulabschlusses auf die Häufigkeit kritischer Urteile (Prozentanteile ohne "weiß nicht"-Stimmen)

Statement	Gesamt-sample	ohne Abitur	mit Abitur	Signifikanz ¹⁾
F7A: Sonne usw. könnten Probleme lösen	75,1	76,1	69,1	0,02
F7B: Energie Sparen+Kohle	90,0	90,9	84,0	0,0001
F7C: Umwelt kommt zu kurz	75,6	74,9	79,8	0,09
F7D: KE-Politik der starken Hand abgelehnt	53,9	50,6	73,1	0,0001
F7E: Indifferenz bezüglich Energiequellen abgelehnt	60,8	57,4	81,5	0,0001

1) siehe Anmerkung in Tabelle 6.

Produktionsnähe bzw. -ferne ist darüber hinaus ein Gesichtspunkt, der von der Berufsfunktion abgelöst werden und genereller auf die relative Lebensstellung Anwendung finden kann: er verweist auf die "neuen Marginalitäten" (Hirsch, Roth, 1980) unserer Gesellschaft: Jugendliche ohne Einkommen, Ar-

beitslose, Hausfrauen, usw., Bevölkerungsgruppen also, die nach geltender Diktion nicht produktiv sind und am allgemeinen Wohlstand nur am Rande teilhaben. Relative Benachteiligungen und vermindertes Sozialprestige machen sie hellhörig für die Kritik an einem System, innerhalb dessen ihnen ein inferiorer Platz zugewiesen ist.

In Tabelle 8 sind die Häufigkeiten kritischer Urteile in dieser Gruppe mit dem Restsample verglichen. Durchgängig zeigt sich eine leichte Erhöhung der Prozentanteile. Die Differenzen sind jedoch nicht signifikant. Auffallend ist, daß gerade die Statements F7D und F7E, die in den vorangegangenen Vergleichen (Tabellen 6 und 7) hochsignifikante Unterschiede ergaben, hier nur ein niedriges Signifikanzniveau erreichen. Die vorher beobachtete Ablehnung beider Statements kann auf eine politisch aktive Grundhaltung zurückgeführt werden, die die Hinnahme politischer Entscheidungen prinzipiell zur Disposition stellt (Partizipationspostulat!). Diese Haltung dürfte in der Gruppe der relativ Benachteiligten aufgrund der Erfahrung geringen politischen Einflusses weniger verbreitet sein, woraus sich die nur geringfügige Erhöhung kritischer Urteile erklären würde. In dieser Weise wird auch das Ausbleiben einer unterdurchschnittlichen Zustimmung zu dem Statement F7B, wie sie bei den anderen Gruppen zu beobachten war, plausibel: Die Zustimmung zu dem Statement signalisiert danach nicht nur eine kritische sondern auch eine affirmative Haltung, die sich mit der damals in Zeitungsanzeigen stark propagierten Kohlepolitik der 2. Fortschreibung identifiziert.

Eine weitere Bestätigung erhöhter Resonanz energiepolitischer Kritik in der Gruppe derjenigen Bürger, denen eine Affinität zu den neuen sozialen Bewegungen nachgesagt wird, ergibt sich mit Hilfe der Inglehartschen Postmaterialismus-Definition. Ohne an dieser Stelle die Vorbehalte gegenüber diesem Ansatz zu wiederholen (siehe jedoch Abschnitte 2.2.2 und 7.3.3), soll die theoretisch bisher ungeklärte, empirisch aber wiederholt nachgewiesene Beobachtung zugrunde gelegt werden, daß mit der Inglehartschen Operationalisierung von Wertorientierung ein wesentliches soziales Potential der Industrialismuskritik erfaßt wird. Die Definition der Werteklassen benutzt zwei Gruppen von 4 und 8 politischen Zielen, die von dem Befragten nach der Wichtigkeit, die er den Zielen beimißt, jeweils in eine Rangreihe zu bringen sind (s. Fragebogen, F12, F13, F14). Sechs der Ziele werden als

"materialistisch" eingestuft (Ruhe und Ordnung; Kampf gegen steigende Preise; Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums; Erhaltung einer stabilen Wirtschaft; Verbrechensbekämpfung; Sicherung einer starken Landesverteidigung), fünf Ziele als "postmaterialistisch" (mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung; Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung; mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde; Entwicklung einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft; Entwicklung einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld).

Tabelle 8: Der Einfluß relativ benachteiligter Lebensstellung (nicht hauptberuflich Erwerbstätige, Arbeitslose) auf die Häufigkeit kritischer Urteile (Prozentanteile ohne "weiß nicht"-Stimmen)

Statement	Gesamt- sample	rel. Benach- teiligte	Sonstige	Signifikanz ¹⁾
F7A: Sonne usw. könnten Probleme lösen	75,1	78,8	74,8	0,29
F7B: Energie Sparen+Kohle	90,0	90,5	89,9	0,82
F7C: Umwelt kommt zu kurz	75,6	80,2	75,2	0,2
F7D: KE-Politik der starken Hand abgelehnt	53,9	58,8	53,4	0,24
F7E: Indifferenz bezüglich Energie- quellen abgelehnt	60,8	64,5	60,4	0,34

1) siehe Anmerkung in Tab. 6

Als materialistisch wird der Befragte eingestuft, wenn für ihn mindestens vier der materialistischen Ziele eine hohe Priorität haben und höchstens eines der postmaterialistischen Ziele. Als postmaterialistisch wird er bezeichnet, wenn mindestens vier der postmaterialistischen und höchstens eines der materialistischen Ziele hohe Priorität für ihn haben (Inglehart, 1979, S. 294). Die so definierten Bevölkerungsgruppen von Materialisten und Postmaterialisten wurden seit 1969 in zahlreichen Befragungen untersucht (Inglehart, 1971; Rabier, Inglehart, 1976-81; von Berg, 1981). Wichtig für die hier diskutierten Zusammenhänge mit der energiepolitischen Diskussion ist das Ergebnis, daß der Postmaterialismus eine starke Affinität zur Antikernkraft-, Alternativ- und Friedensbewegung hat (Küchler, 1981). Tabelle 9 zeigt die erhöhten Anteile kritischer Stimmen bei den Postmaterialisten in Übereinstimmung mit unserer These, daß die von den neuen sozialen Bewegungen repräsentierte kritische Grundhaltung (hier als Industrialismuskritik apostrophiert) speziell bei energiepolitischen Fragen eine erhöhte Kritikbereitschaft impliziert.

Tabelle 9: Der Einfluß der Inglehartschen Wertorientierung auf die Häufigkeit kritischer Urteile
(Prozentanteile ohne "weiß nicht"-Stimmen)

Statement	Gesamt- sample	Materialisten	Postma- terialisten	Signifikanz ¹⁾
F7A: Sonne usw. könnten Probleme lösen	75,1	72,9	80,4	0,02
F7B: Energie Sparen+Kohle	90,0	90,2	86,8	0,13
F7C: Umwelt kommt zu kurz	75,6	67,8	92,4	0,0001
F7D: KE-Politik der starken Hand abgelehnt	53,9	40,0	85,2	0,0001
F7E: Indifferenz bezüglich Energie- quellen abgelehnt	60,8	48,3	89,8	0,0001

1) siehe Anmerkung in Tabelle 6

Anhand der vorstehenden Tabellenanalysen läßt sich nun das Verhältnis der einzelnen Statements zur energiepolitischen Kritik im allgemeinen sowie zur Industrialismuskritik im besonderen abschätzen. Die beiden Statements über regenerative Energien und zum Thema Kohle+Sparen finden verbreitete Zustimmung, ohne daß hierfür eine industrialismuskritische Haltung verantwortlich gemacht werden könnte. Im Gegenteil geht hier die Zustimmung in den Gruppen, denen Nähe zur Industrialismuskritik unterstellt wird, eher zurück.

Ebenfalls unspezifisch für Industrialismuskritik scheint die Zustimmung zu dem umweltkritischen Statement zu sein. Die Zustimmung ist generell stark verbreitet

Die beiden Statements zur Kernenergie und zur Indifferenz bezüglich der Energiequellen erfahren dagegen in den ausgewählten Gruppen eine auffallende Erhöhung kritischer Urteilsquoten. Dieses Bild wird durch die Faktorenanalyse in anschaulicher Weise bestätigt:

Unterzieht man die fünf Statements zur Energiepolitik einer Faktorenanalyse ¹⁾, so ergeben sich zwei Faktoren, auf denen die Statements wie folgt laden:

Faktor 1	Faktor 2	Statement
-.03176	<u>.52182</u>	regen. Energien
-.04218	<u>.49178</u>	Kohle+Sparen
.21495	.37998	Umwelt kommt zu kurz
<u>.43176</u>	.01763	Starke KE-Politik abgelehnt
<u>.73523</u>	-.02958	Indifferenz abgelehnt

1) Da die Antwortkategorien nur eine Ordinalskala darstellen, wurde der Faktorenanalyse die Matrix der Kendallschen tau-beta-Koeffizienten zugrundegelegt (Arminger, 1979, S. 148f). Es wurde eine oblique Pro-max-Rotation durchgeführt.

Wie durch die vorhergehenden Tabellenanalysen nahegelegt wird, kann der erste Faktor, auf dem die beiden letzten Statements höher laden, als Faktor der Industrialismuskritik interpretiert werden. Zusammen mit dem Umweltstatement, das im Vergleich zu den ersten beiden Statements ebenfalls auf diesem Faktor höher lädt, handelt es sich um diejenigen Statements, die bei den Industrialismuskritikgruppen eine signifikante Erhöhung der Kritikanteile ergaben (s. Tabellen 6, 7,9). Der zweite Faktor repräsentiert eine Art populistischer Umweltkritik. Diese Kritikhaltung reagiert auf die Statements weniger differenziert (was sich in der Tabellenanalyse durch eine starke Zustimmung zu den ersten beiden Statements zeigt im Gegensatz zur etwas zurückhaltenderen Zustimmung bei produktionsfernen Berufen, Befragten mit Abitur und Postmaterialisten) und teilt nicht in so starkem Maße die Ablehnung der letzten beiden Statements, die auf der Partizipationsforderung beruht. Beispiele hierfür sind etwa die relativ Benachteiligten in Tabelle 8 und die Materialisten in Tabelle 9.

4.3 Die sozialstrukturelle Resonanz der Kritik

Die vorstehenden Betrachtungen zeigen, daß in der Bevölkerung eine kritische Haltung gegenüber energiepolitischen Fragen stark verbreitet ist und daß hierbei eine als 'Industrialismuskritik' apostrophierte Kritikhaltung in einzelnen Bevölkerungsgruppen eine relevante Rolle spielt. Im folgenden soll anhand einer systematischen Analyse untersucht werden, wie diese kritischen Haltungen sozialstrukturell verankert sind.

Der sozialstrukturellen Analyse werden vier Dimensionen der Industrialismuskritik zugrunde gelegt, wie sie in den energiepolitischen Statements angesprochen werden:

- Umweltkritik durch das Statement F7C: "Umweltfragen kommen in der Energiepolitik gegenüber wirtschaftlichen und technischen Fragen zu kurz"
- Kernenergiekritik durch das Statement F7D: "Wenn die Politiker sich nur stärker für die Kernenergie einsetzen, dann gäbe es keine Energieprobleme"

- Das Partizipationspostulat durch das Statement F7E: "Wichtig ist, daß ausreichend Energie zur Verfügung steht; woher diese kommt, ist egal"

Die vierte Dimension (Gesellschaftskritik) wird durch die energiepolitischen Statements nicht ausreichend abgedeckt. Aus diesem Grunde wird ein anderes Item des Fragebogens herangezogen. Es handelt sich um die Frage nach der Priorität der Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums, die bei der Bestimmung der Inglehartschen Wertegruppen verwendet wird (s. Fragebogen F13A und F14A). Den Befragten wird eine gesellschaftskritische Haltung unterstellt, wenn sie die Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums als eines der drei unwichtigsten der in F14 genannten politischen Ziele angeben. Als affirmativ in bezug auf das Wachstumsparadigma wird der Befragte dann eingestuft, wenn er dieses Ziel als eines der drei wichtigsten ansieht (F13). In allen anderen Fällen werden die Befragten in bezug auf diese Dimension der Industrialismuskritik als indifferent eingestuft.

Im Hinblick auf die vier Dimensionen der Industrialismuskritik lassen sich folgende sozialstrukturell bedingte Abweichungen in den kritischen Antwortquoten feststellen:

1. Gesellschaftskritik

Daß hohes wirtschaftliches Wachstum zu den drei unwichtigsten Zielen gehört, meinen im Bevölkerungsdurchschnitt nur 38,7 %.

Die höchsten Zustimmungsquoten für eine solche Haltung finden wir hingegen bei der Gruppe der Postmaterialisten mit 83,5 % und bei den Anhängern der "Grünen" ¹⁾ mit 84,6 %. Diese dürften generell den politischen und ideellen Kern der Industrialismuskritik ausmachen (vgl. hierzu die Ergebnisse in Teil 7).

1) Im Fragebogen war die Frage nach der von dem Befragten abgegebenen Zweitstimme bei der BT-Wahl 1980 enthalten. Die Wahl lag zum Zeitpunkt der Befragung nur zwei bis drei Monate zurück. Siehe zur Dimension "Links-Rechts" den nächsten Abschnitt über die traditionellen Cleavages.

Die darüberhinausgehende größte Resonanz findet die genannte gesellschaftskritische Orientierung in folgenden sozialen Gruppierungen:

Abiturienten	58,3 %
prod.ferne Berufe	54,9 %

Unter sozialstrukturellem Aspekt hat diese Haltung ihre größte Resonanz in den neuen Mittelklassen (44,7 %), speziell dem oberen Stratum dieser Klasse (49,5 %). Aber auch die gesellschaftlich 'Marginalisierten' bejahen die Kritik noch überdurchschnittlich mit 44,0 %. Schließlich finden wir eine überdurchschnittliche Resonanz bei der Gruppe der Konfessionslosen mit 48 %.

Keine erheblichen Abweichungen vom Durchschnitt finden wir hingegen in der Dimension 'Links-Rechts'¹⁾ und in der Dimension 'Sektorale Struktur der breiten Arbeitnehmerschaft'.

2. Umweltkritik

Daß Umweltfragen zu kurz kommen, finden im Bevölkerungsdurchschnitt immerhin 75,6 %. Industrialismuskritische Gruppierungen müssen sich also durch eine noch wesentlich höhere Bejahungsquote auszeichnen.

Erwartungsgemäß ist der Kern der Industrialismuskritik wieder bei den Grünen-Anhängern (100 %) und den Postmaterialisten (92,4 %) zu finden. Zwar ist in der Gruppe der Abiturienten dann die nächsthöchste Resonanz (79,8 %), doch wird deutlich, daß die Bejahung nicht mehr sehr über dem Durchschnitt liegt. Überraschend ist in diesem Zusammenhang, daß sowohl die Gruppe der 'Links'-Orientierten (79,7 %) und die Facharbeiter (78,5 %) eine überdurchschnittliche Bejahung aufweisen, während weder die Neuen Mittelklassen noch die produktionsfernen Berufe (bzw. die gesellschaftsbez. Eliten) hier eine erhöhte Resonanz aufweisen. Auch die Marginalisierten weichen trotz einer Bejahung von 80,2 % nicht signifikant vom Durchschnitt ab.

Damit erweist sich diese Frage als nicht allzu prägnant in Bezug auf den Einfluß bzw. die Resonanz von Industrialismuskritik. Dies könnte mit der besonderen Stellung der Dimension Umweltkritik im Gesamtzusammenhang der Industrialismuskritik zu tun haben (s. Teil 7) (Hintergrund: sowohl tra-

ditioneller Naturschutz wie 'Lebensqualität'-Interesse).

3. Kernenergiekritik als Ausprägung einer Technologiekritik

Daß die Energieprobleme durch einen stärkeren Einsatz der Politiker für die Kernenergie zu lösen wären, finden im Durchschnitt 46,2 %. Obwohl in dieser Frage zwei Aspekte zu berücksichtigen sind (Kernenergie löst Energieprobleme, Politiker sollen stärker auftreten), deren Wirkung sich in industrialismuskritischer Hinsicht addiert (?) (Ablehnung hier generell stärker als bei der Zubau-Frage!), steht der Kernenergie-Aspekt im Vordergrund.

Die Kerngruppen der Industrialismuskritik lehnen jene Auffassung stark ab (Zustimmung bei den Anhängern der Grünen = 8,3 %, bei den Postmaterialisten = 14,8 %).

Die Resonanz der Kritik (=geringe Bejahung) ist diesmal am größten in der Gruppe der produktionsfernen Berufe (=gesellschaftsbezogenen Elite) mit 24,3 bzw. 23,6 %. Es folgen die Gruppe der Konfessionslosen (31,7 %) und im sozialstrukturellen Spektrum die obere Schicht der Neuen Mittelklassen (32,8 %), welche offenbar generell in der KE-Kritik besonders sensibel sind (vgl. Abschnitt 5).

Der Bildungsfaktor spielt hier nicht eine so wesentliche Rolle wie bei der Gesellschaftskritik; die Bejahung bei den Abiturienten liegt bei 36,9 %, also deutlich unter dem Durchschnitt, aber nicht so kraß wie bei den vorgenannten.

Die Dimension der sektoralen Struktur, der Marginalität, der Parteipräferenz (Links-Rechts) spielen hingegen keine wesentliche Rolle in der Resonanz dieser Dimension von Industrialismus-Kritik.

4. Bürokratiekritik

Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Herkunft der Energie (der Art der Energieversorgung) wird im Schnitt von 39,3 % der Bevölkerung bejaht. Die Industrialismuskritiker zeichnen sich durch eine wesentlich geringere Bejahungsquote aus.

Ihre Kerne sind wiederum die Anhänger der Grünen (4,0 %) und die Postmaterialisten (10,2 %).

Der Abstand zu den Resonanzgruppen ist in dieser Hinsicht nicht so groß wie bei der Gesellschaftskritik:

nur 18,5 % der Abiturienten und 21,1 % der prod.fernen Berufe (20,4 % der gesellschaftsbezogenen Elite) bejahen die Haltung der Indifferenz. Deutlich kritischer als der Rest sind auch noch die Neuen Mittelklassen (31,1 %), speziell diesmal die untere Schicht (30,9 %), sowie die Konfessionslosen (32,7 %).

In sektoraler Hinsicht heben sich hier die Büro- und Verwaltungsberufe (die teilweise mit der unteren Schicht der Neuen Mittelklasse koinzidieren) heraus (33,8 %).

Die Dimension 'Links-Rechts' spielt wiederum keine Rolle.

Zusammenfassend kann man sagen, daß

- a) durchweg der Kern der Kritik bei den Anhängern der Grünen und den Postmaterialisten zu finden ist (in dieser Reihenfolge)
- b) bei drei der vier Fragen (Dimensionen) eine ziemlich einheitliche Struktur der überdurchschnittlichen Kritik-Resonanz besteht: bei der Gesellschaftskritik, der Partizipationskritik und der Kernenergie-Kritik finden wir bevorzugt Abiturienten, produktionsferne bzw. gesellschaftsbezogene Berufe, Angehörige der Neuen Mittelklassen und Konfessionslose. Die 'Marginalisierten' sind nur geringfügig (und statistisch nicht signifikant) kritischer.
- c) bei der Dimension 'Umweltkritik' offenbar andere Bezugspunkte (Interessengesichtspunkte) zum tragen kommen: im Rahmen dieser

einen Frage vor allem die Gruppe der Facharbeiter und die 'Links' Dimension, so daß man hier eine Orientierung auf mehr Lebensqualität vermuten kann. Im Teil 7 wird zumindest auch noch die Gruppe der natur- und umweltbezogenen Berufe (Land- und Forstwirtschaft etc.) eine Rolle spielen, also die 'Betroffenheit', die auf die hier vorliegende Frage möglicherweise wegen der mitschwingenden politikkritischen Haltung ('gegenüber technischen und wirtschaftlichen Fragen'..) nicht so stark reagieren.

- d) auch in der Dimension Umweltkritik die 'Grünen' und die 'Postmaterialisten' den kritischen Kern darstellen, so daß sich der Schluß ziehen läßt, daß die postmaterialistische Wertorientierung in der Tat eine vermittelnde Rolle in der Industrialismuskritik spielt, und daß die Grünen (weitgehend quer zu den etablierten Parteien) ihren organisatorischen Kristallisationspunkt darstellen.

4.4 Energiepolitische Meinungen und die traditionellen Cleavages

In der bisherigen Analyse konnte plausibel gemacht werden, daß die Industrialismuskritik und ihre sozialen Trägergruppen tatsächlich auch in bezug auf energiepolitische Fragen kritischer urteilen als der Bevölkerungsdurchschnitt, so daß also von dieser Seite her ein Zusammenhang zwischen Industrialismuskritik und energiepolitischer Kritik in der Bevölkerung besteht. Entsprechend der theoretisch begründeten Annahmen über Industrialismuskritik liegt diese Dissens/Konfliktlinie quer zu den etablierten Interessengegensätzen, die im politischen System durch den Parteiengegensatz zwischen SPD und CDU (politisch gesprochen: im Verteilungsparadigma) institutionalisiert ist.

Dies wäre im Rahmen unseres Fragebogens (und vor dem Hintergrund der empirischen Wahlforschung) durch zwei Fragen-Gruppen überprüfbar:

- durch die Frage nach der Parteien-Präferenz der Befragten;
- durch die Frage nach der konfessionellen Bindung der Befragten.

Da die Frage nach der Partei-Präferenz auch diejenige für die neue Partei "Die Grünen" einschließt, haben wir nicht nur die Möglichkeit, Abweichungen im Antwortverhalten zwischen SPD- und CDU-Präferenz zu überprüfen, sondern auch die Abweichungen beider Präferenzhaltungen zu dem Antwortverhalten der Grünen-Anhänger.

Ähnliches gilt für den Vergleich zwischen katholischer und evangelischer Konfessionszugehörigkeit; das Antwortverhalten beider Konfessionszugehörigkeiten läßt sich vergleichen mit dem der Befragten ohne konfessionelle Bindung, die aus theoretischen Erwägungen heraus (Erosion traditioneller Werte im Zuge der Herausbildung einer 'kommunikativen Ethik'; größere Distanz zu dem über konfessionelle Bindungen mitvermittelten etablierten Parteiensystem) als kritischere Gruppe (Resonanzgruppe für Industrialismuskritik) vermutet werden kann.

4.4.1 Parteienpräferenz und energiepolitische Haltung

Abkürzend soll bei der entsprechenden Präferenz von SPD-Wählern, CDU-Wählern und "Grünen" gesprochen werden. Durchgängig ist von "Rechts" (CDU/CSU) nach "Links" (SPD) ein Anstieg des prozentualen Anteils kritischer Urteile zu verzeichnen, der dann von den Grünen noch einmal erheblich überschritten wird. Tabelle 10 zeigt spezifische Unterschiede in den Differenzen zwischen CDU und SPD einerseits, SPD und Grünen andererseits. Bezüglich der gesellschaftskritischen Dimension (Wachstumskritik) unterscheiden sich Rechts und Links nicht wesentlich voneinander (CDU 2,3 %-Punkte unter, SPD 2 %-Punkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt). Die Differenz zwischen beiden ist nicht signifikant. Während die Wachstumskritik bei den Wählern der beiden etablierten Parteien von einer (wenn auch starken) Minderheit getragen wird, findet das Partizipationspostulat ("Indifferenz abgelehnt") bei beiden Parteipräferenzen eine mehrheitliche Unterstützung. Auch hier ist die Differenz nicht signifikant (CDU 2,5 %-Punkte unter, SPD 2 %-Punkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt). Deutlichere Unterschiede zwischen Rechts- und Linkswählern zeigen sich in bezug auf die Umwelt- und die Kernenergiekritik. Erstere findet wieder bei beiden Parteipräferenzen mehrheitliche Unterstützung, wobei aber der Anteil unter den CDU/CSU-Wählern unterdurchschnittlich ist (-5,6 %-Punkte gegenüber der Gesamtbevölkerung),

bei den SPD-Wählern überdurchschnittlich (+ 4,1 %-Punkte). Die Kernenergiekritik findet unter den CDU/CSU-Wählern erwartungsgemäß nur bei einer Minderheit Resonanz (die aber mit 43,3 % erheblich ist), unter den SPD-Wählern bei einer Mehrheit von 58,5 %.

Der Vergleich zwischen den Wählern der beiden etablierten Parteien über alle vier Dimensionen der Industrialismuskritik zeigt, daß zwar durchgängig der Kritikanteil bei den SPD-Wählern höher ist, man aber bei ihnen nicht von einer Dominanz der Industrialismuskritik sprechen kann. Dazu sind die Prozentanteile einerseits und die Differenzen zu den CDU/CSU-Wählern andererseits nicht groß genug. Wie das Bild aussieht, wenn die Industrialismuskritik dominant wird, zeigen die Zahlen bei den Grünen. Hier ist ihr Generalisierungseffekt zu beobachten, der zu einer durchgängigen, fast einmütigen Kritik in allen vier Dimensionen führt.

Tabelle 10: Parteienpräferenz und Industrialismuskritik
(ohne "weiß-nicht"-Stimmen)

Item	Gesamt- sample	(1) CDU/CSU	(2) SPD	(3) Grün	Signifikanz ¹⁾	
					(1)vs.(2)	(2)vs.(3)
Hohes Wirtschaftswachstum nicht prioritär	38,7 %	36,4 %	40,7 %	84,6 %	0,3	0,0001
Umwelt kommt zu kurz	75,6 %	70,0 %	79,7 %	100 %	0,0001	0,01
Starke KE-Politik abgelehnt	53,9 %	43,3 %	58,5 %	91,7 %	0,0001	0,001
Indifferenz abgelehnt	60,8 %	58,3 %	62,8 %	96,0 %	0,15	0,001

1) s. Anmerkung in Tab. 6

4.4.2 Konfessionszugehörigkeit und energiepolitische Haltung

Tabelle 11 zeigt, daß der Konfessions-Cleavage kaum eine Bedeutung für die energiepolitischen Gegensätze in den Meinungen der Bevölkerung hat. Evangelische Befragte sind bezüglich Wachstumskritik (- 2 %-Punkte), Kernenergie-Kritik (- 3,1 %-Punkte) und Partizipationsitem (- 3,1 %-Punkte) etwas unterdurchschnittlich, in bezug auf die Umweltkritik (+ 1 %-Punkt) etwas überdurchschnittlich kritisch.

Bei den Katholiken ergibt sich eine leicht unterdurchschnittliche Kritik bei der Umweltkritik (- 1,2 %-Punkte). Leicht über dem Durchschnitt liegende Kritikanteile gibt es bei der Wachstumskritik (+ 0,7 %-Punkte), der Kernenergie-Kritik (+ 0,3 %-Punkte) und dem Partizipationsitem (+ 2,3 %-Punkte). Die Differenzen zwischen katholischer und evangelischer Befragtengruppe sind jedoch kaum signifikant. Größere Ausschläge ergeben sich bei den Konfessionslosen. Sie sind durchgängig kritischer als der Bevölkerungsdurchschnitt, wobei sich die Differenzen gegenüber den evangelischen Befragten bei der Wachstums- und bei der Kernenergiekritik mit + 11,3 %-Punkten bzw. + 17,5 %-Punkten sowie bei dem Partizipationsitem mit + 10,3 %-Punkten als signifikant erweisen. Diese Differenzen sind jedoch nicht über das Konfessionscleavage interpretierbar, sondern bestätigen die oben erwähnten theoretischen Erwägungen, daß die explizite Loslösung von kirchlichen Bindungen mit einer verstärkten Resonanz von Industrialismuskritik koinzidiert.

Tabelle 11: Konfessionszugehörigkeit und Industrialismuskritik
(ohne "weiß-nicht"-Stimmen)

Item	Gesamt- sample	(1) Katholisch	(2) Evangelisch	(3) ohne Konf.	Signifikanz ¹⁾	
					(1)vs.(2)	(2)vs.(3)
Hohes Wirtschaftswachstum nicht prioritär	38,7 %	39,4 %	36,7 %	48,0 %	0,2	0,01
Umwelt kommt zu kurz	75,6 %	74,4 %	76,6 %	77,5 %	0,3	0,8
Starke KE-Politik abgelehnt	53,9 %	54,2 %	50,8 %	68,3 %	0,15	0,001
Indifferenz abgelehnt	60,8 %	63,1 %	57,7 %	67,4 %	0,03	0,03

1) Siehe Anmerkung in Tabelle 6

4.5 Zusammenfassung

Die Randverteilungen der fünf Statements zur Energiepolitik allgemein lassen ein stark verbreitetes Interesse an energie-politischen Fragen erkennen (Tab. 1), wobei in einem beträchtlichen Umfange eine kritische Aufmerksamkeit zu verzeichnen ist (Tab. 4 und 5). Die Haltung zur offiziellen Energiepolitik ist ambivalent: Eine Mehrheit von fast 60 % der Befragten sehen einerseits in regenerativen Energiearten die Möglichkeit zur Lösung von Energieproblemen (womit sie sich im Widerspruch zur vorherrschenden Expertenmeinung befindet), setzt andererseits aber gleichzeitig auf Energiesparen und den Einsatz von Kohle in Übereinstimmung mit der 2. Fortschreibung des Energieprogramms (Tabellen 2 und 3).

Für die Klärung des Widerspruchs zwischen stark verbreiteter Kritikbereitschaft auf der einen Seite, Ambivalenz auf der anderen Seite wird in der weiteren Auswertung auf das in der energiepolitischen Diskussion relativ klar umrissene Konzept der Industrialismuskritik zurückgegriffen. Es werden vier Testgruppen gebildet, bei denen aufgrund theoretischer Überlegungen eine erhöhte Resonanz für Industrialismuskritik anzunehmen ist. Deren Antworten und eine Faktorenanalyse zeigen, daß die beiden Statements zur "starken KE-Politik" und zur "Indifferenz bezüglich Energiequellen" spezifische Themen der Industrialismuskritik ansprechen, die den Dimensionen "Kernenergiekritik" und "Partizipation" zuzuordnen sind. Das Umweltthema ("Umwelt kommt zu kurz") ist dagegen weniger spezifisch für die Industrialismuskritik. Es vermischt sich mit einer Art populistischer Umweltkritik, die zu einem eher expressiven Urteil über die (umstrittenen) Einsatzmöglichkeiten von regenerativen Energieträgern führt.

Das Konzept der Industrialismuskritik erweist sich damit als brauchbare Folie, vor der sich verschiedene energiepolitische Kritikströmungen in der Bevölkerung abheben. Seine Operationalisierung mit Hilfe der bisher besprochenen Statements ergibt erste Einblicke in sozialstrukturelle Zusammenhänge: Einerseits finden die vier Dimensionen Gesellschafts-, Umwelt-, Kernenergie- und Partizipationskritik im Gesamtsample und in allen betrachteten Gruppen erhebliche Resonanz, andererseits ergeben sich zwischen den Dimensionen und zwischen den Gruppen starke Unterschiede. Als kritischer Kern erweisen sich Anhänger der Grünen und die Postmaterialisten.

Im Abschnitt 4 wird bestätigt, daß die traditionellen politischen Cleavages sich kaum mit den hier untersuchten Kritikströmungen und den damit zumindest latent vorhandenen Konfliktlinien in Übereinstimmung befinden. So erweist sich weniger der Gegensatz zwischen "Links und Rechts" (hier: SPD vs. CDU) als vielmehr der Gegensatz zwischen Grünen und etablierten Parteien als relevant. Ebenso wenig kann die Konfessionszugehörigkeit als Erklärung für die Verbreitung von Kritik herangezogen werden; wichtiger erscheint der Gegensatz zwischen der Zugehörigkeit zu einer der beiden großen Konfessionen und Konfessionslosigkeit.

Auf der Grundlage der beiden Hauptergebnisse dieses Abschnitts (stark verbreitete Kritik bezüglich energiepolitischer Fragen und Relevanz der Industrialismuskritik) werden im Folgenden die speziellen Bereiche Kernenergie und Kohle untersucht.

5. Aspekte der Kernenergiekontroverse

Die im ersten Abschnitt skizzierten Ansätze einer Industrialismuskritik, dargestellt anhand der energiepolitischen Diskussion, hat sich am Konflikt um die Kernenergie aktualisiert. Die Kritik entzündete sich an der Großtechnologie und ihren Risiken und gewann durch die Proteste gegen Standortentscheidungen für Atomkraftwerke öffentliche Aufmerksamkeit. Unterstützt durch die Umweltschutzbewegung, die etwa zur gleichen Zeit wie die Standortproteste einsetzte, und durch Bürgerinitiativen, einer neuen Form der politischen Auseinandersetzung, fand die Antikernkraftbewegung schnell gesellschaftsweite Resonanz. Neben standortgebundenen Protestgruppen etablierten sich überregionale Organisationen (Bürgerinitiativverbände, wissenschaftliche Institute), die nicht nur die organisatorische, sondern auch eine thematische Konsolidierung des Protests bedeuteten. Schon die Verbindung von Standortprotesten und Umweltkritik setzte weiter ausholende Konzeptionen voraus, um die spezifische Betroffenheit der Anwohner von geplanten Atomkraftwerken und die allgemein politisch ansetzende Umweltkritik aufeinander ziehen zu können. Dabei spielte und spielt die Wachstumskritik eine Schlüsselrolle für das Selbstverständnis eines Protests, der sich dem Vorwurf ausgesetzt sieht, Entwicklungen zu blockieren, die nach Darstellung ihrer Promotoren zukunftsweisend und wirtschaftlich notwendig sind. Am Fall der Kernenergie wurden die Ansätze der Industrialismuskritik konkretisiert und weiterentwickelt, die sich relativ schnell und nachhaltig in der öffentlichen Diskussion ausbreiteten.

Wie kaum ein anderes energiepolitisches Thema ist die Kernenergie öffentliches Thema geworden. Das heißt unter anderem, daß große Teile der Bevölkerung durch die Massenmedien und durch Gespräche mit diesem Thema konfrontiert sind und daß viele Bürger sich innerhalb der jeweiligen Kommunikationszusammenhänge, in denen sie leben, Meinungen zu dem Thema gebildet haben. Hier ergibt sich für die Umfrageforschung eine Gelegenheit, unterschiedliche Verarbeitungsformen eines kontroversen öffentlichen Themas auf der Ebene der Bevölkerung zu untersuchen. Wie wird der Bürger mit dem Widerspruch fertig, daß auf der einen Seite nahezu alle offiziellen politischen Kräfte, die Wirtschaft und der tonangebende Teil des Wissenschaftssystems ein fast einhelliges Votum für die Kernenergie abgeben, auf der anderen Seite aber seit nunmehr zehn Jahren Proteste und

Kritik das politische Geschehen um die Kernenergie wesentlich beeinflussen und mit dem Risikoproblem, dem Problem der Endlagerung radioaktiven Mülls und dem Proliferationsproblem kritische Aspekte dieser Technologie diskutiert werden, über die bis heute kein Konsens erzielt werden konnte?

Wieweit dabei eine Industrialismuskritik Fuß faßt, kann anhand solcher Themen analysiert werden, die durch das Engagement der neuen sozialen Bewegungen Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden haben. Die diesbezüglichen im Fragebogen vorgesehenen Themenschwerpunkte betreffen:

- Umwelt und Risiko als Themen der Umweltschutzbewegung (F5A, F5B)
- politische Legitimation als kritisches Thema der Bürgerinitiativbewegung (F5C)
- die ethische Verantwortbarkeit radioaktiver Abfälle als ein spezifisches Thema der Antikernkraftbewegung (F5F).

5.1 Kritische Themen der neuen sozialen Bewegungen

5.1.1 Risiko

Am intensivsten ist sowohl von Seiten der Kernenergiekritik als auch in der offiziellen Kernenergiepolitik das Risikothema aufgegriffen worden, so daß die Auffassung verbreitet ist, der Konflikt entscheide sich an der Frage der Risikoakzeptanz. Die Dominanz dieses Themas entspricht dem hohen Katastrophenpotential der Kernenergie und der Möglichkeit der Freisetzung von Radioaktivität im Falle nuklearer Unfälle. In der Risikodiskussion überlagern sich mehrere Ebenen. Während die Kritik den Risikobegriff weit faßt und darunter auch soziale und politische Risiken versteht, konzentriert sich die offizielle Diskussion stärker auf die in den großen Risikostudien verfolgte Quantifizierung der Wahrscheinlichkeit von Störfällen. Die Risikokontroverse bezieht sich im engeren Sinne auf die Frage, ob die Wahrscheinlichkeit eines Unglücks klein genug ist, um das Risiko zu akzeptieren. Damit geht die Erörterung der Frage einher, ob die Metho-

den der Risikoabschätzung adäquat sind. Dieser engere Rahmen der Risikodiskussion wird verlassen, wenn danach gefragt wird, ob die Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen überhaupt der Problematik angemessen sind. Der Sicht einer umfassenden Industrialismuskritik entspricht es, auch die kleinste Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe abzulehnen, weil aus dieser Sicht weniger der technische Sicherheitsaufwand zur Debatte steht als die Frage, ob die Schaffung einer Energietechnologie mit großen Katastrophentialen überhaupt vertretbar ist.

Das im Fragebogen enthaltene Risikostatement läßt offen, welche Ebene der Diskussion angesprochen ist. "Das Risiko von Reaktorunfällen und einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt ist zu groß", kann sich sowohl auf die engere, quantitative Risikodiskussion beziehen als auch die pauschale Ablehnung des Risikos überhaupt meinen. In den Ergebnissen wird sich zeigen, daß zwischen den beiden Diskussionsebenen unterschieden werden muß.

Das Statement vertritt kategorisch einen Standpunkt, der vor allem von der pauschalen Risikokritik eingenommen werden dürfte. Dezidierte Zustimmung zu dem Statement ("voll und ganz") kann als Identifikation mit dieser Kritik gedeutet werden (23,4 %, s. Tabelle 12). Eine vorsichtiger Antwort ("eher") ist vor allem dann zu erwarten, wenn die quantitative Risikoabschätzung grundsätzlich als adäquates Entscheidungskriterium für die Akzeptanz der Technologie anerkannt wird. Wer die Risikodiskussion im engeren Sinne verfolgt, wird sich beim gegenwärtigen Stand dieser Diskussion eher vorsichtig äußern. Dieses Antwortverhalten findet sich z.B. ausgeprägt bei Angehörigen technisch-naturwissenschaftlicher Berufe, wo die große Mehrheit von 74,3 % (gegenüber 57,6 % im Gesamtsample) die mittleren Antwortkategorien wählt, 30,8 % "eher" risikokritisch und 43,6 % "eher" positiv zum Risiko der Kernenergie (N=78). Wie sich im weiteren noch zeigen wird, impliziert die risikokritische Antwort nicht notwendig die Ablehnung der Kernenergie, was darauf zurückzuführen ist, daß in diesen Fällen die Risikokritik eine Kritik am gegenwärtigen Stand der Sicherheitstechnik ist und daß diesbezüglich Verbesserungen erwartet werden.

Tabelle 13: Resonanz der Risikokritik in Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Potential für Industrialismuskritik

F5B: "Risiko zu groß"	Gesamt-sample	prod. ferne Berufe	Befragte mit Abitur	relativ Benachteiligte	Post-materialisten
"voll und ganz"	23,4 %	23,9 %	<u>32,7 %</u>	<u>35,3 %</u>	<u>46,1 %</u>
"eher"	30,0 %	28,3 %	25,6 %	26,7 %	28,4 %
zusammengefaßt	53,4 %	50,5 %	58,3 %	<u>62,0 %</u>	<u>74,5 %</u>
N	1997	113	266	150	243

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant auf dem 99,9 %-Niveau vom Durchschnitt ab)

5.1.2 Umwelt

Wie bereits erwähnt, spielte und spielt die Umweltbewegung eine wichtige Rolle im Konflikt um die Kernenergie. Umweltbelastungen der Kernenergie durch Freisetzung von Radioaktivität sowohl im Normalbetrieb als auch bei Unfällen, die Anreicherung der Umwelt mit langlebigen Radionukliden, Abwärme und die Abluftfahne der Kühltürme sind wichtige Issues, in denen sich die ökologische und die Antikernkraftdiskussion überschneiden. Dagegen reicht das Bild der "sauberen Energieform", speziell im Vergleich mit der "schmutzigen Kohle" bis in die 50er Jahre zurück und erfährt gegenwärtig eine Neuauflage, die sich auf die Probleme des "sauren Regens" (Michelsen et.al., 1982) bei der Kohleverbrennung beruft. Es ist allerdings zu betonen, daß diese neuere Diskussion zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht eingesetzt hatte. Das Statement in Tabelle 14 vertritt sinngemäß das Bild der "sauberen Energie".

Tabelle 14: "Die Kernenergie ist eine der umweltfreundlichsten Technologien" (F5A)

Urteil zu dem Statement	Häufigkeit
Zustimmung	53,7 %
Ablehnung	36,0 %
"weiß nicht"	10,3 %
N	1997

Wie die Zahlen beweisen, werden Risikoproblem und Umweltproblem bei der Kernenergie nicht notwendig im Zusammenhang gesehen. Trotz der allgemein verbreiteten Sensibilität gegenüber der Umweltproblematik findet die Umweltkritik an der Kernenergie nicht die Verbreitung wie die Skepsis in bezug auf das Risiko.

Umso ausgeprägter ist der Einfluß der Industrialismuskritik (s. Tab. 15). In allen Testgruppen liegt der Anteil kritischer Urteile zwischen 9 (relativ Benachteiligte) und fast 38 (Postmaterialisten) Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Außer bei den relativ Benachteiligten wird das Statement mehrheitlich abgelehnt.

Hier zeigt sich deutlicher als bei dem Umweltstatement F7C in Abschnitt 4.2 der Unterschied zwischen einer "populistischen" Thematisierung des Umweltproblems und seiner Rezeption unter dem Einfluß der Industrialismuskritik. Das Fehlen "rauchender Schloten", das Bild der sauberen Energieform findet dort weniger Echo, wo z.B. ein Zusammenhang zwischen Risiko und Umweltbelastung hergestellt wird (Krause et al., 1980).

Tabelle 15: Der Einfluß von Industrialismuskritik auf das Umwelturteil

F5A: KE ist eine der umweltfreundlichsten Technologien	Gesamt-sample	produktionsferne Berufe	Befragte mit Abitur	relativ Benachteiligte	Postmaterialisten
Zustimmung	53,7 %	44,2 %	38,7 %	50,0 %	25,1 %
Ablehnung	36,0 %	53,1 %	58,6 %	45,3 %	73,7 %
N	1997	113	266	150	243

(Alle Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab, Niveau = 99,9 %)

5.1.3 Politische Legitimation

Der dritte Themenschwerpunkt betrifft die formale demokratische Legitimation der Kernenergie. Noch expliziter als in Tabelle 4 spricht das folgende Statement die im Laufe der 70er Jahre problematisch gewordene Hinnahmefähigkeit politischer Entscheidungen an. Vor allem die Standortproteste und die sie begleitenden Aktionen von Bürgergruppen, wie sie zum Teil im Fernsehen übertragen wurden, haben zu einer starken Verbreitung der Vorstellung einer prinzipiellen Kritisierbarkeit politischer Entscheidungen durch die Betroffenen beigetragen. Zahllose Bürgerinitiativen haben den Gedanken des sich zur Wehr Setzens in die Tat umgesetzt. "Startbahn West" und die großen Friedensdemonstrationen sind in neuerer Zeit Beispiele für das Engagement von Bürgern, außerparlamentarisch auf politische Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, daß ein Drittel der Bevölkerung das Statement in Tabelle 16 ablehnt.

Tabelle 16: "Die von uns gewählten Politiker haben sich in der Mehrheit für die Kernenergie entschieden. Das muß man akzeptieren" (F5C)

Urteil zu dem Statement	Häufigkeit
Zustimmung	56,1 %
Ablehnung	33,8 %
"weiß nicht"	10,1 %
N	1997

Tabelle 17 weist auch bei diesem Statement deutlich den Einfluß der Industrialismuskritik nach. Wie im ersten Abschnitt beschrieben, ist das Partizipationspostulat eine der wesentlichen Dimensionen der Industrialismuskritik. Sie wirkt sich zweifellos auf die Beurteilung des Statements F5C aus, wenn ein verstärkter Einfluß der Industrialismuskritik vorliegt, wie in den Testgruppen angenommen.

Tabelle 17: Einfluß von Industrialismuskritik auf die Beurteilung der formalen Legitimation der Kernenergie

F5C: Politikerentscheidung muß man akzeptieren	Gesamtstichprobe	produktionsferne Berufe	Befragte mit Abitur	relativ Benachteiligte	Postmaterialisten
Zustimmung	56,1 %	50,4 %	<u>43,6 %</u>	<u>47,3 %</u>	<u>23,5 %</u>
Ablehnung	33,8 %	<u>44,2 %</u>	<u>51,9 %</u>	<u>45,3 %</u>	<u>74,5 %</u>
N	1997	113	266	150	243

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab, Niveau = 95 %)

5.1.4 Ethische Verantwortung

Stärker als die beiden vorhergehenden Themenschwerpunkte der Kernenergiekritik ist die ethische Frage der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen auf die spezifischen Charakteristika der Kernenergie zugeschnitten, obgleich auch dieser Aspekt in der allgemeineren Umweltdiskussion eine Rolle spielt. Aber durch die Langlebigkeit künstlicher radioaktiver Nuklide, die über Jahrtausende ein Gefahrenpotential für Mensch und Umwelt darstellen, bekommt dieses Thema einen besonderen Bezug zur Kernenergie, der vor allem auch eine eher konservative Kernenergiekritik beschäftigt. Durch die Auseinandersetzungen um die Endlagerung radioaktiven Mülls, die seit den späteren 70er Jahren die Kontroverse beherrschen, hat das Thema besondere Aktualität erlangt. Wie in Tabelle 18 zu sehen ist, erfährt diese Kritik mit 55,8 % erheblichen Zuspruch. Auffallend ist hier der relativ hohe Anteil an "weiß nicht"-Stimmen. Unter Vorgriff auf die im Abschnitt 5.2 definierten kernenergiepolitischen Positionen kann dazu folgendes festgestellt werden: Während die die Kernenergie befürwortenden Gruppen bei den drei anderen Bewegungsthemen (Risiko, Umwelt, formale Legitimation) relativ (im Vergleich zu den "Unentschiedenen") kleine "weiß nicht"-Anteile aufweisen, ist die Zahl der "weiß nicht"-Stimmen bei dem Müll-Statement auch bei diesen Gruppen auffallend hoch. (Im Gegensatz zu den die Kernenergie ablehnenden Gruppen, wo die "weiß nicht"-Anteile stets relativ niedrig sind). Es scheint also, daß dieses Thema bei Befürwortern der Kernenergie eine gewisse Verunsicherung bewirkt. (Dieser Aspekt wird später noch einmal aufgegriffen).

Tabelle 18: "Unseren Nachkommen wird auf unverantwortliche Weise der radioaktive Müll hinterlassen" (F5F)

Beurteilung des Statements	Häufigkeit
Zustimmung	55,8 %
Ablehnung	29,0 %
"weiß nicht"	15,1 %
N	1997

Wie nun schon mehrfach bestätigt, findet die von den neuen sozialen Bewegungen getragene Kernenergiekritik auch in diesem Fall dort erhöhte Resonanz, wo man erhöhte Affinität zur Industrialismuskritik unterstellt (s. Tabelle 19). Allerdings sind die Abweichungen von den Zahlen des Gesamtsamples geringer als bei den beiden vorhergehenden Statements. Auf diesen Unterschied wird in der folgenden Zusammenfassung eingegangen.

Tabelle 19: Einfluß von Industrialismuskritik auf die Beurteilung der ethischen Verantwortbarkeit radioaktiver Abfälle

F5F: Unverantwortlich	Gesamtsample	produktionsferne Berufe	Befragte mit Abitur	Marginalisierte	Postmaterialisten
Zustimmung	55,8 %	61,9 %	<u>65,0 %</u>	63,3 %	<u>79,8 %</u>
Ablehnung	29,0 %	31,9 %	26,7 %	22,7 %	<u>16,5 %</u>
N	1997	113	266	150	243

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab; Niveau = 95 %)

5.1.5 Zusammenfassung

Tabelle 20 faßt noch einmal die Anteile kritischer Antworten bei den industrialismuskritischen Testgruppen und im Gesamtsample zusammen.

Deutlich zeigt sich an den Zahlen, daß das Umweltstatement und das Statement zur formaldemokratischen Legitimation der Kernenergie von den beiden anderen Statements (Risiko und Müll) zu unterscheiden sind. Inhaltlich liegt der Unterschied darin, daß mit dem KE-Risiko und dem Atommüll zwei Themen angesprochen werden, die für die Kernenergie spezifisch sind.

Umwelt und die Infragestellung von Politikerentscheidungen sind dagegen Themen, die über die Technologie hinaus weisen.

Im Gesamtsample ist die kernenergiespezifische Kritik (Risiko mit 53,4 % Müll mit 55,8 %) um etwa 20 Prozentpunkte stärker verbreitet als die Kritik zu den allgemeineren Aspekten. Die Kreuztabellierung ergibt z.B., daß 26,1 % der Befragten zwar die umweltrelevanten Issues Risiko oder Atom-müll kritisieren, die Kernenergie aber insgesamt als umweltfreundlich betrachten. In diesen Fällen wird die häufig zitierte "Stellvertreterthese" widerlegt, wonach die Kernenergie als "Prügelknabe" für allgemeinere Probleme herhalten muß.

Es ist nun für die Industrialismuskritik bezeichnend, daß sich unter ihrem Einfluß (der in den Testgruppen hypothetisch angenommen wird) die Differenz zwischen generellen und spezifischen Issues stark reduziert, bei den Postmaterialisten sogar ganz verschwindet.

Tabelle 20: Der Einfluß der Industrialismuskritik auf das Antwortverhalten (Prozentanteile der kritischen Antworten)

Statement	prod.ferne Berufe	Befragte mit Abitur	relativ Benachteiligte	Postmaterialisten	Gesamtsample
KE nicht umweltfreundlich	<u>53,1</u>	<u>58,6</u>	45,3	<u>73,7</u>	36,0
Risiko zu groß	52,5	58,3	62,0	<u>74,5</u>	53,4
Politikerentscheidung muß man nicht akzeptieren	44,2	<u>51,9</u>	<u>45,3</u>	<u>74,5</u>	33,8
Atom-müll unverantwortlich	61,9	65,0	<u>63,3</u>	<u>79,8</u>	55,8
N	113	266	150	243	1997

(Die unterstrichenen Zahlen weichen auf dem 99,9 %-Niveau signifikant von denjenigen des Gesamtsamples ab)

Es sind also zwei Effekte der Industrialismuskritik zu beobachten:

- a) insgesamt eine Erhöhung kritischer Antwortquoten und
- b) eine verstärkte Einbeziehung kritischer Aspekte, die über die Technologie hinausgehen.

Ein weiteres Resultat der Tabelle 20 ist die extreme und unterschiedslose Erhöhung der kritischen Antwortquoten bei den Postmaterialisten, wie sie auch schon im ersten Abschnitt bei den allgemeinen Statements zur Energiepolitik zu beobachten war (s. Tab. 9). Der Einfluß der Industrialismuskritik erfährt noch einmal eine Steigerung, wenn sie mit einer postmaterialistischen Wertorientierung einhergeht.

Die Beobachtungen lassen sich als Thesen wie folgt zusammenfassen:

1. Es gibt eine spezifische Kernenergiekritik, die sich nicht aus der Industrialismuskritik herleitet.
2. Die Industrialismuskritik generalisiert und verstärkt die spezifische Kernenergiekritik.
3. Die postmaterialistische Wertorientierung radikalisiert die Industrialismuskritik.

5.2 Die kernenergiepolitische Diskussion im engeren Sinn

Der in ihrer Thematik weitgefaßten Diskussion der Antiatomkraftbewegung überlagert sich die kernenergiepolitische Diskussion im engeren Sinn. Hier geht es um die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Kernenergie, um das Tempo ihres Ausbaus und um die erforderliche Kernkraftwerkskapazität. Der Ort dieser Diskussion sind die Regierungen des Bundes und der Länder, die Parteien, Bundestagsausschüsse und die ministerielle Administration sowie die begleitende Presseberichterstattung. Obwohl unter allen im Bundestag vertretenen Parteien Konsens über die Notwendigkeit der Kernenergie besteht, gibt es angesichts der "Akzeptanzprobleme", der ungeklärten Probleme hinsichtlich der Endlagerung radioaktiven Mülls, sowie aufgrund der Ungewißheiten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Absatzchancen für Nukleartechnologie auf dem internationalen Markt

unterschiedliche Positionen zum Umfang und zum Tempo des Ausbaus der Kernenergie (Mez, 1981).

Dieser Konstellation auf offizieller politischer Bühne entspricht recht genau das Meinungsbild in der Bevölkerung. Das Statement "Kernenergie ist für die Energieversorgung notwendig" findet mit 74,9 % eine außergewöhnlich starke Zustimmung (s. Tabelle 21).

Tabelle 21: "Kernenergie ist für die Energieversorgung notwendig" (F5E)

Urteil zu dem Statement	Häufigkeit
Zustimmung	75,0 %
Ablehnung	16,2 %
"weiß nicht"	8,8 %

N 1997

Ganz anders sieht die Verteilung der Meinungen aus, wenn es um das Tempo des Ausbaus der Kernenergie geht. Eine Mehrheit von 59,1 % würde einem Moratorium zugunsten der Klärung noch offener Probleme zustimmen (s. Tabelle 22).

Tabelle 22: "Man sollte mit dem weiteren Ausbau der Kernenergie erst einmal warten, bis man über ihre Probleme besser Bescheid weiß" (F5D)

Urteil zu dem Statement	Häufigkeit
Zustimmung	59,6 %
Ablehnung	33,2 %
"weiß nicht"	7,2 %

N 1997

Fast Dreiviertel der Bevölkerung hält also die Kernenergie für notwendig, aber fast 60 % plädieren für ein Moratorium. 41,1 % umfaßt der Anteil derjenigen, die beide Meinungen gleichzeitig vertreten. Diese Zahlen geben einen Hinweis auf die Struktur der "Akzeptanzproblematik", soweit sie das Meinungsbild in der Bevölkerung betrifft. Jene vielzitierte Polarisierung der Meinungen, die Aufspaltung in zwei konträre Meinungslager "pro" und "contra" Kernenergie, suggeriert zwei starre Meinungsblöcke, was der tatsächlichen Meinungsvielfalt nicht entspricht (siehe weiter unten).

Eine Polarisierung läßt sich am deutlichsten anhand der Frage über das notwendige Ausmaß an Atomkraftwerkskapazität auffinden (s. Tabelle 23). Die Befragten wurden aufgefordert, anhand einer 7-stufigen Ratingskala ihre Meinung über den Bau weiterer Atomkraftwerke auszudrücken. Stufe 1 bedeutet die Befürwortung zusätzlicher Atomkraftwerke zu den bestehenden, Stufe 7 die Ablehnung. Die dazwischenliegenden Stufen der Ratingskala konnten zur Abschwächung beider Positionen benutzt werden. Das Ergebnis zeigt mit ungefähr 23 % und 26 % eine starke, etwa gleichgewichtige Besetzung der beiden Extrempositionen, Abschwächungen dieser Positionen wurden nur von einer Minderheit (30,8 %) gewählt. Die Stufe 4 der Unentschiedenen kreuzten 14,7 % der Befragten an.

Tabelle 23: "Wie ist ihre Meinung: Sind Sie eher für den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke oder sind Sie eher gegen den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke?" (F22)

Ratingskala	Häufigkeit
1 (für den Zubau)	23,2 %
2	9,4 %
3	10,4 %
4	14,7 %
5	5,0 %
6	6,0 %
7 (gegen den Zubau)	25,6 %
"weiß nicht"	5,3 %
N	1997

Daß hier die extremen Positionen am häufigsten gewählt wurden, demonstriert die außergewöhnliche Präsenz des Themas Kernenergie in der Bevölkerung und eine relativ starke Ausprägung der Meinungen. Das bestätigt sich auch bei den Statements des Fragebogens, wenn man nach Antwortstufen differenziert.

Das Bild zweier konträrer Meinungsblöcke "pro" und "contra" Kernenergie löst sich jedoch auf, wenn die Antwortverteilungen der drei genannten kernenergiepolitischen Items einander gegenübergestellt werden (s. Tabelle 24).

Tabelle 24: Unterschiedliche Verteilung der Meinungen zur Kernenergie je nach Fragestellung

Position	F5E KE notwendig?	F22 Zubau?	F5D Moratorium?
pro KE	75,0 %	43,0 %	33,2 %
contra KE	16,2 %	36,6 %	59,6 %
N	1997	1997	1997

Diese Tabelle wirft ein Licht auf die Ergebnisse von Umfragen, die eine bestimmte Aufteilung von "pro" und "contra" Kernenergiemeinungen veröffentlichen. Wie schon von Battelle ausführlich dargelegt (Battelle, 1981), ist die Glaubwürdigkeit derartiger Veröffentlichungen vor allem durch die starken Schwankungen der Anteile der Unentschiedenen belastet. Als eine Erklärung bietet sich an, daß die jeweils benutzten Fragen zur Identifizierung der Einstellung gegenüber der Kernenergie unterschiedliche Aspekte der Technologie ansprechen und daß je nach Fragestellung verschiedene Teilgruppen der Befragten sich einer Entscheidung entziehen. Tabelle 24 zeigt, daß die Aufteilung der Bevölkerung in zwei "pro" und "contra" Kernenergielager wenig informativ ist. Die Meinungen sind vielfältiger, als durch die Frage, ob man für oder gegen die Kernenergie sei, aufgedeckt werden kann.

Löst man Tabelle 24 in die individuellen Antwortmuster auf, so ergeben sich fünf zahlenmäßig herausragende Meinungsgruppen (s. Tabelle 25).

Tabelle 25: Individuelle Antwortmuster zu drei kernenergiepolitischen Fragen

Antwortmuster			Bezeichnung	Häufigkeit
KE notwendig?	Moratorium?	Zubau?		
ja	nein	ja	"entschiedene Befürworter"	24,3 %
ja	ja	ja	"vorsichtige Befürworter"	15,3 %
ja	ja	unentschieden	"Unentschiedene"	10,0 %
ja	ja	nein	"pragmatische Gegner"	15,9 %
nein	ja	nein	"entschiedene Gegner"	12,2 %
			Sonstige	22,4 %
N				1997

Bemerkung zu Tabelle 25: "ja" bedeutet die Zusammenfassung der zustimmenden Antworten, "nein" die Zusammenfassung der ablehnenden Antworten; "unentschieden" entspricht der Stufe 4 der Ratingskala in F22. Insgesamt sind also 12 Antwortmuster möglich. Alle hier nicht genannten Antwortmuster haben je eine Häufigkeit von weniger als 4 %.

Die in Tabelle 25 angegebenen Bezeichnungen für die fünf Meinungsgruppen sprechen weitgehend für sich selbst. Sie geben eine die drei Gruppen kennzeichnende Meinungstendenz an, mit der man die jeweilige Position zu den drei energiepolitischen Fragestellungen etikettieren kann. Sie erheben jedoch nicht den Anspruch auf eine endgültige Charakterisierung

der Meinung der betreffenden Individuen. Die Bezeichnung "pragmatische Gegner" wurde aufgrund der Deutung gewählt, daß die Befürwortung eines Moratoriums und die Ablehnung weiterer Atomkraftwerke als Gegnerschaft gegen die Kernenergie zu sehen ist und daß die trotzdem geäußerte Anerkennung ihrer Notwendigkeit darauf beruht, daß die inzwischen installierte Atomkraftwerkskapazität pragmatisch als energiepolitisches Faktum eingeschätzt wird.

5.3 Die technologiespezifische und die generalisierte Beurteilung der Kernenergie

Insbesondere die Haltung zum Risiko der Kernenergie gilt als der ausschlaggebende Faktor dafür, ob die Kernenergie abgelehnt wird oder nicht. Das kann ebenso wie der Einfluß der anderen oben besprochenen Themen, die durch die Antiatomkraftbewegung in die öffentliche Diskussion eingebracht worden sind, anhand der Daten untersucht werden. Tabelle 26 zeigt die Verteilungen der in Tabelle 24 definierten kernenergiepolitischen Positionen in Abhängigkeit von der Antwort zum Risikostatement.

Wie ersichtlich, ist der Einfluß des Risikourteils auf die kernenergiepolitische Position nicht durchgreifend. So sind z.B. 25 % derjenigen, denen das Risiko zu groß ist, der Gruppe der "entschiedenen" oder der "vorsichtigen" Befürworter der Kernenergie zuzurechnen, d.h., trotz der Skepsis in bezug auf das Risiko hält diese Untergruppe die Kernenergie für notwendig und befürwortet den Bau weiterer Atomkraftwerke. Während man dieses zunächst widersprüchlich erscheinende Antwortverhalten noch mit dem Vertrauen in die Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik erklären könnte, zeigt die folgende Gruppe deutlich, daß die Meinung zum Risiko für die Position nicht allein ausschlaggebend ist. 12,6 % derjenigen, denen das Risiko nicht zu groß ist, befinden sich dennoch in der Gruppe der "pragmatischen" oder der "entschiedenen" Gegner, d.h., sie befürworten ein Moratorium und sind gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke.

Tabelle 26: Einfluß der Risikoeinschätzung auf die kernenergiepolitische Position

Position	Risiko zu groß	Risiko nicht zu groß	Gesamtstichprobe
"entschiedene Befürworter"	10,3 %	48,3 %	24,3 %
"vorsichtige Befürworter"	14,8 %	16,4 %	15,3 %
"Unentschiedene"	13,6 %	5,7 %	10,0 %
"pragmatische Gegner"	22,6 %	8,6 %	15,9 %
"entschiedene Gegner"	19,8 %	4,0 %	12,2 %
N	1066	754	1997

Andererseits ist natürlich nicht zu verkennen, daß zwischen Risikourteil und Position ein Zusammenhang besteht. Die Verteilung der Positionen verschiebt sich bei Zustimmung zu dem Risikostatement deutlich in Richtung der Gegnerschaft und umgekehrt bei Ablehnung in Richtung der Befürwortung der Kernenergie.

In der methodologischen Literatur wird für die Messung eines solchen Zusammenhangs das Assoziationsmaß Gamma von Goodman und Kruskal verwendet (Benninghaus, 1979, S. 169f), wobei das Ordinalskalenniveau vorauszusetzen ist. Diese Voraussetzung ist bei den Statements durch den Grad der Ablehnung bzw. der Zustimmung gegeben. (Gemäß der Forderung von Blalock (Benninghaus, a.a.O., S. 167) wird hier für die Berechnung von Gamma stets die vierstufige Antwortskala zugrundegelegt, auch wenn in der jeweiligen Tabelle die zusammengefaßten Antwortkategorien ausgedrückt sind.) Bei der kernenergiepolitischen Position bedeutet die Anordnung der Positionen den abnehmenden Grad der Kernenergiebefürwortung.

Der Zusammenhang zwischen dem Risikostatement und der Kernenergie-Position ergibt einen Gamma-Wert von -0,63. Das negative Vorzeichen des Wertes ist durch die bezüglich der Kernenergie negative Formulierung des Risikostatements bedingt. Die Stärke des Zusammenhangs drückt sich durch den Absolutbetrag von Gamma aus. Er kann die Werte zwischen Null (=völliges Fehlen eines Zusammenhangs) und Eins (=vollständige Determination einer Variablen durch die andere) annehmen.

Die folgende Tabelle 27 gibt an, wie sich die KE-politischen Positionen auf die Meinungen zu den 'Bewegungsthemen' auswirken.

Tabelle 27: Die Prozent-Anteile kritischer Urteile bei den Bewegungsthemen in Abhängigkeit von der KE-politischen Position

Statement	Gesamt-sample	entsch. Befürw.	vors. Befürw.	Unentschiedene	pragm. Gegner	entsch. Gegner	Gamma ¹⁾
F5A: Umwelt	36,0 %	9,9 %	21,0 %	36,2 %	53,3 %	86,0 %	0,66 %
F5B: Risiko	53,4 %	22,7 %	51,8 %	72,9 %	76,0 %	86,8	-0,63 %
F5C: pol. Legitimation	33,8 %	12,0 %	20,7 %	28,6 %	48,3 %	85,6 %	0,61 %
F5F: Müll	55,8 %	27,2 %	59,7 %	64,8 %	77,0 %	91,7 %	-0,64 %
N	1997	485	305	199	317	243	

1) Gamma mißt den Zusammenhang zwischen der 4-stufigen Antwortverteilung (ohne "weiß nicht"-Stimmen) des jeweiligen Statements und der Verteilung der KE-politischen Positionen. Die Prozentzahlen der Tabelle fassen dagegen die beiden kritischen Antwortstufen jeweils zusammen und berücksichtigen die "weiß nicht"-Stimmen.

Die Tabelle zeigt einerseits, daß die kritische Tendenz bei den Bewegungsthemen mit den kernenergiepolitischen Positionen konform geht: Die Anteile kritischer Urteile wachsen bei allen vier Statements mit abnehmender Befürwortung der Kernenergie. Die Absolutwerte von Gamma unterscheiden sich kaum voneinander, woraus zu entnehmen ist, daß keines der von den Statements

angesprochenen Themen in seiner Sensitivität gegenüber der kernenergiepolitischen Meinung dominiert, also auch nicht das Risikotheema, wie sich in Tabelle 20 schon andeutete.

Andererseits schwanken in einzelnen Positionen die Kritikanteile je nach Thema erheblich. Hier zeigt sich erneut der Unterschied zwischen kernenergiespezifischer und generalisierender Kritik. Die technologiespezifischen Aspekte KE-Risiko und Atommüll finden auch in den befürwortenden Gruppen noch erhebliche, bei den "vorsichtigen Befürwortern" sogar mehrheitliche Kritik.

Die Unterscheidung zwischen spezifisch und generalisierender Kritik bleibt auch bei den "pragmatischen Gegnern" noch relevant, wenngleich hier die Anteile generalisierender Kritik erheblich anwachsen. Erst bei den "entschiedenen Gegnern" verschwindet der Unterschied. Hier dürfte der generalisierende Einfluß der Industrialismuskritik zum Tragen kommen.

Dieser Einfluß der Industrialismuskritik ist wieder anhand unserer Testgruppen überprüfbar. Unter dem Einfluß der in diesen Gruppen verstärkt auftretenden Industrialismuskritik müßte in ihnen die entschieden gegnerische Position überrepräsentiert sein. In Tabelle 28 wird das bestätigt.

Tabelle 28: Anteile der entschiedenen KE-Gegner in den Testgruppen

	Gesamt- sample	prod.ferne Berufe	Befragte mit Abitur	relativ Benachteiligte	Postmaterialisten
	12,2 %	<u>22,1 %</u>	<u>26,7 %</u>	<u>15,3 %</u>	<u>37,0 %</u>

N 1997 113 266 150 243

(Die unterstrichenen Zahlen weichen auf dem 99,9 %-Niveau signifikant vom Durchschnitt ab)

Es hat einen gewissen Sinn, den Einfluß der Themen in dem Teil der Bevölkerung gesondert zu betrachten, in dem in bezug auf die Kernenergie eine ausgesprochene Haltung eingenommen wird, also in den beiden Gruppen der "entschiedenen" Befürworter bzw. Gegner zusammengefaßt. Geht man von dem Modell der Meinungsbildung durch Interaktion aus (Gespräche am Arbeitsplatz, in der Familie, am Stammtisch usw.), so spielen die Meinungsführer oft eine wichtige Rolle für die Haltung der Unentschiedenen und vorsichtiger Urteilenden. Insofern könnte die Meinungsstruktur der "Entschiedenen" unter Umständen, etwa im Falle einer Zuspitzung des Kernenergiekonflikts (z.B. bei Standortentscheidungen in einer Gemeinde), eine größere Bedeutung erlangen als die allgemeine Meinungsstruktur.

In Tabelle 29 sind die Urteile so angeordnet, daß die Anteile der "positionsgemäßen" und der "kontrapositionären" Urteile in den beiden Extrempositionen nebeneinander stehen.

Tabelle 29: Die Urteile zu den 'Bewegungsthemen' in den beiden kernenergiepolitischen Extrempositionen

Statement	entschiedene Befürworter		entschiedene Gegner	
	Urteil	%-Anteil	%-Anteil	Urteil
KE umweltfreundlich	Zustimmung	88,5	86,8	Ablehnung
	Ablehnung	9,9	9,5	Zustimmung
Risiko zu groß	Ablehnung	75,1	86,8	Zustimmung
	Zustimmung	22,7	12,3	Ablehnung
Politikerentscheidung muß man akzeptieren	Zustimmung	85,8	85,6	Ablehnung
	Ablehnung	12,0	10,3	Zustimmung
Müll unverantwortlich	Ablehnung	62,7	91,7	Zustimmung
	Zustimmung	27,2	4,1	Ablehnung
	N	485	243	

Es zeigt sich, wie bereits in Tabelle 27, daß aus der pronuklearen Position heraus weniger durchgängig pronuklear geurteilt wird als umgekehrt die entschiedenen KE-Gegner antinuklear urteilen. Ähnliche Beobachtungen wurden bereits in anderen Untersuchungen gemacht (Battelle, 1981; Renn 1978, 1981). Wieder sind es die technologiespezifischen Aspekte (Risiko und Müll), die bei erheblichen Anteilen der entschiedenen Befürworter (22,7 % bzw. 27,2 %) ein kritisches Urteil hervorrufen. Aufgrund der vorstehenden Überlegungen läßt sich die größere Urteilskonsistenz der entschiedenen Gegnerschaft durch eine Verankerung dieser Position in der Industrialismuskritik erklären, die eine generalisierte und durch Einzelaspekte weniger zu verunsichernde Ablehnung der Kernenergie impliziert. (Bei Renn (1981) wird für die unterschiedliche Urteilssicherheit zwischen Gegnern und Befürwortern eine sozialpsychologische Erklärung versucht, die stärker auf das Individuum abstellt. Der individualistische Ansatz scheint jedoch durch eine geringe Prognosekraft belastet (Otway, 1981). Man beachte, daß in der vorliegenden Arbeit Aussagen über Meinungstrends in der Bevölkerung oder in Bevölkerungsgruppen gemacht werden, die sich vorwiegend auf Makrodaten (z.B. Prozentanteile) stützen.)

Das soll anhand der 4 Items überprüft werden, die wir im ersten Abschnitt zur Kennzeichnung der vier Dimensionen der Industrialismuskritik verwendet haben (s. Abschnitt 4.3).

Tabelle 30: Resonanz der Industrialismuskritik bei den entschiedenen Befürwortern bzw. Gegnern der Kernenergie

Item	Gesamt- sample	(1) entsch. Befürw.	(2) entsch. Gegner	(3) konsistente Teilgruppe von (1)
F7C: Umwelt kommt zu kurz	65,0 %	47,2 % (-17,8)	90,5 % (+25,5)	38,0 % (-27)
F7D: Starke KE-Politik abgelehnt	46,3 %	31,8 % (-14,5)	77,4 % (+31,1)	29,8 % (-16,5)
F7E: Indifferenz bezgl. Energie-Quellen abgelehnt	56,6 %	46,8 % (- 9,8)	88,1 % (+31,5)	42,0 % (-14,6)
F13/14: Hohes Wirtschaftswachstum nicht prioritär	38,7 %	32,0 % (-6,7)	60,1 % (+21,4)	27,8 % (-10,9)
N	1997	485	243	205

(alle Differenzen sind signifikant auf dem 99,9 %-Niveau)

Man erkennt die hohen Anteile in der Gruppe der entschiedenen Gegner, die im Sinne der Industrialismuskritik geantwortet haben. Dagegen bleiben die entsprechenden Anteile bei den entschiedenen Befürwortern zwar signifikant hinter denen des Gesamtsamples zurück, die Differenzen nach unten sind jedoch bei weitem nicht so groß wie die der Befürworter nach oben. Vor allem aber sind die jeweiligen Anteile industrialismuskritischer Antworten bei den entschiedenen Befürwortern der Kernenergie immer noch erheblich.

Das ändert sich auch nicht wesentlich, wenn man die Teilgruppe der entschiedenen Befürworter isoliert betrachtet, die bei allen 7 Statements zur Kernenergie pronuklear urteilen (10,3 %). Ihre kritischen Antwortquoten sind in Spalte 3 von Tabelle 30 aufgelistet. Wenn die Anteile auch noch einmal kleiner werden, sind sie immer noch beträchtlich.

Zusammenfassend läßt sich das Verhältnis der Industrialismuskritik zu den kernenergiepolitischen Extrempositionen wie folgt charakterisieren: Die entschiedene Ablehnung ist wesentlich in der übergreifenden Industrialismuskritik verankert, während die entschieden befürwortende Position sich in erheblichem Umfange für einzelne Issues der Industrialismuskritik offen zeigt.

Zu fragen ist, wie von den Befürwortern der Kernenergie dieser scheinbare Widerspruch bewältigt wird. Die Entschiedenheit, mit der die zuletzt genannte Gruppe die Kernenergie befürwortet, kann damit gedeutet werden, daß die Probleme des Risikos und des radioaktiven Mülls als lösbar angesehen werden. Wie in Tabelle 30 zu sehen ist, werden ferner die übergreifenden Issues der Industrialismuskritik in dieser Gruppe kaum auf die Kernenergie bezogen (Umwelt, formale Legitimation). Ein Widerspruch zwischen Industrialismuskritik und der Kernenergie ergibt sich also aus dieser Sicht gar nicht.

Wie sieht es aber bei den drei mittleren Positionen aus? Definitionsgemäß (s. Tab. 25) befürworten sie alle ein Moratorium. Ihre Überzeugung, daß die noch offenen Probleme lösbar sind, scheint nicht so ausgesprochen, wie bei den entschiedenen Befürwortern. Welche Rolle spielt bei ihnen die Industrialismuskritik?

Die Betrachtung dieser Gruppen analog zu Tabelle 30 zeigt in allen vier Dimensionen und in allen Gruppen erhebliche Einflüsse industrialismuskritischer Issues. Sie sind bei den Unentschiedenen durchschnittlich, liegen bei den vorsichtigen Befürwortern meistens etwas unter, bei den pragmatischen Gegnern deutlich über dem Durchschnitt. Daß jedoch unsere Operationalisierung durch die vier Items ausreicht, die nicht allzu großen Prozentsatzdifferenzen mit einer geringeren bzw. größeren Rezeption der Industrialismuskritik zu interpretieren, muß bezweifelt werden. Die starken Unterschiede in diesen Gruppen zwischen kernenergiespezifischen und generalisierten Issues zur Kernenergie (s. Tab. 27) sprechen eher dagegen, weil diese darauf hinweisen, daß die charakteristische Tendenz der Industrialismuskritik zur Generalisierung nicht stark ausgeprägt ist.

Zusammengefaßt ergibt sich also folgendes Bild: Die mittleren Positionen umfassen einen großen Ausschnitt der Bevölkerung, in dem eine konzeptionelle Verarbeitung des Widerspruchs zwischen den zwei Polen der öffentlichen Kernenergie Diskussion (Kritik versus offizielle Affirmation) nicht stattgefunden hat. Es ist dies eine wenig stabile Konstellation der Meinungen, die es erklärt, warum einerseits repräsentative Umfragen ausnahmslos eine große Mehrheit zugunsten der Kernenergie ergeben, andererseits im Falle einer Aktualisierung des Konflikts, vor allem bei Standortentscheidungen für nukleare Anlagen, ebenfalls fast ausnahmslos eine zahlenmäßig starke Opposition gegen die Kernenergie zu beobachten ist.

5.4 Sozialstrukturelle Faktoren und die Haltungen zur Kernenergie

Im vorigen Abschnitt waren drei Formen einer kritischen Stimmung gegenüber der Kernenergie unterschieden worden:

- technologiespezifische Kritik
- generalisierende Kritik unter dem Einfluß der Industrialismuskritik
- Radikalisierung bei postmaterialistischer Wertorientierung.

Darüberhinaus waren hinsichtlich der kernenergiepolitischen Orientierung im engeren Sinn fünf Positionen bestimmt worden.

Im vorliegenden Abschnitt wird untersucht, ob diese Meinungsstrukturen zu sozialstrukturellen Variablen in Beziehung stehen. Wir gehen wieder systematisch anhand unserer sozialstrukturellen Klassifizierungen vor (s. Abschnitt 3.2.3).

Klassen und Schichten

Die Unterscheidung zwischen der unteren und oberen Schicht der Neuen Mittelklasse und die Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft ergibt kaum signifikante Differenzen im Antwortverhalten. Lediglich die Gruppe der "Meister" zeigt auffallende Stimmenhäufungen zugunsten der Kernenergie, wobei sie in der Regel sich ähnlich verhält wie die "Oberklasse" (s. Tab. 31).

Tabelle 31: Die pronukleare Orientierung in der "Oberklasse" und in der Gruppe der "Meister" (Prozentanteile)

Item	Gesamt- sample	Ober- klasse	"Meister"
KE umwelt- freundlich	53,7	<u>79,3</u>	<u>72,0</u>
Risiko nicht zu groß	37,8	<u>58,6</u>	52,0
Politikerent- scheidung muß man akzeptieren	56,1	69,0	72,0
Moratorium abgelehnt	33,2	<u>55,2</u>	<u>52,0</u>
KE notwendig	75,0	93,1	88,0
Atommüll nicht unverantwort- lich	29,0	<u>51,7</u>	<u>48,0</u>
Zubau bejaht	43,0	<u>69,0</u>	<u>72,0</u>
entsch. Befür- worter	24,3	<u>51,7</u>	48,0
entsch. Gegner	12,2	3,5	4,0
N	1997	29	25

(Die unterstrichenen Zahlen weichen auf dem 95 %-Niveau signifikant vom Durchschnitt ab)

In beiden Gruppen wie auch in allen anderen nach klassenstrukturellen Merkmalen gebildeten Gruppen ist die technologiespezifische Kritik (Risiko, Atommüll) deutlich stärker vertreten als die generalisierende Kritik (Umwelt; Akzeptanz der Politikerentscheidung). Insgesamt gibt es hierin aber keine wesentlichen Unterschiede zum Gesamtsample bis auf zwei Ausnahmen: Die Umweltkritik wird von der "Oberklasse" mit 17,2 % signifikant seltener, bei der Neuen Mittelklasse mit 43,1 % signifikant häufiger als im Gesamtsample (36,0 %) auf die Kernenergie angewandt.

Tabelle 32 zeigt in den Kritikanteilen bei den vier "Bewegungsthemen", daß sich Oberklasse und "Meister" einerseits, NMK und "Arbeiter" andererseits ähneln.

Tabelle 32: Die Anteile kritischer Urteile zu den "Bewegungsthemen" (Prozentanteile)

Statement	Gesamt-sample	OK	Meister	NMK	Arbeiter
KE nicht umweltfreundlich	36,0	<u>17,2</u>	28,0	<u>43,1</u>	30,7
Risiko zu groß	53,4	37,9	48,0	54,1	53,0
Politiker nicht akzeptieren	33,8	27,6	28,0	<u>37,9</u>	35,2
Atommüll unverantwortlich	55,8	41,4	48,0	58,7	56,8
N	1997	29	25	501	264

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab; Niveau = 95 %)

Zusammengefaßt: Eine spezifische Resonanz von Industrialismuskritik und post-materialistischer Wertorientierung lassen sich mit diesen Zahlen nicht darstellen. Klassen- bzw. schichtstrukturelle Merkmale sind dafür also in dieser groben Klassifizierung nicht relevant. Die stärkere Verbreitung der technologiespezifischen Kritik ist in allen Gruppen nachweisbar, aber auch hier-

in unterscheiden sie sich nicht wesentlich voneinander, ebenso, wie hinsichtlich der kernenergiepolitischen Positionen keine besonderen Einflüsse von Schichtmerkmalen zu beobachten sind.

Funktionale Gruppen

Erwartungsgemäß gibt es in der "wirtschaftlichen und technischen Elite" eine pronukleare Tendenz, obwohl die Kritikanteile bei den kernenergie-spezifischen Issues nahe bei 50 % liegen (s. Tab. 33). Die Kritikanteile bei den generalisierenden Themen sind zwar deutlich niedriger, aber immer noch erheblich. Der Unterschied zwischen technologiespezifischer und generalisierender Kritik wird in der "gesellschaftsbezogenen Elite" geringer. Dies und die hohen Kritikanteile deuten auf eine erhebliche Verbreitung industrialismuskritischer Einflüsse in dieser Gruppe hin. Bei den "naturbezogenen Berufen" ist die Anwendung der Umweltkritik auf die Kernenergie mit 40 % relativ stark verbreitet. Der mit knapp 29 % nicht übermäßig starke Kritikanteil bei dem anderen generalisierenden Thema (Politiker akzeptieren) läßt jedoch vermuten, daß dafür ein berufsspezifischer, weniger ein industrialismuskritischer Einfluß verantwortlich ist.

Tabelle 33: Kritikanteile in den funktionalen Gruppen bei den "Bewegungsthemen" (Prozent)

Statement	Gesamt-sample	techn.-wirt. Elite	gesellsch. bez. Elite	naturbez. Berufe
KE nicht umweltfreundlich	36,0	<u>27,0</u>	52,7	40,0
Risiko zu groß	53,4	47,0	51,8	62,9
Politiker nicht akzeptieren	33,8	32,2	<u>44,6</u>	28,6
Atommüll unverantwortlich	55,8	53,9	61,6	57,1
N	1997	115	112	35

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab; Niveau = 95 %)

Hinsichtlich der kernenergiepolitischen Positionen ergibt sich, daß die "techn.-wirtsch. Elite" mit 33 % signifikant mehr entschiedene Befürworter aufweist als das Gesamtsample. Der Anteil der entschiedenen Gegner entspricht mit 11,3 % dem Durchschnitt. Bei der "gesellschaftsbezogenen Elite" liegt der Anteil der "entschiedenen Gegner" mit 22,3 % signifikant höher als im Gesamtsample, während die entschiedenen Befürworter mit 25,9 % durchschnittlich häufig vorkommen. Alle anderen Positionen weichen in beiden Gruppen nicht wesentlich vom Durchschnitt ab. In der Gruppe der "naturbezogenen Berufe" gibt es bei der Besetzung der KE-Positionen keine auffallenden Abweichungen vom Gesamtsample.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der Gruppe der "gesellschaftsbezogenen Elite" eine verstärkte Resonanz der Industrialismuskritik nachweisbar ist, in den anderen beiden Gruppen mit den hier vorliegenden Zahlen jedoch nicht.

Sektorale Gliederung der Arbeitnehmerschaft

So, wie die Arbeitnehmerschaft keine wesentlichen Abweichungen vom Durchschnitt aufweisen (s. Tab. 32), ergibt auch deren sektorale Untergliederung kaum signifikante Abweichungen.

Andere Faktoren

In den bisherigen Analysen erwies sich die postmaterialistische Wertorientierung als ein Faktor, der ausnahmslos zu einem erheblichen Anwachsen der Kritikanteile führte. In Tabelle 34 sind die entsprechenden Zahlen bei allen vier Wertegruppen von Inglehart aufgelistet.

Die Kritikanteile der "Materialisten" sind durchweg erheblich niedriger als der Durchschnitt. Es scheint also, daß die Inglehartsche Operationalisierung nicht nur mit dem "Postmaterialismus" ein Wertesyndrom definiert, das für die Kritik an der Kernenergie relevant ist, sondern mit dem "Materialismus" ebenfalls ein relevantes Merkmal, daß sich in Richtung einer pronuklearen Haltung auswirkt. Allerdings ist die technologie-spezifische Kritik auch bei materialistischer Wertorientierung stark verbreitet. In bezug auf die "Bewegungsthemen" ist ihre Wirkung nicht so durchgreifend wie die umgekehrte Wirkung des Postmaterialismus.

Tabelle 34: Wertorientierung nach Inglehart und Kritikanteile bei den "Bewegungsthemen" (Prozent)

Statement	Gesamt- sample	Materia- listen	gemischt material.	gemischt postmat.	Postmate- rialisten
KE nicht umwelt- freundlich	36,0	<u>25,3</u>	33,6	<u>42,7</u>	<u>73,7</u>
Risiko zu groß	53,4	<u>48,8</u>	50,1	56,3	<u>74,5</u>
Politiker nicht akzeptieren	33,8	<u>19,8</u>	32,9	<u>45,4</u>	<u>74,5</u>
Atommüll unver- antwortlich	55,8	<u>47,4</u>	52,8	<u>67,9</u>	<u>79,8</u>
N	1997	914	547	293	243

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab;
Niveau = 99,9 %)

Auffallend ist wieder der geringe Unterschied bei den Postmaterialisten zwischen technologiespezifischer und generalisierender Kritik. Die Prozentsatzdifferenz zwischen den Statements über alle vier Prozentsatzdifferenzen gemittelt ist bei den Materialisten mit 25,6 %-Punkten am höchsten. Bei den "gemischten" Wertorientierungen ist sie mit 18,1 %-Punkten etwas niedriger als im Gesamtsample (19,7 %-Punkte). Bei den Postmaterialisten geht sie jedoch auf 3,5 %-Punkte zurück!

Interessant ist hierbei, daß bei den "gemischten Postmaterialisten" zwar insgesamt eine wesentliche Erhöhung der Kritikanteile zu verzeichnen ist, jedoch nicht in so starkem Ausmaß jener Generalisierungseffekt durch die Industrialismuskritik.

In bezug auf die KE-politischen Positionen zeigt sich eine stärkere Bevorzugung der Ablehnung durch die Postmaterialisten (57,2 %) als umgekehrt eine Befürwortung durch die Materialisten (46 %) (s. Tab. 35).

Tabelle 35: Die KE-Positionen in Abhängigkeit von den Wertorientierungen nach Inglehart (Prozent)

Position	Gesamt- sample	Materia- listen	gemischt material.	gemischt postmat.	Postmaterial.
entschiedene Befürworter	24,3	<u>28,6</u>	24,3	23,6	<u>9,1</u>
vorsichtige Befürworter	15,3	<u>17,4</u>	14,8	15,7	<u>7,8</u>
Unentschiedene	10,0	9,1	11,2	12,3	7,8
pragmatische Gegner	15,9	<u>12,7</u>	17,9	18,4	20,2
entschiedene Gegner	12,2	<u>5,9</u>	10,6	14,0	<u>37,0</u>

Sonstige	22,4	26,4	21,2	16,0	18,1
N	1997	914	547	293	243

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab;
Niveau = 95 %)

Die beiden extremen Wertorientierungen schließen jedoch die entgegengesetzten Haltungen zur Kernenergie nicht aus, wobei die entschiedene Befürwortung bei den Postmaterialisten mit 9,1 % höher liegt als die entschiedene Ablehnung mit 5,9 % bei den Materialisten.

Ein weiteres Merkmal, das sich für die Haltungen zur Kernenergie als relevant erweist, ist das Alter der Befragten. Diese schon in vielen anderen Untersuchungen beobachtete Sachverhalt ergibt sich auch aus Tabelle 36.

Tabelle 36: Kritikanteile bei den "Bewegungsthemen" nach Altersgruppen (Prozent)

Statement	Gesamt-sample	18-25 Jahre	26-35 Jahre	36-45 Jahre	46-55 Jahre	56-65 Jahre	über 65 Jahre
KE nicht umweltfreundlich	36,0	<u>54,6</u>	<u>48,5</u>	35,6	<u>25,4</u>	<u>26,5</u>	<u>22,9</u>
Risiko zu groß	53,4	<u>62,4</u>	<u>60,4</u>	54,7	47,8	47,0	<u>45,8</u>
Politiker nicht akzeptieren	33,8	<u>56,4</u>	<u>48,2</u>	34,4	<u>23,7</u>	<u>23,0</u>	<u>14,1</u>
Atommüll unverantwortlich	55,8	<u>64,2</u>	<u>67,9</u>	60,0	48,1	<u>44,5</u>	<u>45,1</u>
N	1997	282	396	422	295	283	319

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab; Niveau = 95 %)

Fast ausnahmslos nimmt die Kritik mit zunehmendem Alter ab, wobei die beiden Ausnahmen im letzten Statement nicht ins Gewicht fallen. Die beiden jüngeren Gruppen liegen in allen vier Statements signifikant über dem Durchschnitt, die drei älteren Gruppen ausnahmslos darunter. Die mittlere Gruppe der 36-45 jährigen entspricht dem Durchschnitt.

Nimmt man wieder die geringere Differenz zwischen technologiespezifischen und generalisierten Themen sowie die insgesamt erhöhten Kritikanteile als Indikator für den Einfluß von Industrialismuskritik, so kann in den beiden jüngeren Gruppen von einem industrialismuskritischen Einfluß gesprochen werden. In den darüberliegenden Jahrgängen zeigt sich wieder deutlich die stärkere Vertretung der technologiespezifischen Kritik.

Die Anteile entschiedener Befürworter gehen bei den beiden jüngeren Gruppen signifikant gegenüber dem Durchschnitt zurück, und die der entschiedenen Gegner nehmen entsprechend zu. Bei den drei älteren Gruppen ist es umgekehrt, bis auf die über 65-jährigen, bei denen die entschiedenen Befürworter nur durchschnittlich häufig vertreten sind. Bei den 36-45jährigen

sind die befürwortenden Positionen und die der Unentschiedenen durchschnittlich besetzt, während die pragmatischen Gegner signifikant häufiger, die der entschiedenen Gegner signifikant seltener auftreten.

Tabelle 37: KE-Positionen nach Alter

Position	Gesamt- sample	18-25	26-35	36-45	46-55	56-65	über 65
entschiedene Befürworter	24,3	<u>18,4</u>	<u>20,7</u>	24,4	<u>29,2</u>	<u>30,7</u>	23,5
vorsichtige Befürworter	15,3	13,5	14,7	15,6	19,0	13,8	15,1
Unentschiedene	10,0	11,7	10,1	9,2	<u>6,8</u>	12,4	10,0
pragmatische Gegner	15,9	17,7	16,2	<u>20,1</u>	14,2	13,1	<u>12,2</u>
entschiedene Gegner	12,2	<u>19,9</u>	<u>22,0</u>	<u>9,0</u>	<u>8,1</u>	<u>7,4</u>	<u>5,3</u>
Sonstige	22,4	18,8	16,4	21,6	22,7	22,6	33,9
N	1997	282	396	422	295	283	319

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab;
Niveau = 95 %)

Schließlich bestätigt sich in unseren Daten die auch in anderen Untersuchungen beobachtete Relevanz des Geschlechts der Befragten für die Einstellung zur Kernenergie insgesamt. Ohne weitere differenzierende Merkmale kommen jedoch feinere Unterschiede der Kritiktendenzen nicht zum Ausdruck. Am deutlichsten ist der Unterschied in der Position der entschiedenen Befürworter, die unter den Männern mit 33 % und unter den Frauen mit 16,9 % vertreten sind. Signifikant ist auch der Unterschied bei den pragmatischen Gegnern_ bei den Männern 12,6 %, bei den Frauen 18,7 %.

Die Parteienpräferenz erweist sich als wichtiger Einflußfaktor auf die Haltung zur Kernenergie insgesamt. Die entschiedenen Befürworter sind bei den SPD-Wählern 19,1 % unter-, bei den CDU/CSU-Wählern mit 32,5 % überrepräsentiert. Umgekehrt sind die entschiedenen Gegner bei den SPD-Wählern mit 15,9 % über-, bei den CDU/CSU-Wählern mit 6,9 % unterrepräsentiert. Auffallend ist noch der signifikant über dem Durchschnitt liegende Anteil der pragmatischen Gegner bei den SPD-Wählern (19,9 %) (s. Tab. 38).

Tabelle 38: KE-Positionen nach Parteienpräferenz
(Prozent)

Position	Gesamt- sample	SPD- Wähler	CDU/CSU- Wähler
entschiedene Befürworter	24,3	<u>19,1</u>	<u>32,5</u>
vorsichtige Befürworter	15,8	15,1	16,9
Unentschiedene	10,0	11,4	8,1
pragmatische Gegner	15,9	<u>19,9</u>	13,6
entschiedene Gegner	12,2	<u>15,9</u>	<u>6,9</u>
Sonstige	22,4	18,6	21,9
N	1997	617	579

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab;
Niveau = 95 %)

Auch in bezug auf die "Bewegungsthemen" ist der Unterschied zwischen den beiden Parteipräferenzen offenkundig. Die Differenz zwischen technologie-spezifischer und generalisierender Kritik ist jedoch bei beiden gleich groß.

Tabelle 39: Kritikanteile bei den "Bewegungsthemen" nach Parteipräferenzen

Statement	Gesamt-sample	SPD-Wähler	CDU/CSU-Wähler	Grüne
KE nicht umweltfreundlich	36,0	<u>42,3</u>	<u>26,3</u>	<u>92,3</u>
Risiko zu groß	53,4	<u>58,7</u>	<u>47,5</u>	<u>76,9</u>
Politiker nicht akzeptieren	33,8	<u>38,6</u>	<u>25,9</u>	<u>92,3</u>
Atommüll unverantwortlich	55,8	<u>64,7</u>	<u>47,7</u>	<u>96,2</u>
N	1997	617	579	26

(Die unterstrichenen Zahlen weichen signifikant vom Durchschnitt ab; Niveau = 95 %)

In der letzten Spalte sind die Kritikanteile der "Grünen" aufgelistet. Die Anteile sind extrem hoch und zeigen keinen Unterschied zwischen spezifischer und generalisierter Kritik. (Daß ausgerechnet beim spezifischen Thema Risiko die Kritik auf 77 % zurückgeht, hat wegen der geringen Gruppenstärke von 26 Befragten kaum eine statistische Bedeutung). Unsere Kriterien bestätigen also die Erwartung, daß die Industrialismuskritik bei den Grünen besonders stark ausgeprägt ist.

5.5 Zusammenfassung

Die Antwortverteilungen der einzelnen Statements bestätigen jede für sich das gewohnte Bild einer Polarisierung von Haltungen für und gegen die Kernenergie. Sie zeigen jedoch erhebliche Abweichungen voneinander, was auf die Relativität der pro- und contra-Formationen verweist.

Zur genaueren Bestimmung dieser Differenzen werden die Themen Umwelt, Risiko, politische Legitimation und ethische Verantwortbarkeit des radioaktiven Mülls als "Bewegungsthemen" von den kernenergiepolitischen Themen "Moratorium", "Notwendigkeit der Kernenergie" und "Zubau weiterer KKW" unterschieden. Die Analyse der "Bewegungsthemen" ergibt, daß das Risikothema nicht jenen dominanten Einfluß auf die Beurteilung der Kernenergie ausübt, wie häufig angenommen wird. Deutlich läßt sich bei allen "Bewegungsthemen" anhand der in Abschnitt 4 eingeführten Testgruppen der Einfluß der Industrialismuskritik im Sinne einer Erhöhung der Kritikanteile nachweisen.

Innerhalb der "Bewegungsthemen" zeigte sich eine starke Schwankung der Kritikanteile zwischen technologiespezifischen Themen einerseits und generellen kernenergiepolitischen Statements andererseits. Diese Schwankungen reduzieren sich erheblich oder verschwinden sogar ganz unter dem Einfluß der Industrialismuskritik. Das ist bezeichnend für die generalisierende Konzeption der Industrialismuskritik. Neben der Erhöhung der Kritikanteile kann die Reduktion ihrer Unterschiede zwischen technologiespezifischen und generalisierten Statements als Indikator für den Einfluß von Industrialismuskritik verwendet werden.

Damit ergab sich die Unterscheidung zwischen drei Strömungen der Kernenergiekritik in der Bevölkerung: eine technologiespezifische Kernenergiekritik, eine aus der Industrialismuskritik abgeleitete Kritik und eine unter dem Einfluß der postmaterialistischen Wertorientierung und der Industrialismuskritik verstärkte Kernenergiekritik.

Anhand der im engeren Sinne kernenergiepolitischen Statements ergaben sich fünf Positionen zur Kernenergie, in die sich 87,6 % der Befragten einordnen lassen. Die fünf Positionen bilden zusammen eine Ordinalskala der Haltung zur Kernenergie.

Erwartungsgemäß haben die Positionen einen deutlichen Einfluß auf die Kritikanteile bei den "Bewegungsthemen". Es zeigt sich aber, daß die befürwortende Extremposition weniger konsistent urteilt als die ablehnende (vgl. ähnlich auch Renn 1981). Dies läßt darauf schließen, daß die entschiedene Ablehnung der Kernenergie in der issueübergreifenden Industrialismuskritik verankert ist, während die entschieden befürwortende Position sich in erheblichem Umfange für einzelne Issues der Industrialismuskritik, vor allem für die technologiespezifische Kritik, offen zeigt.

In bezug auf die Frage, wie der Widerspruch zwischen offizieller Befürwortung der Kernenergie und Kritik der öffentlichen Diskussion in der Bevölkerung verarbeitet wird, läßt sich feststellen, daß die beiden Extrempositionen jede für sich ein relativ konsistentes Konzept verfolgen. Bei den drei mit 41,2 % besetzten mittleren Positionen muß dagegen angenommen werden, daß eine konzeptionelle Verarbeitung des Widerspruches zwischen den zwei Polen der öffentlichen Kernenergie Diskussion (Kritik versus offizielle Befürwortung) nicht stattgefunden hat. Hierin ist die Ursache dafür zu sehen, daß zwar einerseits Meinungsbefragungen stets eine deutliche Mehrheit für die Kernenergie ergeben, daß aber andererseits bei Standortentscheidungen für nukleare Anlagen stets eine zahlenmäßig starke Opposition gegen die Kernenergie zu beobachten ist.

Die sozialstrukturelle Analyse zeigt nur geringe Einflüsse der sozialen Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit auf die Urteile zur Kernenergie. Etwas deutlichere Einflüsse gibt es bei den funktionalen Eliten. Wichtig dagegen sind die Einflüsse der Wertorientierung, des Alters und der Parteienpräferenz.

6. Dimensionen der Kohle-Beurteilung

Die Kohle war bis in die 60er Jahre hinein die führende Primärenergiequelle für die Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, büßte dann jedoch diese Rolle zugunsten des Erdöls ein. Unter dem Eindruck der Ölkrise begann 1973 die damalige Bundesregierung dem wachsenden Ölverbrauch politisch entgegenzusteuern. Mit der Erstellung eines "Energieprogramms" bekam der Ausbau der Kernenergie eine hohe Priorität, ein energiepolitisches Konzept, das auch 1974 in der "Ersten Fortschreibung des Energieprogramms" weiterverfolgt wurde. Erst 1977, mit der zweiten Fortschreibung, trat eine Verschiebung der Akzente zugunsten der Kohle ein. Vor dem Hintergrund veränderter Energieverbrauchsprognosen, der intensiven energiepolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit und der starken Proteste gegen die Kernenergie wurden neue Schwerpunkte gesetzt, unter anderem:

- Begrenzung des Zuwachses beim Energieverbrauch durch sparsame und rationelle Energieverwendung
- vorrangige Nutzung der deutschen Stein- und Braunkohle
- Ausbau der Kernenergie in dem zur Sicherung der Stromversorgung unerläßlichen Ausmaß unter Beachtung des Vorrangs der Sicherheit der Bevölkerung (Mez 1981).

Der Kohlenutzung wurde damit neben den Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur rationellen Energieverwendung höhere Priorität eingeräumt. In der letzten Fortschreibung des Energieprogramms vom November 1981 (Bundesregierung, 1981) wird die optimale Nutzung der heimischen Kohlelagerstätten als vorrangiges Ziel der Kohlepolitik erklärt; eine breite Öffnung des Marktes für Importkohle soll zusätzlich für die Abdeckung des künftig steigenden Bedarfs sorgen; eine besondere Bedeutung wird der Substitution von Öl durch Kohle im Wärmemarkt zugeschrieben; Elektrizitätswirtschaft und Industrie sollen den Bau neuer Steinkohlenkraftwerke beginnen (a.a.O.). Obwohl die Umrüstung von Heiz- und Kraftanlagen von Öl auf Kohle in der Industrie und in der öffentlichen Versorgungswirtschaft zögernd ist (Frankfurter Rundschau, 1982), sind insgesamt die energiepolitischen Weichen in Richtung

einer verstärkten Kohlenutzung und des verstärkten Baus von Kohlekraftwerken gestellt.

Dieser energiepolitischen Aufwertung der Kohle seit 1977 entspricht die verstärkte Präsenz des Themas Kohle in der öffentlichen Diskussion. Eine Besonderheit ist der Umstand, daß die Ausgestaltung neuer Kohletechnologien noch relativ offen ist und daß die gegenwärtig diskutierten Optionen, wie z.B. Heizkraftwerke auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung mit der Wirbelschichtfeuerung auch solche Konzepte umfassen, die auf Seiten der Umweltkritik Zustimmung finden (Hatzfeld u.a., 1982). Andererseits zeigt das neuerdings stark diskutierte Problem des "Sauren Regens" aufgrund der Kohleverbrennung (Michelsen u.a., 1982), daß die verstärkte Nutzung der Kohle erhebliche Umweltprobleme aufwerfen kann.

Wie konflikträchtig ist nun die neue Kohlepolitik vor dem Hintergrund der Meinungen in der Bevölkerung? Ausgehend von der These, daß sich in der Bevölkerung eine Haltung ausbreitet, die unter dem Begriff einer Industrialismuskritik subsumiert werden kann, könnten dem verstärkten Ausbau von Kohletechnologien erhebliche Konfliktpotentiale zukommen. Umweltbelastungen, Großtechnologien (der Kohleveredelung) und Standortprobleme könnten ähnlich wie bei der Kernenergie zum Gegenstand von Kontroversen werden, die durch eine konzeptionelle Industrialismuskritik Verstärkung erfahren.

In der Umfrage waren folgende vier Statements zur Kohle zu beurteilen:

- F8A: Im Gegensatz zur Kernenergie ist ein Vorteil der Kohle, daß man leichter kleinere Kraftwerke bauen kann, deren Standorte sich günstiger verteilen lassen.
- F8B: Die Kohle belastet die Umwelt mindestens ebenso stark wie die Kernenergie
- F8C: Auch ein verstärkter Ausbau von Kohlekraftwerken dient letztlich nur einem übertriebenen Wirtschaftswachstum
- F8D: Ob Kernkraftwerke oder Kohlekraftwerke: Ich möchte beides nicht in meiner Nachbarschaft haben.

Ihre Formulierung knüpft entsprechend der Ausgangshypothese an die Kernenergie-Diskussion an und versucht, dort thematisierte Problem-
aspekte zur Kohle in Beziehung zu setzen. Es sind dies die Themen

- Kraftwerkgröße und Standortverteilung (F8A)
- lokale Opposition gegen Kraftwerke (F8D)
- Umweltkritik (F8B)
- Wachstumskritik (F8C).

6.1 Themenschwerpunkte der Kohle-Diskussion

Auf dem "Kohlekongreß" der Umweltschutzorganisationen im Oktober 1981 in Essen wurde unter anderem die Forderung erhoben, kleinere Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 20 kW bis 100 MW in Verbindung mit der Kraft-Wärme-Kopplung in lokalen und regionalen Nahwärmenetzen zu verwenden. Eine der Leitideen hierbei ist die Dezentralisierung der Strom- und Wärmeversorgung (taz, 1981). Diese Forderung liegt auf der Linie der ökologischen Diskussion der letzten Jahre zur Kohlepolitik (Krause u.a., 1980).

Das Statement in Tabelle 40 entspricht dieser Position.

Tabelle 40: "Im Gegensatz zur Kernenergie ist ein Vorteil der Kohle, daß man leichter kleinere Kraftwerke bauen kann, deren Standorte sich günstiger verteilen lassen" (F8A)

<u>Urteil zu dem Statement</u>	<u>Anteile</u>
Zustimmung	67,3 %
Ablehnung	16,0 %
N	1997

Die starke Zustimmung zu diesem Statement findet sich in allen bisher besprochenen sozialen Gruppen wieder, ob sie nun - nach den bisher diskutierten Ergebnissen - einer Industrialismuskritik nahestehen oder nicht.

Bei den entschiedenen Kritikern der Kernenergie steigt der Anteil der Zustimmenden sogar auf 78,2 % an (N = 243). Offensichtlich ist mit der Größe von Energieversorgungsanlagen und der Verteilung von Standorten eine Dimension in der Energiepolitik angesprochen, die ein starkes Echo in der Bevölkerung hat. Bezeichnenderweise findet man eine ähnlich hohe und zwischen den verschiedenen Untergruppen kaum variierende Zustimmung auch zu dem Statement in Tabelle 40, das sich explizit auf die Standortproblematik bezieht.

Tabelle 41: "Ob Kernkraftwerke oder Kohlekraftwerke: Ich möchte beides nicht in meiner Nachbarschaft haben"

<u>Urteil zu dem Statement</u>	<u>Anteile</u>
Zustimmung	59,8 %
Ablehnung	31,1 %
N	1997

Die Standortproblematik ist der Issue, in dem sich in der Kernenergiekontroverse der lokale Protest und die überregionale, konzeptionelle Kernenergiekritik überschneiden. Darauf dürfte es zurückzuführen sein, daß die Unterscheidung zwischen Gruppen, die einer Industrialismuskritik nahestehen, und solchen, denen sie eher fernliegt, keine wesentlichen Differenzen im Antwortverhalten auf die beiden standortbezogenen Statements zutage fördert. Die verbreitete Aversion gegen Kraftwerke in der Nachbarschaft erweist sich weitgehend als ein technologie- und gruppenunspezifisches Phänomen.

Dagegen sollte man gruppenspezifische Unterschiede bei den Statements erwarten, die mit der Umweltproblematik und der Wachstumskritik typische Themen der Industrialismuskritik ansprechen. Anders als bei den standortbezogenen Statements zeigt sich beim Umweltstatement keine sehr ausgesprochene Mehrheit im Gesamtsample (s. Tabelle 42).

Tabelle 42: "Die Kohle belastet die Umwelt mindestens ebenso stark wie die Kernenergie" (F8B)

<u>Urteil zu dem Statement</u>	<u>Anteile</u>
Zustimmung	49,4 %
Ablehnung	37,1 %
N	1997

Das Fehlen ausgesprochener Schwerpunkte im Meinungsspektrum zu diesem Statement zeigt sich noch deutlicher, wenn man nach Antwortstufen differenziert: Die Prozentzahlen verhalten sich wie 24:25:26:11 (s. Tabelle F8B im Anhang). Angesichts der starken Thematisierung der Umweltproblematik allgemein wie auch speziell in bezug auf die Kohle (s.o.) kann nicht angenommen werden, daß die fast gleichmäßige Verteilung der Antworten auf eine schwach ausgeprägte Meinungsbildung zu diesem Thema zurückzuführen ist. Näher liegt es, daß sich hier zwei gegenläufige Meinungsdeterminanten - die Beurteilung der Umweltproblematik einerseits, der Kohle/Kernenergie-Vergleich andererseits - überlagern. Diese Deutung findet Unterstützung, wenn man die Antwortverteilung nach dem Gesichtspunkt der Nähe zur Industrialismuskritik differenziert (s. Tabelle 43) und mit der entsprechenden Differenzierung nach kernenergiepolitischer Position vergleicht (s. Tabelle 44).

Tabelle 43: Das Fehlen eines direkten Einflusses der Industrialismuskritik auf die Meinungen zum Kohle/Umwelt-Statement (F8B)

<u>Urteil zu dem Statement</u>	<u>Gesamt-sample</u>	<u>prod. ferne Berufe</u>	<u>Befragte mit Abitur</u>	<u>Marginalisierte</u>	<u>Postmaterial.</u>
Zustimmung	49,4 %	58,4 %	55,3 %	39,3 %	49,8 %
Ablehnung	37,1 %	35,4 %	37,6 %	49,3 %	44,0 %
N	1997	113	266	150	243

Es fällt auf, daß das Statement entgegen den Erwartungen keinen eindeutigen Bezug zur Industrialismuskritik herstellt. Eine Erklärung dafür bietet sich durch den folgenden Zusammenhang an:

Tabelle 44: Der Einfluß der kernenergiepolitischen Position auf die Meinungen zum Kohle/Umwelt-Statement (F8B)

Urteil zu dem Statement	Gesamtsample	"entschiedene KE-Gegner"	"entschiedene KE-Befürworter"
Zustimmung	49,4 %	24,3 %	71,8 %
Ablehnung	37,1 %	66,6 %	22,9 %
N	1997	243	485

Die Tabelle zeigt, daß das Statement mit dem Umweltvergleich von Kohle und Kernenergie einen aktuellen Aspekt in der Kernenergiekontroverse anspricht, der für Kritiker und Befürworter der Kernenergie gleichermaßen richtig ist, aber kontrovers beurteilt wird. Dominiert in der Meinungsbildung der Aspekt des Kohle/Kernenergievergleichs, so wird aus kritischer Sicht das Statement abgelehnt. Das ist im überwiegenden Maße (mit 66,6 %) bei den entschiedenen Kernenergiekritikern der Fall. In den Gruppen, die wie in Tabelle 43 nach anderen Gesichtspunkten definiert sind, mischen sich die kernenergiepolitischen Positionen und üben nicht diesen eindeutigen Einfluß aus. Auf diese Weise bleibt eine eindeutige Zuordnung zwischen Industrialismuskritik und Antwortverhalten zu dem Statement aus, wie sich in Tabelle 43 zeigt.

Ein anderer Faktor, der einen ähnlichen Effekt der Aufspaltung kritischer Meinungen haben dürfte, ist die in der organisierten Ökologiebewegung vertretene Position, daß die Kohleverbrennung in kleineren Kraftwerken mit Kraft-Wärmekopplung und neuen Techniken der Rückhaltung von Schadstoffen umweltpolitisch akzeptabel sei, wenigstens als Übergangslösung bis zur Entwicklung neuer Wege in der Energieversorgung (Hatzfeld u.a., 1981). Diese

Position würde eine Entsprechung in der Ablehnung des Statements finden. Auch dies könnte zu einem ambivalenten Urteil der Umweltkritik zu dem Statement beitragen.

Das zweite Statement zu einem Thema, das argumentativ der Industrialismuskritik zugerechnet werden kann, bezieht sich der Intention nach auf die Wachstumskritik.

Tabelle 45: "Auch ein verstärkter Ausbau von Kohlekraftwerken dient letztlich nur einem übertriebenen Wirtschaftswachstum" (F8C)

Urteil zu dem Statement	Anteile
Zustimmung	30.7 %
Ablehnung	52,4 %
N	1997

Das Statement ist sehr scharf formuliert und könnte schon allein deswegen auf die starke Ablehnung von 52,4 % treffen, die auch in allen unter dem Gesichtspunkt der Industrialismuskritik definierten Untergruppen mit nur geringen Abweichungen wiederzufinden ist:

Tabelle 46: Die nur schwache Ausprägung eines direkten Einflusses der Industrialismuskritik auf das Kohle/Wachstum-Statement. (F8C)

Urteil zu dem Statement	Gesamt-sample	prod. ferne Berufe	Befragte mit Abitur	Marginalisierte	Postmaterialisten
Zustimmung	30,7 %	34,5 %	33,1 %	36,0 %	41,6 %
Ablehnung	52,4 %	55,8 %	59,8 %	50,0 %	49,8 %
N	1997	113	266	150	243

Während in allen genannten Gruppen durchgängig ein gegenüber dem Gesamtsample erhöhter Anteil von Zustimmungen zu dem Statement zu verzeichnen ist (bei den Postmaterialisten sogar in erheblichem Maße), liegt bei den Ablehnungen kein eindeutiger Trend vor.

Tabelle 47 zeigt, daß eine entschiedene kernenergiepolitische Haltung zwar wiederum einen signifikanten Einfluß auf die Beantwortung des Statements hat, der aber auch nicht zu einer grundsätzlichen Umkehrung der Mehrheitsrelationen führt. Hier dürften sich - ähnlich wie bei der Beantwortung der beiden standortbezogenen Statements - gegenläufige Einflüsse überlagern, was bei den Kernenergie-Gegnern eine höhere Zustimmung, bei den Kernenergie-Befürwortern eine deutlichere Ablehnung des Statements verhindert. Dieser Frage wird im weiteren noch nachzugehen sein.

Tabelle 47: Der Einfluß der kernenergiepolitischen Position auf die Meinungen zu dem Kohle/Wachstum-Statement

Urteil zu dem Statement	Gesamtsample	"entschiedene KE-Gegner"	"entschiedene KE-Befürworter"
Zustimmung	30,7 %	38,7 %	26,4 %
Ablehnung	52,4 %	51,0 %	66,4 %
N	1997	243	485

Faßt man die Analyse der Antwortverteilungen zu den Kohlestatements zusammen, so ist der Unterschied zu den allgemeinen energiepolitischen Statements in Abschnitt 4 und zu den Kernenergiestements in Abschnitt 5 offenkundig. Die dort vorgefundene direkte Beeinflussung des Antwortverhaltens zu den einzelnen Fragen durch die Industrialismuskritik bleibt bei der Kohle entweder ganz aus oder ist nur wenig ausgeprägt. Für diese Erscheinung sind bei der Erörterung der einzelnen Kohlestatements jeweils mögliche Gründe genannt worden, insgesamt stellt sie aber ein Phänomen dar, das einer zusammenfassenden Deutung bedarf. Den entscheidenden Hinweis geben

die Tabellen 45 und 47, die die kernenergiepolitische Haltung als Einflußfaktor auf das Antwortverhalten zu dem Kohle/Umwelt- und zu dem Kohle/Wachstum-Statement ausweisen. Dieser Einfluß findet sich auch bei den standortbezogenen Statements wieder:

Tabelle 48: Der Einfluß der kernenergiepolitischen Position auf die Meinungen zu den standortbezogenen Kohle-Statements

Statement	Urteil	Gesamt- sample	"entsch. KE-Gegner"	"entsch. KE-Befürw."
F8A: kleinere Kraftwerke/ günstigere Standortver- teilung	Zustimmung	67,3 %	78,2 %	60,2 %
	Ablehnung	16,0 %	10,3 %	28,5 %
F8D: Weder KoKW noch KKW in der Nachbarschaft	Zustimmung	59,8 %	67,9 %	47,4 %
	Ablehnung	31,1 %	24,3 %	47,4 %
N		1997	243	485

Offenbar finden wir bei der Kernenergie-Kritik, die ja auch Bestandteil einer generalisierenden Industrialismuskritik ist, so etwas wie einen "Kohle-Bonus", der eine ungebrochene Anwendung industrialismuskritischer Standards auf die Kohle verhindert.

Zugleich wird deutlich, daß die Kohle-Statements im Gegensatz zur Beurteilung der Kernenergie unter mehr als einem leitenden Gesichtspunkt beurteilt werden. Diesem Zusammenhang soll nun systematisch nachgegangen werden.

6.2 Beantwortung der Kohle-Statements und Kohle-Positionen

Unterzieht man die 4 Statements zur Kohle sowie die Beantwortung der Frage nach Protesten gegen die Kohle einer Faktorenanalyse, so ergeben sich zwei Faktoren, auf denen die Beantwortungen der Fragen wie folgt laden:

Faktor 1	Faktor 2	Statement/Frage
<u>-0,35266</u>	0,10969	Kohlevorteil: kleinere Kraftwerke/günstigere Standortverteilung
<u>0,48310</u>	0,08117	Kohle belastet Umwelt mindestens wie Kernenergie
0,08900	<u>0,35114</u>	Kohleausbau dient Wirtschaftswachstum
-0,12056	<u>0,35277</u>	Weder KKWs noch Kohle-KWs in der Nachbarschaft
<u>0,34350</u>	-0,00566	Protesterwartung

Die Interfaktor-Korrelation zeigt mit 0,08846 eine fast vollständige Unabhängigkeit beider Faktoren.

Beide Faktoren sind mit den hier wiedergegebenen Vorzeichen als Kohle-Kritik zu interpretieren, wobei Faktor 1 im wesentlichen durch die Haltung der Befragten zur Kernenergie bzw. den Vergleich Kernenergie-Kohle determiniert ist, während der Faktor 2 eine Kohle-Kritik repräsentiert, die ihre Wurzel möglicherweise in Betroffenheit (Nachbarschaftsstatement) und in einer nicht-generalisierten umweltkritischen Haltung hat (Wachstumsstatement). Es kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, daß eine Zustimmung zu letzterem Statement jedenfalls nicht viel zu tun hat mit einer generalisierten industriekritischen Wachstumskritik.

Umgekehrt zeigt die Faktorenanalyse auch, daß die Beantwortung des Kohle/Umwelt-Statements sich weniger auf das hier angesprochene Umweltthema als vielmehr auf den Vergleich zur Kernenergie bezieht.

Der Eindruck rundet sich ab durch die Feststellung, daß aus der Sicht einer auf Kernenergie positiv bezogenen Kohlekritik keine Vorteile der Kohle in bezug auf Standortverteilungen und Kraftwerksgröße gesehen werden, während aus der Sicht einer durch Betroffenheit und Umweltkritik gespeisten Kohle-Kritik diese Vorteile eher noch positiv für die Kohle zu Buche schlagen.

Nimmt man einmal die Beantwortung der Frage nach der Protesterwartung aus, deren Bedeutung weiter unten noch diskutiert wird, bieten sich vor allem die Beurteilungen dreier Statements für die Konstruktion differenzierter 'Kohle-Positionen' an:

Kohle/Umwelt, Kohle/Wirtschaftswachstum und Kohle/Nachbarschaft, wobei das erstgenannte nicht für eine direkte Kohle-Beurteilung steht, sondern für deren Modifikation durch die Haltung zur Kernenergie.

Unter dieser Voraussetzung und in Anbetracht der empirischen Besetzung der 'Positionen' ergibt sich folgende Matrix von Antwortmustern:

	A	B	C	D	E	F	G
Kohle dient Wirtschaftswachstum	nein	nein	nein	nein	ja	ja	ja
Keine KWs in Nachbarschaft	nein	nein	ja	ja	nein	ja	ja/nein
Kohle belastet Umwelt wie KE*	ja	nein	nein	ja	ja	ja	nein
Kohlebeurteilung	positiv			unentschieden		kritisch	
N	202	177	266	278	105	178	252

* Die Beurteilung der Kernenergie läßt sich indirekt aus der Beantwortung dieses Statements ablesen, wie auch die nähere Analyse der Kohle-Positionen zeigen wird: eine Bejahung ist gleichbedeutend mit einer eher positiven, eine Verneinung gleichbedeutend mit einer eher negativen Haltung zur Kernenergie. Eine Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang die Position F dar, wo die Bejahung nicht unbedingt eine Bejahung der Kernenergie bedeutet, sondern eher eine tatsächliche Kritik an den Umweltauswirkungen der Kohle.

Im folgenden sollen die hier sich ergebenden sieben 'Positionen' zur Kohlenutzung näher charakterisiert, ihr Wertkontext sowie ihre sozialstrukturelle Verankerung kommentiert werden.

6.3 Kohle-Positionen und ihr sozio-politischer Kontext

Die zur Analyse der Kohle-Positionen bzw. Antwortgruppen herangezogenen Daten finden sich am Ende dieses Abschnittes in der Tabelle 49. Die Kommentierung stützt sich dabei in erster Linie auf signifikante Abweichungen der Antwortgruppen vom Rest des Gesamtsamples ($\text{Prob} \leq 0,05$). Diese sind in der Tabelle durch eine Unterstreichung hervorgehoben.

Hervorzuheben ist vorab bereits die Tatsache, daß für fast alle Kohle-Positionen (mit Ausnahme der Position G und eingeschränkt der Position F) Wertorientierungen im Sinne Ingleharts (Dimension 'Materialismus-Postmaterialismus') keine Bedeutung haben. Damit unterscheidet sich das Kohle-Meinungsspektrum deutlich von dem zur Kernenergie.

Im Gegensatz zur Kohlediskussion werden bei der Auseinandersetzung um die Kernenergie eher wertbesetzte Positionen eingenommen, die sich relativ kontextunabhängig im Antwortverhalten niederschlagen. Demgegenüber sind die Urteile zu den Kohlestatements stärker kontextabhängig und es überlagern sich zwei gegenläufige Tendenzen (s.o.). Daraus ergibt sich zunächst die Schlußfolgerung, daß das Kohlethema - zum Zeitpunkt der Befragung - weniger politisiert ist. Auf diesen Zusammenhang und insbesondere auf die Frage, ob Veränderungsmöglichkeiten des hier dargestellten Ergebnisses unter anderen technisch-ökonomischen und politischen Bedingungen (wie etwa Standortentscheidungen, Kraftwerksmodernisierungen, Entwicklung und breitere Realisierung neuer Veredlungstechnologien) bestehen, soll im Kapitel 8 noch eingegangen werden.

A. Generalisierte Kohle-Befürwortung

Die Befragten dieser Antwortgruppe verneinen, daß ein verstärkter Ausbau von Kohlekraftwerken nur dem Wirtschaftswachstum diene, antworten also in der Schlüsselfrage kohlepositiv. Auch gegen Kraftwerke in der Nachbarschaft haben sie nichts einzuwenden. Ihre Kohle-Befürwortung ist nur gering 'getrübt' durch eine strikte Befürwortung der Kernenergie (der Anteil 'entschiedener Kernenergiebefürworter' liegt in dieser Gruppe mit 56,4 % extrem hoch!), die zur Bejahung des Kohle/Umwelt-Statements führt.

Wirtschaftswachstum (als ein Item des Inglehart-Index) wird in dieser Gruppe stark priorisiert, während nur 16,3 % Priorität auf eine Gesellschaft legt, in der Ideen mehr als Geld zählen (gegenüber 34,3 % in der Gruppe G). Ein Blick auf die Präferenz politischer Parteien zeigt eine überdurchschnittliche Bevorzugung der CDU.

Das Bildungsniveau dieser Befragtengruppe ist das zweithöchste (nur überschritten von dem der Gruppe G), was sich nicht nur in der signifikant überdurchschnittlichen Quote von 18,3 % Befragter mit Abitur' zeigt, sondern auch in der überdurchschnittlichen Nutzung von Büchern und Vorträgen hinsichtlich energiepolitischer Fragen. Zudem ist der Bekanntheitsgrad von "Veredlung" mit 71,3 % in dieser Gruppe am höchsten! Ihr Engagement in der Kernenergie-Frage hat sich zwar nicht durch Unterstützung von Bürgerinitiativen oder Teilnahme an Kundgebungen, wohl aber für einen nennenswerten Teil durch Benutzung von Ansteckern und Aufklebern manifestiert.

Nach dem Gesagten verwundert es kaum, wenn wir in dieser Gruppe überdurchschnittlich Angehörige der Oberklasse, der oberen Schicht der neuen Mittelklasse und (in der Signifikanz nur eingeschränkt) der 'Meister' finden. Unter funktionalem Aspekt gilt eine überdurchschnittliche Repräsentanz für Inhaber technisch-wissenschaftlicher wie menschen- und gesellschaftsbezogener Berufe, während sich hinsichtlich der sektoralen Gliederung der breiten Arbeitnehmerschaft keine signifikante Abweichung ergibt.

Letzteres gilt auch für die Konfessionszugehörigkeit, während Alter und Geschlecht für diese Gruppe offenbar eine Rolle spielen: in ihr sind die 18-25-jährigen sowie die Männer überdurchschnittlich, die Frauen unterdurchschnittlich vertreten. Die Relevanz der Geschlechtszugehörigkeit dürfte in diesem Fall in Verbindung mit der geschlechtsspezifischen Besetzung führender und Leitungspositionen in der Gesellschaft zu sehen sein. Zugleich ist in dieser Gruppe der Anteil der Nichterwerbstätigen deutlich unterdurchschnittlich repräsentiert.

B. Entschiedene Kohle-Befürwortung

Im Unterschied zur Gruppe A spielt bei der Kohle-Position dieser Gruppe die Kernenergie-Bejahung keine dominante Rolle; die Haltung zur Kernenergie ist eher durchschnittlich bei einer überdurchschnittlich vertretenen 'entschiedenen KE-Ablehnung' von 18,6 % der Befragten. Infolgedessen wird auch das Kohle/Umwelt-Statement verneint und damit in allen drei Fragen kohlebejahend geantwortet. Von der Position C unterscheidet sich die hier diskutierte Position B also dadurch, daß sie auch gegen Kraftwerke in der Nachbarschaft nichts einzuwenden hat.

Das Bildungsniveau der Befragtengruppe ist mehr oder weniger durchschnittlich; 'Veredelung' ist 61 % der Befragten bekannt. Ihr Engagement in der Kernenergie-Kontroverse entspricht bis auf die häufigere Benutzung von Aufklebern und Anstecknadeln etwa dem Durchschnitt.

Im Unterschied zur Gruppe A liegt die Parteipräferenz dieser Gruppe stark überdurchschnittlich bei der SPD, während die Anhängerschaft der Grünen vollständig fehlt.

Signifikant positive Abweichungen in sozialstruktureller Hinsicht ergeben sich für diese Gruppe vor allem bei den Angehörigen der unteren Schicht der Neuen Mittelklasse und sektoral bei den Arbeitnehmern in der materiellen Produktion, die in erster Linie als Arbeiter anzusehen sind.

Mehr Konturen erhält das Bild dieser Gruppe noch, wenn man den stark überdurchschnittlichen Anteil an Katholiken (47,5 %, ähnlich wie bei Gruppe C) und den höheren Anteil an Männern (49,7 % - im Gegensatz zu Gruppe C mit 36,8 %) einbezieht.

Einmal erweist sich der Vergleich dieser Gruppe zu Gruppe C als interessant: dem höheren Anteil an Männern bzw. Erwerbstätigen (Arbeiter und 'kleine' Angestellte wie Beamte) entspricht ein Wegfall des Nachbarschaftsarguments bei sonst vergleichbarer Befürwortung der Kohle.

Zum anderen gilt es, die beiden unterschiedlichen Interessen- und Begründungskontexte der Gruppen A und B zu unterscheiden. Sowohl in sozialstruktureller wie in politischer Hinsicht sind die beiden Positionen der Kohlebejahung eher zwei entgegengesetzten Seiten der traditionellen Cleavages Links/Rechts bzw. Kapital/Arbeit zuzuordnen, wobei sich diese Bejahung der Gruppe B möglicherweise einem Arbeitsplatzinteresse verdankt, während jene der Gruppe A eher im Kontext einer durchgängigen Bejahung industriellen Wachstums zu sehen ist.

Gruppe B stellt somit wohl die wesentliche soziale Trägerschaft des Slogans "Vorrang Kohle" dar, soweit er von der sozialliberalen Regierung vertreten wurde.

C. Pragmatische Kohle-Befürwortung

Wie gesagt, unterscheidet sich das Antwortmuster dieser Gruppe von dem der Position B durch die Ablehnung von Kraftwerken in der Nachbarschaft, wobei hier sicher explizit Kernkraftwerke eingeschlossen sind.

Dies ergibt sich bereits daraus, daß in der Gruppe C signifikant unterdurchschnittlich der Anteil der entschiedenen KE-Befürworter, signifikant überdurchschnittlich der Anteil der entschiedenen KE-Gegner ist (13,9 % vs. 19,2 %). Auch in den abgeschwächten Positionen überwiegt die kernenergieskeptische Haltung.

Die Kohlebefürwortung entspricht in dieser Position also primär einer tendenziellen Ablehnung der Kernenergie und ist zugleich nicht uneingeschränkt.

Da im Unterschied zur Gruppe G, die ebenfalls stark überdurchschnittlich aus Kernenergie-Gegnern besteht, postmaterialistische Wertprioritäten keine signifikante Rolle spielen, läßt sich die KE-Haltung der Gruppe C wohl als technologiespezifisch und weniger als generalisierend oder industrialismuskritisch interpretieren. Ebensowenig ist denn auch die Kohlebefürwortung generalisiert.

Bildungsniveau und Bekanntheitsgrad von Veredelung sind in dieser Gruppe durchschnittlich, ebenso auch das Engagement in der Kernenergie-Kontroverse (was zugleich die Einschätzung der KE-Haltung der Gruppe stützt).

Wesentlicher als die klassenstrukturelle Resonanz dieser Position, in der es keine signifikanten Abweichungen zum Gesamtsample gibt, erscheint die Tatsache, daß sich ihr zu 63,2 % Frauen anschließen und zwar schwerpunktmäßig im Alter von 26-45 Jahren (über 50 % der Befragten). Signifikant überdurchschnittlich ist auch der Anteil der Katholiken, entsprechend unterdurchschnittlich der Anteil der Protestanten.

Damit könnte die zentrale Motivation dieser Gruppe (im Gegensatz sowohl zur Gruppe B als auch zur Gruppe E - s.u. -) im Hinblick auf die weibliche Geschlechtsrolle und die Unterrepräsentanz von Protestantismus als 'persönliche Betroffenheit' im Gegensatz zu abstrakter Einstellung bzw. intellektuellem Kalkül gedeutet werden.

D. Sehr eingeschränkte Kohle-Befürwortung (Mittelgruppe 1)

Das Antwortmuster dieser Gruppe unterscheidet sich von dem der Gruppe E nur auf den ersten Blick deutlich: während beide das Kohle/Umwelt-Statement bejahen (also mehrheitlich als Kernenergiebefürworter einzustufen sind), wird von der Gruppe D das Wachstums-Statement verneint statt bejaht und das Nachbarschaftsstatement bejaht statt verneint.

Tatsächlich ist in beiden Gruppen der Anteil entschiedener Kernenergie-Befürworter überdurchschnittlich groß, der entschiedenen Kernenergiegegner unterdurchschnittlich klein.

Da aber, wie sich zeigen wird, die Bejahung des Wachstumsstatements durch die Gruppe E (also deren zentrale Kohle-Ablehnung) nur sehr bedingt eine Wachstumskritik wiedergibt, reduziert sich die Differenz im wesentlichen auf die Ablehnung von Kraftwerken in der Nachbarschaft durch die hier zu charakterisierende Position.

Die Bejahung der Kohle durch Gruppe D ist also doppelt relativiert durch die Befürwortung der Kernenergie und durch Skepsis im Falle einer eigenen Betroffenheit.

Die Parteipräferenz der Gruppe liegt signifikant überdurchschnittlich auf der CDU. Ein Engagement in der Kernenergie-Frage (trotz starker Befürwortung) ist kaum festzustellen (wir finden die geringsten entsprechenden Quoten unter allen Positionen.).

Daß die Kohle-Antwort dieser Gruppe eher rational abwägend als emotional expressiv ausfällt dürfte u.a. am eher überdurchschnittlichen Bildungsniveau liegen; auch ist die Veredelung als Nutzungsmöglichkeit gut bekannt.

Die Differenz zur Gruppe E wird deutlicher, wenn man die sozialstrukturelle und funktionale Verankerung der Position berücksichtigt: Überdurchschnittlich sind in ihr Angehörige der Oberklasse und Träger technisch-wirtschaftlicher Funktionen (10,8 % gegenüber 5,8 % im GS und 3,8 % in der Gruppe E) repräsentiert, unterdurchschnittlich hingegen Träger natur- und umweltbezogener Berufe sowie ungelernte/angelernete Arbeiter. Auch Angehörige der oberen Schicht der Neuen Mittelklasse sind stark (wenn auch nicht signifikant überdurchschnittlich) vertreten. Wie wir sehen werden, ist die Position E eher durch eine entgegengesetzte Struktur geprägt. Gemeinsam ist beiden Gruppen hingegen die überdurchschnittliche Repräsentanz von Männern und die unterdurchschnittliche von Frauen.

Die Unterscheidung der Gruppen D und E rechtfertigt sich also eher unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Begründungskontexte; in der Konsequenz handelt es sich bei beiden Gruppen eher um Kohle-Neutrale.

E. Sehr eingeschränkte Kohle-Kritik (Mittelgruppe 2)

Verblüffend war an dem vorliegenden Antwortmuster die gleichzeitige Zustimmung zum Wachstums-Statement (also generelle Ablehnung der Kohle-Nutzung) und einer Ablehnung des Nachbarschaftsstatements (also Gleichgültigkeit gegenüber Kraftwerken in der Nachbarschaft). Wie ist das möglich, wenn man die Kohle für mindestens so umweltschädlich hält wie die Kernenergie und meint, ihre verstärkte Nutzung diene nur einem übertriebenen Wirtschaftswachstum?

Wie bereits ausgeführt, handelt es sich bei dieser Gruppe mehrheitlich um starke Befürworter der Kernenergie (43,8 % sogar 'entschiedene Befürworter' bei 4,8 % entschiedenen Gegnern). Da zugleich ein Wirtschaftswachstum für 35,2 % der Gruppe (gegenüber 31,4 % im Gesamtsample) Priorität hat, ist nicht anzunehmen, daß hier tatsächlich eine ausgeprägte Ablehnung wirtschaftlichen Wachstums vorliegt, wie das die Beantwortung des entsprechenden Kohle-Statements nahelegen könnte.

Zum anderen liegt das Bildungsniveau der Gruppe E signifikant unter dem der Gruppe D; darauf deutet gewissermaßen auch die überdurchschnittliche Nutzung der Bild-Zeitung als Informationsquelle für energiepolitische Fragen hin.

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, das Antwortmuster nahezu ausschließlich aus der Befürwortung der Kernenergie zu verstehen und die Ablehnung der Kohle als übertreibende Bekräftigung der Meinung hinsichtlich des Vergleichs Kernenergie-Kohle zu begreifen. Weitere Aufschlüsse zur Interpretation ergeben sich nicht aus der Parteipräferenz oder den dominanten Wertorientierungen, die insgesamt eher durchschnittlich ausfallen, sondern aus drei miteinander zusammenhängenden Befunden: signifikant überdurchschnittlich sind in ihr Protestanten, Männer und Erwerbstätige repräsentiert, was bis auf die Konfessionszugehörigkeit an die Gruppe B erinnert und sich entschieden von der Gruppe C unterscheidet. Sensibilität gegen-

über persönlicher Betroffenheit, insbesondere was die Wohn- und Lebensverhältnisse angeht, scheint entsprechend schwach ausgeprägt zu sein (vgl. Beantwortung des Nachbarschafts-Statements).

Die Einstellung zur Kohle entpuppt sich also als eine expressiv gefärbte Einstellung zur Kernenergie, die hier eine besondere Ausprägung gegen jene Variante der Kernenergie-Kritik erhält, welche die Kernenergie mit Hilfe der Kohle in die Rolle einer Restbedarfsdeckung abdrängen will. In diesem Zusammenhang könnte auch von Bedeutung sein, daß die über 66-jährigen in Gruppe E deutlich überrepräsentiert sind.

Zur Abrundung des Bildes dieser Position kann hinzugefügt werden, daß sich ihr überdurchschnittlich ungelernte und angelernte Arbeiter anschließen, sowie Arbeitnehmer aus den Sektoren Handel und Transport; auch Angehörige der unteren Schicht der Neuen Mittelklasse sind mit 20 % stark vertreten. Deutlich weniger als in der Gruppe D finden wir dagegen führende Funktionsträger aus Technik, Wissenschaft und Wirtschaft, wie bereits erwähnt wurde.

Vergleicht man die Gruppe E mit der ähnlich zusammengesetzten Gruppe B, finden wir als Differenz neben der konfessionellen Struktur vor allem die Haltung zur Kernenergie, die dort als durchschnittlich bis leicht kritisch, hier aber als entschieden bejahend anzusehen ist.

Dies kann als weiterer Hinweis darauf registriert werden, in welchem starkem Maß wiederum die Einstellung zur Kernenergie das Meinungsspektrum zur Kohle prägt. Auf den systematischen Zusammenhang beider Meinungsspektren wird noch zurückzukommen sein.

F. Entschiedene Kohle-Kritik

Neben den Beurteilungen der Kohle-Statements, die allesamt kohlekritisch ausfallen, ist für diese Gruppe wiederum die Haltung zur Kernenergie interessant: sie fällt weitestgehend durchschnittlich aus, bei leichter Abschwächung der 'entschiedenen' Positionen.

Der Anteil der Postmaterialisten ist in Gruppe F leicht überdurchschnittlich, was sich auch auf die unterdurchschnittliche Priorisierung wirtschaftlichen Wachstums erstreckt. Die Parteipräferenz liegt signifikant überdurchschnittlich bei der SPD, aber auch die Anhängerschaft der Grünen erscheint leicht überdurchschnittlich.

Ein Engagement in der Kernenergie-Kontroverse liegt bei dieser Gruppe nur leicht überdurchschnittlich vor; das Bildungsniveau entspricht dem Durchschnitt.

Interessant ist bei dieser Position die sozialstrukturelle Verankerung: überdurchschnittlich repräsentiert sind Angehörige der Traditionellen Mittelklasse sowie Träger natur- und umweltbezogener Berufe, unterdurchschnittlich dagegen Angehörige der oberen Schicht der Neuen Mittelklasse. Die Position beweist damit eher eine gewisse Affinität zu einer traditionellen Umweltschutzhaltung, die jedoch kaum als industrialismuskritisch generalisiert angesehen werden kann (was sich nicht zuletzt in der Haltung zur Kernenergie zeigt).

Daß die Gruppe der über 66-jährigen überrepräsentiert ist, paßt in dieses Bild; zugleich ist auffällig, daß der Anteil der Katholiken signifikant unterdurchschnittlich ausfällt, während der Protestantenanteil über dem Durchschnitt liegt. Letzteres könnte als eine Ursache für die hinsichtlich der Kohle-Beurteilung doch recht grundsätzliche Haltung angesehen werden.

G. Industrialismuskritische Kohle-Kritik

Im Gegensatz zur Gruppe F handelt es sich hier mehrheitlich (51,2 %) um Kritiker der Kernenergie; entsprechend signifikant weichen vor allem die Besetzungen der verschiedenen Positionen vom Durchschnitt des Gesamtsamples ab (10,1 % für und 31,5 % gegen die Kernenergie).

Aus diesem Grund wird das Kohle/Umwelt-Statement abgelehnt; aber zugleich bejaht, daß eine verstärkte Nutzung der Kohle einem übertriebenen Wirtschaftswachstum diene. Im Kontext der hier eher generalisierten Kritikhaltung erscheint dann die Nachbarschaftsfrage vergleichsweise nachgeordnet.

Als einzige der diskutierten Kohle-Positionen korreliert Position G stärker mit der Inglehart'schen Wertdimension: ihr hängen überdurchschnittlich viele Postmaterialisten und unterdurchschnittlich viele Materialisten an (vgl. 7.3.3).

Für immerhin 34,3 % (gegenüber 21,6 % im Gesamtsample) hat eine Gesellschaft Priorität, in der Ideen mehr zählen als Geld. Die besondere Zusammensetzung der Gruppe schlägt sich auch in der Parteipräferenz nieder: überdurchschnittlich viele sind Anhänger der Grünen, unterdurchschnittlich wird die CDU präferiert, während die SPD-Anhängerschaft dem Durchschnitt entspricht (vgl. auch 7.3.5).

Schließlich rundet sich der Eindruck einer generalisierten Industriekritik durch die Tatsache ab, daß das Engagement in der KE-Kontroverse deutlich (zwei- bis dreifach) über dem Durchschnitt liegt (vgl. 7.3.5).

Die Gruppe weist auch das höchste Bildungsniveau auf: 18,5 % haben die Schulausbildung mit dem Abitur abgeschlossen, die Nutzung von Büchern und Vorträgen zur energiepolitischen Information ist ebenfalls recht hoch. Aber es ist recht auffällig, daß nur 54,5 % der Gruppe über 'Veredelung' informiert zu sein angeben, während diese Quote bei den generellen Kohle-Befürwortern (Gruppe A) bei 71,3 % lag.

Bemerkenswert ist nun, daß es in sozialstruktureller Hinsicht kaum eine Abweichung vom Durchschnitt des Gesamtsamples gibt; allenfalls ist der Anteil der Konfessionslosigkeit überdurchschnittlich hoch (mit 10,7 % gegenüber etwa 5,7 % in der Gruppe B: entschiedene Kohle-Befürwortung) (vgl. 7.3.4).

Damit wird der Schluß nahegelegt, daß die hier behandelte industrialismuskritische Kohle-Kritik sich kaum über sozialstrukturell oder funktional vermittelte Interessengegensätze, sondern vielmehr über gemeinsame Werthaltungen bzw. generalisierte Maßstäbe zu erklären ist, die ihrerseits mit einem höheren Bildungsniveau koinzidieren.

Ähnliches hatte ja für die Gruppe C (mit Ausnahme der dort ausgeprägten Geschlechtsrollenverteilung) gegolten, wobei dort weder die Haltung zur Kernenergie noch zur Kohle als generalisiert angesehen werden konnte. Dieser Tatsache entsprach dort ein durchschnittliches Bildungsniveau.

Während mit der Gruppe C die Kernenergie-Kritik geteilt wird, deren unterschiedliche Qualität jedoch zu unterschiedlichen Kohlepositionen führt, resultiert die mit der Gruppe F gleichgerichtete Kohle-Haltung aus qualitativ andersartigen Erwägungskontexten: der eher traditionellen und nicht generalisierten Umweltkritik steht hier eine generalisierte Industriekritik gegenüber. Die ausgeprägt kritische Haltung zur Kernenergie bei der Gruppe G verhindert überdies, daß die Ablehnung der Kohle völlig uneingeschränkt erfolgt.

Die eigentliche Gegengruppe zur Gruppe G stellt, wie schon angedeutet, die Gruppe A dar; hier stehen sich eine industrielles Wachstum generell bejahende und eine generell eher industriekritische Haltung gegenüber. Während das Bildungsniveau beider Gruppen ähnlich hoch ist, vermittelt sich die eine Position eher über ein positives Interesse an wirtschaftlichem Wachstum, während die andere durch Werthaltungen und normative Standards vermittelt erscheint.

Die bisher diskutierte Charakterisierung der Kohlepositionen soll nun ergänzt werden durch die Inspektion der Ergebnisse zur Frage nach der Erwartung von Kohle-Protesten.

Tabelle 49: (1)	Gesamt- sample	Generalisierte Kohle-Befürwortg.	Entschiedene Kohle-Befürw.	Pragmatische Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Kritik	Entschied. Kohle-Kritik	Industrialis- muskritische Kohle-Kritik
N	1997	A	B	C	D	E	F	G
kernenergiepolitische Position								
++	24,3	<u>56,4</u>	26,0	<u>13,9</u>	<u>34,2</u>	<u>43,8</u>	21,4	<u>10,1</u>
+	15,3	17,3	10,7	15,8	19,8	21,0	21,4	9,6
0	10,0	5,4	9,6	9,8	12,2	5,7	9,5	6,7
-	15,9	6,9	20,3	22,2	13,7	12,4	18,3	19,7
--	12,2	<u>2,0</u>	<u>18,6</u>	<u>19,2</u>	<u>5,8</u>	<u>4,8</u>	10,3	<u>31,5</u>
Bürgerinitiative	1,0	0,5	0,6	0,4	-	2,9	1,6	2,8
Kundgebung	3,8	2,5	2,8	4,5	2,5	4,8	4,4	9,0
Anstecker/Aufkleber	4,7	5,9	7,3	3,0	2,9	1,9	5,6	11,8
Wirtschaftswachstum (als 3 wichtigste Ziele)	31,4	34,7	32,8	32,3	28,4	35,2	26,6	27,5
mehr als Geld	21,6	16,3	15,3	19,5	20,5	21,9	28,2	34,3
Materialisten	45,7	44,6	40,1	42,5	41,7	40,0	46,8	<u>37,1</u>
Postmaterialisten	12,2	11,9	9,6	12,8	11,2	9,5	<u>15,9</u>	24,2
Grün	1,3	0,5	-	0,4	0,7	1,0	<u>2,4</u>	<u>4,5</u>
SPD	30,9	<u>24,3</u>	<u>37,3</u>	33,8	28,1	34,3	<u>36,1</u>	30,9
CDU	29,0	<u>36,1</u>	27,1	29,7	<u>34,2</u>	27,6	26,2	<u>20,2</u>

Tabelle 49:
(2)

	Gesamt- sample	Generalisierte Kohle-Befürwortg.	Entschiedene Kohle-Befürw.	Pragmatische Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Kritik	Entschied. Kohle-Kritik	Industrialis- muskritische Kohle-Kritik
N	1997	A 202	B 177	C 266	D 278	E 105	F 252	G 178
Abitur	13,3	<u>18,3</u>	11,3	11,7	16,2	10,5	13,9	<u>18,5</u>
BILD genutzt	14,6	9,4	14,1	13,2	15,5	<u>20,0</u>	17,0	12,9
Bücher genutzt	12,1	17,8	10,7	12,4	12,2	14,3	13,1	16,3
Vorträge genutzt	8,4	12,9	7,3	9,4	10,8	8,6	7,1	11,8
Veredelung bekannt	54,6	71,3	61,0	57,5	61,2	56,2	62,7	54,5
Evangelisch	49,6	48,5	45,8	<u>40,6</u>	51,4	55,2	<u>54,4</u>	49,4
Katholisch	41,3	39,1	<u>47,5</u>	<u>50,8</u>	38,5	34,3	<u>35,7</u>	38,2
Konfessionslos	7,5	11,4	5,1	6,4	9,0	7,6	8,3	10,7
Männlich	45,8	<u>64,9</u>	49,7	<u>36,8</u>	<u>54,0</u>	<u>61,0</u>	48,8	48,3
Weiblich	54,2	<u>35,1</u>	50,3	<u>63,2</u>	<u>46,0</u>	<u>39,0</u>	<u>51,2</u>	51,7
18-25 Jahre	14,1	<u>21,3</u>	17,5	16,2	11,5	9,5	12,3	16,3
26-35 "	19,8	20,8	26,0	25,9	18,0	15,2	17,5	27,0
36-45 "	21,1	15,8	23,2	24,8	21,6	22,9	23,8	21,9
46-55 "	14,8	16,8	16,4	13,2	15,5	17,1	15,1	13,5
56-65 "	14,2	14,4	<u>9,0</u>	11,7	<u>17,6</u>	17,1	13,9	14,0
ab 66 "	16,0	10,9	<u>7,9</u>	8,3	<u>15,8</u>	<u>18,1</u>	<u>17,5</u>	<u>7,3</u>

Tabelle 49:

(3)	Gesamt- sample	Generalisierte Kohle-Befürwortg.	Entschiedene Kohle-Befürw.	Pragmatische Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Kritik	Entschied. Kohle-Kritik	Industrialis- muskritische Kohle-Kritik
N	1997	A	B	C	D	E	F	G
Klassen:								
Oberklasse	1,5	<u>4,5</u>	0,6	1,1	<u>2,5</u>	1,0	2,0	0,6
trad. Mittelklasse	4,1	3,0	2,8	4,9	4,0	4,8	<u>6,7</u>	5,1
NMK (u.) ?	14,5	15,3	<u>22,0</u>	15,4	14,0	20,0	13,9	13,5
NMK (o.) ?	10,6	<u>16,8</u>	13,0	12,0	13,0	11,4	<u>7,5</u>	10,7
Arbeiter (u.) ?	4,9	3,5	5,7	5,3	<u>2,9</u>	8,6	3,6	6,2
Arbeiter (o.)	7,1	7,9	9,6	6,8	5,8	8,6	8,3	9,6
"Meister"	1,3	<u>2,5</u>	1,1	1,1	1,8	1,9	0,8	1,7
Nicht-Erwerbs- tätige (SONST)	56,2	<u>46,5</u>	<u>45,2</u>	53,4	56,1	<u>43,8</u>	57,1	52,8
Technisch-wirtschaftl.								
Funktionen	5,8	<u>8,9</u>	7,3	6,0	<u>10,8</u>	3,8	3,6	5,6
gesell.bezogene Funktionen	5,6	<u>8,9</u>	4,5	5,6	4,3	7,6	6,7	6,2
Natur/Umweltbezog.	1,8	3,0	1,1	1,1	<u>0,4</u>	1,9	<u>3,6</u>	1,1
Arbeitnehmer/Sektoren:								
Mat. Prod.	7,2	6,9	<u>11,3</u>	8,6	5,4	6,7	7,1	7,3
Büro/Verwaltung	7,0	8,9	9,0	7,5	7,2	9,5	6,0	6,7
Handel/Transpo	3,8	2,0	5,1	3,8	5,0	<u>7,6</u>	3,6	3,9
DL	1,9	1,5	2,3	1,9	1,8	1,9	1,6	2,8

6.4 Wird es Proteste gegen die Kohle geben?

Mit der Frage: "Glauben Sie, daß es beim verstärkten Ausbau von Kohlekraftwerken zu ähnlichen Protesten kommen wird wie bei dem Bau von Kernkraftwerken?" wurde das Thema möglicher Kohleproteste direkt angesprochen (F9). Diese Frage wurde von 23,6 % der Befragten bejaht, 59,6 % verneinten sie. Eine Aufschlüsselung nach Gruppen unter dem Gesichtspunkt ihrer Nähe zur Industrialismuskritik ergibt wie bei den zuvor besprochenen Kohlestatements keinen eindeutigen Trend, lediglich bei den Postmaterialisten ist der Anteil derjenigen, die Kohleproteste kommen sehen, um 8.1 Prozentpunkte erheblich höher als im Gesamtsample. Deutliche Unterschiede gegenüber dem Gesamtsample treten auch bei denjenigen auf, die zur Kernenergie eine entschiedene Meinung vertreten (s. Tabelle 50).

Tabelle 50: "Glauben Sie, daß es beim verstärkten Ausbau von Kohlekraftwerken zu ähnlichen Protesten kommen wird wie bei dem Bau von Kernkraftwerken?"

Antwort	Gesamt-sample	Postmaterialisten	entschiedene KE-Gegner
"ja"	23,6 %	<u>31,7 %</u>	21,0 %
"nein"	59,6 %	63,8 %	<u>70,4 %</u>
N	1997	243	243

Das Ausbleiben eines eindeutigen Trends bei den anderen unter dem Gesichtspunkt der Industrialismuskritik definierten Gruppen, sowie die Abweichungen (s. die unterstrichenen Zahlen in Tabelle 50) bei den Postmaterialisten und den "entschiedenen Gegnern" der Kernenergie steht in Analogie zu den Antwortverteilungen bei den eingangs besprochenen Kohlestatements. Diese Parallele läßt darauf schließen, daß die Frage nach der Einschätzung künftiger Kohleproteste projektiv beantwortet wurde. D.h., die Prognose wurde weniger aufgrund einer Abschätzung von Protestpotentialen in der

Gesamtbevölkerung vorgenommen als aufgrund einer Projektion der eigenen Verhaltensdisposition oder derjenigen der jeweiligen Bezugsgruppe.

Die Beantwortung der Frage gibt also Aufschluß über die Befragten selbst und stellt insofern eine Ergänzung zu der Analyse dieser Gruppen anhand der Meinungen zu den Kohlestatements dar.

Wie bei der Besprechung der Kohlestatements kommt man auch hier zu dem Schluß, daß die Meinungen zur Kohle zwei gegenläufigen Tendenzen unterliegen, einer kritischen aufgrund der Industrialismuskritik und einer positiven aufgrund des Kernenergie/Kohle-Vergleichs. Die zwei Tendenzen lassen sich in denjenigen Gruppen wenigstens teilweise trennen, die in bezug auf die Industrialismuskritik (Postmaterialisten) und in bezug auf die Kernenergiekritik ("entschiedene Gegner der Kernenergie") relativ homogen zusammengesetzt sind. Bei den Postmaterialisten bewirkt die Nähe zur Industrialismuskritik eine Erhöhung der Protestprognosen um 8,1 Prozentpunkte, bei den "entschiedenen Gegnern" der Kernenergie/Kohle-Vergleich eine Erhöhung der entgegengesetzten Prognosen um 10,8 Prozentpunkte (s. Tabelle 50).

Erwähnenswert ist, daß in der Gruppe der "entschiedenen Kernenergiebefürworter" mit 33,0 % überdurchschnittlich oft Kohleproteste vorhergesagt werden. Es fällt schwer, dieses Antwortverhalten als selbstprojektives zu deuten. Daß aus einer entschiedenen Befürwortung der Kernenergie heraus eine erhöhte Bereitschaft zu Kohleprotesten resultiert, ist zwar denkbar, aber wenig plausibel. Insgesamt zeichnen sich die Befürworter der Kernenergie nicht durch ein besonderes Konfliktengagement aus, wie Tabelle 51 zeigt:

Tabelle 51: "Haben Sie sich schon einmal in irgendeiner Form für oder gegen die Kernenergie eingesetzt?" (F6)

Engagement	Gesamtstichprobe	"entschied. KE-Gegner"	"entschied. KE-Befürworter"
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	1,0 %	4,5 %	0,6 %
Leserbrief	0,7 %	3,3 %	0,4 %
In Gesprächen	40,2 %	61,7 %	45,8 %
Teilnahme an Kundgebung	3,8 %	16,5 %	2,3 %
Unterstützung einer Bürgerinitiative	1,7 %	7,4 %	0,8 %
Teilnahme an Unterschriftenaktion	5,6 %	21,4 %	3,5 %
Aufkleber oder Anstecknadel	4,7 %	18,9 %	3,1 %
N	1997	243	485

Bis auf ein Engagement in Gesprächen, das die geringste Konfliktbereitschaft voraussetzt, liegen die Prozentzahlen bei den Kernenergiebefürwortern durchweg niedriger als im Gesamtsample. Es liegt also nahe zu vermuten, daß die "entschiedenen Kernenergiebefürworter", die Kohleproteste prognostizieren, nicht selbst-projektiv geantwortet haben, sondern mit dieser Prognose tatsächlich Annahmen über das Verhalten ihrer streitbareren Mitbürger zum Ausdruck gebracht haben.

Die Frage nach der Einschätzung künftiger Kohleproteste wurde durch die Zusatzfrage nach den Gründen für die jeweilige Prognose ergänzt. Diese Zusatzfrage war in einem Pretest offen gestellt worden, und aus den erhobenen Antworten waren die häufigsten ausgewählt und als vorgegebene Antwortmöglichkeiten in die Hauptbefragung übernommen worden (s. F46 und F47 des Fragebogens). Nur 1,7 % der Befragten fanden diese vorgegebenen

Erklärungseinsätze unzureichend ("nichts davon trifft zu"), so daß man also davon ausgehen kann, daß diese das tatsächliche Meinungsspektrum einigermaßen ausschöpfen.

Danach ergibt sich folgendes Bild. Für die Prognose von Protesten sowie für die Prognose, daß diese ausbleiben, existieren je vier Begründungen. Beide Vierer-Gruppen untergliedern sich abermals in je zwei Gruppen, nämlich kohlebezogene Gründe einerseits und solche andererseits, die implizit auf einer Deutung des Kernenergiekonflikts beruhen (s. Tabelle 52 und 53).

Tabelle 52: Begründungen für die Voraussage von Kohleprotesten

1. Kohlebezogene Gründe	Anteile
F10A: Umweltbelastend	35,2 %
F10B: Standortproblematik	29,9 %
2. Implizite Deutung des KE-Konflikts	
F10C: Querulantentum	25,5 %
F10D: Wachstumskritik	7,6 %
N	471

Tabelle 53: Begründungen für die Prognose des Ausbleibens von Kohleprotesten

1. Kohlebezogene Gründe	Anteile ^{*)}
F11A: Umweltfreundlich/sicher	35,7 %
F11D: Energiewirtschaftlich notwendig	11,8 %
2. Implizite Deutung des KE-Konflikts	
F11B: Vertrautheit mit der Kohle	22,2 %
F11C: Singularität des KE-Konflikts	26,5 %
N	1191

^{*)} Anmerkung zu den beiden Tabellen: Die Prozentzahlen beziehen sich nicht auf das Gesamtsample sondern auf die Untergruppe derjenigen, die die jeweilige Prognose gestellt haben. Der Wortlaut der vorgegebenen Begründungen kann im Fragebogen nachgelesen werden. Der Begründung "Vertrautheit mit der Kohle" liegt implizit die Deutung des Kernenergieprotests zugrunde, daß es sich bei dieser Technologie im Gegensatz zur Kohle um eine neuartige Technologie handelt, eine Deutung, die z.B. von Röglin propagiert wird (Röglin, 1977).

Wenden wir uns nun der Beantwortung der Protest-Frage und ihren jeweiligen Begründungen durch die verschiedenen Kohle-Positionen (A-G) zu, so können wir die bereits geäußerte Vermutung eines teils selbstprojektiven, teils fremdprojektiven Antwortverhaltens präzisieren und finden auch die gegenläufigen Tendenzen in der Kohlebeurteilung (Industrialismuskritik vs. Kernenergie-Kohle-Vergleich) wieder.

Betrachten wir zunächst die Protesterwartung der sieben 'Kohle-Positionen', so stellen wir fest, daß in keiner Gruppe mehrheitlich ein Protest gegen die Kohle-Nutzung erwartet wird.

Unabhängig jedoch von der Beurteilung der Kohle durch die Gruppen ist die Protesterwartung der eher kernenergiebejahenden Positionen signifikant überdurchschnittlich; ebenso unabhängig von der Kohlebewertung ist die Erwartung eines Ausbleibens von Protesten bei den eher kernenergiekritischen Gruppen (C und G, mit Einschränkung auch B) überdurchschnittlich hoch. Die Gruppe F, deren Haltung zur Kernenergie der des Gesamtsamples entspricht, weicht auch in der Frage der Protesterwartung nicht vom Durchschnitt ab.

Gegenüber dieser herausragenden Bedeutung der Kernenergie-Haltung für die Erwartung von Kohle-Protesten ist die Auswirkung der Kohle-Beurteilung für die Beantwortung der Frage viel geringer zu veranschlagen, läßt sich jedoch auch nachzeichnen.

Während die Gruppen B und C als kohlebejahende 'Positionen' signifikant unterdurchschnittlich einen Protest erwarten (12,4 % bzw. 15,0 %), tut das die ebenfalls kernenergiekritische Gruppe G im Zusammenhang mit einer kohlekritischen Haltung nicht - ihre Protesterwartung entspricht ebenso wie die der entschieden kohlekritischen Gruppe F dem Durchschnitt.

Auch die beiden kernenergiebejahenden Gruppen D und E unterscheiden sich hinsichtlich der Protesterwartung nach dem Grad ihrer Zustimmung zur Kohle: die eingeschränkt kohlebejahende Gruppe D erwartet zu 29,1 %, die eingeschränkt kohlekritische Gruppe E zu 38,1 % einen Protest.

Wir können also resümieren, daß sich in der Erwartung von Kohle-Protesten zwei Wirkungen überlagern:

primär die fremdprojektive Beantwortung der Frage durch die Kernenergiebefürworter, der eine eher selbstprojektive Beantwortung durch die Kernenergiekritiker gegenübersteht;

sekundär und wesentlich schwächer eine selbstprojektive Beantwortung der Frage je nach der eigenen Beurteilung der Kohle.

Es stehen also die selbstprojektiven Anwohthaltungen der Kohle-Beurteilung und der Kernenergie-Kritik einer fremdprojektiven Anwohthaltung von Kernenergiebefürwohtern gegenüber.

Dies erlaubt für die Analyse der jeweiligen Prognose-Begründungen die Ausgangshypothese, daß in der Regel bei den Kohle-Befürwohtern die Begründungen für das Ausbleiben von Protesten, bei den Kohle-Kritikern die Begründungen für das Eintreten von Protesten Ausdruck der eigenen Dispositionen darstellt, während umgekehrt die Begründungen für das Ausbleiben von Protesten bei Kohle-Kritikern wie die Begründungen für das Eintreten bei Protesten bei Kohle-Befürwohtern Annahmen dieser Gruppen über die Dispositionen 'der anderen', darstellen. Dabei ist dann zu beachten, daß die Kernenergiebefürwohter unabhängig von ihrer Kohlebeurteilung dazu neigen, ihre Annahmen über die 'anderen', insbesondere über die Motive industrialismuskritischer und kernenergiekritischer Strömungen, in die Antworten einfließen zu lassen.

Um die durch die Kernenergie-Haltung stark beeinflusste Verteilung der Protesterwartung nicht in die Analyse der Begründungen einzubeziehen, wurden zur Verdeutlichung der inhaltlichen Begründungsstruktur der einzelnen Kohle-Positionen die Pro- und Kontra-Argumente jeweils für sich auf 100 % bezogen (vgl. Tabelle 54). Es sollen nun wiederum die signifikanten Abweichungen in der Begründungsstruktur der einzelnen Kohle-Positionen interpretiert werden.

A. Generalisierte Kohle-Befürwortung

Gehen wir zunächst von der genannten Hypothese aus, müßten die Begründungen für das Ausbleiben von Kohle-Protesten als Ausdruck der eigenen Auffassungen gelten, also selbstprojektiv sein. Wir stellen jedoch fest, daß hier weit vor allen anderen Gründen die Singularität des Kernenergie-Konflikts (mit 42,6 % aller Gründe) angeführt wird. Da es sich bei Gruppe A um recht unterschiedene Kernenergie-Befürworter handelt, die im Sinne ihrer Haltung die Kernenergie weniger als singuläre, viel eher als 'normale' und unproblematische Energiequelle ansehen dürften, scheint auch in diese Antwort eine Annahme über die 'anderen' eingeflossen zu sein. Ähnlich ließe sich auch interpretieren, daß das Argument der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit, welches noch den eigenen Dispositionen der Gruppe entsprechen müßte (vgl. oben) eher unterdurchschnittlich angeführt wird, deutlich weniger jedenfalls als bei den entschiedenen Kohle-Befürwortern (Gruppe B).

Zugleich müssen auch die Gründe für Kohle-Proteste bei dieser kohle-positiven Gruppe eher als fremdprojektiv gedeutet werden:

40,4 % der Argumente beziehen sich auf die Umweltbelastung, 34,3 % auf die Annahme eines allgemeinen Querulantentums, letzteres signifikant überdurchschnittlich. Signifikant unterdurchschnittlich hingegen wird die Standortproblematik in diesem Zusammenhang angeführt. Daraus läßt sich nun insgesamt der Schluß ziehen, daß Gruppe A bei der Beantwortung der Protestfrage in erster Linie die Industrialismuskritiker und Kernenergie-Gegner (und weniger etwa lokale Standortprobleme) vor Augen gehabt haben muß.

Der Grund dafür, daß die Gruppe A insgesamt eher fremdprojektiv antwortete, dürfte auch auf die größere Distanz der entsprechenden Befragten (Angehörige der Oberklasse, technisch-wirtschaftlicher Funktionen etc.) zu Protesten als Form gesellschaftspolitischer Artikulation, vor allem aber auf das eher unpersönliche, nicht über 'Betroffenheit' vermittelte Verhältnis zu Vor- und Nachteilen von Energietechnologien zurückzuführen sein.

Eine Pointe ergibt sich nach dem Gesagten schließlich, wenn wir ein Untersuchungsergebnis über die Gruppe G als derjenigen, die der Gruppe A bei ihren Begründungen wohl vor Augen stand, hier vorwegnehmen: die von der Gruppe A unterstellte generalisierte Umweltkritik und Protestbereitschaft wird von der Gruppe G hinsichtlich der Kohle zum Zeitpunkt der Befragung keineswegs geteilt.

Das Kohle/Umweltthema scheint hier also projektiv aus der Sicht der Kernenergie-Befürworter und der Vertreter von Wirtschaftsinteressen vorweggenommen zu sein. Selbst für die Gruppe F als entschiedene Kohle-Kritiker spielt dieses Thema als mögliche Protestbegründung noch keine überragende Rolle.

B. Entschiedene Kohle-Befürworter

Umweltfreundlichkeit und Sicherheit (mit 42,7 %) sind aus der Sicht dieser Gruppe die Hauptgründe für das Ausbleiben von Protest.

Demgegenüber bleibt die Nennung der Singularität des Kernenergiekonflikts deutlich unterdurchschnittlich, was im Einklang mit der nur gering vom Durchschnitt abweichenden Kernenergie-Haltung dieser Gruppe steht. Die Vertrautheit mit der Kohle sowie deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit spielen in den Begründungen nur eine nachgeordnete Rolle, obwohl letzteres Argument leicht überdurchschnittlich genannt wird.

Dieses durchaus als selbstprojektiv einzustufende Antwortmuster läßt sich ganz gut vereinbaren mit dem Bild, das wir von Gruppe B gewonnen hatten.

Die aus der Haltung der Gruppe heraus eindeutig fremdprojektiven Gründe für einen Protest gegen die Kohle sind in erster Linie

- Querulamentum (mit 40,8 % überdurchschnittlich) und
- Standortproblematik (mit 32 % durchschnittlich häufig genannt).

Offenbar sind die Anhänger der Position B so stark von der Kohle überzeugt, daß sie auch als der Kernenergie eher neutral Gegenüberstehende einen potentiellen Kohleprotest vornehmlich aus einer prinzipieller Unzufriedenheit anderer heraus deuten. Im Unterschied zur Gruppe A nehmen sie hier kaum

industrialismuskritische Gründe an:

die Umweltbelastung durch Kohle wird nur zu 27,2 % genannt, eine Ablehnung von Wirtschaftswachstum überhaupt nicht.

Damit bestätigt sich noch einmal der bereits festgestellte grundsätzlich unterschiedliche Begründungskontext für die beiden kohlebefürwortenden Positionen A und B.

C. Pragmatische Kohle-Befürwortung

Als Gründe für das Ausbleiben von Kohle-Protesten werden wiederum überdurchschnittlich (mit 41,9%) Umweltfreundlichkeit und Sicherheit genannt, wobei der Akzent in dieser eher kernenergie-kritischen Gruppe stärker auch auf Sicherheit liegen dürfte. Ebenfalls signifikant unterdurchschnittlich ist hier auch die Begründung mit der Singularität des Kernenergie-Konflikts; die Nennungshäufigkeit der übrigen Argumente entspricht dem Durchschnitt. Wiederum kann dieses Antwortverhalten durchaus als selbstprojektiv gelten.

Die Begründungen für einen Kohle-Protest erscheinen in dieser kohlebejahenden Gruppe jedoch nicht rein fremdprojektiv zu sein: mit 45 % aller Nennungen liegt das Argument "Standortproblematik" weit über dem Durchschnitt. Dieser Tatbestand muß im Zusammenhang damit stehen, daß die Anhänger der Position ja Kern- und Kohlekraftwerke in der Nachbarschaft ablehnen. Obwohl insgesamt die Protesterwartung ausgesprochen gering ist, scheint eine deutliche Minderheit dennoch die Standortproblematik (und nicht allgemein die Umweltbelastung oder etwa eine generelle Ablehnung von Wirtschaftswachstum) als relevantes Konfliktpotential anzusehen.

Dies gilt es für die spätere Abschätzung des Konfliktpotentials von verstärkter Kohlenutzung im Auge zu behalten.

Ob nun die positiven Protestbegründungen eher als selbst- oder als fremdprojektiv angesehen werden - es bestätigt sich jedenfalls die Auffassung von der Gruppe C, daß für sie weder die Kernenergie-Haltung noch die Kohle-Haltung generalisiert, sondern technologiespezifisch bzw. situativ urteilt ('Betroffenheit'; s.o., 6.3).

D. Sehr eingeschränkte Kohle-Befürwortung (Mittelgruppe 1)

Wurde oben argumentiert, daß den beiden Gruppen D und E trotz äußerlicher Differenzen eine ähnliche Kohle-Haltung zukommt, so kann dies in Anbetracht der Protestbegründungen auch weitgehend aufrechterhalten werden.

Als mehrheitliche Kernenergie-Befürworter beantwortet die Gruppe D die Frage nach dem Ausbleiben von Protest überdurchschnittlich häufig mit der Singularität des Kernenergiekonflikts (39,7 %). Für dieses Argument gilt das gleiche, was schon für die Gruppe A ausgeführt wurde: es erscheint eher fremdprojektiv. Die positive Kernenergiehaltung beeinflußt das Antwortverhalten stärker als die Kohlebefürwortung. Gleiches scheint auch für den Tatbestand zu gelten, daß die Umweltfreundlichkeit und Sicherheit der Kohle signifikant unterdurchschnittlich als Argument aufgeführt wird. Als zumindest teilweise selbstprojektives Argument deutet seine geringe Nennung auch darauf hin, daß die Kohlebefürwortung tatsächlich als nur "sehr eingeschränkt" aufzufassen ist.

Die übrigen Argumente sind wiederum von nebensächlicher Bedeutung und entsprechen in ihrem Gewicht dem Durchschnitt.

Die Gründe für einen Protest werden von Gruppe D entsprechend dem Durchschnitt gewichtet - hier gibt es keine signifikante Abweichung. Allenfalls die Standortproblematik erscheint leicht überdurchschnittlich oft angeführt zu werden, was Gruppe D ja punktuell von Gruppe E unterscheidet (33,8 % vs. 20,0 %), insofern sie sich gegen Kohle- und Kernkraftwerke in der Nachbarschaft ausspricht.

Dann aber könnten die Begründungen der Gruppe D für einen Protest nicht mehr strikt als fremdprojektiv interpretiert werden.

Da die genannten Gründe gegen einen Protest trotz prinzipieller Kohlebejahung nicht durchweg als selbstprojektiv anzusehen waren, wird abermals unterstrichen, wie stark die positive Kernenergie-Haltung die Auffassungen zur Kohle beeinflußt, und zugleich: wie schwach ausgeprägt die Kohlebejahung in dieser Gruppe ist.

E. Sehr eingeschränkte Kohle-Kritik (Mittelgruppe 2)

Die Begründungen dieser Position für Kohle-Proteste zeigen, daß die Einstellung tatsächlich weniger durch persönliche Betroffenheit, als vielmehr durch abstraktere Erwägungen bestimmt ist:

Während die Umweltbelastung mit 50 % weit überdurchschnittlich genannt wird, nennt man die Standortproblematik mit 20 % wesentlich seltener. Hierin unterscheidet sich Gruppe E nicht nur von Gruppe D, sondern auch, wie bereits kommentiert, von Gruppe C. Immerhin deutet die hohe Gewichtung des Umweltarguments auf eine gewisse Konsistenz zur Bejahung des Statements: "Kohle belastet die Umwelt mindestens ebenso stark wie die Kernenergie" durch diese Gruppe hin. Dessen Bejahung scheint also nicht ausschließlich durch die positive Einstellung zur Kernenergie bedingt, wie bei Gruppe D. Die inzwischen verbreitete Argumentation von Kernenergiebefürwortern hinsichtlich der Umweltbelastung der Kohle, die sich insbesondere gegen die Reduktion der Kernenergie auf eine 'Restbedarfsdeckung' richtet, scheint insbesondere von Gruppe E nachhaltig vertreten zu werden, und zwar noch stärker als durch die Position einer generalisierten Kohle- und Kernenergiebefürwortung (Gruppe A).

Daß trotz der Bejahung des Kohle/Wachstum-Statements eine Wachstumskritik nicht überdurchschnittlich als Protestargument genannt wird, bestätigt hingegen eher die oben geäußerte Vermutung über die nur "expressive" Bedeutung der Antwort (s. 6.3).

Daß aus der eher kohle-kritischen Position E heraus die Gründe gegen einen Protest eher als fremdprojektiv anzusehen sind, wird in diesem Fall durch die gleichgerichtete Wirkung der Kernenergiebejahung bestätigt:

Wiederum wird mit 40,1 % überdurchschnittlich häufig die Singularität des Kernenergiekonflikts als Begründung angegeben. Auch die Nennung von Umweltfreundlichkeit und Sicherheit der Kohle liegt nicht etwa unter dem Durchschnitt, was bei einer eher selbstprojektiven Beantwortung hätte der Fall sein müssen.

F. Entschiedene Kohle-Kritik

Die - hier als selbstprojektiv zu interpretierende - Beantwortung der Frage nach Protestgründen weicht nicht signifikant vom Gesamtsample ab. Dies gilt auch für die überdurchschnittlich genannten Argumente "Standortproblematik" und "Wachstumskritik", obwohl letzteres mit dem leicht überdurchschnittlichen Anteil der Postmaterialisten in dieser Gruppe konvergieren würde. Demnach kämen schlichtweg den meistgenannten Begründungen die größte Bedeutung zu: Umweltbelastung und Betroffenheit durch die Nachbarschaft zu einem Kraftwerk. Dieses Ergebnis steht zumindest nicht im Widerspruch zu der geäußerten Auffassung, daß Position F eine deutliche Affinität zu einer traditionellen Umweltschutzhaltung hat, die nicht als industrialismuskritisch generalisiert angesehen werden kann (s. 6.3).

In Verbindung mit der nur durchschnittlichen Protesterwartung generell und mit den übrigen bereits aufgeführten Daten der Gruppe (Klassenstruktur, Bildungsniveau, Engagement) (s.o.) kann man wohl den Schluß ziehen, daß ihr trotz entschiedener Kohle-Gegnerschaft kein grundlegendes Konfliktpotential zuzuschreiben ist. Allenfalls wäre hier ein gewisser Resonanzboden für begrenzte Standortkonflikte zu vermuten, der immer schon bestanden hat. In diese Aussage wären aber selbst eher kohlepositive Gruppen wie C und D einzubeziehen.

Daß es mit einer Entschlossenheit der Gruppe zu umweltkritischen Protesten gegen die Kohle nicht weit her sein kann, zeigt auch ein Blick auf die fremdprojektiven Begründungen gegen einen Protest: mit 42,2 % nimmt Position F an, daß 'die anderen' die Kohle für umweltfreundlich und sicher halten (was im übrigen dem Gesamtsample entspricht und einer der Hauptgründe für die hohe Quote der negativen Protesterwartung sein dürfte).

G. Industrialismuskritische Kohle-Kritik

Daß als eher selbstprojektives Argument für Kohle-Proteste mit 21,6 % stark überdurchschnittlich Wachstumskritik genannt wird, bestätigt die Charakterisierung der Position vollkommen. Die übrigen Gründe weichen nicht signifikant vom Durchschnitt ab, obwohl die Standortproblematik vor der Umweltbelastung zu rangieren scheint.

Jedenfalls bestätigt sich nicht die fremdprojektive Vermutung der Gruppe A, daß die Umweltbelastung das Hauptargument für mögliche Kohleproteste gerade auch bei der industriekritischen bzw. kernenergiekritischen Strömung sein müßte (s.o.).

Als Gründe für ein Ausbleiben des Protestes werden, und dies ist unter allen Positionen singulär, weit überdurchschnittlich die Vertrautheit mit der Kohle und schwach überdurchschnittlich die energiewirtschaftliche Notwendigkeit genannt. Den 'anderen' bzw. der Bevölkerung wird also durch diese Gruppe ein Traditionalismus gegenüber der Kohle unterstellt, der bei keiner der kohlebejahenden Gruppierungen in dieser Form anzutreffen ist. Vielmehr erscheint die Kohlehaltung aller anderen Gruppen viel stärker durch den positiven oder negativen Vergleich der Kohle mit der Kernenergie geprägt.

Ergänzend zu dem bereits Gesagten muß betont werden, daß aus der Sicht der Position G die Argumente Umweltfreundlichkeit und insbesondere Singularität des Kernenergiekonflikts unterdurchschnittlich häufig für ein Ausbleiben von Protest angeführt werden. Letzteres hatten wir auch für die Gruppen B und C gefunden; obwohl die Kernenergiehaltung einen nachhaltigen Einfluß auf die Kohlebeurteilung ausübt, scheinen eher kernenergiekritische Positionen dies als Maßstab ihrer eigenen Kohlebeurteilung oder der anderer nicht gelten lassen zu wollen. Diese Auffassung erscheint komplementär zu jener der kernenergiebejahenden Gruppen, denen bei den 'anderen' eine negative Haltung zur Kernenergie als allein entscheidend für deren Kohlebeurteilung erscheint. Dies kann jedoch ebensowenig als richtig angesehen werden.

Abschließend kann festgehalten werden, daß sowohl in fremdprojektiver wie in selbstprojektiver Richtung die Umwelt-Dimension der Kohle-Nutzung (noch) nicht im Vordergrund steht. Eine solche im Rahmen von Industrialismuskritik generalisierte Umweltkritik an der Kohle wäre jedoch die Bedingung für eine (zum Zeitpunkt der Befragung nicht vorhandene) entschiedene Gegnerschaft und damit für eine Mobilisierung der hier latent vorhandenen Protestbereitschaft.

Tabelle 54:

	Gesamt- sample	Generalisierte Kohle-Befürwortg.	Entschiedene Kohle-Befürw.	Pragmatische Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Befürw.	Sehr einge. Kohle-Kritik	Entschied. Kohle-Kritik	Industrialis- muskritische Kohle-Kritik
		A	B	C	D	E	F	G
N	1997	202	177	266	278	105	252	178
Protesterwartung								
ja	23,6	<u>40,1</u>	<u>12,4</u>	<u>15,0</u>	<u>29,1</u>	<u>38,1</u>	24,6	20,8
nein	59,6	<u>51,0</u>	<u>79,1</u>	<u>79,3</u>	57,6	57,1	57,5	<u>67,4</u>
Gründe für Kohleprotest:								
Umweltbelastung	35,8	40,4	27,2	27,2	36,2	<u>50,0</u>	33,2	24,5
Standortproblematik	30,6	<u>20,2</u>	32,0	<u>45,0</u>	33,8	20,0	34,9	32,2
Querulantenentum	25,9	<u>34,3</u>	<u>40,8</u>	25,2	21,3	20,0	20,2	21,6
Wachstumskritik	7,8	5,1	0,0	2,6	8,7	10,0	11,8	<u>21,6</u>
Gründe <u>gegen</u> Kohleprotest:								
Umweltfreundlich/ Sicherheit	37,0	30,3	42,7	<u>41,9</u>	<u>30,1</u>	33,3	42,2	31,9
Vertrautheit mit Kohle	23,3	<u>16,6</u>	19,9	22,4	19,9	20,0	23,2	<u>31,9</u>
Singularität des KE-Konflikts	27,4	<u>42,6</u>	<u>21,3</u>	<u>23,0</u>	<u>39,7</u>	<u>40,1</u>	26,8	<u>19,8</u>
Energiewirtschaft- liche Notwendigkeit	12,3	10,5	16,1	12,7	10,3	6,7	7,8	16,4

6.5 Determinanten der Kohle-Beurteilung

6.5.1 Die Haltung zur Kernenergie als wichtigster Faktor der Kohle-Beurteilung

Die Untersuchung der sieben 'Kohle-Positionen' hat gezeigt, daß mindestens fünf dieser Positionen stark durch die Haltung der jeweiligen Befragten zur Kernenergie geprägt ist. Zugleich zeigte die Kernenergie-Haltung dieser Befragtengruppen auch ihre Wirkung auf die jeweilige Protest-Prognose und ihre Begründungen.

Zusammengefaßt zeigten sich in der Kohle-Beurteilung zwei gegenläufige Tendenzen.

- Einerseits resultiert aus einer eher kernenergiebefürwortenden Haltung eine eher kohle-skeptische Position (Gruppen D, E); aus einer eher kernenergie-kritischen Haltung eine eher kohle-befürwortende Position (Gruppen B, C).
- Andererseits hat eine eher industrialistisch generalisierte Kernenergie-Befürwortung auch eher eine Kohle-Befürwortung zur Folge (Gruppe A), während eine industriekritisch generalisierte Kernenergie-Kritik eher eine Kohle-Kritik nach sich zieht (Gruppe G).

Selbst die Position der Gruppe F, deren Einstellung zur Kernenergie sich zwar nicht von der des Gesamtsamples unterscheidet, damit aber mehrheitlich kernenergie-befürwortend ausfällt, widerspricht mit ihrer strikten Kohlekritik nicht dem hier skizzierten Muster.

Bevor diesem Zusammenhang durch eine unmittelbare Inspektion der bivariaten Verteilung von Kernenergie- und Kohle-Positionen noch einmal nachgegangen wird, sollen die Auswirkungen der Kernenergiehaltungen auf die Protestprognose und ihre Begründungen zusammenfassend hervorgehoben werden.

Wir hatten festgestellt, daß Kernenergiebefürworter überdurchschnittlich häufig einen Kohle-Protest erwarten (vgl. Gruppen A, D, E), während Kernenergie-Gegner dies überdurchschnittlich häufig nicht tun (Gruppen C, G,

mit Einschränkung: B; vgl. auch Tab. 50). Die Auswirkung der Kohle-Beurteilung auf die Protestprognose war diesem Einfluß der Kernenergie-Haltung deutlich nachgeordnet. Während dieser Zusammenhang bei den Kernenergie-Kritikern jedoch vorwiegend selbstprojektiv zu interpretieren ist, ihre eher kohlebefürwortende Position also dazu führt, einen Kohle-Protest nicht zu erwarten, erscheint bei den eher kernenergiebefürwortenden Positionen die überdurchschnittliche Protesterwartung offenbar nicht direkt als Ausfluß ihrer eher kohlekritischen Haltung (ein solcher Protest ist von Gruppe A gar nicht, von den Gruppen D und E kaum zu erwarten), sondern muß fremdprojektiv interpretiert werden, also eher als Annahme über die Protestdisposition 'der anderen'.

Die Analyse der Begründungen für die jeweilige Protestprognose unterstreicht eine solche Interpretation.

Sowohl in die Begründungen für wie gegen Kohle-Proteste fließen bei Kernenergiebefürwortern meist Annahmen über 'andere' ein. "Querulantentum" als Grund für Proteste und, insbesondere die Singularität des Kernenergie-Konflikts als Grund für das Ausbleiben von Protesten spielen bei ihnen eine meist prominente Rolle (Gruppen A, D, E). Dabei haben sie offenbar ein bestimmtes Bild von Kernenergie-Gegnern und Industrialismuskritikern vor Augen. Die Antworten der tatsächlich eher kernenergiekritischen Gruppen (Gruppen C, G, z.T. B) zeigen jedoch, daß solche 'konfliktzentrierten' Erwägungen für ihre Einschätzungen der Kohle keine derart dominante Rolle spielen, obwohl nicht zu übersehen ist, daß auch für sie die Abwägung zwischen den beiden Energieträgern die Kohle-Beurteilung zentral prägt. Man kann aber den jeweiligen Prognose-Begründungen entnehmen, daß es sich dabei eher um 'kohlezentrierte' Argumente handelt. (Umweltbelastung vs. Umweltfreundlichkeit und Sicherheit; Standortproblematik)

Faßt man die kohlezentrierten Begründungen im Sinne der oben getroffenen Unterschiede zusammen (6.4) und ebenso die konfliktzentrierten, so ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Kernenergiebefürwortern und -gegnern:

Tabelle 55: Kohlezentrierte versus konfliktzentrierte Begründungen für die Voraussage, ob Kohleproteste zu erwarten sind.

Begründung	Gesamt- sample	entschied. KE-Gegner	entschied. KE-Befürw.
kohlezentrierte	43,8 %	53,1 %	40,8 %
Konfliktzentriert	36,8 %	36,6 %	45,6 %
N	1997	243	485

Hier bestätigt sich der Eindruck, daß die Befürworter der Kernenergie überdurchschnittlich auf den Konflikt fixiert sind. Die Kernenergie-Gegner orientieren sich dagegen stärker an der Technologie und stimmen hierin mit dem Gesamtsample überein.

Auch in allen hier nicht aufgeführten Gruppen, die der Industrialismuskritik nahestehen, findet sich eine, wenn auch nicht sehr ausgeprägte, Mehrheit von Begründungen, die sich auf die Kohle beziehen. Unter dem Gesichtspunkt einer politischen Konfliktsteuerung ist aus dieser Beobachtung zu schließen, daß die konkrete technologische Ausgestaltung einer verstärkten Kohlenutzung zum wesentlichen Faktor werden könnte, der über die Entstehung oder die Vermeidung von Kohlekonflikten entscheidet. Weniger wahrscheinlich ist dagegen, daß aufgrund der Industrialismuskritik auf jeden Fall Kohlekonflikte entstehen werden (vgl. Abschnitt 7.4.2). Die potentiellen Protagonisten solcher Konflikte, für die z.B. die Gruppe der Postmaterialisten als prototypisch angesehen werden könnte, zeigt sich für die Abwägung kohlespezifischer Gesichtspunkte offener, als es dem Bild einer starren, auf Industrialismuskritik fixierten Haltung entsprechen würde.

Betrachten wir nun abschließend zur Bedeutung der Kernenergie-Haltung für die Kohle-Beurteilung die bivariate Verteilung zwischen beiden Meinungsspektren.

Tabelle 56: Generalisierte Kernenergiehaltungen und generalisierte Kohle-Positionen

Kernenergie- haltung (in %)	Generalisierte Kohle-Befürwortung (Gruppe A)	Industrialismus- kritische Kohle-Kritik (Gruppe G)
entschied. Befürwortung	64,0	13,0
vorsichtige Befürwortung	19,7	12,3
pragmatische Ablehnung	7,9	25,4
entschied. Ablehnung	2,3	40,6
zus.	100,0	100,0

Die Verteilung ist nahezu invers und unterstreicht eindrucksvoll den oben bereits charakterisierten Zusammenhang zwischen den generalisierten und damit gleichgerichteten Beurteilungen beider Energieträger.

Für die nicht-generalisierten bzw. technologiespezifischen und situativen Beurteilungen gilt der oben ebenfalls hervorgehobene umgekehrte Zusammenhang.

Tabelle 57: Technologiespezifische Kernenergie- und Kohlebeurteilung

Kernenergie- haltung (%)	Pragmat. Kohlebe- fürwortung (Gruppe C)	Eingeschr. Kohlebe- fürwortung (Gruppe D)	Eingeschr. Kohle-Kritik (Gruppe E)
entschied. Befürwortung	17,2	39,9	50,0
vorsichtige Befürwortung	19,5	23,1	23,9
pragmatische Ablehnung	24,5	15,8	14,1
entschied. Ablehnung	26,7	6,7	5,4
zus.	100,0	100,0	100,0

Wie die Tabelle 57 zeigt, bestätigt sich die Regel, daß eine technologiespezifische Kernenergie-Befürwortung mit einer technologiespezifischen Kohle-Kritik, eine technologiespezifische Kernenergie-Kritik mit einer technologiespezifischen Kohle-Befürwortung im Zusammenhang steht.

Beide hier noch einmal nachgewiesenen Tendenzen finden sich auch in der umgekehrten Betrachtungsweise wieder, wenn wir nämlich die Verteilung der jeweiligen Kernenergie-Gruppen auf die Kohle-Positionen untersuchen. In ihrer Beurteilung der Kohle unterscheiden sich die entschiedenen Kernenergie-Befürworter von den vorsichtigen Befürwortern (wie natürlich auch von den kernenergie-kritischen Gruppen) signifikant voneinander. Ebenso signifikant unterscheiden sich die entschiedenen Kernenergie-Gegner in ihrem Antwortverhalten von den pragmatischen Gegnern (wie natürlich auch für den Befürworter-Gruppen).

Inhaltlich gesehen verteilen sich die entschiedenen Kernenergiebefürworter signifikant überdurchschnittlich auf die Kohle-Positionen A, D und E, unterdurchschnittlich auf die Positionen C, F, G. Für die entschiedenen Kern-

energie-Kritiker gilt exakt das Gegenteil.

Wir können also zum Ende dieses Abschnitts festhalten, daß die traditionell eingeführte Nutzung des Energieträgers Kohle in allererster Linie durch den Kernenergiekonflikt und die Ausdifferenzierung von kontroversen Haltungen zur Kernenergie problematisiert ist und zur Ausdifferenzierung mehr oder weniger kontroverser Beurteilungen der Kohle beigetragen hat.

6.5.2 Zur Anbindung der Kohle-Positionen an das etablierte Parteiensystem

Analog zur Diskussion des Verhältnisses von Parteienpräferenzen und Kernenergie-Haltung soll hier auch die Relation der Kohle-Positionen zur Präferenz von SPD, CDU und den Grünen gesondert untersucht werden. Dabei ist die Frage leitend, inwieweit die Ausdifferenzierung der Kohle-Beurteilungen parteipolitisch repräsentiert ist. Erscheint damit eine Verarbeitung dieser kontroversen Positionen im Rahmen des etablierten Parteiengesatzes (SPD-CDU) wahrscheinlich oder ist hier auch - parteipolitisch-transformiert - eine 'neue' Konfliktlinie zu sehen?

Schon bei der Untersuchung der Kohlepositionen hatte sich erwiesen, daß unter den strikten Kohle-Befürwortern (B) wie unter den strikten Kohle-Kritikern (F) überdurchschnittlich viele Anhänger der SPD waren, dagegen unterdurchschnittlich wenig SPD-Anhänger bei den generalisierenden Kohlebefürwortern (A).

Überdurchschnittlich viele CDU-Anhänger waren hingegen unter den generalisierenden Kohle-Befürwortern (A) und unter den sehr eingeschränkten Kohlebefürwortern (D) - beides stark kernenergiebejahende Positionen. Unterdurchschnittlich wenig CDU-Anhänger fanden sich bei den industrialismuskritischen Kohle-Kritikern.

Ein direkter Gegensatz zwischen diesen Parteianhängerschaften zeichnete sich damit nur für die Position A der wirtschaftsnah orientierten generalisierten Kohle-Befürwortung ab.

Während die Kohlebeurteilung der CDU-Anhängerschaft in den signifikanten Ausprägungen zumindest auch sehr stark durch deren Kernenergiebeurteilung vermittelt erscheint (die Gruppen A und D sind kernenergiebejahend, die Gruppe G kernenergiekritisch), läßt sich dies für die SPD-Anhängerschaft offenbar nicht sagen (die Gruppen B und F sind hinsichtlich ihrer Kernenergie-Haltung kaum von der des Gesamtsamples unterschieden).

Um diesen Eindruck zu prüfen, werden die Verteilungen der beiden Anhängerschaften auf die Kohle-Positionen direkt verglichen. Dabei ergibt sich fast das gleiche Bild wie bei der Untersuchung der Kohle-Gruppen auf ihre Parteipräferenz hin:

Tabelle 58: Kohle-Positionen nach Parteipräferenz (SPD, CDU und Grüne) in v.H. ^{*)}

	Gesamt- sample	Wähler der SPD	... der CDU	... der Grünen
A. Generalisierte Kohlebefürwortung	13,9	<u>10,5</u>	<u>17,1</u>	5,3
B. Entschiedene Kohlebefürwortung	12,1	<u>14,2</u>	11,3	<u>0,0</u>
C. Pragmatische Kohlebefürwortung	18,2	19,4	18,5	5,3
D. Eingeschränkte Kohlebefürwortung	19,1	16,8	<u>22,3</u>	10,5
E. Eingeschränkte Kohlekritik	7,2	7,7	6,8	5,3
F. Entschiedene Kohlekritik	17,3	19,6	15,5	<u>31,6</u>
G. Industrialismus-kritische Kohle Kritik	12,2	11,8	<u>8,5</u>	<u>42,1</u>
N		465	426	19

^{*)} Unterstrichen sind die Anteilswerte, die signifikant (d.h. mindestens auf dem 0,05-Niveau) vom Rest des Gesamtsamples abweichen; gestrichelt die Werte, die dieses Signifikanzniveau fast erreichen ($0.1 > \text{Prob} > 0,05$).

Für die CDU-Anhänger läßt sich die gewonnene Vermutung voll bestätigen; die SPD-Anhängerschaft hängt zwar unterdurchschnittlich der Position A an, eine überdurchschnittliche Besetzung der Positionen B und F läßt sich auch bei der hier gewählten Betrachtungsweise kaum noch nachweisen. Vielmehr gleicht die Kohle-Beurteilung der SPD-Anhänger stark der des Gesamtsamples. In ihren Reihen hält sich Befürwortung (Gruppen A, B, C) und Kritik (Gruppe E, F, G) der Kohle in etwa die Waage (44,1 % zu 39,1 %); die Position der entschiedenen Kohle-Befürwortung ("Vorrang Kohle!") ist nur knapp überdurchschnittlich besetzt.

Demgegenüber zeigt sich bei der CDU-Anhängerschaft ein deutliches Übergewicht kohlebefürwortender Stimmen (46,9 % zu 30,8 %), die stark durch das Verhältnis zur Kernenergie modifiziert sind: die 'entschiedene Kohlebefürwortung' entspricht nämlich nur dem Durchschnitt im Gesamtsample.

Ganz anders stellen sich diese Relationen für die Anhänger der Grünen dar: hier stehen 79 % eher kohle-kritische Stimmen rund 11 % eher kohlebefürwortenden Stimmen gegenüber. Wegen der geringen Größe der Stichprobe ist allerdings nur die Besetzung der Position G (industrialismuskritische Kohle-Kritik) signifikant überdurchschnittlich, die Besetzung der Position F (entschiedene Kohlekritik) erreicht fast ein solches Signifikanzniveau.

Man kann also schlußfolgern, daß vornehmlich die industrialismuskritische Kohlekritik, die von 12,2 % aller Befragten geteilt wird, aus dem Rahmen des traditionellen Parteiengegensatzes stärker herausfällt, während die übrigen Positionen sowohl von CDU wie SPD integrierbar erscheinen. Gleichwohl deutet sich an, daß eine zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht sehr starke Tendenz von entschiedener bis industrialismuskritisch generalisierter Kohlekritik bei gleichzeitiger Ablehnung von entschiedener Kohlebefürwortung (B) für den traditionellen Parteiengegensatz eine Belastungsprobe darstellen und ihre politische Heimat eher bei den Grünen suchen würde - darauf deutet eine entsprechende Besetzung des Meinungsspektrums bei deren Anhängerschaft hin.

6.5.3 Zur Bedeutung von Geschlechtsrolle und persönlicher Betroffenheit für die Kohlebeurteilung

Bei der Besprechung der Kohle-Positionen hatte die Geschlechtszugehörigkeit in vier Positionen insofern eine Rolle gespielt, als hier Abweichungen vom Durchschnitt des Gesamtsamples zu verzeichnen waren.

In der Position der pragmatischen Kohlebefürwortung (C) waren signifikant überdurchschnittlich viele Frauen repräsentiert; in den Positionen A, D und E überdurchschnittlich viele Männer.

Dieser Tatbestand konnte für die Positionen A (generalisierte Kohlebefürwortung) und D (sehr eingeschränkte Kohlebefürwortung) als geschlechtsspezifische Unterbesetzung führender Funktionen in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft interpretiert werden; für die Positionen C und E konnte das umgekehrt proportionale Geschlechterverhältnis als Determinante eines entgegengesetzten Verhältnisses zur Frage der persönlichen Betroffenheit (Lebensqualität, Wohlverhältnisse in Bezug auf die Nachbarschaft von Kraftwerken) gedeutet werden.

Betrachtet man nun das Antwortverhalten von Männern und Frauen in Richtung auf ihre Besetzung von Kohle-Positionen, findet man mit Ausnahme des Bezugs zu Position D das gleiche Bild:

Männer nehmen signifikant überdurchschnittlich die Positionen A und E, signifikant unterdurchschnittlich die Position C ein; die Frauen verhalten sich exakt umgekehrt. Die Positionen A und E zeichnen sich durch eine interessenvermittelte bzw. expressive Generalisierung der Kohlebeurteilung aus, die Position C dagegen durch eine Ablehnung von Kraftwerken in der Nachbarschaft.

Gerade in der Position C unterscheiden sich auch Katholiken und Protestanten signifikant: während die Katholiken überdurchschnittlich häufig einer pragmatischen Kohlebefürwortung zuneigen, tun dies die Protestanten unterdurchschnittlich (Prob. = 0,01).

Die Geschlechtsrolle und z.T. auch die Konfessionszugehörigkeit scheint demnach eine konträre Berücksichtigung der eigenen Situation und Betroffenheit zu beeinflussen, wobei die männliche Geschlechtsrolle und die evangelische Konfessionszugehörigkeit in die Richtung einer eher von der eigenen Lage abstrahierenden, die weibliche Geschlechtsrolle und der Katholizismus mehr in die Richtung einer die eigene Lage einbeziehenden Meinungsbildung zur Kohle wirken.

6.5.4 Sozialstrukturelle Determinanten der Kohle-Beurteilung

Ähnlich wie Parteipräferenz (mit Ausnahme der Grünen-Anhänger), Konfessionszugehörigkeit und Geschlecht spielen sozialstrukturelle Determinanten gegenüber der Kernenergiehaltung eine weit nachgeordnete Rolle für die Ausbildung von Kohle-Beurteilungen.

Bei der Analyse der sieben Kohlepositionen wurden ja sozialstrukturelle Besonderheiten schon für deren nähere Charakterisierung herangezogen. Hier nun sollen einige markante Besetzungen von Kohle-Positionen durch die verschiedenen Klassen und Funktionsgruppen hervorgehoben werden.

Es entspricht diesen Charakterisierungen, daß Angehörige der Oberklasse zu 33,3 % der wirtschaftsnahen generalisierten Kohlebefürwortung und zu 25,9 % der eingeschränkten Kohlebefürwortung (wegen potentieller Betroffenheit durch Kohlekraftwerke in der Nachbarschaft) anhängen. Demgegenüber sind andere Positionen (B, E und G) zwar sehr schwach besetzt, weichen aber wegen der geringen Gruppengröße nicht signifikant vom Gesamtsample ab.

Die Angehörigen der traditionellen Mittelklasse beziehen überdurchschnittlich Position für eine strikte Kohleablehnung (25,8 %); ihre sonstige Kohle-Beurteilung unterscheidet sich hingegen nicht signifikant vom Gesamtsample, auch wenn augenscheinlich die kohlebejahenden Positionen A und B durch unsere Befragtenstichprobe nur schwach besetzt sind. Dennoch kann hier eine eher kohlekritische Tendenz registriert werden.

Nur durch eine überdurchschnittliche strikte Befürwortung der Kohle (Position B) zeichnen sich die Angehörigen der unteren Schicht der Neuen Mittelklasse aus, während die Besetzung der übrigen Positionen hier nicht vom Durchschnitt abweicht.

Demgegenüber präferiert die obere Schicht der Neuen Mittelklasse überdurchschnittlich eine generalisierte Kohlebefürwortung (A) und schließt sich nur unterdurchschnittlich einer entschiedenen Kohle-Kritik (F) an. Der Vergleich zur unteren Schicht der Neuen Mittelklasse verdeutlicht die offenbar wirksame Statusdiskrepanz gerade durch die jeweils vorrangige Einnahme der beiden kohlebejahenden Positionen A und B, die oben als den zwei entgegengesetzten Seiten der traditionellen Cleavage 'Kapital/Arbeit' zugeordnet worden waren (s.o., 6.3A).

Die ungelernten und angelernten Arbeiter zeichnen sich wiederum nur durch eine überdurchschnittliche Besetzung der eingeschränkten Kohle-Kritik (E) aus, die als expressive und weniger argumentative Kohlebeurteilung charakterisiert wurde und sich vornehmlich einer starken Kernenergiebejahung verdankt. Gleichwohl nehmen diese Position nur 13,2 der Arbeiter ein, während etwa die pragmatische Kohlebefürwortung von immerhin 20,6 % dieser Schicht vertreten wird.

Es verbietet sich also, die genannte überdurchschnittliche Bejahung einer Position hier überzubewerten.

Die Facharbeiter unterscheiden sich in keinem Punkt vom Antwortverhalten des Gesamtsamples signifikant; gleichwohl scheint es bei beiden Arbeitergruppen - wenn auch aus unterschiedlichen Begründungen heraus - eine leichte Tendenz zu eher kohlekritischen Positionen (E-G) zu geben.

Die Gruppe der Meister im Sample ist so klein, daß sich trotz einiger prägnanter Besetzungen von Positionen keine signifikanten Differenzen zu den übrigen Befragten ergeben. Für den Fall, daß ihr Antwortverhalten tatsächlich als repräsentativ zu werten wäre, ergäbe sich erneut die von der Diskussion der Kernenergiehaltung bekannte große Ähnlichkeit der Meister zum Antwortverhalten der Oberklasse.

Keine nennenswerten Abweichungen von der Positionsverteilung im Gesamt-sample ergeben sich durch die sektorale Gliederung der Arbeitnehmerschaft nach ihrer Beschäftigung in der materiellen Produktion, in Büro und Verwaltung, Handel und Transportgewerbe sowie im Dienstleistungsbereich. Interessanter sind hier schon die Kohle-Beurteilungen der funktionalen 'Eliten'.

Während die technisch-wirtschaftliche Berufsgruppe stark überdurchschnittlich mit 30 % die Position D (sehr eingeschränkte Kohlebefürwortung) besetzt, tut sie dies nur unterdurchschnittlich hinsichtlich einer strikten Kohle-Kritik (F). Die Vertreter der natur- und umweltbezogenen Berufe hingegen nimmt mit 36,0 % gerade diese Position der strikten Kohleablehnung ein und vertritt mit nur 4 % signifikant unterdurchschnittlich die Position der eingeschränkten (mit einer kernenergiepositiven Haltung verbundenen) Kohlebefürwortung.

Die gesellschafts- und menschenbezogenen Berufe schließlich weichen in keiner Position signifikant vom Gesamt-sample ab; lediglich die relativ starke Besetzung der Position A (generalisierte Kohle-Befürwortung) erscheint nahezu signifikant überdurchschnittlich.

In funktionaler Hinsicht ergibt sich also nur eine Beeinflussung der Kohlebeurteilung durch die Gegensatz-Dimension zwischen Technik und Wirtschaft einerseits, Natur- und Umweltbezug andererseits, die sich in der tendenziell inversen Besetzung der Positionen D und F ausdrückt. Eine analoge Beeinflussung der Kernenergiebeurteilung war hingegen nicht festzustellen gewesen; beide Funktionsgruppen beurteilten die Kernenergie relativ ähnlich und zwar überwiegend positiv. Hervorzuheben wäre, daß die eher positive Beurteilung der Kernenergie durch natur- und umweltbezogene Berufsgruppen (Landwirte etc) sich situationsbedingt durchaus ins Gegenteil verkehren kann, wie dies ja bei mehreren Standortkonflikten zutage getreten ist. Die technologiespezifisch kritische Beurteilung der Kohle scheint dagegen auf generellen Dispositionen eines großen Teils dieser Berufsgruppe zurückzugehen, die dann ihre Verfestigung teils in postmaterialistischen Orientierungen, teils in einer Sympathie für einen traditionelleren Natur- und Umweltschutz, ja sogar für die Grünen als einer politischen Bewegung finden kann.

Fassen wir die Einflüsse der sozialstrukturellen Determinanten zusammen, bleibt hinsichtlich einer kontroversen Beurteilung der Kohle im wesentlichen nur die gerade charakterisierte Dimension Technik/Wirtschaft vs. Natur- und Umweltbezug übrig. Einflüsse der Klassenstruktur sind zwar nachweisbar, beziehen sich jedoch weniger auf den Inhalt des Kohleurteils (pro und contra), sondern viel mehr auf den Begründungskontext der jeweiligen Position (A vs. B, D cs. E). Nur andeutungsweise zeichnet sich eine leicht kohlebejahende Tendenz bei den oberen, eine leicht kohlekritische Tendenz bei den unteren Strata der Gesellschaft ab.

6.5.5 Generalisierte Kritikperspektiven in der Kohlebeurteilung

Wir konnten bereits feststellen, daß die Rolle der Inglehartschen Wertdimension (Materialismus-Postmaterialismus), die für die Beurteilung der Kernenergie doch von wesentlicher Relevanz war (vgl. Abschnitt 5.4), nur in der Position einer industrialismuskritisch orientierten Kohlekritik (G) zum Tragen kommt. Position G ist jedoch im Gesamtsample nur mit 12,2 % besetzt; ihr kommt für das gesamte Meinungsspektrum zur Kohle bislang nur eine nachgeordnete Bedeutung zu.

Noch klarer wird der hier zu diskutierende Tatbestand, wenn man die Kohlebeurteilungen der Befragten mit Abitur heranzieht, die doch eine der Befragtengruppen mit größerer Resonanz für Kernenergiekritik und Industrialismuskritik sind. Ihre Besetzung der Kohle-Positionen unterscheidet sich in keinem Punkt signifikant vom Gesamtsample, wenngleich die Antworten der Stichprobe in unserem Sample jeweils überdurchschnittliche Häufigkeiten für die Positionen A und G aufweisen. A und G sind als komplementäre generalisierte Haltungen anzusprechen und weisen in der positionalen Analyse einen signifikant überdurchschnittlichen 'Abiturientenanteil' auf. Aber die Besetzung der Extrempositionen durch die Befragten mit Abitur stellt sich bei weitem nicht so prägnant dar, wie dies bei der Kernenergie der Fall war.

Die Erklärung für diese Resultate ergibt sich, wie bereits oben skizziert, durch die Intervention der Kernenergie-Beurteilung einerseits, und durch die noch wenig ausgeprägte Umweltkritik hinsichtlich der Kohle andererseits.

Denn Kernenergie-Kritik hat zum größeren Teil eine tendenzielle Kohlebefürwortung zur Folge, und selbst eine industrialismuskritische Generalisierung der Kohlebeurteilung ist zum Zeitpunkt unserer Befragung noch gebrochen durch eine relativ schwache Bewertung der Umweltaspekte von Kohlenutzung. Zudem wird den Kohlekraftwerken unter umweltkritischem Aspekt meist noch die Möglichkeit der Dezentralisierung und der damit günstigeren Standortverteilung zugute gehalten.

Daß dies möglicherweise auch auf einen systematischen Unterschied zwischen den Energieträgern Kernenergie und Kohle aus der Sicht der Industrialismuskritik hinweist, indem nämlich Spezifika der Kohlenutzung einer graduellen Beeinflussung zugänglich erscheinen (z.B. neueste technologisch mögliche Verfahren zur Rückhaltung von Schadstoffen), soll im letzten Abschnitt aufgegriffen werden.

6.6 Zusammenfassung

Die empirischen Ergebnisse des Abschnitts zur Kohlebeurteilung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Betrachtet man zunächst die Beantwortung der einzelnen Kohlestatements, findet man in der Bevölkerung im wesentlichen eine mehrheitliche Befürwortung der Kohle: 52,4 % lehnen die Behauptung ab, daß ein verstärkter Ausbau der Kohle auch nur einem übertriebenen Wirtschaftswachstum diene; 67,3 % halten es für einen Vorteil der Kohle, daß man leichter kleinere Kraftwerke bauen kann, deren Standorte sich günstiger verteilen lassen, und nur 49,4 % meinen, daß Kohle die Umwelt mindestens ebenso belastet, wie die Kernenergie. Einschränkend hierzu kann nur die Tatsache gelten, daß 59,8 % der Befragten keine Kraftwerke in ihrer Nachbarschaft haben wollen.

Einer solchen Beurteilung der Kohle entspricht es, daß 59,6 % nicht glauben, es werde beim verstärkten Ausbau der Kohle zu ähnlichen Protesten kommen wie beim Bau von Kernkraftwerken.

Unter Berücksichtigung der sieben von uns konstruierten Kohlepositionen wird eine eher kohle-befürwortende Haltung von 44,2 % der Befragten (Gruppen A-C), eine eher kohle-kritische Haltung von 29,5 % der Befragten (Gruppen F, G) vertreten. Dieses Verhältnis von etwa 3:2 für die Kohle verschiebt sich bei Einbeziehung der beiden mittleren Positionen (D, E) noch weiter zu ihren Gunsten zu einem Quotienten von 7:4.

2. Aufgrund der sich in der Kohle-Beurteilung kreuzenden Beeinflussungsfaktoren war es nicht möglich, eine strikte Ordinalskala der Kohle-Haltung entsprechend der Haltung zur Kernenergie zu bilden. An den diskutierten Kohle-Positionen war auch ihr jeweiliger Begründungskontext von wesentlicher Bedeutung. Damit erwies sich im Vergleich zur Kernenergie die Kohlebeurteilung als durchweg kontextabhängiger und weniger direkt durch eine generalisierende Industrialismuskritik oder gar allgemeine Wertprioritäten determiniert.

3. Gleichwohl ließ sich auch für die Beurteilung der Kohle zwischen einem eher generalisierten und einem eher technologiespezifischen Dissens unterscheiden.

Der Position einer generalisierten Kohlebefürwortung (A), die von 13,9 % der Befragten eingenommen wurde, stand eine Position industrialismuskritisch generalisierter Kohle-Kritik (G) gegenüber, die von 12,2 % der Befragten geteilt wurde.

Der Position (B) einer entschiedenen, jedoch eher technologiespezifischen Kohlebefürwortung (mit 12,1 % vertreten) stand eine entschiedene technologiespezifische Kohle-Kritik (F) gegenüber (mit 17,3 %).

Diese differenzierte Betrachtung der Kohlebeurteilung zeigt nun nicht mehr ein so deutlich kohlepositives Bild, wie es die globale Betrachtungsweise nahegelegt hatte. Vielmehr wird ein gewisses Potential der Meinungspolarisierung zur Kohle deutlich, das durch die relativ stark besetzten (zusammen 44,5 %) abwägenden Positionen C-E überlagert wird.

4. Die Untersuchung der wesentlichen Determinanten der Kohlebeurteilung ergab, daß die Haltung der Befragten zur Kernenergie hierbei an erster Stelle zu nennen ist.

Dem nachgeordnet sind weiter die Dimension der persönlichen Betroffenheit bzw. der Standortproblematik (vermittelt über die Geschlechtsrolle und z.T. die Konfessionszugehörigkeit), der Parteipräferenz, des funktional differenzierten Bezugs zu Technik, Naturwissenschaft und Wirtschaft einerseits, Natur und Umwelt andererseits, sowie an letzter Stelle die Dimension der Industrialismuskritik zu nennen, die direkt nur über die Position einer generalisierten Kohle-Kritik zum Tragen kommt.

Demgegenüber beeinflussen klassenstrukturelle Lagen weniger das Urteil zur Kohle, als vielmehr den jeweiligen Begründungskontext der Positionen.

Die Rolle der Wertorientierungen reduziert sich im Gegensatz zur Kernenergie auf eine gewisse Verstärkung jener bereits genannten industriekritischen Kohlebeurteilung (im Sinne ein der im Abschnitt 5 hervorgehobenen 'Radikalisierung'); ihr Einfluß auf die eher durch Technologiespezifika beeinflussten Kohlepositionen ist nicht vorhanden.

5. Für den relativ geringen direkten Einfluß der Industrialismuskritik und der Wertorientierungen auf die Beurteilung der Kohle konnten im wesentlichen zwei Gründe verantwortlich gemacht werden :

a) Die entscheidende Rolle der Kernenergie-Haltung

Es erwies sich, daß angesichts einer notwendigen Aufrechterhaltung der Energieversorgung eine eher kernenergiekritische Haltung zu einer eher kohlebefürwortenden Position, eine eher kernenergiebejahende Haltung zu einer eher kohlekritischen Position tendiert. Dieser als 'Kohle-Bonus' der Kernenergie-Kritiker apostrophierte Effekt erstreckt sich bis in die Reihen der industrialismuskritisch generalisierten Kohle-Kritik hinein, insofern auch hier die negative Bewertung der Umweltfolgen einer verstärkten Kohlenutzung gemildert wird und zu einer im Zeitpunkt der Befragung wenig ausgeprägten Umweltkritik an der Kohle beiträgt.

b) Technologische Spezifika der Kohle

Die Offenheit in der Ausgestaltung neuer Kohletechnologien und insbesondere die Möglichkeiten einer von industrialismuskritischen Strömungen als umweltfreundlich eingestuften Schadstoffreduzierung sowie einer flexibleren Standortverteilung verbunden mit einem soziopolitischen Dezentralisierungseffekt (vgl. Abschnitte 6 und 6.5.5) dürften aus der Sicht von Industrialismuskritik und Kernenergie-Kritik einen wichtigen Unterschied zur Kernenergie ausmachen, der unter dem Aspekt eines qualitativen Risikobegriffs, der Entsorgungsproblematik wie auch soziopolitischer Dimensionen (Großkraftwerke, 'Atomstaatsproblematik') eine solche Flexibilität und graduelle Beeinflußbarkeit nicht zugeschrieben wird.

Die hier genannten Zusammenhänge dürften somit den Hintergrund jener oben schon festgehaltenen größeren Kontextabhängigkeit der Kohlebeurteilung bilden (vgl. Pkt. 2 der Zusammenfassung).

7. Industrialismuskritik als ideologische Konzeptualisierung von Politik und das Konfliktpotential der Industrialismuskritiker

7.1 Industrialismuskritik als durchgängiges Interpretationsmuster

7.1.1 Zur systematischen Bedeutung der Kategorie "Industrialismuskritik"

Die Analyse der Umfrage ergab, daß bei der Beurteilung von Energietechnologien neben den individuellen Urteilen ein generalisierendes Muster der Deutung und Bewertung eine Rolle spielt, das die einzelnen Antworten, so divergierend sie sich auch manchmal darstellen, auf Seiten der Skeptiker wiederum zusammenfaßte. Wir haben dieses Einstellungssyndrom Industrialismuskritik genannt. Unserer Meinung nach handelt es sich dabei um kollektive Bewußtseinsphänomene, die sich nicht auf individuelle Einstellungen reduzieren lassen. Sie steuern die Dispositionen und das alltägliche Verhalten der Individuen und beeinflussen insbesondere die Informationsaufnahme und -verarbeitung. Gleichzeitig drücken sie aber auch Motivlagen der Gesellschaft (Rönsch) aus, die durch politisches Handeln kaum manipulierbar sind.

Innerhalb der Soziologie ist der theoretische, aber auch der methodologische Status solcher "Makroeinstellungen", die man als kulturelle Deutungsmuster bezeichnen kann, um ihren transindividuellen Charakter zu kennzeichnen, stark umstritten*.

"Kulturelle Deutungssysteme" existieren nicht "losgelöst", unabhängig von handelnden (interagierenden) Menschen. Sie werden in Interaktionen "realisiert" und aus der Beobachtung der Interaktionen und verbalen Äußerungen vom Forscher rekonstruiert (so wie z.B. die Grammatik aus Sprechakten "erschlossen" werden muß, ohne deshalb ein Gespinnst der Einbildung, nicht real existent, nicht verifizierbar zu sein). Als rekonstruierte Gebilde sind sie

*) Eine theoretisch konsistente Fassung der Kategorie "Industrialismuskritik" würde eine eingehende Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Ansätzen erfordern, die so unterschiedliche Konzepte wie "Deutungsmuster", "ideologische Konzeptualisierung", "generalisierte Verhaltenserwartungen", "Wertorientierungen" für jenen Zusammenhang zwischen individueller Einstellung und kulturellen Manifestationen verwenden. Dies kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden.

(als Totalität, als Struktur) nicht genetisch kausal aus einer aufzählbaren Menge von einzelnen Handlungen erklärbar - wiewohl bestimmte Veränderungen, die Einführung bestimmter Elemente durchaus historisch datierbar und auf spezifische Handlungen und Ereignisse zurückführbar sein mögen." (Thome 1981, S. 63)

Am besten scheint uns die Erfassung solcher generalisierten Verhaltenserwartungen (Luhmann) in einer Untersuchung über politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation durch das Forscherteam Allerbeck, Kaase und Klingemann gelungen zu sein. In einer international vergleichenden empirischen Forschung hat diese Gruppe, gestützt auf den theoretischen Ansatz von Campell et al. (1960) und Converse (1964), versucht, "politische Überzeugungssysteme" unter dem Aspekt der kognitiven Kompetenz zu analysieren (Allerbeck, Kaase, Klingemann 1979). Im Rahmen der Untersuchung von politischen Überzeugungssystemen zeigte sich, daß die Individuen politische Sachverhalte nach Maßstäben bewerteten, die zwei Dimensionen aufwiesen: a) die Reichweite, das bedeutet, wieviel unterschiedliche politische Objekte gleichbewertet wurden (Generalisierbarkeit), b) die Konsistenz, d.h., wie stark die Interdependenz zwischen den Elementen des Überzeugungssystems ist. Sie bildeten nach dem Grad der Generalisierbarkeit und der Konsistenz vier Haupttypen von Überzeugungssystemen. Die Spitzenstellung belegte der sogenannte Typ des Ideologen, bei dem die Dimensionen am stärksten ausgeprägt waren.

"Typisch für den Ideologen ist ein hohes Maß an Fähigkeit, politische Informationen zu verstehen, einzuordnen und zu behalten. Neue Informationen können im Kontext gesehen werden und so zusätzliche Bedeutung gewinnen. Das durch die zentralen Prinzipien der Ideologie implizierte Erklärungspotential gestattet es, den Einzelfall als Teil eines Ganzen zu verstehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die ideologische Denkweise ein effizienter Bezugsrahmen für die Politik in Gesellschaften mit einem hochentwickelten System der Massenkommunikation" (Allerbeck, Kaase, Klingemann 1979, S. 360). Betont werden muß, daß der Begriff Ideologie hier nicht inhaltlich gemeint ist, um einzelne Deutungssysteme wie Liberalismus, Sozialismus zu bezeichnen, sondern im formalen Sinne unter funktionalem Aspekt: wie werden Wirklichkeitsdeutungen strukturiert und welche Handlungsrelevanz kommt ihnen zu.

In ähnlicher Weise behandeln wir den Begriff der Industrialismuskritik. Hier handelt es sich um ein Deutungsmuster, daß die Einstellungen zu den Energietechnologien (Kohle und Kernkraft) generalisiert und in einen interpretativen Rahmen stellt, bei dem die kognitive Kompetenz eine wesentliche Rolle spielt. Gleichzeitig stellt dieser Deutungsrahmen ein kulturelles Produkt dar, das nicht nur von Individuen benutzt wird, sondern durch gesellschaftliche Organisationen, Bildungseinrichtungen und durch die Massenmedien verbreitet wird. Mit Hilfe dieses Deutungsmusters werden Einzelinterpretationen generalisiert, zu konkurrierenden Gesamtdeutungen integriert, die bei unterschiedlichen Gruppen dann zur Polarisierung führen können. Für den Konflikt um die Einführung von Energietechnologien könnten die beiden Interpretationsmuster Industrialismus vs. Industrialismuskritik eine solche Rolle spielen.

7.1.2 Theoretischer Rahmen und Dimensionen der Industrialismuskritik

Seinem Inhalt nach versuchen wir mit dem Begriff 'Industrialismuskritik' eine tiefgreifende Zäsur im kulturellen Selbstverständnis der westlichen Industriegesellschaften zu erfassen, die durch den "Ölschock" und durch die Diskussion um die "Grenzen des Wachstums" ein Krisenbewußtsein in der Bevölkerung signalisiert.

Die Industrialismuskritik kann als negative Folie zu den bis in die späten 70er Jahre hinein positiv bewerteten Industrialisierungsprozeß verstanden werden. Die grundlegende "Logik" dieses Prozesses kann man durch vier konstitutive Prinzipien beschreiben, die im Laufe ihrer gesellschaftlichen Durchsetzungen zur Herausbildung der industriellen Gesellschaft geführt haben. Diese Prinzipien sind: ökonomisches Wachstum, fortschreitende Arbeitsteilung, Bürokratisierung und technologische Rationalisierung. Es führt in unserem Zusammenhang zu weit, diese Prinzipien im einzelnen zu spezifizieren. Es hat sich aber gezeigt, daß sie zusammenschmolzen sind zu einem System des Industrialismus, das durch Technisierung, Rationalisierung, Spezialisierung und Zentralisierung gekennzeichnet ist und inzwischen alle Lebensbereiche der Gesellschaft erfaßt und durchorganisiert hat, gleich ob es sich um den Produktionsbereich, den Konsum- oder Freizeitsektor oder auch um den Dienstleistungsbereich han-

delt. In allen genannten Fällen findet eine ähnliche Entwicklung der Industrialisierung statt. Hermann Kahn sieht hierin die Entstehung einer "superindustriellen Gesellschaft", die im wesentlichen durch Großunternehmen, high-impact-technologies und der Internalisierung der Wirtschaftsmärkte gekennzeichnet ist (Kahn 1979).

Nun stellt die Kritik an der zunehmenden Industrialisierung der Gesellschaft im Rahmen der Geschichte der letzten zweihundert Jahre kein Novum dar. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erzeugte der Industrialisierungsprozeß ständig anti-industrialistische Bewegungen als Reaktion auf die mit ihm verbundenen destruktive Eingriffe in die Natur und als Abwehr sozial deklassierender Folgen für einzelne Bevölkerungsgruppen (Sieferle 1982). Bei dieser Kritik handelte es sich meist um konservative Bewegungen, die zum einen vorindustrielle Lebensformen zum Ideal erklärten und die zum anderen ihren bedrohten sozialen Besitzstand zu verteidigen suchten.

Die neuen sozialen Bewegungen, die im Laufe der 70er Jahre entstanden sind und die sich heute vornehmlich zum Sprecher der Industrialismuskritik machen, scheinen sich von den früheren Bewegungen durch zwei wesentliche Merkmale zu unterscheiden: zum einen reagieren sie auf die Krise des Industrialismus selbst und nicht nur allein auf seine Folgen, zum anderen vertreten sie Wertorientierungen, die sich in ihren hauptsächlichen Bestandteilen an einem Gesellschaftsbild orientieren, das post- und nicht vorindustriell strukturiert ist.

Was ist mit diesen beiden Charakterisierungen gemeint?

Die Kritik am industriellen Zivilisationsmodell läßt sich am deutlichsten im Begriff der Krise des Industrialismus fassen. Als Krise des Industrialismus werden die Grenzen einer Entwicklung thematisiert, die auf ökonomisches Wachstum, wissenschaftliche und technologische Entwicklung und bürokratische Rationalisierung gesetzt hatte (Bahro 1980, Ulrich 1979, Strasser/Traube 1981). Die Dynamisierung der Gesellschaft durch diese drei Antriebskräfte ist insofern an ihre Grenze gekommen, weil diese in sich selbst widersprüchliche Folgen erzeugt haben:

Das ökonomische Wachstum hat zur ökologischen Krise geführt. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung führte zu high impact technologies, die durch einen hohen Kapitalbedarf, eine komplexe Infrastruktur,

ein gesteigertes Rationalisierungstempo, eine prekäre Abhängigkeit von nichtregenerierbaren Rohstoffen, einen hohen Transportbedarf und hohe Unfall- und Umweltrisiken ausgezeichnet sind, die zu Wachstums- und Steuerungsprobleme führen. Gleichzeitig nimmt die Bürokratisierung und Verrechtlichung fast aller Lebensbereiche zu (Habermas 1981), die zum einen den Handlungsspielraum des einzelnen Bürgers einschränkt, zum anderen zeigt, daß der Wohlfahrtsstaat im Rahmen des Ausbaues der sozialen Versorgung an die sozialen Grenzen seines Wachstums gerät (Hirsch 1980). Hirschs These besagt knapp zusammengefaßt, daß mit dem wachsenden Erfolg auf dem Sektor der Produktion materieller Güter die Nachfrage nach sogenannten sozialen Gütern, wie z.B. Sozialprestige, Führungspositionen, soziale Privilegien ständig steigt, ohne daß er sie - da sie prinzipiell knapp sind - je befriedigen kann. Gleichzeitig wird der individualistische Verhaltenskodex, der die subjektive Seite der kapitalistischen Industriegesellschaft darstellt, durch die sozialen Versorgungssysteme und durch die Ausdehnung des öffentlichen Sektors unterhöhlt. Wachsende individuelle Frustration und wachsende Korrosion der sozialen Verhaltensgrundlagen markieren somit die sozialen Grenzen der Industriegesellschaft (Klages 1980).

Krise der Zivilisation meint nun unter dem Blickwinkel ihrer Kritiker, daß der industrielle Rationalisierungsprozeß des gesellschaftlichen Lebens verbunden ist mit Krisentendenzen in drei Dimensionen:

1. als "zunehmende Selbstdestruktivität" (Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens; Zunahme psychisch-sozialer Selbstzerstörung; Anwachsen des militärischen Vernichtungspotentials; selbstzerstörerische Dynamik des Nord-Süd-Konflikts);
2. als "abnehmende Gesamteffizienz" (im Rahmen einer Gesamtbilanzierung steht den steigenden ökonomischen, psychischen, physischen, sozialen und ökologischen Kosten der fallende Nutzen überflüssiger und im Überfluß vorhandener industrieller Güter gegenüber);
3. als "abnehmende Lösungskompetenz" (die aus der industriellen Entwicklung resultierenden Probleme können nicht mehr ohne sozial-schädliche, gesundheitlich und ökologisch gefährliche Folgewirkungen auf dem Wege wissenschaftlich-technischer Innovationen gelöst werden)" (Raschke 1980).

Diese Folgen des Industrialisierungsprozesses erzwingen auf subjektiver Seite Zweifel am Fortschrittsglauben und beginnen das kulturelle Wertesystem des Industriesystems zu unterminieren (Bell 1976; Löwenthal 1977). Diese Analysen stützen sich auf die Beobachtung, daß das traditionelle Wertesystem mit seiner positiven Bewertung von Arbeit, Disziplin und Privateigentum einerseits sowie dem Leistungsprinzip und Erfolgsstreben "als normierte", d.h. allgemein akzeptierte Verhaltensorientierung andererseits durch die beschleunigte Industrialisierung einem erheblichen Zerfallsprozeß ausgesetzt ist und daß neue Werte insbesondere von der jüngeren Generation vertreten werden, die sich stärker an unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung und gemeinschaftlichem Zusammenleben orientieren (Inglehart 1977).

Beide Entwicklungsstränge, sowohl die objektiven Folgen der Industrialisierung als auch ihre Reflexe im Wertesystem der Gesellschaft, haben dazu geführt, daß sich eine Protestbewegung in den westlichen Industriestaaten gebildet hat, die weniger um die gerechte Verteilung eines wachsenden Sozialprodukts kämpft, als sich vielmehr gegen das ökonomische Wachstum und dessen gesellschaftlichen Folgen selbst wendet, die im wesentlichen als negativ eingestuft werden. In Verbindung mit der Friedens- und Alternativbewegung und anderen "kulturrevolutionären" Veränderungen, entwickelt sich ein ideologisch zwar bisher noch wenig konsistentes, praktisch dennoch höchst wirksames Syndrom der Wachstums-, Technik- und Bürokratiekritik, dessen gemeinsamer Nenner eine ökologisch akzentuierte Industrialismuskritik darstellt. Träger dieser gesellschaftskritischen Orientierung ist eine sozialstrukturell höchst heterogene Gruppe. Zum einen handelt es sich um durch die Zerstörungen des Industriesystems unmittelbar Betroffene, zum anderen um Angehörige von Berufsgruppen, die vornehmlich im tertiären Sektor und dort im Humanbereich arbeiten. Die dritte Gruppe umfaßt die Jugendlichen im Ausbildungssystem.

Versucht man dieses Syndrom der Industrialismuskritik trotz seiner Heterogenität und seiner Inkonsistenzen zu systematisieren, so zeichnen sich vier wesentliche Kritik- und Orientierungsdimensionen ab:

Umweltkritik, Technologiekritik, Bürokratiekritik und Gesellschaftskritik.

- Umweltkritik:

Umweltkritik umfaßt zum einen die traditionelle Haltung der Umweltschützer, die schon immer auf die Zerstörung und Gefährdung der Natur und des ökologischen Gleichgewichtes hingewiesen haben, zum anderen - und dies stellt das Neue der 70er Jahre dar - wird die Ökologiekritik politisiert und im Zusammenhang mit Wachstum- und Technologiepolitik gebracht, so daß das gesteigerte Tempo des Industrialisierungsprozesses insgesamt ins Blickfeld der Kritik gerät. K.W. Brand kennzeichnet die neue Dimension der Ökologiekritik: "Zumindest in zweifacher Hinsicht erhält die krisenhafte Umstrukturierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ... eine entschieden neue Qualität als Krise der Subjekt- und Naturbasis der Gesellschaft. Die Industrialisierung sozialer Lebenswelten hat die naturwüchsige Reproduktion identitäts- und arbeitsfähiger Individuen ebenso in Frage gestellt, wie der gigantische Raubbau an der Natur, ihre global gewordene Zerstörung, ihre Regenerationsfähigkeit insgesamt in Frage stellt" (Brand 1982, S. 230).

- Technologiekritik:

Auch hier unterscheidet sich die Fortschritts- und Zivilisationskritik, die wir heute erleben von der vergangener Zeiten. Nicht gegen die Technik und Technologie an sich wird zu Felde gezogen, sondern gegen bestimmte Formen der Technik.

Im Zentrum der Kritik stehen die sogenannten Großtechnologien, die aufgrund ihres Trends zu Bürokratisierung und Zentralisierung der Gesellschaft, ihrer Risiken und nicht abschätzbaren Folgen bekämpft werden. Diese Art der Technikkritik bezieht sich nicht generell auf eine Ablehnung der Technik und damit auf eine Verhinderung von technisch-wissenschaftlichen Innovationen schlechthin, sondern im Mittelpunkt steht die Frage nach der Vereinbarung von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt.

Auch dadurch erfährt die Technikkritik eine gesellschaftspolitische Akzentuierung, an der es ihr vormals fehlte. Gleichzeitig unterliegt die Kritik einer Form der Verwissenschaftlichung, indem die Themen generalisiert und ihre Befunde wissenschaftlich untermauert werden. Nicht mehr Öffentlichkeit (Laienpublikum) steht gegen Wissenschaft und Technik, sondern wissenschaftlich gewonnene Ergebnisse werden anderen wissenschaftlich

erzeugten Expertisen gegenübergestellt. Das Aufbrechen des Konsensus der Wissenschaft und die Etablierung der Formen einer Gegenwissenschaft stellen heute die wesentlichen Charakteristika der Wissenschafts- und Technologiekritik dar.

- Bürokratiekritik:

Eine Voraussetzung des modernen Interventionsstaates war der Ausbau einer auf Planung und Regulierung spezialisierten und abgestimmten Verwaltung. Die Folge ihrer raschen Expansion zeigte sich in einer bürokratischen Durchdringung vieler Lebensbereiche wie Familie, Ausbildung und Lebensführung. Der Einzelne wird immer abhängiger von Sozialbürokratien, die ihn in seiner Handlungsfreiheit einengen. Aus dieser Lage resultiert eine doppelte Kritik am Staat: Einerseits wird die Bürokratisierung des Lebens als Last empfunden und es wird versucht, gegen einen weiteren Ausbau Protest einzulegen, andererseits entstand in den entwickelten Industriegesellschaften des Westens zunehmend die Forderung der Bürger nach einer umfassenden Ausweitung ihrer sozialen und politischen Beteiligungsrechte (Barnes/Kaase u.a. 1979). Bemerkenswert an dieser "partizipatorischen Revolution" ist nun, daß sie sich im wesentlichen auf die Beteiligung an administrativen Entscheidungen richtet; sei es bei der Planung einer Autobahn, der Sanierung von Stadtvierteln oder der Errichtung von Kraftwerken. Jedesmal entzündet sich der Protest unmittelbar am Betroffensein durch administrative Entscheidungen, die in ihrer Sinnhaftigkeit bestritten werden. Demokratie wird nicht mehr allein daran gemessen, ob freie Wahlen existieren, sondern wieweit der einzelne Bürger bei der unmittelbaren Gestaltung seines Lebens mitbestimmen kann. Neben die indirekte Formen der politischen Beteiligung über Wahlen tritt immer stärker die Forderung einer unkonventionellen direkten politischen Beteiligung (Kaase 1982).

- Gesellschaftskritik:

Die Gesellschaftskritik der Industrialismuskritiker wendet sich gegen ein Gesellschafts- und Naturverständnis, das in der fortschreitenden Arbeitsteilung und Spezialisierung, in der technisch effizienten und planrationalen Form der Organisation der Produktion und in einer technisch-wissenschaftlich gesteuerten Ausbeutung der Natur die wesentlichen Garantie für eine sinnvolle Gesellschaftsentwicklung sieht. Kritisiert wird ungezügelter Wirtschaftswachstums sowie eine nicht gebremste technisch-wissen-

schaftliche Entwicklung unter dem Gesichtspunkt des angestrebten Gleichgewichts von sozialer und ökonomischer Entwicklung mit dem ökologischen System. Verbunden damit ist eine Rückwendung zum Individuum und zu den Bedürfnissen des Menschen. " 'Lebensweise' ist eine umfassende gesellschaftliche Struktur, die von Bedürfnissen, Werthaltungen und Aktivitäten des Individuums her aufgebaut wird. Die Produktionsweise des ökonomischen Systems, die Organisationsweise des politischen Systems und die Einordnungsweise in das ökologische System sind durch dieses Konzept angesprochen, aber so, daß der Mensch in seinen vielfältigen Lebensbeziehungen unmittelbar der Bezugspunkt für die Politik bleibt " (Raschke 1980, S. 31). Was Raschke hier als ein neues Paradigma der Lebensweise entschlüsselt und was seiner Meinung nach inzwischen Orientierungsrahmen und handlungsleitend für die neuen sozialen Bewegungen geworden ist, kann man auch in anderen Publikationen wiederfinden. Gleich ob dort in einer Unterscheidung von "harter" und "weicher" Entwicklung der Gesellschaft (Lovins 1978) oder in der Differenz zwischen industrieller und nachindustrieller Gesellschaft (Gorz 1980/Touraine 1982) gedacht wird, gemeinsamer Nenner dieser Kritik ist die Infragestellung der industriellen Entwicklung in ihren drei wesentlichen Dimensionen: Arbeitsteilung, Wirtschaftswachstum und wissenschaftlich-technischer Fortschritt.

Wenn wir von Industrialismuskritik sprechen, so meinen wir genau dieses Syndrom, dessen tragende Elemente wir in der Umweltkritik, Technologiekritik, Bürokratiekritik und Gesellschaftskritik sehen. Dieses Interpretationsparadigma Industrialismuskritik läßt nun Raum für unterschiedliche Protestbewegungen. Zum einen finden sich hier alle diejenigen, die schon früher eine konservative Kritik am Industriesystem vorgetragen haben und ihre traditionellen und sozialen Besitzstände verteidigen wollen, zum anderen - und das ist die wichtigere Gruppe - wird das Industriesystem vom Boden einer schon rationalisierten Lebenswelt aus unter dem Blickwinkel seiner Überwindung kritisch kommentiert. Der gemeinsame Fokus dieser Kritik ist die Gewinnung neuer Lebensformen und eines neuen nach-industriellen Gesellschaftsbildes (Malcome 1981, S. 590 ff).

7.1.3 Funktionen der Industrialismuskritik

Trotz der größeren Bestimmtheit von ideologischen Konzeptualisierungen gegenüber allgemeinen Werthaltungen (vgl. 2.2.1.4) kommen beiden offenbar vergleichbare Funktionen zu. Einer Strukturierung von Konflikten durch Werthaltungen, die diese zu 'Wertkonflikten' macht, waren von uns drei wesentliche Implikationen zugeschrieben worden, die sich - vermittelt über deren inhärenten Wertbezug - auch als Funktionen ideologischer Konzeptualisierung begreifen lassen:

- Generalisierung infolge des Überschreitens einzelner inhaltlicher bzw. gegenstandsbezogener Aspekte und unmittelbarer Handlungszusammenhänge;
- Polarisierung infolge der miteinander fundamental konkurrierenden Problemdefinitionen und Wertorientierungen;
- Integration der Konfliktfronten infolge des Überschreitens spezifischer Interessenlagen (s.o., S. 28).

Darauf deuten bereits die empirischen Ergebnisse in den Kapiteln zur Energiepolitik, zur Kernenergie und zur Kohle hin, obwohl in diesen Zusammenhängen die Industrialismuskritik nicht unmittelbar empirisch operationalisiert und untersucht worden war (vgl. Abschnitt 7.2). In der empirischen Analyse der Industrialismuskritiker nun (Abschnitt 7.3) werden wir diesen Eindruck direkt bestätigt finden.

Wenden wir uns zunächst der Generalisierungsfunktion der Industrialismuskritik zu, so können wir resümieren, daß diese sich im Bereich der energiepolitischen Kontroverse sowohl an der Differenz zwischen generalisierter und 'populistischer' Umweltkritik ablesen ließ (vgl. 4.2) als auch in der themenunabhängigen, durchgängig kritischen Position der Grünen-Anhänger zu den energiepolitischen Statements (4.4).

Im Zusammenhang der Kernenergiekontroverse war wiederum die generalisierte Umweltkritik der industrialismuskritiknahen Gruppen auffällig (Abschnitt 5.1.2), und insbesondere konnte allgemein gezeigt werden, daß mit wachsender Nähe zur Industrialismuskritik bzw. hier auch zum Postmaterialismus Antwortdifferenzen gegenüber allgemeinen und technologiespezifischen Issues abnehmen (5.1.5; 5.4).

Im Rahmen der Beurteilungen zur Kohle schließlich fanden wir die generalisierende Tendenz der industrialismuskritischen Position (G) insofern bestätigt, als hier im Gegensatz zum Kohle-Urteil der technologiespezifischen Kernenergie Kritik auch gegenüber der Kohle eine weitgehend kritische Haltung eingenommen wurde (vgl. 6.3 und 6.5.5).

Die Polarisierungsfunktion der Industrialismuskritik ergibt sich über die fundamental miteinander konkurrierenden Problemdefinitionen - teils aufgrund konfligierender Wertorientierungen. Sie hängt mit der zuerst genannten Generalisierungsfunktion insofern zusammen, als der sie konstituierende Fundamentalismus den unmittelbaren gegenstands- und handlungsbezogenen Kontext überschreitet und zur Herausbildung konträrer Positionen führt.

Wir konnten die industrialismuskritische Position als den einen Pol im energiepolitischen 'Antagonismus' identifizieren (vgl. Abschnitt 4.1) und gerade deshalb gut als heuristische Kategorie zur Analyse des energiepolitischen Meinungsspektrums verwenden.

Unmittelbar ließ sich die polarisierende Wirkung der Industrialismuskritik ermessen, als wir ihren bestimmenden Einfluß auf eine entschiedene Kernenergie-Gegnerschaft rekonstruierten und deren enormen Gegensatz bei den "Bewegungsthemen" (Risiko, Umwelt, politische Legitimation und Müll) zur Einstellung der Kernenergiebefürworter nachwiesen (vgl. Abschnitt 5.3, Tabellen 25/26). Der hier festgestellte Zusammenhang ließ sich in gleicher Richtung auch für die Dimension der Inglehartschen Wertorientierungen zeigen, unter deren Einfluß gerade die Herausbildung der beiden entschiedenen konträren Positionen zur Kernenergie zu sehen ist (vgl. 5.4, Tabellen 32 und 33).

Auch in der Beurteilung der Kohle erwies sich der Gegensatz zwischen Industrialismus und Industrialismuskritik als polarisierend, wie dies in den Positionen A und G zum Ausdruck kommt (Abschnitt 6.3 und 6.5.1).

Eine Integrationsfunktion infolge des Überschreitens spezifischer Interessenlagen ließ sich bei der Industrialismuskritik insofern feststellen, als sowohl im Bereich von Energiepolitik (vgl. 4.3), Kernenergiehaltung (5.4) und Kohlebeurteilung (6.3) die interessenmäßige Heterogenität ihrer Träger und teilweise eine Integration sozialstrukturell spezifischer Bedeutungs-

kontexte im Rahmen dieser Konzeptualisierung von Politik (vgl. 4.3 - sozialstrukturelle Resonanz auf die Dimension der Kritik) nachzuweisen war.

Die Relevanz einer so verstandenen Integration von Konfliktfronten läßt sich jedoch erst abschätzen, wenn wir auf das reale Konfliktpotential der Industrialismuskritik zu sprechen kommen (vgl. 7.3.5), weil sich hieran entscheidet, inwieweit die 'ideologische' Integration der heterogenen Gruppierungen auch praktisch handlungsorientierend sein kann.

Bevor wir jedoch zu dieser Abschätzung kommen, wird in der Analyse der Industrialismuskritiker der unmittelbare empirische Nachweis jener drei Funktionen vorgenommen. Generalisierung der Kritik kann im Abschnitt über die formalen Aspekte ihres Antwortverhaltens (7.3.1) nachgewiesen werden. Ihre polarisierende Wirkung läßt sich sowohl an der Radikalität ihres Antwortverhaltens (ebd.) als auch an ihrer Beurteilung der Kohle in der Dimension des 'generalisierten Dissens' (8.1) festmachen. Und die ihr zukommende Integration heterogener Interessenlagen finden wir in den Abschnitten über die sozialstrukturellen Charakteristika der Industrialismuskritiker wie in der Diskussion ihres Konfliktpotentials (7.3.4 und 7.3.5) bestätigt.

7.2 Die Operationalisierung der Industrialismuskritik

Im Rahmen der empirischen Analyse fassen wir Industrialismuskritik als ein 'Deutungsmuster' auf, nach dem gesellschaftliche Gruppen ihre Alltagserfahrung interpretieren und nach dessen "Logik" sie ihr Handeln organisieren. Da es sich bei Deutungsmustern in diesem Sinn um Alltagstheorien handelt, die als Reaktion auf gesellschaftliche Problemlagen entstanden sind, ist ihre Präzision und begriffliche Schärfe nicht so ausgeprägt wie bei wissenschaftlichen Theorien (etwa: Industrialismuskritik als theoretische Kritik). Das wirft Probleme bei der empirischen Erfassung solcher Deutungsmuster auf.

Ebensowenig, wie wir im Rahmen der vorliegenden Untersuchung einen Beitrag zur theoretischen Klärung der gesellschaftlichen Natur und sozialpsychologischen Verankerung von 'ideologischen Konzeptualisierungen' oder 'Deutungsmustern' leisten wollten, beanspruchen wir, in die methodologische Diskussion zur Rekonstruktion solcher Deutungsmuster (vgl. Neuendorf/Sabel 1978, Oevermann 1979, Küchler 1980, Hopf 1982) einzugreifen.

Vielmehr sind wir erst im Zusammenhang der Auswertungsarbeiten zu unserer Befragung und vor dem Hintergrund der referierten Literatur zu der Hypothese gekommen, daß sich die gesellschaftliche Kontroverse um Energiepolitik und Großtechnologien am ehesten in der Widerspruchs-Dimension 'Industrialismus' - 'Industrialismuskritik' konturieren läßt. Für die Darstellung der Befragungsergebnisse in den Kapiteln 4-6 diente uns diese Hypothese bereits als heuristische Orientierung. Für eine unmittelbare empirische Untersuchung von Industrialismuskritik als ideologischer Strömung in der Gesellschaft und als wahrscheinlich handlungsorientierendem Deutungsmuster waren wir dann darauf angewiesen, ihre Operationalisierung anhand der uns zur Verfügung stehenden Items des Fragebogens zu versuchen.*

Wir sind uns darüber im Klaren, daß wir dabei eine doppelte Reduktion durchführen. Zum einen bilden wir aus vorliegenden politisch-theoretischen Positionen und ihrer wissenschaftlichen Kommentierung ein Konstrukt, in dem die Konturen und Dimensionen der Industrialismuskritik deutlicher hervortreten, als dies in ihren einzelnen Quellen womöglich der Fall ist. Zugleich soll ihr systematischer Zusammenhang klar werden.

Zum andern wurden die Dimensionen der Industrialismuskritik noch einmal auf thematisch wesentliche Punkte im Bereich von Energiepolitik und Energietechnologien eingeschränkt. Technologiekritik ist dadurch im wesentlichen durch Kernenergiekritik operationalisiert, und die Umweltkritik wird ausschließlich auf energiepolitische Probleme bezogen.

Dies führt zum Ergebnis, daß der gesamte Umfang von Industrialismuskritik nur in eingeschränktem Maße zur Geltung kommen kann.

Dennoch bestätigt die Faktorenanalyse schließlich die getroffene Auswahl, indem sie eine relativ eindeutige Zuordnung zwischen den theoretisch vorausgesagten Dimensionen der Industrialismuskritik und den ausgewählten Items

*) Ganz abgesehen davon, daß eine Operationalisierung von 'Deutungsmustern' mit Items einer standardisierten Befragung an sich schon problematisch erscheinen mag, kann sie auch nur hilfsweise das Fehlen einer eigens für die Erfassung der genannten Widerspruchsdimension konstruierten Skala kompensieren.

Gleichwohl zeigen die empirischen Ergebnisse u.E., daß hier tatsächlich eine gesellschaftlich relevante 'Motivlage' berührt wird, deren präzisere und methodisch validere Untersuchung eine Aufgabe zukünftiger Forschung darstellt.

ermöglicht, und in der Interfaktorenkorrelation auch einen interpretierbaren statistischen Zusammenhang zwischen den vier rekonstruierten Dimensionen nachweist (s.u.).

Folgende Items wurden ausgewählt:

- F5A: KE nicht umweltfreundlich
- F5E: KE nicht notwendig
- F5F: Atommüll unverantwortbar
- F7C: Umwelt kommt zu kurz
- F8A: Dezentralisierung von KoKW
- F22: Kein Zubau von KKW

Zusätzlich zu diesen Statements wurden von den Inglehartschen Items verwendet (s. F12, F13 und F14):

- "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande"
hat unter den 4 Zielen in F12 die letzte Priorität
- "Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung"
hat erste oder zweite Priorität unter den 4 Zielen in F12
- "Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde"
gehört zu den drei wichtigsten unter den 8 Zielen in F13
- "Entwicklung zu einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft"
gehört zu den drei wichtigsten Zielen in F13
- "Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld"
gehört zu den drei wichtigsten Zielen in F13
- "Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums"
gehört zu den drei unwichtigsten Zielen in F14.

Im einzelnen wurden folgende Variablen gebildet: Den vier Antwortkategorien bei den Statements sowie der "weiß nicht"-Antwort wurden fünf Zahlen zugeordnet, so daß die kritischere Antwort die höhere Zahl erhält. Z.B. bekommt die strikte Zustimmung zu dem Statement F5A "Die Kernenergie ist eine der umweltfreundlichsten Technologien" die niedrigste, die strikte Ablehnung die höchste Zahl. Die "weiß nicht"-Antwort wurde mit 0 bewertet.

Der Variablenwert zu "Ruhe und Ordnung" ist 1, wenn die oben hinter dem ersten Spiegelstrich genannte Bedingung erfüllt ist. Hat das Ziel "Ruhe und Ordnung" erste oder zweite Priorität, so bekommt die Variable den Wert -1. Wird diesem Ziel von dem Befragten die dritte Priorität beigegeben, nimmt die Variable den Wert 0 an.

Umgekehrt erhält die Variable zu "Mehr Einfluß der Bürger" den Wert 1 bei erster oder zweiter Priorität, den Wert 0 bei dritter und den Wert -1 bei letzter Priorität.

Bei den drei nächsten Items wird wie folgt verfahren:

Gehört das jeweils angegebene Ziel zu den drei wichtigsten in F13, so nimmt die Variable den Wert 1 an. Gehört das Ziel zu den drei unwichtigsten (s. F14), so erhält die Variable den Wert -1. In allen anderen Fällen nehmen die Variablen den Wert 0 an.

Schließlich erhält die Variable zu dem Item "Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums" den Wert 1, wenn dieses Ziel zu den drei unwichtigsten, den Wert -1, wenn es zu den drei wichtigsten gehört, und den Wert 0 in allen anderen Fällen.

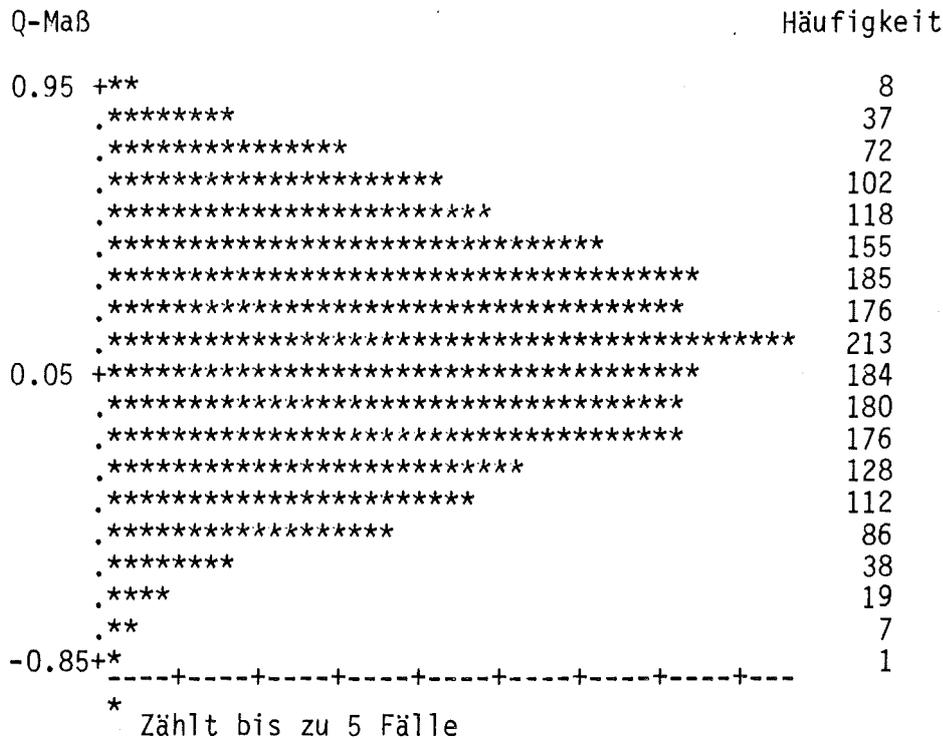
Auf diese Weise bekommt man für jeden Befragten eine Reihe von 12 Zahlen, die seine Antworten zu den zwölf Items abbildet. Die Reihe, die jedem Item den höchsten Wert zuordnet, wird nun als das prototypische Antwortmuster bei einer industrialismuskritischen Einstellung definiert. "Nähe zur Industrialismuskritik" eines Befragten läßt sich dann durch die Ähnlichkeit seines individuellen Antwortmusters mit dem prototypischen Antwortmuster operationalisieren und mit Hilfe des in der Psychologie verwendeten Q-Maßes (Hofstätter, 1957) quantifizieren.

Dieses Maß ist formal die Pearsonsche Produkt-Moment-Korrelation zwischen den beiden Zahlenreihen. Es kann alle Werte zwischen -1 (das individuelle Antwortmuster ist dem prototypischen entgegengesetzt) und +1 (beide Antwortmuster sind identisch) annehmen. Je größer der Wert des Q-Maßes ist, desto ähnlicher sind die beiden Antwortmuster, umso stärker wird Nähe zur Industrialismuskritik unterstellt. Je näher das Maß bei Null liegt, desto geringer ist ein Einfluß in die eine oder die andere Richtung anzunehmen. Ist das Maß stark negativ, so ist davon auszugehen, daß der Befragte eine zur Industrialismuskritik kontroverse Haltung vertritt.

Die folgende Abbildung zeigt die Verteilung des Q-Maßes im Gesamtsample. Sie ist der Gaußschen Normalverteilung angenähert (Der entsprechende

Test nach Kolmogoroff-Smirnow (Smirnow, 1948) ergibt, daß die Verteilung mit der Normalverteilung gleichgesetzt werden kann). Der Mittelwert liegt bei 0,13 und die Standardabweichung bei 0,35. Der niedrigste beobachtete Wert ist -0,83, der höchste 0,98.

Die Kurve veranschaulicht den Gegensatz zwischen Kritik und Affirmation. Beide Richtungen sind in der Bevölkerung symmetrisch verteilt. Das Bild zeigt eine fast gleichgewichtige Aufteilung der Bevölkerung in eher Kritische und eher Affirmative.



Die Faktorenanalyse der 12 Variablen wurde auf der Grundlage der tau-beta-Koeffizienten von Kendall durchgeführt. Die oblique Promax-Rotation führt zur folgenden Strukturmatrix:

Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Item
<u>.688</u>	.224	.260	.327	KE nicht umweltfreundlich
.500	.217	.249	<u>.516</u>	Müll unverantwortbar
<u>.674</u>	.255	.254	.443	Kein Zubau
<u>.729</u>	.226	.203	.260	KE nicht notwendig
.315	.226	.303	<u>.618</u>	Umwelt kommt zu kurz
.191	<u>.551</u>	.211	.165	Hohes Wirtschaftswachstum nicht prioritär
.182	.256	<u>.613</u>	.209	Bürgereinfluß
.153	-.074	<u>.348</u>	.215	Mitbestimmung
.115	-.036	.028	<u>.299</u>	Dezentralisierung
.195	<u>.650</u>	.165	.018	Freundl. Gesellschaft
.165	<u>.439</u>	.169	.120	Ideen
.244	.339	<u>.730</u>	.179	Ruhe und Ordnung nicht prioritär

Die unterstrichenen Zahlen stellen in jeder Zeile die höchste Korrelation dar und definieren dadurch die Zuordnung zwischen Item und Faktor. Damit werden die vier theoretisch postulierten Dimensionen der Industrialismuskritik wie folgt bestätigt:

Faktor 1: Kernenergiekritik

Die Dimension der Kernenergiekritik wird durch drei Items mit den relativ höchsten Faktorladungen umschrieben:

- Kernenergie ist für die Energieversorgung nicht notwendig (Korrelation .729)
- Kernenergie ist nicht eine der umweltfreundlichsten Technologien (Korrelation .688)
- Der Bau zusätzlicher Atomkraftwerke wird abgelehnt (Korrelation .674).

Zusammengenommen lehnen diese drei Antworten die Kernenergie ziemlich umfassend ab. In ihnen werden zugleich die Dimension der "Energieversorgung", "Umwelt" und "Zubau" berührt, mit anderen Worten: Gesellschaftskritik (etwa im Sinne der Pfade 3 und 4 der Enquête-Kommission (Deutscher Bundestag, 1980), Umweltkritik und politische Einbindung der technologischen Entwicklung. Die Kernenergiekritik nimmt also in ihrer inhaltlichen Dimen-

sion eine vermittelnde, ja sogar zentrale Stellung zu den übrigen Dimensionen der Industrialismuskritik ein.

Faktor 2: Gesellschaftskritik

Die den Faktor 2 kennzeichnenden Items sind:

- Die Entwicklung zu einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft wird als eines der drei wichtigsten Ziele in F 13 angesehen (Korrelation .650)
- Die Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums wird als eines der drei unwichtigsten Ziele in F 14 angesehen (Korrelation .551)
- Die Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld, wird als eines der drei wichtigsten Ziele in F 13 angesehen (Korrelation .439).

Im Zusammenhang verweisen diese drei Auffassungen bzw. Wertorientierungen kritisch auf eine Gesellschaft, die durch einen Primat des wirtschaftlichen Wachstums (der Kapitalakkumulation) geprägt ist, und in der sich soziale Beziehungen über das Medium Geld und nicht über 'persönliche', qualitative Eigenschaften und Verhaltensweisen der Menschen herstellen - gewissermaßen eine Kritik an dem Phänomen der Entfremdung, die ihren Ausgang von diesem Wirtschaftssystem nimmt. Zu beachten ist hier, daß es sich um eine fundamentale Kritik und nicht um eine 'linke' Position im Rahmen des Verteilungsparadigmas handelt.

Faktor 3: Bürokratiekritik

Die drei Items, die den Faktor 3 definieren und zusammen als Bürokratiekritik interpretiert werden, sind:

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande hat unter den vier politischen Zielen in F 12 die letzte Priorität (Korrelation .730)
- Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung hat unter den vier Zielen in F 12 die erste oder die zweite Priorität (Korrelation .613)

- Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde gehört zu den drei wichtigsten Zielen in F 13 (Korrelation .348).

Die Ausrichtung dieser Kritik läßt sich als Ablehnung eines starken, kontrollierenden Staates beschreiben und als Befürwortung einer stärkeren Beteiligung der Bürger am politisch-sozialen Geschehen. Die drei Auffassungen entsprechen vollkommen jener oben skizzierten 'partizipatorischen Revolution', die als ein zentraler Bestandteil der Industrialismuskritik dargestellt wird.

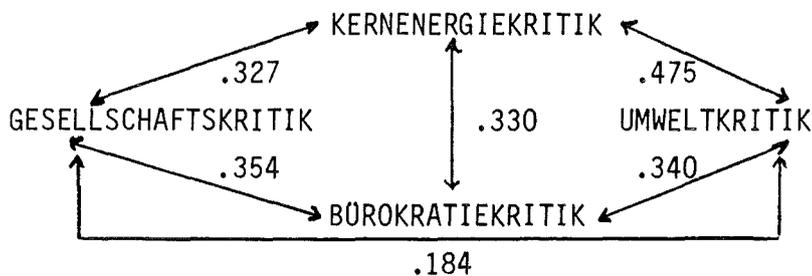
Faktor 4: Umweltkritik

Die Dimension der Umweltkritik wird durch die drei folgenden Items umrissen:

- Umweltfragen kommen in der Energiepolitik gegenüber wirtschaftlichen und technischen Fragen zu kurz (Korrelation .618)
- Unseren Nachkommen wird auf unverantwortliche Weise der radioaktive Müll hinterlassen (Korrelation .516)
- Im Gegensatz zur Kernenergie ist ein Vorteil der Kohle, daß man leichter kleinere Kraftwerke bauen kann, deren Standorte sich günstiger verteilen lassen (Korrelation .299).

Die drei Statements stellen einen vielschichtigen Bezug zum Umweltthema her: Im Zusammenhang mit der Kritik an den herrschenden wirtschaftlich-technischen Prioritäten in der Energiepolitik (in der Momente der Gesellschafts-, der Bürokratiekritik und der Kritik an der Kernenergie anklingen), im Zusammenhang mit dem Problem der Endlagerung radioaktiven Mülls (eine auch stark auf die Kernenergie gemünzte Kritik (Korrelation .500!)) und durch das komplexe Statement zur Möglichkeit der Dezentralisierung von Kohlekraftwerken, das durch seine Mehrdimensionalität (Kernenergiekritik; Kohlebeurteilung; die bisher noch umstrittene Ansicht, daß viele kleine Kraftwerke umweltgünstiger seien als wenige große) nur zu relativ kleinen Korrelationen mit den Faktoren kommt. Dennoch kann als verbindendes Thema aller drei Statements die Umweltkritik angenommen werden.

Die hier durchgeführte oblique (schiefwinklige) Faktorenanalyse hat gegenüber der üblicheren orthogonalen Faktorenanalyse den Vorteil, daß die Faktoren als nicht unabhängig voneinander angenommen werden müssen. Auf diese Weise ist es möglich, Korrelationen zwischen den vier Dimensionen der Industrialismuskritik zu bestimmen. Schon in der oben abgedruckten Strukturmatrix zeigt sich, daß viele der Items auch erheblich mit den jeweils anderen Faktoren korrelieren, was nicht nur auf die Vielschichtigkeit dieser Items, sondern auch auf Zusammenhänge zwischen den Faktoren verweist. Aufgrund der Interfaktorenkorrelationen ergibt sich die folgende Struktur der Industrialismuskritik:



Die eingezeichneten Zahlen bezeichnen die Korrelationen zwischen den jeweiligen Faktoren und indizieren die Stärke der jeweiligen Beziehung zwischen diesen Dimensionen.

Es zeigt sich, daß Gesellschafts- und Umweltkritik zwei elementare Quellen der Industrialismuskritik darstellen, zwischen denen nur ein schwächerer statistischer Zusammenhang besteht. Das läßt sich auf die tatsächliche historische Herausbildung der Industrialismuskritik zurückführen (vgl. z.B. Haunschild 1982, S. 172).

Die beiden Quellen der Industrialismuskritik vermitteln sich über die Kernenergiekritik und über die Bürokratiekritik, wobei die Kernenergiekritik das relativ stärkere Bindeglied darstellt.

7.3 Zur empirischen Analyse der Industrialismuskritik

Die im vorigen Abschnitt beschriebene Operationalisierung der Industrialismuskritik kann nun dazu verwandt werden, diejenige Teilgruppe des Gesamtsamples herauszuheben, für die das Q-Maß besonders hohe Werte aufweist, die sich also gemäß unserer Definition durch eine große Nähe zu dieser Kritikhaltung auszeichnet.

Wir bestimmen dazu jene 10 % der Befragten, deren Q-Werte oberhalb des 90. Perzentils der Verteilung des Q-Maßes liegen, d.h. oberhalb eines Q-Wertes von 0,69. Mit etwa 10 % der Bevölkerung wird in theoretischen Analysen inzwischen auch das soziale Potential der industrialismuskritischen, neuen sozialen Bewegungen abgeschätzt (Vester 1983).

Diese Gruppe nennen wir im folgenden kurz 'Industrialismuskritiker'. Ihr Antwortverhalten, die Dimensionen ihrer 'ideologischen Konzeptualisierung' von Gesellschaft und Politik, ihre sozialstrukturellen Merkmale sowie das ihr generell zukommende Konfliktpotential sollen nun analysiert werden.

7.3.1 Konsistenz, Radikalität und Generalisierung der Kritik

Bis auf zwei Ausnahmen ist bei allen Statement-Beantwortungen eine gegenüber dem Gesamtsample signifikante Erhöhung der Kritikanteile bei den Industrialismuskritikern zu registrieren.

Der über alle 15 Statements gemittelte Kritikanteil beträgt 74,5 %, bei den Kernenergie-Statements speziell 84,5 %, bei den energiepolitischen Statements 80,0 %, bei den Kohle-Statements hingegen 'nur' 52,7 % (alle Prozentangaben unter Berücksichtigung der "weiß nicht"-Stimmen).

Die erste Ausnahme finden wir beim Statement F7B (Kohle und Sparen), wo die Zustimmung der Industrialismuskritiker mit 78,3 % zwar sehr hoch erscheint, aber dennoch unter der des Gesamtsamples liegt (vgl. in diesem Sinn schon Abschnitt 4.2).

Bei dem Statement F8B (Kohle belastet die Umwelt mindestens ebenso stark wie die Kernenergie) ist die - in Bezug auf die Kohle affirmative - Ablehnung mit 67,7 % sogar wesentlich höher als im Gesamtsample (37,1 %).

Diese Ergebnisse weisen auf besondere Umstände der Kohle-Beurteilung durch die Industrialismuskritik hin, die bereits erwähnt wurden und auf die im Abschnitt 8 noch einmal gesondert eingegangen wird. Schon jetzt kann gesagt werden, daß gerade die Ablehnung des Statements F8B primär als Kritik an der Kernenergie gedeutet werden muß, die zu einer eher positiven ökologischen Beurteilung der Kohle beiträgt. Insofern stellt seine Beantwortung durch die Industrialismuskritiker nur scheinbar eine Inkonsistenz zum sonstigen Antwortverhalten dar.

Bei allen übrigen Statements beträgt die durchschnittliche (über alle Statements gemittelte) Erhöhung des Kritikanteils 28,8 %-Punkte, bei den Kernenergiestatements sogar 42,1 %-Punkte.

Auffallend ist nun, daß diese Kritikanteile in weitaus größerem Umfang als dezidierte Urteile ("stimme voll und ganz zu", "lehne voll und ganz ab") vorliegen, als dies im Gesamtsample der Fall ist. Über alle Statements gemittelt ist der Anteil dezidiert kritischer Urteile bei den Industrialismuskritikern 48,5 %; bei den Kernenergie-Statements beträgt dieser Anteil 57,0 %, bei den energiepolitischen Statements 51,7 %. Wiederum bezeichnend ist, daß dieser Anteil bei den Kohlestatements bei nur 31,6 % liegt.

Der Tatbestand weit überdurchschnittlich dezidierter Kritik kann somit als Indikator ihrer 'Radikalität' aufgefaßt werden.

Insgesamt bestätigen die Zahlen die Erwartung, daß in der Gruppe der Industrialismuskritiker durchgängig kritischer geurteilt wird als im Gesamtsample, also auch bei jenen 10 items, die nicht für unsere Operationalisierung von Industrialismuskritik verwandt wurden. Die Ausnahmen lassen sich in Übereinstimmung mit dem oben durchgeführten Tabellenanalysen erklären, insbesondere was das Verhältnis der Industrialismuskritik zur Kohle betrifft.

Schließlich wäre noch auf den Aspekt der Generalisierung im Antwortverhalten der Industrialismuskritiker einzugehen. In den Kapiteln 2 und 3 war ja wiederholt auf den Unterschied zwischen technologiespezifischer und generalisierter Kritik an Energietechnologien hingewiesen worden, der sich insbesondere bei der Kernenergie in den Schwankungen der Kritikanteile zu einzelnen issues bemerkbar machte. Die Reduktion dieser Schwankungen wurde - neben der Erhöhung der Kritikanteile - als Indiz für den Einfluß der generalisierenden Industrialismuskritik gewertet (vgl. Tabelle 18).

Dieses Kriterium wird jetzt insofern bestätigt, als sich zeigt, daß die mittlere Schwankung der Kritikanteile von 19,7 %-Punkten im Gesamtssample auf 4,3 %-Punkte bei den Industrialismuskritikern zurückgeht (vgl. dazu den Kommentar zu Tabelle 32). Ähnlich gering ist diese Schwankungsquote auch bei der Gruppe der Postmaterialisten.

7.3.2 Antwortverhalten in den Dimensionen der Industrialismuskritik

Neben den erwarteten formalen Aspekten des Antwortverhaltens (Konsistenz, Radikalität, Generalisierung) finden wir auch in den inhaltlichen Dimensionen der Industrialismuskritik das erwartete Ergebnis. Das Antwortverhalten im einzelnen läßt sich dementsprechend folgendermaßen zusammenfassen:

Industrialismuskritiker sind (im Vergleich zum Gesamtssample)

- ausgesprochen kernenergiekritisch

Sämtliche Statements zur Kernenergie werden gerade in der extremen Urteilkategorie weit überdurchschnittlich kritisch beantwortet. Die durchschnittliche Kritikquote ist mit fast 86 % extrem hoch. Eine Befürwortung der Kernenergie tritt in der Gruppe der Industrialismuskritiker überhaupt nicht auf. Nur 0,5 % sind "unentschieden", 15,6 % "pragmatische" und 67,2 % "entschiedene Kernenergie-Gegner". 26,8 % der Gruppe werden allerdings von den Positionen der ordinalskalierten Kernenergiebeurteilung nicht erfaßt. Darunter befindet sich eine Position, die im Gesamtssample schwach besetzt war, in der Gruppe der Industrialismuskritiker jedoch von Bedeutung ist: die Position nämlich, die weder die Kernenergie für notwendig hält, noch einen weiteren Zubau von Kernkraftwerken, zugleich aber

auch ein Moratorium ablehnt. Aus dem Kontext ergibt sich, daß diese Position den 'Ausstieg' aus der Kernenergie sofort will und ein Warten auf die Lösung von Problemen für überflüssig hält.

- stark umweltkritisch

Weit überdurchschnittlich viele Industrialismuskritiker sprechen sich entschieden für regenerative Energieträger als Lösung der Energieprobleme aus; ebenso entschieden vertreten sie die Meinung, daß Umweltfragen in der Energiepolitik zu kurz kommen und daß der radioaktive Müll unverantwortlich sei (vgl. Abschnitt 4.2.2, Faktorenanalyse).

- entschieden bürokratiekritisch und überdurchschnittlich partizipationsorientiert

Eine mehrheitliche Politikerentscheidung für die Kernenergie wollen 84,3 % der Industrialismuskritiker nicht akzeptieren; davon 37,4 % ganz entschieden nicht, während dies im Gesamtsample nur 8,7 % tun. 79,9 % lehnen die Behauptung ab, daß ein stärkerer Einsatz der Politiker für die Kernenergie die Energieprobleme lösen würde; hier ist der Anteil der entschiedenen Ablehnung 42,9 % gegenüber 13,1 % im Gesamtsample.

Zugleich befürworten die Industrialismuskritiker überdurchschnittlich die Forderung nach mehr Partizipation der Bürger an politischen Entscheidungen. 29,3 % halten diese Forderung für das wichtigste Ziel unter den ersten vier Inglehart-Items (Gesamtsample: 20,2 %). Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde zählt für 34,9 der Industrialismuskritiker zu den drei wichtigsten Zielen unter den 8 Inglehart-Items (Gesamtsample: 26,4 %). Schließlich halten nur 35,4 % der Gruppe die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land für vorrangig (Gesamtsample: 44,1 %).

Es fällt jetzt schon auf, daß die Differenz zum Gesamtsample hinsichtlich der Inglehart-Items weniger gravierend ist, als bei den energiepolitischen Statements. Auf diese Frage wird im Zusammenhang mit den Wertorientierungen der Industrialismuskritiker noch einzugehen sein.

- überdurchschnittlich gesellschaftskritisch

47,5 % der Industrialismuskritiker halten die Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums für eines der drei unwichtigsten Ziele unter

den 8 Inglehart-Items (Gesamtsample: 37,7 %). Entsprechend ist der Anteil der Industrialismuskritiker, die dieses Ziel priorisieren unterdurchschnittlich hoch.

Eine freundliche, weniger unpersönliche Gesellschaft priorisieren hingegen 43,4 %, während die entsprechende Quote im Gesamtsample nur 36,2 % beträgt. Für unwichtig halten dieses Ziel hingegen 36,4 % der Industrialismuskritiker (Gesamtsample: 42,2 %).

Eine Gesellschaft, in der Ideen wichtiger als Geld sind, halten 30,3 % der Industrialismuskritiker, aber nur 20,7 % des Gesamtsamples für vorrangig.

Demgegenüber gibt es hinsichtlich einer 'Verschönerung unserer Städte und Landschaften' keine signifikante Abweichung zum Rest des Gesamtsamples.

Ähnliches gilt auch für die Erhaltung einer stabilen Wirtschaft und den Kampf gegen steigende Preise. Ersteres bedeutet gar für die Industrialismuskritiker ebenso wie für das Gesamtsample das weitaus wichtigste Ziel. Allenfalls ist erwähnenswert, daß für 9,1 % der Industrialismuskritiker, aber nur für 3,3 % des Gesamtsamples die Erhaltung einer stabilen Wirtschaft zu den drei unwichtigsten Zielen gehört. Selbst unter den stark durch den Technologiekonflikt geprägten Industrialismuskritikern gibt es also nur eine Minderheit, die dieses Ziel geringschätzt und dahinter womöglich die Dominanz einer Wachstumsorientierung sieht. Auch dieser Tatbestand erscheint von Bedeutung, wenn man das Verhältnis von Wertorientierungen (im Inglehart'schen Sinn) und industrialismuskritischem Deutungsmuster untersucht.

Am Rande sei abschließend bemerkt, daß die von anderen empirischen Untersuchungen bereits konstatierte Verbindung industrialismuskritischer und ökologischer Bewegungen in der Gesellschaft zu thematisch anders gelagerten Kritikströmungen wie etwa der Friedensbewegung (vgl. theoretische Einleitung, S. 37) sich auch in unserer Untersuchung wiederfindet. So halten nur 17,7 % der Industrialismuskritiker, aber 24,8 % des Gesamtsamples die Sicherung einer starken Landesverteidigung für eines der drei wichtigsten Ziele; umgekehrt zählt dieses Ziel für 59,6 % der Indu-

strialismuskritiker, aber nur für 43,7 % des Gesamtsamples zu den drei unwichtigsten Zielen; legt man das Verhältnis von 'wichtig' zu 'unwichtig' zugrunde, wird dieses Ziel im Gesamtsample also für doppelt so wichtig gehalten wie von den Industrialismuskritikern.

7.3.3 Industrialismuskritik und Wertorientierungen

Wie in den Dimensionen der Bürokratie- und der Gesellschaftskritik deutlich wurde, sind die Differenzen der Industrialismuskritiker zum Antwortverhalten des Gesamtsamples hier deutlich weniger ausgeprägt, als in den technologie- und umweltkritischen Bereichen, was zum Teil sicher auf die erwähnte Reduktion in unserer Operationalisierung der Industrialismuskritik zurückgeht (vgl. 7.2).

Gleichwohl ist der Tatbestand erklärungsbedürftig, daß nur 37,9 % der Industrialismuskritiker entsprechend dem Index von Inglehart als eher postmaterialistisch, 62,1 % jedoch als eher materialistisch orientiert anzusehen sind. Die folgende Tabelle gibt die Wertorientierungen dieser Gruppe im Vergleich zum Gesamtsample wieder.

Tabelle 59: Wertorientierungen der Industrialismuskritiker und des Gesamtsamples*

Wertorientierung (nach Inglehart)	Industrialismuskritiker (in %)	Gesamtsample (in %)
materialistisch	<u>39,4</u>	46,5
gemischt materialistisch	22,7 <u>(62,1)</u>	27,9 (74,4)
gemischt postmaterialistisch	<u>8,1</u>	15,4
postmaterialistisch	29,8 <u>(37,9)</u>	10,2 (25,6)

*) Unterstrichene Prozentsätze weichen signifikant auf dem 95 %-Niveau vom Gesamtsample ab, gestrichelte auf einem Niveau zwischen 90 und 95 %.

Wie die Tabelle zeigt, beträgt der Anteil der ausgesprochenen Postmaterialisten, die sich z.B. ähnlich wie die Gruppe der Industrialismuskritiker als durchgängige und generalisierende Kritiker der Kernenergie erwiesen hatten (vgl. 5.4), nur 29,8 % der Industrialismuskritiker. Dieser Anteil ist zwar signifikant überdurchschnittlich und bestätigt insofern die engere Bindung dieser Gruppe an eine postmaterialistische Orientierung. Auch der signifikant unterdurchschnittliche Anteil der eher materialistisch Orientierten an den Industrialismuskritikern weist in diese Richtung.

Es bleibt jedoch der erklärungsbedürftige Tatbestand einer relativ geringen Überschneidung beider Orientierungen bestehen.

Hierfür können nun drei Ursachenkomplexe in Erwägung gezogen werden.

a) Komplexitätsgefälle

Der Zusammenhang zwischen der Industrialismuskritik als einer stark technologie- und umweltbezogenen Orientierung und einer eher allgemeineren Kritik an den dominanten gesellschaftlichen Strukturen könnte deshalb schwächer als erwartet sein, weil den Gegenständen beider Kritikperspektiven ein unterschiedliches Komplexitätsniveau zukommt. Industrialismuskritik steht vor weniger komplexen, greifbareren Zusammenhängen, während eine postmaterialistische Gesellschaftskritik auf schwerer zu durchschauende soziale Probleme bezogen ist.

b) Verankerungsgefälle

Es scheint plausibel, daß eine Kritik an Verhältnissen, die konstitutiv für unsere Gesellschaftsordnung erscheinen (Wirtschaftsstabilität und -wachstum, Ordnung und Sicherheit, starke Administration und repräsentative Demokratie, geldvermittelte soziale Beziehungen) schwerer fällt und größere Widerstände auch bei den Kritikern selbst zu überwinden hat, als bei einer historisch relativ neuartigen Problematik (Großtechnologien, Umweltgefährdung), zu der die affirmativen Anschauungen womöglich weniger fest in den Grundüberzeugungen der Gesellschaftsmitglieder verankert sind.

c) Indexkonstruktion bei Inglehart

Inwieweit sich darüberhinaus die Inglehart'sche Wertdimension einer problematischen Indexbildung verdankt (vgl. auch 2.2.2) und von daher nur eine geringe Überschneidung mit der Industrialismuskritik zeigt, steht

einstweilen dahin. Warum sollte jemand, der eine 'stabile Wirtschaft' einer Wirtschaftskrise vorzieht und jene daher priorisiert, als 'materialistisch' und damit vom Standpunkt des Postmaterialismus als unkritisch gelten? (s.o.)

Diese Frage verweist zugleich auf das bereits angesprochene Problem der Bedeutungskontexte der Inglehartschen items, wenn nämlich die Priorität einer stabilen Wirtschaft von einer Minderheit der Industrialismuskritiker möglicherweise deshalb abgelehnt wird, weil sie dahinter die Dominanz einer ökonomischen Wachstumsorientierung sehen (Wachstum als Bedingung wirtschaftlicher Stabilität).

Solche Fragen nach unterschiedlichen Bedeutungs- und Kontextbezügen von items wie nach der theoretischen Validität der Indexkonstruktion selber gälte es in späteren Untersuchungen noch zu klären.

7.3.4 Sozialstrukturelle Charakteristika der Industrialismuskritiker

Alter und Bildung erweisen sich - ähnlich wie bei der Analyse erklärender Variablen einer postmaterialistischen Wertorientierung (vgl. Küchler 1981) als wesentliche sozialstrukturelle Determinanten einer industrialismuskritischen Konzeption.

Während 23,2 % der Industrialismuskritiker ihre Schulbildung mit dem Abitur abgeschlossen haben, trifft dies nur auf 12,2 % des Gesamtsamples zu. Umgekehrt weisen 60,3 % aller Befragten einen Volksschulabschluß auf, während dieser Anteil bei den Industrialismuskritikern nur 51,5 % ausmacht.

Überdurchschnittlich viele Industrialismuskritiker (wenn auch nur 8,6 %) haben einen Hochschulabschluß. Zu ihrer Information über Energieprobleme nutzen signifikant überdurchschnittlich viele Industrialismuskritiker überregionale Tageszeitungen und Vorträge, unterdurchschnittlich viele hingegen die Bild-Zeitung. Bei der Nutzung von Büchern in diesem Zusammenhang liegt der entsprechende Anteil gar doppelt so hoch wie im Gesamtsample. Bei der Nutzung von Fernsehen, Illustrierten und Lokalzeitungen sind dagegen keine signifikanten Abweichungen festzustellen.

Auch in der Altersstruktur der Industrialismuskritiker ergeben sich die erwarteten Differenzen. Der Anteil der 18-35-jährigen beträgt bei ihnen nämlich 48,5 %, während er im Gesamtsample nur 32,4 % ausmacht. Komplementär dazu sind die über 66 Jahre alten Befragten in der Gruppe der Industrialismuskritiker stark unterrepräsentiert: ihr Anteil beträgt nur 10,1 % (Gesamtsample: 16,6 %). Obwohl die mittleren Jahrgänge (36-65 Jahre) dem Durchschnitt entsprechen, kann man sagen, daß die Industrialismuskritiker insgesamt deutlich jünger als der Rest der Bevölkerung sind.

Entsprechend den Ergebnissen in den vorhergehenden Kapiteln überrascht es auch nicht, daß sich bei den Industrialismuskritikern zwar keine signifikanten Differenzen bezüglich der Zugehörigkeit zur evangelischen oder katholischen Konfession ergeben, wohl aber hinsichtlich der Konfessionslosigkeit. 10,6 % der Gruppe gehören keiner Konfession an (Gesamtsample: 7,2 %). Vom Umfang her bedeutungslos, aber qualitativ doch erwähnenswert scheint auch die Tatsache, daß der Anteil derjenigen, die nicht-christlichen Religionen angehören, unter den Industrialismuskritikern ebenfalls signifikant überdurchschnittlich ist. Dieses Ergebnis könnte die theoretisch gewonnene Annahme unterstreichen, daß sich im Rahmen einer Industrialismuskritik sowohl eher konservativ orientierte, vorindustriellen Standards verhaftete, wie auch postindustrielle Strömungen vereinigen, wobei letzteren größere Bedeutung zukommt (vgl. 7.1.2).

Im Unterschied zur Erklärung postmaterialistischer Orientierungen kommt jedoch der Geschlechtszugehörigkeit bei der sozialstrukturellen Charakterisierung der Industrialismuskritiker keine Bedeutung zu.

Wie verhält es sich nun mit der Bedeutung von Klassenstruktur und funktionaler Struktur der Erwerbstätigen für die Industrialismuskritik?

Wie nach den theoretischen Diskussionen zu erwarten war, scheinen die traditionellen Klassen- und Schichtgegensätze, denen heute noch Relevanz für die politische Konfliktlinie im Rahmen des 'Verteilungsparadigmas' zukommt, keine prägende Kraft auf den neuen Gegensatz von Industrialismus und Industrialismuskritik zu haben. Dies wird zumindest in unserer Untersuchung durch den Tatbestand gestützt, daß weder die Klassen- und Schichtzugehörigkeit noch die Einkommensverhältnisse der Industrialismuskritiker signifikant vom Gesamtsample abweichen. Dies gilt für die Industrialismus-

kritik insgesamt, nicht aber unbedingt für einzelne ihrer Dimensionen (vgl. 4.3) und verweist somit auch hier auf den jeweiligen Kontextbezug.

Auch hinsichtlich der funktionalen und sektoralen Gliederung der Erwerbstätigen ergeben sich keine signifikanten Abweichungen vom Gesamtsample - mit einer Ausnahme! Die von uns als 'Testgruppe' für die Nähe der Industrialismuskritik herangezogene Gruppe von Beschäftigten mit "produktionsfernen Berufen" bzw. die weitgehend identische funktionale "gesellschaftsbezogene Elite" ist unter den Industrialismuskritikern signifikant überdurchschnittlich vertreten. Die Prozentsatzdifferenz ist allerdings hier bei weitem nicht so groß wie bei den bereits als wesentlich bezeichneten Determinanten Alter und Schulbildung.

Diese Ergebnisse bestätigen nicht nur, daß es sich hier allem Anschein nach um eine neue Konfliktlinie handelt, die quer zu den tradierten Konfliktlinien steht, sondern zugleich machen die nachweisbaren sozialstrukturellen Determinanten der Industrialismuskritik, wie Jugend, höheres Bildungsniveau, Konfessionslosigkeit und gesellschafts- und menschenbezogene Tätigkeit die theoretisch gewonnene Annahme plausibel, daß diese neue Konfliktlinie ihren Ausgangspunkt "in Bereichen der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und der Sozialisierung" (Habermas, vgl. Theoretische Einleitung, S. 22) hat.

Von der bei Theoretikern wie Habermas oder Raschke entwickelten Auffassung her, diese Problembereiche als Faktoren eines Konflikts um die "Lebensweise" bzw. um die "Grammatik von Lebensformen" zu deuten, lassen sich zwanglos die beiden industrialismuskritischen Dimensionen Gesellschafts- und Bürokratiekritik verstehen. Auch Technologiekritik erscheint vor diesem Hintergrund insoweit verständlich, als aus der Sicht der Industrialismuskritiker die modernen Großtechnologien insbesondere Gefährdungen in sozio-politischer Hinsicht mit sich bringen. Weniger direkt ist hingegen die systematisch wie historisch gesondert entwickelte Umweltkritik in diesem Zusammenhang zu interpretieren (vgl. 7.2). Von der traditionellen Natur- und Umweltschutzbewegung unterscheidet sich die industrialismuskritisch generalisierte Umweltkritik aber wohl gerade darin, daß sie einen systematischen Zusammenhang zwischen dem Verhältnis des Menschen zum Menschen und zur Natur in den Vordergrund stellt, die Verdinglichung der menschlichen Verkehrsformen ebenso verurteilt wie den Raubbau an

der Natur. Dies kommt insbesondere auch in den Kategorien der "ökologischen Kreisläufe" und der "ökologischen Gleichgewichte" zum Tragen (vgl. etwa Strasser/Traube 1981) (vgl. 7.1.2).

Die hier festgestellte sozialstrukturelle Heterogenität der Industrialismuskritiker, die es verhindert, daß sie sich in der Verfolgung ihrer Ziele und Interessen auf traditionell institutionalisierte Vertretungen und Konfliktaustragungsformen stützen können (z.B. Gewerkschaften, herkömmliche Parteienlandschaft), ist zugleich ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Abschätzung des Konfliktpotentials, das dieser konzeptuellen Position und den ihr verbundenen Bewegungen zuzumessen ist.

7.3.5 Konfliktpotential der Industrialismuskritiker

In Anlehnung an politologische Diskussionen (vgl. Offe 1973, Olson 1968) erscheint es bei der Abschätzung des Konfliktpotentials sozialer Interessengruppen und Bewegungen sinnvoll, zwischen ihrer Konfliktfähigkeit und ihrer Konfliktbereitschaft zu unterscheiden. Beides muß nicht unbedingt zusammenkommen.

Unter Konfliktfähigkeit sollen hier die formalen und sachlichen Möglichkeiten begriffen werden, zur Durchsetzung der angestrebten Ziele ökonomische, soziale und politische Mittel einzusetzen, die tatsächlich beim Konfliktgegner Wirkung zeigen. Es ist dabei etwa an Streiks, Boykotte, Demonstrationen, an Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung, aber auch an direkte Zugangsmöglichkeiten zum System der institutionalisierten politischen Willensbildung zu denken.

Konfliktbereitschaft hingegen meint die Bereitschaft, jene Mittel auch tatsächlich einzusetzen und das damit verbundene Risiko von Gegenmaßnahmen des Konfliktgegners, staatliche Sanktionen und letztlich einer Niederlage in diesem Konflikt auf sich zu nehmen.

Von einer Abschätzung des Konsenspotentials, die sich wesentlich auch auf den Gegenstand des Konflikts und seine Verhandlungsfähigkeit unter dem Gesichtspunkt von Interessen- und Wertprioritäten beziehen müßte und sich als solches komplementär zur Abschätzung des Konfliktpotentials verhält, soll in den folgenden Ausführungen jedoch abgesehen werden.

Die inhaltlichen und formalen Bestimmungen der Industrialismuskritik, wie sie in den vorhergehenden Abschnitten theoretisch und empirisch gegeben wurden, deuten eher darauf hin, daß im Falle der Industrialismuskritik ein solches Konsenspotential gering zu veranschlagen ist.

Ausgehend von der thematischen und sozialen Heterogenität der Industrialismuskritik und den Erfahrungen, die mit den ihr nahestehenden sozialen Bewegungen bereits vorliegen, kann man ihr mit K.W. Brand einerseits durchaus eine relativ hohe Konfliktfähigkeit zuschreiben, insofern "die Bildung breiter und thematisch wechselnder Koalitionen" möglich ist, "ohne daß Fragen der Parteidisziplin oder der ideologischen Abgrenzung eine entscheidende Barriere darstellen" (Brand 1982, S. 189).

Brand denkt hier nicht nur eine regionale und sozialstrukturelle Breite, sondern auch an das Hineinwirken ins bestehende Parteiensystem und in bestehende Interessenorganisationen wie in die Berichterstattung der Massenmedien (ebd., S. 190).

Zugleich ist aber der geringe Grad institutioneller Verfestigung und Anbindung an das bestehende System politischer Entscheidungen auch eine Schranke für Konfliktfähigkeit (vgl. auch Vester 1983). Unsere empirische Analyse zeigt, daß die Parteienpräferenz der Industrialismuskritiker hinsichtlich SPD und FDP nicht signifikant vom Gesamtsample abweicht. Dieses bedeutet, neben den entsprechenden Ausführungen zur Parteienpräferenz in den früheren Kapiteln, daß die doch konsistent, entschieden und generalisiert eingenommene Position gegenüber der Entwicklungslinien der Industriegesellschaft nicht eindeutig eine der vom bestehenden Parteiensystem angebotenen Repräsentanzen gefunden zu haben scheint. Zumindest gilt das für den - im Rahmen des Verteilungsparadigmas dominanten - Gegensatz zwischen 'rechten' und 'linken' Positionen.

Zugleich zeigt sich, daß der Anteil der CDU-Anhänger unterdurchschnittlich und der Anteil der Grünen-Anhänger überdurchschnittlich bei den Industrialismuskritikern vertreten ist. In der Dimension der Parteipräferenz liegt also der charakteristische Gegensatz eher zwischen der CDU und den Grünen, als zwischen CDU bzw. FDP und SPD. Für die CDU läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß sie neben der Funktion, im Bezugsrahmen des Verteilungsparadigmas die eher konservative Position zu vertreten,

nun auch die Funktion innehat, in Bezug zur neuen Konfliktlinie die eher industrialistische Position einzunehmen, während sich die industrialismuskritische Position parteipolitisch - wenn überhaupt - vorrangig auf die neue und bisher wenig ins institutionalisierte Parteiensystem integrierte Partei der Grünen orientiert.

Wie Brand zu Recht argumentiert, ist für eine langfristige Durchsetzungs- und Mobilisierungsfähigkeit der neuen sozialen Bewegungen ein "Bestand an organisatorischer Infrastruktur" unerlässlich, die dem jeweils erreichten Grad an sozialer Verbreitung und inhaltlicher Generalisierung entspricht (ebd., S. 190). Die neue Partei der Grünen stellt, wie auch unsere empirischen Ergebnisse hinsichtlich des Grades an Generalisierung zeigen, ein Element der sich entwickelnden Infrastruktur von Industrialismuskritik dar. Andere Elemente sind unverkennbar geworden, wie die organisatorische Vernetzung von Bürgerinitiativen und von Selbsthilfe- und Alternativprojekten oder auch die Institutionalisierung einer 'kritischen Wissenschaft' (Öko-Institute etc.).

Als Faktoren von Konfliktfähigkeit können auch das überdurchschnittliche Bildungsniveau (Argumentations- und Artikulationsfähigkeit) und das Alter (generationsspezifische Mobilität und Ungebundenheit) angesehen werden, die sich insbesondere bei der Mobilisierung für politische Aktionen bzw. "unkonventionelles politisches Verhalten" auswirken.

Zusammengefaßt läßt sich die Konfliktfähigkeit der aktiven Industrialismuskritiker weniger an der Nutzungsmöglichkeit ökonomischer und institutioneller Machtmittel festmachen, da eine ökonomisch homogene Interessenlage und -vertretung nicht besteht und eine direkte Teilhabe am bestehenden politischen Entscheidungssystem kaum abgesichert ist.

Viel eher liegt der Schwerpunkt ihrer Konfliktfähigkeit offenbar in den durch verschiedene Umstände begünstigten politischen, ideologischen und praktischen Mobilisierungsmöglichkeiten sowohl gegenüber sozialen Segmenten, die der Industrialismuskritik ohnehin nahestehen, wie gegenüber sozialen Gruppierungen, die von einzelnen Folgen der Industrialisierung betroffen sind oder wie im Fall der Kernenergie bereits eine technologiespezifische Kritikhaltung einnehmen (vgl. auch Cole/Withey 1981).

Diese Auffassung scheint eine zusätzliche Bestätigung in unseren Daten zu finden. Die Gruppe der Industrialismuskritiker zeichnet sich nämlich sowohl hinsichtlich ihres Informationsverhaltens auf energiepolitische Fragen hin als auch hinsichtlich ihres Engagements in der Kernenergiekontroverse durch eine signifikant überdurchschnittliche Gesprächsbereitschaft und -aktivität aus. Dies ist insofern erstaunlich, als direkte Gespräche generell das unproblematischste, jedem offenstehende und am häufigsten genutzte Mittel der Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist. 66,2 % der Industrialismuskritiker gegenüber 55 % im Gesamtsample nutzen Gespräche zur Information über Energiepolitik, und 57,1 % der Industrialismuskritiker gegenüber 38,3 % im Gesamtsample haben sich mittels Gesprächen in der Kernenergiekontroverse engagiert.

Es liegt nahe, diesen Tatbestand als Ausdruck einer gewissen Meinungsführer-Funktion der Industrialismuskritiker zu werten, die sowohl im Hinblick auf die Konfliktfähigkeit wie auf die Konfliktbereitschaft der Gruppe von Relevanz ist.

Die spezifischen Mittel, die den Industrialismuskritikern zur Verfügung stehen und ihre Konfliktfähigkeit ausmachen, werden von ihnen offenbar auch verstärkt eingesetzt. In diesem Sinne läßt sich also von einer relativ hohen Konfliktbereitschaft sprechen. Prägnant ist in unseren Daten vor allem das Engagement der Industrialismuskritiker in der Kernenergiekontroverse, das man aufgrund ihrer inhaltlichen Beurteilung der Kernenergie als gegen diese gerichtet zu verstehen hat. Alle im Fragebogen vorgegebenen Möglichkeiten wurden weit überdurchschnittlich genutzt. Neben den bereits erwähnten Gesprächen mit Freunden, Bekannten oder Kollegen haben sich 18,2 % (Gesamtsample: 4,2 % bzw. 3,2 %) bereits an einer Unterschriftenaktion beteiligt oder Aufkleber und Anstecknadeln benutzt. 15,2 % der Industrialismuskritiker haben bereits an einer Kundgebung teilgenommen (Gesamtsample: 2,6 %). In einer Bürgerinitiative mitgearbeitet haben 5,2 % (GS: 0,5 %) und eine solche finanziell bzw. praktisch unterstützt 8,6 % (GS: 0,9 %). Schließlich haben - dies kann speziell auf die entsprechende Artikulations- und Argumentationsfähigkeit bezogen werden - 3 % einen Leserbrief an Zeitungen geschrieben; im Gesamtsample taten dies nur 0,4 %.

Diese Ergebnisse müssen auch vor dem Hintergrund der bereits diskutierten überdurchschnittlichen Partizipationsorientierung der Industrialismuskritiker gesehen werden (vgl. 7.3.2), die selber als Faktor für "unkonventionelles politisches Verhalten" (Kaase) zu sehen ist.

Betrachtet man nun den Zusammenhang von Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft der Industrialismuskritiker, um ihr Konfliktpotential abzuschätzen, so spitzt sich die Frage angesichts ihrer hohen Bereitschaft, die ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auch zu nutzen, darauf zu, ob und in welchem Maß es dieser konzeptuellen Kritikströmung gelingt, über die bereits erfolgreiche punktuelle und regional begrenzte Mobilisierung politischer Unterstützung hinaus ihren Einfluß auf breitere Bevölkerungskreise auszuweiten und politisch-organisatorisch zu stabilisieren. Der Einzug der Grünen in den Bundestag könnte ein Schritt in dieser Richtung sein und zugleich die systematischen Zugangsmöglichkeiten zum institutionalisierten politischen Entscheidungsprozeß wie zu der öffentlichen Meinungsbildung durch die Medien verbessern. Gleichwohl ist das tatsächlich erreichte Niveau ihres Konfliktpotentials, was die Möglichkeit einer erfolgreichen Durchsetzung ihrer sozio-politischen Ziele betrifft, immer noch vergleichsweise gering einzuschätzen (vgl. Brand 1982, S. 192).

8. Industrialismuskritik und die verstärkte Nutzung der Kohle

8.1 Industrialismuskritiker in der Beurteilung der Kohle

Den direkten Einfluß der Industrialismuskritik auf die Kohlebeurteilung hatten wir aufgrund der Analyse der Kohlepositionen als relativ gering bezeichnet (vgl. 6.6).

Wenden wir uns nun dem Antwortverhalten der 'Industrialismuskritiker' gegenüber den einzelnen Kohlestatements und ihrer Besetzung der Kohlepositionen zu, müssen wir diese Beurteilung modifizieren und können zugleich bisher gewonnene Erkenntnisse über den Zusammenhang von Kohlebeurteilung und Industrialismuskritik vertiefen.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Gruppe der Industrialismuskritiker über die Nutzungsmöglichkeiten der Kohle nicht besser informiert ist, als der Bevölkerungsdurchschnitt: in der Bekanntheit von Verheizung, Verstromung und Veredlung gibt es für diese Gruppe keinerlei Abweichungen vom Gesamtsample. Insbesondere die relativ geringe Bekanntheit der Veredlungstechnologien (nur 55,6 % meinen, sich darunter etwas vorstellen zu können) muß bei der Diskussion der Kohlebeurteilung durch die Industrialismuskritik in Erinnerung behalten werden. Inwieweit sich hier neue Beurteilungs-Aspekte bei einer fortschreitenden Bekanntheit bzw. Erfahrung mit Veredlungsanlagen ergeben, kann aufgrund unserer ersten Befragung also schlecht abgeschätzt werden (vgl. dazu aber: Schott/Teufel 1981, Teufel 1983).

Daß "Kohle und Sparen" den Ausbau von Kernkraftwerken in vernünftigen Grenzen halten können, bejahen die Industrialismuskritiker ebenso häufig wie die Bevölkerung, aber eine überdurchschnittlich starke Minderheit lehnt diese Behauptung entschieden ab. Hierin drückt sich die relative Distanz der Gruppe zu einer 'populistischen Umweltkritik' aus, wie sie bereits auf der Basis einer Faktorenanalyse konstatiert wurde (Abschnitt 4.2).

Demgegenüber ist die Zustimmung der Industrialismuskritiker zu dem Statement, ein Vorteil der Kohle bestehe in der Möglichkeit kleinerer Kraftwerke und einer günstigeren Standortverteilung, entschieden größer als in der Bevölkerung: nur 1 % dieser Gruppe lehnt das Statement ab (Gesamtsample: 18 %), aber allein 53,5 % stimmen entschieden zu (Gesamtsample: 29,9 %). Dieses Ergebnis stützt die zuvor ausgesprochene Interpretation über die Bedeutung technologischer Spezifika im Kohleurtel der Industrialismuskritik (6.5.5).

Die entschiedene Kernenergie-Kritik der hier behandelten Gruppe führt dazu, daß 67,6 % die Behauptung ablehnen, Kohle belastet die Umwelt mindestens ebenso stark wie die Kernenergie (Gesamtsample: 37,1 %). Bemerkenswert ist jedoch, daß diese Ablehnung hier zum größeren Teil nicht entschieden, sondern vorsichtig erfolgt (zu 44 %). Hier finden wir die bereits konstatierte gegenläufige Wirkung der Dimensionen Kernenergie-Kritik und Umweltkritik bezüglich des Kohleurtels der Gruppe wieder.

Die Schlüsselfrage für die Kohlebeurteilung im engeren Sinn, ob die verstärkte Nutzung der Kohle nur einem übertriebenen Wirtschaftswachstum diene, bejahen 40 % der Industrialismuskritiker gegenüber 30,7 % in der Bevölkerung. Dieses Ergebnis entspricht den Erwartungen, aber auch hier geht die Zustimmung zum größeren Teil auf eine vorsichtige und weniger auf eine entschiedene Haltung zurück. Die Anwendung industriekritischer Standards auf die Kohle erscheint gebrochen durch die kontextgebundene Abwägung der energiepolitischen Situation. Zugleich verneinen die Frage nämlich auch rund 45 % der Industrialismuskritiker, wiederum zum größeren Teil 'vorsichtig'. Bei der Diskussion der Kohle-Positionen und ihrer Besetzung durch die Gruppe werden wir diese Meinungsdivergenz zur Kohle wiederfinden.

Entsprechend den Erwartungen spielt die Dimension persönlicher Betroffenheit bzw. der Standortproblematik im Urteil der Industrialismuskritiker keine dominante Rolle. Die Ablehnung von Kraftwerken in der Nachbarschaft ist nicht größer als bei der Bevölkerung insgesamt. Darauf hatte ja auch schon der Tatbestand hingedeutet, daß das Verhältnis von Männern und Frauen wie von Protestanten und Katholiken in dieser Gruppe dem Bevölkerungsdurchschnitt entspricht (7.3.4).

Zugleich bestätigt der Befund die oben vorgenommene Konstruktion der Kohle-Positionen im Hinblick darauf, daß in die Position G der industriekritisch generalisierten Kohle-Kritik sowohl Befürworter wie Gegner des Nachbarschaftsstatements aufgenommen wurden (vgl. 6.2).

Die Analyse des Antwortverhaltens der Industrialismuskritiker gegenüber den einzelnen Kohlestatements hat zunächst nur die bereits gewonnenen Erkenntnisse unterstreichen können, vor allem die Relevanz der Kernenergiehaltung im Verhältnis zur Umweltproblematik der verstärkten Kohlenutzung sowie deren technologische Spezifika.

Beide Aspekte münden ja in die gegenüber der Kernenergie stärkere Kontextgebundenheit des Kohle-Urteils dieser Gruppe.

Untersucht man nun die Verteilung der Industrialismuskritiker auf die selber schon in ihrem Begründungskontext zu interpretierenden sieben Kohle-Positionen, stellt man fest, daß die Gruppe hier in fast allen Positionen sig-

nifikant vom Gesamtsample abweicht. Die Tabelle 60 weist den Tatbestand aus und stellt ihn dem Antwortmuster der Postmaterialisten gegenüber, die sich ausschließlich in der Position G signifikant vom Gesamtsample unterscheiden.

Gegenüber dem Verhältnis von 3:2 für die Kohle im Gesamtsample (Gruppen A-C vs. Gruppen F-G) fällt das Urteil der Industrialismuskritiker eher unentschieden aus, während bei den Postmaterialisten sogar der Anteil kritischer Stimmen überwiegt. Interessant ist nun aber, daß bei den Industrialismuskritikern in der Dimension des 'generalisierten Dissens' (vgl. 6.6.3) 32,2 % Kohlekritikern (Position G) nur 1,4 % Befürworter (Position A) gegenüberstehen, während dieses Verhältnis bei den Postmaterialisten bei weitem nicht so kritisch ausfällt. In der Dimension des eher an Technologiespezifika orientierten Dissens hingegen stehen sich bei den Industrialismuskritikern 19,2 % Kohle-Befürworter (Position B) und 14,4 % Kritiker (Position F) gegenüber; hier herrscht also die Befürwortung vor.

Tabelle 60: Besetzung der Kohle-Positionen durch Industrialismuskritiker und Postmaterialisten *

Kohle-Position	Industrialismus- kritiker (Abweichung)	Postmate- rialisten	Gesamt- sample
A. Generalisierte Kohlebefürwortung	<u>1,4</u> (- 12,5)	12,1	13,9
B. Entschiedene Kohlebefürwortung	<u>19,2</u> (+ 7,1)	8,5	12,1
C. Pragmatische Kohlebefürwortung	<u>26,7</u> (+ 8,5)	17,1	18,2
D. Eingeschränkte Kohlebefürwortung	<u>4,8</u> (- 14,3)	15,6	19,1
E. Eingeschränkte Kohlekritik	<u>1,4</u> (- 5,8)	5,0	7,2
F. Entschiedene Kohlekritik	14,4	20,1	17,3
G. Industrialismus- kritische Kohle- Kritik	<u>32,2</u> (+ 20,0)	<u>21,6</u>	12,2
N	146	199	1458

* Alle unterstrichenen Prozentwerte weichen mindestens auf dem 99 %-Niveau vom Gesamtsample ab.

Bei den Postmaterialisten überwiegen in dieser Dimension die kritischen Stimmen: 20,1 % Kritiker (Position F) stehen nur 8,5 % Befürwortern (Position B) entgegen. In der Tendenz ist dieses Verhältnis auch dann gültig, wenn man berücksichtigt, daß die Postmaterialisten in den Positionen B und F nicht signifikant von der durchschnittlichen Positionsverteilung abweichen.

Diese Befunde erhärten die These, daß die Bewertung der Kohle nach Industrialismuskritischen Standards durch deren technologische Spezifika und kontextuelle Erwägungsgründe (Energiepolitik, Kernenergie) gebrochen ist. In gewisser Weise finden wir in den beiden entgegengesetzten Kohle-Urteilen der Industrialismuskritiker (generell kohlekritisch, technologiespezifisch kohlebefürwortend) jenen für das Verhältnis von Kernenergiehaltung und Kohlebeurteilung festgestellten Gegensatz zwischen generalisierter und technologiespezifischer Kernenergiekritik (Tabellen 56 und 57) wieder.

Daß es sich bei der von uns indizierten Gruppe, zu deren Indizierung keines der Kohlestatements diente, tatsächlich um solche Befragten handelt, die der Industrialismuskritik nahestehen, zeigt sich nicht nur an der 20 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegenden Besetzung der Position G, sondern ebenso deutlich an der extrem unterdurchschnittlichen Besetzung der Positionen A (1,4 %) und D (4,8 %), die beide als einer industrialistischen Orientierung nahestehend bezeichnet werden mußten (vgl. 6.3). Im Gesamt-sample nehmen demgegenüber 33 % der Befragten diese Positionen ein.

Schließlich bestätigt sich auch die bereits gewonnene Erkenntnis, daß der 'Kohle-Bonus' der Kernenergie-Kritik weit in die Reihen einer industrialismuskritischen Kohlebeurteilung hineinreicht (vgl. 6.6.5), wenn man beachtet, daß 26,7 % der Industrialismuskritiker die Position C einer pragmatischen Kohle-Befürwortung einnehmen. Sie liegen zwar nur 8,5 %-Prozentpunkte über dem Durchschnitt (im Gegensatz zu der 20 %-Differenz bei der generalisierten Kohle-Kritik), besetzen damit aber die Position C am zweitstärksten überhaupt. Anders ausgedrückt, schlägt bei diesem Befund wiederum die bereits konstatierte überragende Bedeutung der Kernenergie-Haltung für das Kohle-Urteil durch.

Daß das Verhältnis von Industrialismuskritik und Postmaterialismus, zumindest bezogen auf den von uns gebildeten Index, nicht so eng ist, wie man dies hätte vermuten können, wurde bereits festgestellt (vgl. 7.3.3). In der Verteilung der Postmaterialisten auf die Kohle-Positionen findet dies seinen Ausdruck darin, daß 27,7 % industrialismusorientierte Positionen (A, D) einnehmen (und damit nur knapp unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen), denen 'nur' 21,6 % Postmaterialisten auf der Position G gegenüberstehen.

Neben den weiter oben dafür vermuteten Gründen (Komplexitätsgefälle zwischen allgemeinen gesellschaftlichen Strukturen und energietechnologischen bzw. energiepolitischen Zusammenhängen; Verankerungsgefälle zwischen Wertorientierungen gegenüber konkreteren Deutungsmustern) läßt sich nun eine weitere Vermutung aussprechen: die postmaterialistische Wertorientierung (zumindest in der Inglehartschen Indizierung) könnte einen bias zugunsten eher idealistischer, weniger auf reale gesellschaftliche Strukturen und Kräfteverhältnisse gerichteter Kritik haben.

Dafür spricht sowohl die Konstruktion des Inglehartschen Wertindex als auch deren bedürfnistheoretische Begründung. Zumindest gibt die von unserem Befund nahegelegte Vermutung nochmals Anlaß, auf die Notwendigkeit einer späteren Überprüfung der Bedeutungsgehalte postmaterialistischer Orientierungen und ihrer Relation zu soziopolitisch identifizierbaren Deutungsmustern hinzuweisen (vgl. auch Abschnitt 2.2.2).

Zusammenfassend stellen wir fest, daß Industrialismuskritik die Beurteilung der Kohle in der Bevölkerung zwar nicht durchgängig und direkt beeinflusst, wie dies bei der Kernenergie der Fall ist, wohl aber selber signifikant auf die kontextuell zu interpretierenden Kohle-Positionen reagiert. Hier kreuzen sich in der Wirkung generalisierte Beurteilungsaspekte mit solchen, die an den Spezifika der Kohletechnologie orientiert sind. In der Dimension des generalisierten Dissens überwiegt bei weitem die Kohle-Kritik; in der Dimension des technologiespezifischen Dissens herrscht eher eine Kohle-Befürwortung vor.

8.2 Die Kohle: ein neuer Konfliktfall?

Wenn wir versuchen, zum Schluß das mögliche Konfliktpotential einer verstärkten Nutzung der Kohle abzuschätzen, müssen wir auf die Fragestellungen zurückkommen, die die Anlage unserer Untersuchung prägen (vgl. Einführung).

Wir waren davon ausgegangen, daß gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Energietechnologien und deren Einführungsstrategien sich nicht allein aus einer Perzeption und Bewertung ihrer 'Risiken' interpretieren lassen. Unter Bezugnahme auf den Kernenergie-Konflikt als Referenzfall eines verstärkten Kohleeinsatzes hatten wir gefragt, ob es Ursachen der nuklearen Kontroverse gibt, die nicht ausschließlich die Kernenergie betreffen, und wie wahrscheinlich es ist, daß die der Kernenergiekontroverse zugrundeliegenden Faktoren auch bei einer politischen Entscheidung für die verstärkte Kohlenutzung zum Tragen kommen. Schließlich fragten wir nach den Möglichkeiten, potentiellen Konflikten bzw. einer krisenhaften Entwicklung entgegenzusteuern, indem entsprechende Erkenntnisse in den politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Die empirischen Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung konnten in der Tat bestätigen, daß die allgemeine energiepolitische Kontroverse und insbesondere der Konflikt um die Kernenergie stark geprägt sind durch konfliktierende Deutungsmuster und Wertorientierungen, die wir mittels der Inglehartschen Wertdimension (Materialismus-Postmaterialismus) und dem Gegensatz von industrialistischen und industrialismuskritischen Positionen fassen konnten.

Die mit diesen Dimensionen beschreibbare gesellschaftliche Konfliktlinie konnte entsprechend den Annahmen der theoretischen Diskussion als Resultat von Prozessen gesellschaftlichen Wandels (ökologische, soziale und politische Problematik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, des industriellen Wachstums wie der internationalen Beziehungen; sozialstrukturelle und funktionale Wandlungsprozesse in der Gesellschaft) aufgefaßt werden. Wir konnten empirisch auch die Auffassung stützen, daß die für unsere Fragestellung relevante neue Konfliktlinie im wesentlichen nicht übereinstimmt mit den 'traditionellen Cleavages', die mit dem Gegensatz von Arbeit und Kapital bzw. von Links-Rechts oder mit dem Gegensatz

von Katholizismus und Protestantismus zu bezeichnen wären. Auch der aus jenen traditionellen Cleavages herrührende institutionalisierte Parteiengegensatz zwischen SPD und CDU erwies sich weder als Determinante der Industrialismuskritik noch als wesentlicher Bezugsrahmen des Kernenergiekonflikts, obwohl nicht zu verkennen war, daß SPD-Wähler eher zur Kritik an der Kernenergie neigen als CDU-Wähler.

Die neue Konfliktlinie findet ihren parteipolitischen Ausdruck viel eher im Gegensatz zwischen traditionellen Parteien insgesamt (hier insbesondere der CDU) und der neuen Partei der Grünen, soweit dies aus dem Antwortverhalten ihrer jeweiligen Anhänger abzulesen war.

Neben der Relevanz von generalisierender Industrialismuskritik und der Herausbildung neuer Wertorientierungen erbrachte die Analyse der Kernenergiebeurteilung in der Bevölkerung aber auch die Existenz von nicht aus jener neuen Konfliktlinie herrührenden Erwägungsgründen, die sich an den Spezifika der nuklearen Technologien (Risiko, Entsorgung, spezifische Umweltbelastung, politische Steuerung) festmachten, diese jedoch nicht zu einem mehr oder weniger konsistenten Deutungsmuster der industriellen Gesellschaft verallgemeinerten.

Für die Analyse der Kohlebeurteilung in der Bevölkerung und die Abschätzung entsprechender Konfliktpotentiale gilt es also, das Verhältnis technologiespezifischer, generalisierter und wertbezogener Einstellungen zu beachten. Das Zusammentreffen von eher generalisierter und wertbezogener Kernenergiekritik einerseits, stärkerem Engagement im Kernenergiekonflikt andererseits legt es nahe, gerade in dem gesellschaftlichen Deutungsmuster einer Industrialismuskritik den Kristallisationspunkt und die Bedingung für die Herausbildung einer sich ausbreitenden und stabilisierenden Konfliktfront gegenüber einer Energietechnologie zu sehen. Eine solche Konfliktfront bindet lokale Standortproteste ein und konsolidiert sie, teils im Sinn einer 'altruistischen Betroffenheit', teils zum Zweck ihrer politischen Instrumentalisierung.

Unsere Untersuchung hatte zum Ergebnis, daß ein Wertbezug und die Anwendung industrialismuskritischer Standards auf eine verstärkte Kohlenutzung zum Zeitpunkt der Befragung (1980/81) sich kaum ungebrochen durchgesetzt hatten. Vielmehr fanden wir heraus, daß neben technologischen Spezifika in erster Linie die Haltung zur Kernenergie die Kohlebeurteilung in der Bevölkerung determiniert. Es deutet sich keine direkte Parallelität in der Haltung gegenüber Kernenergie und Kohle an, sondern Wertorientierungen und insbesondere Positionen zum 'Industrialismus' vermittelten sich über eine entsprechende Beurteilung der Kernenergie auf die Nutzung der Kohle.

Eine solche Beurteilung der Kohle wurde von uns als weitaus kontextabhängiger bezeichnet als bei der Kernenergie. Sie macht zunächst die Politisierung der Kohlediskussion und die Herausbildung einer generalisierten und stabilen Konfliktfront gegenüber Kohletechnologien unwahrscheinlich.

Es muß aber noch einmal darauf hingewiesen werden, daß sich diese Abschätzung kaum auf eine abgeschlossene Verarbeitung und Beurteilung der Veredlungstechnologien durch die Industrialismuskritik stützen kann. Hinzu kommt, daß auch das in jüngster Zeit allgemein und intensiv thematisierte 'Wäldersterben' als Folge vor allem auch der Schadstoffemission aus Kohlekraftwerken zum Zeitpunkt der Befragung kein derartig plastischer und unabweisbarer Erwägungsgrund der industrialismuskritischen Umweltkritik gewesen war (vgl. dazu auch Goetz u.a. 1982). Dies wird nicht nur durch die entsprechenden Befragungsergebnisse (vgl. insb. 6.4), sondern auch in der Analyse der Kohleberichterstattung in den Medien (vgl. Gloede 1982) deutlich.

Muß also jene Abschätzung, daß ein Kohle-Konflikt relativ unwahrscheinlich ist, bereits durch die genannten Bedingungen eingeschränkt werden, so gilt dies umso mehr, wenn man sich zwei weitere Befunde der empirischen Analyse vor Augen hält (vgl. 6.6):

1. Hinter der generellen Befürwortung der Kohle in der Bevölkerung hatten wir ein Potential der Meinungspolarisierung entdecken können, wie es sich in der Dimension des generalisierten Dissens (Position A vs. Position G) und des technologiespezifischen Dissens (Position B vs. Position F) darstellte. Die Besetzung dieser vier Kohle-Positionen machte immerhin 55,5 % der Befragten aus.

2. Wenn auch zum Zeitpunkt der Befragung nur mit 12,2 % der Bevölkerung besetzt, hatte sich doch die Position einer eher industrialismuskritisch generalisierenden Kohle-Kritik (Position G) herauskristallisiert. In der Perspektive des vorangehenden Abschnitts fand dies seinen Ausdruck darin, daß die Industrialismuskritiker gerade in der Dimension des generalisierten Dissens stark kohlekritisch urteilen. Dies weist auf das zwar schwache, aber durchaus vorhandene Potential einer teils wertbezogenen, vor allem aber konfliktbereiten Kritik an der Kohle hin.

Im Gegensatz zur Position generalisierter Kohlekritik läßt die von 17,3 % der Bevölkerung vertretene Position der entschiedenen, aber technologie-spezifischen Kohle-Kritik (F) keine Initiative auf die Herausbildung einer übergreifenden Konfliktfront gegen die Kohle vermuten (vgl. 6.4). Wie bereits ausgeführt wurde, könnte man in den Anhängern dieser Position allenfalls einen Resonanzboden für lokal begrenzte Standortkonflikte sehen; als potentiell Beteiligte solcher Standortkonflikte kämen aber auch die Anhänger der Position einer pragmatischen Kohlebefürwortung (C) in Betracht, die keine Kraftwerke in ihrer Nachbarschaft wollen. Diese Position war mit 18,2 % der Befragten vertreten.

Demgegenüber scheiden die Anhänger der Position einer eingeschränkten Kohle-Befürwortung (D) - trotz einer gewissen Standortsensibilität und der Position einer eingeschränkten Kohlekritik (E) - gerade wegen ihrer Absehung von der Standortproblematik - für die Beteiligung an Standortkonflikten weitgehend aus (vgl. wiederum 6.4).

Die Frage nach den Bedingungen und der Wahrscheinlichkeit eines übergreifenden Konflikts um die verstärkte Kohlenutzung spitzt sich also auf die Entwicklungsperspektive der industrialismuskritischen Kohle-Bewertung zu.

Von der Größenordnung der hierfür relevanten Kohle-Positionen (G, F, C) her, die insgesamt von rund 48 % der Befragten vertreten wurden, hätte ein solcher Konflikt ja eine beachtliche gesellschaftspolitische Reichweite. Zudem wären die bereits existierenden organisatorischen, politischen und wissenschaftlichen Einrichtungen der industrialismuskritischen Bewegung dabei in Rechnung zu stellen.

Die nähere Analyse der Kohle-Beurteilung von Industrialismuskritikern hatte nun ergeben, daß neben der überragenden Rolle des Kernenergiekonflikts (Kohle-Bonus) vor allem die konkrete technologische Ausgestaltung der Kohlenutzung von Bedeutung ist. In der Dimension des technologiespezifischen Dissens herrschte zum Zeitpunkt der Befragung bei den Industrialismuskritikern noch die Kohlebefürwortung vor. Der Kohle wurde die Möglichkeit kleinerer Kraftwerkseinheiten, einer günstigeren Standortverteilung, einer sozio-politisch befürworteten Dezentralisierung und indirekt einer entscheidenden Reduzierung ihrer Umweltbelastung über moderne Verfahren der Schadstoffrückhaltung wie der Verbesserung des Wirkungsgrades zugute gehalten. Über den Vergleich zur Kernenergie spielt sicher auch eine günstigere Beurteilung der Risikofrage und der Wegfall der Entsorgungsproblematik mit.

Eine solche technologiespezifische Kohle-Beurteilung, die nicht nur durch die empirischen Befragungsergebnisse, sondern auch durch neuere Veröffentlichungen aus dem Umkreis der industrialismuskritischen und ökologischen Bewegungen nahegelegt wird (Hatzfeld u.a., 1982, E. Goetz u.a. 1982), ist jedoch geknüpft an die energiepolitische Realisierung jener Optionen.

Damit wäre auch die Frage nach den Möglichkeiten beantwortet, potentiellen Konflikten bzw. dem Aufbau einer übergreifenden Konfliktfront im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse entgegenzusteuern.

Im Gegensatz dazu hatte sich eine Beeinflussung der Kernenergie-Beurteilung ja aufgrund der qualitativen Risikoproblematik, der als ungelöst angesehenen Entsorgungsfrage und ihrer sozio-politischen Folgen bisher kaum als möglich erwiesen.

Inwieweit - auch im Fall einer Nichtberücksichtigung jener aus der Sicht der Industrialismuskritik notwendigen Ausgestaltung der Kohletechnologien - die Existenz des 'Kohle-Bonus' und die gegenüber der Kernenergie wesentlich komplexere Problematik der Umweltbelastung durch die Kohle (Kohle ist nur einer unter mehreren fossilen Energieträgern; "Wäldersterben" verdankt sich einem sehr komplexen Verursachungszusammenhang) ausreichen, den Aufbau einer stabilen Konfliktfront gegen die Kohle wie im Fall der Kern-

energie zu verhindern, kann auf der Basis unserer Analyse nicht beurteilt werden. Neueste Entwicklungen im Bereich kritischer sozialer Bewegungen, wie z.B. die Aktion "Robin Wood" (vgl. Spiegel 9/83) deuten darauf hin, daß zumindest doch graduelle Verbesserungen der Kohletechnologie im Sinne der industrialismuskritischen Perspektive (s.o.) dafür eine notwendige Bedingung sind.

9. Anhang

Fragebogen und Randauszählung

FRAGE 1

Nr.	Frage	Antwort																																									
<p>Infratest führt zur Zeit eine Untersuchung über Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung zu aktuellen gesellschaftlichen Themen in der Bundesrepublik Deutschland durch. Dabei geht es z.B. um Fragen der Energieversorgung, der Berufswahl, der Situation in der Familie. Dazu möchten wir auch gerne Ihre persönliche Meinung erfahren.</p>																																											
<p>1A</p>	<p>In letzter Zeit wird immer häufiger über Energieprobleme gesprochen. Wir haben hier verschiedene Möglichkeiten aufgeschrieben, wie man sich über Energieprobleme informieren kann.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p style="text-align: center;">Kartensatz mischen und vorlegen!</p> </div> <p>Welche der Möglichkeiten haben Sie in letzter Zeit zur Information über Energieprobleme genutzt?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>„Genutzte“ Möglichkeiten unter Frage 1A ankreuzen! Die Kärtchen der "nicht genutzten" Möglichkeiten wieder einsammeln!</p> </div>	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%;"></td> <td style="width: 75%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Frage 1A</td> <td style="width: 10%; text-align: center;">Frage 1B</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">Genutzt</td> <td style="text-align: center;">Rangplatz</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">A</td> <td>Fernsehen und Hörfunk</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">B</td> <td>Bild-Zeitung</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">C</td> <td>Überregionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazine</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">D</td> <td>Bücher</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">E</td> <td>Gespräche mit Freunden, Bekannten, Kollegen</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">F</td> <td>Vorträge</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">G</td> <td>Lokalzeitung</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">H</td> <td>Illustrierte</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> </table>			Frage 1A	Frage 1B			Genutzt	Rangplatz	A	Fernsehen und Hörfunk	<input type="checkbox"/>	_____	B	Bild-Zeitung	<input type="checkbox"/>	_____	C	Überregionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazine	<input type="checkbox"/>	_____	D	Bücher	<input type="checkbox"/>	_____	E	Gespräche mit Freunden, Bekannten, Kollegen	<input type="checkbox"/>	_____	F	Vorträge	<input type="checkbox"/>	_____	G	Lokalzeitung	<input type="checkbox"/>	_____	H	Illustrierte	<input type="checkbox"/>	_____	
		Frage 1A	Frage 1B																																								
		Genutzt	Rangplatz																																								
A	Fernsehen und Hörfunk	<input type="checkbox"/>	_____																																								
B	Bild-Zeitung	<input type="checkbox"/>	_____																																								
C	Überregionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazine	<input type="checkbox"/>	_____																																								
D	Bücher	<input type="checkbox"/>	_____																																								
E	Gespräche mit Freunden, Bekannten, Kollegen	<input type="checkbox"/>	_____																																								
F	Vorträge	<input type="checkbox"/>	_____																																								
G	Lokalzeitung	<input type="checkbox"/>	_____																																								
H	Illustrierte	<input type="checkbox"/>	_____																																								
<p>1B</p>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>Mit den Kärtchen der "genutzten" Möglichkeiten Rangreihe bilden lassen!</p> </div> <p>Bitte legen Sie diese Kärtchen in eine Reihenfolge, und zwar so, daß die Möglichkeit, durch die Sie sich in der letzten Zeit am häufigsten informiert haben, an 1. Stelle liegt. An 2. Stelle käme die, durch die Sie sich am zweithäufigsten über Energieprobleme informiert haben usw.</p>																																										

TABELLE ZU FRAGE 1A

F1A.A: FERNSEHEN				
V4	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	1824	1824	91.337	91.337
NICHT GENUTZT	173	1997	8.663	100.000
F1A.B: BILDZEITUNG				
V5	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	291	291	14.572	14.572
NICHT GENUTZT	1706	1997	85.428	100.000
F1A.C: UEBERREGION.ZEITUNGEN				
V6	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	706	706	35.353	35.353
NICHT GENUTZT	1291	1997	64.647	100.000
F1A.D: BUECHER				
V7	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	242	242	12.118	12.118
NICHT GENUTZT	1755	1997	87.882	100.000
F1A.E: GESPRAECHE				
V8	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	1121	1121	56.134	56.134
NICHT GENUTZT	876	1997	43.866	100.000
F1A.F: VORTRAEGE				
V9	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	168	168	8.413	8.413
NICHT GENUTZT	1829	1997	91.587	100.000
F1A.G: LOKALZEITUNG				
V10	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	1267	1267	63.445	63.445
NICHT GENUTZT	730	1997	36.555	100.000
F1A.H: ILLUSTRIERTE				
V11	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
GENUTZT	522	522	26.139	26.139
NICHT GENUTZT	1475	1997	73.861	100.000

TABELLE ZU FRAGE 1B

F1B.A: FERNSEHEN RANGPL.				
V12	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	307	.	.	.
1. STELLE	1023	1023	60.533	60.533
2. STELLE	473	1496	27.988	88.521
3. STELLE	153	1649	9.053	97.574
4. STELLE	31	1680	1.834	99.408
5. STELLE	7	1687	0.414	99.822
6. STELLE	3	1690	0.178	100.000

F1B.B: BILDZ. RANGPL.				
V13	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	1740	.	.	.
1. STELLE	31	31	12.062	12.062
2. STELLE	80	111	31.128	43.191
3. STELLE	70	181	27.237	70.428
4. STELLE	40	221	15.564	85.992
5. STELLE	17	238	6.615	92.607
6. STELLE	10	248	3.891	96.498
7. STELLE	3	251	1.167	97.665
8. STELLE	6	257	2.335	100.000

F1B.C: UEBERR. ZEIT. RANGPL.				
V14	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	1360	.	.	.
1. STELLE	175	175	27.473	27.473
2. STELLE	211	386	33.124	60.597
3. STELLE	150	536	23.548	84.144
4. STELLE	70	606	10.989	95.133
5. STELLE	29	635	4.553	99.686
6. STELLE	2	637	0.314	100.000

F1B.D: BUECHER RANGPL.				
V15	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	1788	.	.	.
1. STELLE	47	47	22.488	22.488
2. STELLE	37	84	17.703	40.191
3. STELLE	36	120	17.225	57.416
4. STELLE	36	156	17.225	74.641
5. STELLE	31	187	14.833	89.474
6. STELLE	16	203	7.656	97.129
7. STELLE	5	208	2.392	99.522
8. STELLE	1	209	0.478	100.000

TABELLE ZU FRAGE 1B (Forts.)

F1B.E: GESPRAECHE RANGPL.				
V16	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	980	.	.	.
1. STELLE	215	215	21.141	21.141
2. STELLE	302	517	29.695	50.836
3. STELLE	336	853	33.038	83.874
4. STELLE	116	969	11.406	95.280
5. STELLE	34	1003	3.343	98.623
6. STELLE	11	1014	1.082	99.705
7. STELLE	3	1017	0.295	100.000

F1B.F: VORTRAEGE RANGPL.				
V17	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	1850	.	.	.
1. STELLE	29	29	19.728	19.728
2. STELLE	27	56	18.367	38.095
3. STELLE	33	89	22.449	60.544
4. STELLE	24	113	16.327	76.871
5. STELLE	15	128	10.204	87.075
6. STELLE	9	137	6.122	93.197
7. STELLE	7	144	4.762	97.959
8. STELLE	3	147	2.041	100.000

F1B.G: LOKALZ. RANGPL.				
V18	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	834	.	.	.
1. STELLE	301	301	25.881	25.881
2. STELLE	501	802	43.078	68.960
3. STELLE	235	1037	20.206	89.166
4. STELLE	89	1126	7.653	96.819
5. STELLE	18	1144	1.548	98.366
6. STELLE	15	1159	1.290	99.656
7. STELLE	4	1163	0.344	100.000

F1B.H: ILLUSTR. RANGPL.				
V19	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
KEINE ANGABE	1544	.	.	.
1. STELLE	29	29	6.402	6.402
2. STELLE	79	108	17.439	23.841
3. STELLE	168	276	37.086	60.927
4. STELLE	91	367	20.088	81.015
5. STELLE	66	433	14.570	95.585
6. STELLE	18	451	3.974	99.558
7. STELLE	2	453	0.442	100.000

4A Aus der Kohle kann man auf verschiedene Arten Energie gewinnen, nämlich durch Verheizung, Verstromung und durch Veredelung. Haben Sie schon einmal in bezug auf Kohle den Begriff

- „Verheizung,“
- „Verstromung,“
- „Veredelung“

gehört?

Frage 4A

Nicht gehört 1
Gehört 2

„Verheizung“

„Verstromung“

„Veredelung“

TABELLE ZU FRAGE 4A

F4A1: VERHEIZUNG

	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
1	56	56	23.596	23.596
2	1483	1941	76.404	100.000

F4A2: VERSTROMUNG

	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
1	92	92	31.864	31.864
2	1298	1905	68.136	100.000

F4A3: VEREDELUNG

	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
1	119	119	41.906	41.906
2	1091	1878	58.094	100.000

Nr.	Frage	Antwort				
5.	Auf dieser Liste hier stehen einige Stellungnahmen zur Kernenergie.					
	Liste vorlegen!					
	Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie diesem					
	<ul style="list-style-type: none"> ● voll und ganz zustimmen, ● eher zustimmen, ● ob Sie ihn eher ablehnen, oder ● ob Sie ihn voll und ganz ablehnen. 					
		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne voll und ganz ab	Weiß nicht
A	Die Kernenergie ist eine der umweltfreundlichsten Technologien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
B	Das Risiko von Reaktorunfällen und einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt ist zu groß	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
C	Die von uns gewählten Politiker haben sich in der Mehrheit für die Kernenergie entschieden. Das muß man akzeptieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D	Man sollte mit dem weiteren Ausbau der Kernenergie erst einmal warten, bis man über ihre Probleme besser Bescheid weiß	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
E	Kernenergie ist für die Energieversorgung notwendig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F	Unseren Nachkommen wird auf unverantwortliche Weise der radioaktive Müll hinterlassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

TABELLE ZU FRAGE 5

F5A: UMWELTFREUNDL.				
V23	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	494	494	24.737	24.737
STIMME EHER ZU	579	1073	28.993	53.731
LEHNE EHER AB	452	1525	22.634	76.365
LEHNE VOLL UND G	267	1792	13.370	89.735
	205	1997	10.265	100.000

F5B: RISIKO				
V24	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	467	467	23.385	23.385
STIMME EHER ZU	599	1066	29.995	53.380
LEHNE EHER AB	552	1618	27.641	81.022
LEHNE VOLL UND G	202	1820	10.115	91.137
	177	1997	8.863	100.000

F5C: POLITIKER AKZEPTIEREN				
V25	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	531	531	26.590	26.590
STIMME EHER ZU	590	1121	29.544	56.134
LEHNE EHER AB	445	1566	22.283	78.418
LEHNE VOLL UND G	230	1796	11.517	89.935
	201	1997	10.065	100.000

F5D: MORATORIUM				
V26	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	635	635	31.798	31.798
STIMME EHER ZU	556	1191	27.842	59.639
LEHNE EHER AB	416	1607	20.831	80.471
LEHNE VOLL UND G	247	1854	12.369	92.839
	143	1997	7.161	100.000

F5E: FUER ENERGIEVERS.NOTW.				
V27	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	940	940	47.071	47.071
STIMME EHER ZU	557	1497	27.892	74.962
LEHNE EHER AB	228	1725	11.417	86.380
LEHNE VOLL UND G	96	1821	4.807	91.187
	176	1997	8.813	100.000

F5F: NACHKOMMEN/MUELL				
V28	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	568	568	28.443	28.443
STIMME EHER ZU	547	1115	27.391	55.834
LEHNE EHER AB	402	1517	20.130	75.964
LEHNE VOLL UND G	178	1695	8.913	84.877
	302	1997	15.123	100.000

Nr.	Frage	Antwort			
6.	<p>Haben Sie sich schon einmal in irgend-einer Form für oder gegen die Kern-energie eingesetzt?</p> <p>Ich lese Ihnen jetzt einige Möglichkeiten vor. Bitte sagen Sie jeweils nur</p> <ul style="list-style-type: none"> • ja, o d e r • nein. <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin-top: 10px;">Vorgaben vorlesen!</div>		Ja	Nein	Verweigert
		Durch Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Durch einen Leserbrief an eine Zeitung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		In Gesprächen mit Freunden, Bekannten oder Kollegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Durch Teilnahme an einer Kundgebung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Durch Spenden oder sonstige Unterstützung einer Bürgerinitiative	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Durch Ihre Unterschrift bei einer Unterschriftenaktion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Durch Aufkleber oder Anstecknadel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

TABELLE ZU FRAGE 6

F6A: BUERGERINITIATIVE				
V29	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	39	39	1.953	1.953
"JA"	19	58	0.951	2.904
"NEIN"	1930	1988	96.645	99.549
VERWEIGERT	9	1997	0.451	100.000

F6B: LESERBRIEF				
V30	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	47	47	2.354	2.354
"JA"	13	60	0.651	3.005
"NEIN"	1929	1989	96.595	99.599
VERWEIGERT	8	1997	0.401	100.000

F6C: GESPRAECHE				
V31	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	47	47	2.354	2.354
"JA"	802	849	40.160	42.514
"NEIN"	1142	1991	57.186	99.700
VERWEIGERT	6	1997	0.300	100.000

F6D: KUNDGEBUNG				
V32	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	48	48	2.404	2.404
"JA"	76	124	3.806	6.209
"NEIN"	1866	1990	93.440	99.649
VERWEIGERT	7	1997	0.351	100.000

F6E: SPENDEN				
V33	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	39	39	1.953	1.953
"JA"	33	72	1.652	3.605
"NEIN"	1918	1990	96.044	99.649
VERWEIGERT	7	1997	0.351	100.000

F6F: UNTERSCHRIFTEN				
V34	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	56	56	2.804	2.804
"JA"	111	167	5.558	8.363
"NEIN"	1821	1988	91.187	99.549
VERWEIGERT	9	1997	0.451	100.000

F6G: ANSTECKNADEL				
V35	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
MISSING DATA	64	64	3.205	3.205
"JA"	94	158	4.707	7.912
"NEIN"	1832	1990	91.738	99.649
VERWEIGERT	7	1997	0.351	100.000

Nr.	Frage	Antwort				
7.	<p>Auf dieser Liste stehen einige Stellungnahmen zur Energiepolitik. Bitte sagen Sie mir wieder zu jeder Stellungnahme, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, sie eher ablehnen, oder ob Sie sie voll und ganz ablehnen</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 10px 0;">Liste B vorlegen!</div>	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne voll und ganz ab	Weiß nicht
	A Mit neuen Energiearten, wie z.B. Energie durch Sonne, Wind, Erdwärme könnte man die Energieprobleme weitgehend lösen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	B Man kann den Ausbau von Kernkraftwerken in vernünftigen Grenzen halten, wenn man Energie spart und die Kohle stärker nutzt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	C Umweltfragen kommen in der Energiepolitik gegenüber wirtschaftlichen und technischen Fragen zu kurz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	D Wenn die Politiker sich nur stärker für die Kernenergie einsetzen, dann gäbe es keine Energieprobleme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	E Wichtig ist, daß ausreichend Energie zur Verfügung steht; woher diese kommt, ist egal	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

TABELLE ZU FRAGE 7

F7A: NEUE ENERGIEARTEN				
V36	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	631	631	31.597	31.597
STIMME EHER ZU	712	1343	35.653	67.251
LEHNE EHER AB	364	1707	18.227	85.478
LEHNE VOLL UND G	81	1788	4.056	89.534
	209	1997	10.466	100.000

F7B: ENERGIESPAREN UND KOHLE				
V37	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	804	804	40.260	40.260
STIMME EHER ZU	851	1655	42.614	82.874
LEHNE EHER AB	135	1790	6.760	89.634
LEHNE VOLL UND G	50	1840	2.504	92.138
	157	1997	7.862	100.000

F7C: UMWELTFRAGEN				
V38	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	644	644	32.248	32.248
STIMME EHER ZU	654	1298	32.749	64.997
LEHNE EHER AB	318	1616	15.924	80.921
LEHNE VOLL UND G	101	1717	5.058	85.979
	280	1997	14.021	100.000

F7D: POLITIK DER STARKEN HAND				
V39	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	338	338	16.925	16.925
STIMME EHER ZU	454	792	22.734	39.659
LEHNE EHER AB	603	1395	30.195	69.855
LEHNE VOLL UND G	321	1716	16.074	85.929
	281	1997	14.071	100.000

F7E: HERKUNFT DER ENERGIE EGAL				
V40	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL UND	340	340	17.026	17.026
STIMME EHER ZU	390	730	19.529	36.555
LEHNE EHER AB	585	1315	29.294	65.849
LEHNE VOLL UND G	545	1860	27.291	93.140
	137	1997	6.860	100.000

Nr.	Frage	Antwort				
8.	<p>Wie Sie vielleicht schon gehört haben, wird eine stärkere Nutzung der Kohle angestrebt. Auch dazu haben wir wieder eine Liste, auf der einige Meinungen stehen. Bitte beantworten Sie jeden Satz wieder anhand der eingezeichneten Skala.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 10px auto;">Liste vorlegen!</div>	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne voll und ganz ab	Weiß nicht
	A Im Gegensatz zur Kernenergie ist ein Vorteil der Kohle, daß man leichter kleinere Kraftwerke bauen kann, deren Standorte sich günstiger verteilen lassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	B Die Kohle belastet die Umwelt mindestens ebenso stark wie die Kernenergie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	C Auch ein verstärkter Ausbau von Kohlekraftwerken dient letztlich nur einem übertriebenen Wirtschaftswachstum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	D Ob Kernkraftwerke oder Kohlekraftwerke: Ich möchte beides nicht in meiner Nachbarschaft haben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

TABELLE ZU FRAGE 8

V41	F8A: GUNSTIGERE STANDORTE			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL ZU	597	597	29.895	29.895
STIMME EHER ZU	746	1343	37.356	67.251
LEHNE EHER AB	237	1580	11.868	79.119
LEHNE VOLL AB	82	1662	4.106	83.225
	335	1997	16.775	100.000

V42	F8B: UMWELT			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL ZU	486	486	24.337	24.337
STIMME EHER ZU	501	987	25.088	49.424
LEHNE EHER AB	528	1515	26.440	75.864
LEHNE VOLL AB	213	1728	10.666	86.530
	269	1997	13.470	100.000

V43	F8C: UEBERTRIEB. WACHSTUM			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL ZU	197	197	9.865	9.865
STIMME EHER ZU	416	613	20.831	30.696
LEHNE EHER AB	724	1337	36.254	66.950
LEHNE VOLL AB	323	1660	16.174	83.125
	337	1997	16.875	100.000

V44	F8D: NACHBARSCHAFT			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
STIMME VOLL ZU	655	655	32.799	32.799
STIMME EHER ZU	540	1195	27.041	59.840
LEHNE EHER AB	421	1616	21.082	80.921
LEHNE VOLL AB	201	1817	10.065	90.986
	180	1997	9.014	100.000

Nr.	Frage	Antwort
9.	Glauben Sie, daß es beim verstärkten Ausbau von Kohlekraftwerken zu ähnlichen Protesten kommen wird, wie bei dem Bau von Kernkraftwerken?	Ja
		Nein
		Weiß nicht

		F9: PROTESTE GEGEN DIE KOHLE?			
V45		FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
TABELLE ZU	"JA"	471	471	23.585	23.585
FRAGE 9	"NEIN"	1191	1662	59.639	83.225
	"WEISS NICHT"	333	1995	16.675	99.900
	MISSING DATA	2	1997	0.100	100.000

FRAGE 10

Nr.	Frage	Antwort
10.	Warum vermuten Sie beim verstärkten Ausbau von Kohlekraftwerken ähnliche Proteste? Nennen Sie mir den Grund auf dieser Liste, der Ihrer Meinung nach am ehesten dafür in Frage kommt. <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> Liste vorlegen! Nur eine Nennung! </div>	A Weil viele Leute glauben, daß Kohlekraftwerke die Umwelt zu sehr belasten
		B Weil niemand ein Kohlekraftwerk in seiner Nachbarschaft haben will
		C Weil es Leute gibt, die einfach mit nichts zufrieden sind
		D Weil Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt um jeden Preis von immer mehr Leuten abgelehnt werden
		Nichts davon trifft zu

		F10: WARUM PROTESTE GEGEN KOHLE?			
V46		FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
TABELLE ZU	FRAGE 9 VERNEINT	1526	.	.	.
FRAGE 10	A ZUGESTIMMT	166	166	35.244	35.244
	B ZUGESTIMMT	141	307	29.936	65.180
	C ZUGESTIMMT	120	427	25.478	90.658
	D ZUGESTIMMT	36	463	7.643	98.301
	"NICHTS DAVON"	7	470	1.486	99.788
	MISSING DATA	1	471	0.212	100.000

Nr.	Frage	Antwort
11.	<p>Warum vermuten Sie beim verstärkten Ausbau von Kohlekraftwerken keine Proteste? Nennen Sie mir den Grund auf dieser Liste, der Ihrer Meinung nach am ehesten dafür in Frage kommt.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content; margin: 10px auto;"> <p>Liste vorlegen! Nur eine Nennung!</p> </div>	<p>A Weil die Leute meinen, daß Kohlekraftwerke umweltfreundlich und sicher sind</p> <p>B Weil die Leute Erfahrung mit Kohlekraftwerken haben</p> <p>C Weil Kernenergie ein Reizwort ist und Kohle nicht</p> <p>D Weil die Leute meinen, daß Kohle für die Energieversorgung notwendig ist</p> <p style="text-align: right;">Nichts davon trifft zu</p>

TABELLE ZU
FRAGE 11

	F11: WARUM KEINE PROTESTE GEGEN KOHLE?			
V47	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
FRAGE 9 BEJAHT	806			
A ZUGESTIMMT	425	425	35.684	35.684
B ZUGESTIMMT	267	692	22.418	58.102
C ZUGESTIMMT	316	1008	26.532	84.635
D ZUGESTIMMT	141	1149	11.839	96.474
"NICHTS DAVON"	27	1176	2.267	98.741
MISSING DATA	15	1191	1.259	100.000

Nr.	Frage	Antwort																				
12.	<p>Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 5px 0;">Liste vorlegen!</div> <p>A Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müßten: Welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 5px 0;">Nur eine Nennung!</div>																					
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 60%;"></th> <th style="width: 15%; text-align: center;">Am wichtigsten</th> <th style="width: 15%; text-align: center;">2. Stelle</th> <th style="width: 10%; text-align: center;">3. Stelle</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Kampf gegen die steigenden Preise</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>		Am wichtigsten	2. Stelle	3. Stelle	Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Kampf gegen die steigenden Preise	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	Am wichtigsten	2. Stelle	3. Stelle																			
Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																			
Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																			
Kampf gegen die steigenden Preise	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																			
Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																			
	<p>B Welches Ziel erschiene Ihnen am zweitwichtigsten?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 5px 0;">Nur eine Nennung!</div>																					
	<p>C Und welches käme an dritter Stelle?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 5px 0;">Nur eine Nennung!</div>																					

	F12A: RUHE UND ORDNUNG			
V48	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGSTES ZIEL	864	864	43.265	43.265
2.WICHTIGSTES ZIEL	429	1293	21.482	64.747
3.WICHTIGSTES ZIEL	320	1613	16.024	80.771
NICHT GENANNT	384	1997	19.229	100.000

TABELLE ZU
FRAGE 12

	F12B: BUERGEREINFLUSS			
V49	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGSTES ZIEL	422	422	21.132	21.132
2.WICHTIGSTES ZIEL	383	805	19.179	40.310
3.WICHTIGSTES ZIEL	533	1338	26.690	67.001
NICHT GENANNT	659	1997	32.999	100.000

	F12C: STEIGENDE PREISE			
V50	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGSTES ZIEL	404	404	20.230	20.230
2.WICHTIGSTES ZIEL	718	1122	35.954	56.184
3.WICHTIGSTES ZIEL	532	1654	26.640	82.824
NICHT GENANNT	343	1997	17.176	100.000

	F12D: FREIE MEINUNG			
V51	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGSTES ZIEL	294	294	14.722	14.722
2.WICHTIGSTES ZIEL	440	734	22.033	36.755
3.WICHTIGSTES ZIEL	579	1313	28.993	65.749
NICHT GENANNT	684	1997	34.251	100.000

Nr.	Frage	Antwort																																																							
13A	<p>Ich habe hier eine Anzahl von Kärtchen, auf denen verschiedene Ziele stehen, die man in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren anstreben könnte.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0; text-align: center;">Kartensatz mischen und vorlegen!</div> <p>Natürlich sind alle diese Ziele in irgendeiner Weise bedeutsam. Wenn Sie aber nun entscheiden müßten, welche Ziele für Sie persönlich am wichtigsten sind, welche drei würden Sie dann auswählen?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0; text-align: center;">Drei Kärtchen auswählen lassen und unter Frage 13A ankreuzen!</div>																																																								
13B	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0; text-align: center;">Die ausgewählten drei Kärtchen nochmals vorlegen!</div> <p>Und von diesen drei Zielen: Welches davon hat für Sie persönlich die größte Bedeutung? Welches steht an zweiter und welches an dritter Stelle?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0; text-align: center;">Entsprechend ankreuzen und diese drei Kärtchen beiseite legen!</div>																																																								
		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%;"></th> <th style="width: 16.6%; border-bottom: 1px solid black;">Frage 13A</th> <th colspan="3" style="width: 33.3%; border-bottom: 1px solid black;">Frage 13B</th> </tr> <tr> <th></th> <th style="border-bottom: 1px solid black;">Drei wichtigste</th> <th colspan="3" style="border-bottom: 1px solid black;">d a v o n</th> </tr> <tr> <th></th> <th></th> <th style="border-bottom: 1px solid black;">1.Stelle</th> <th style="border-bottom: 1px solid black;">2.Stelle</th> <th style="border-bottom: 1px solid black;">3.Stelle</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>A</td> <td>Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>B</td> <td>Sicherung einer starken Landesverteidigung</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>C</td> <td>Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>D</td> <td>Verschönerung unserer Städte und Landschaften</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>E</td> <td>Erhaltung einer stabilen Wirtschaft</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>F</td> <td>Verbrechensbekämpfung</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>G</td> <td>Entwicklung zu einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>H</td> <td>Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld</td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>		Frage 13A	Frage 13B				Drei wichtigste	d a v o n					1.Stelle	2.Stelle	3.Stelle	A	Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	B	Sicherung einer starken Landesverteidigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	C	Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	D	Verschönerung unserer Städte und Landschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	E	Erhaltung einer stabilen Wirtschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	F	Verbrechensbekämpfung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	G	Entwicklung zu einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	H	Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Frage 13A	Frage 13B																																																							
	Drei wichtigste	d a v o n																																																							
		1.Stelle	2.Stelle	3.Stelle																																																					
A	Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
B	Sicherung einer starken Landesverteidigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
C	Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
D	Verschönerung unserer Städte und Landschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
E	Erhaltung einer stabilen Wirtschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
F	Verbrechensbekämpfung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
G	Entwicklung zu einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					
H	Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																					

TABELLE ZU FRAGE 13A

F13A: WIRTSCHAFTSWACHSTUM				
V52	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	627	627	31.397	31.397
NICHT GENANNT	1370	1997	68.603	100.000
F13B: LANDESVRETTIDIGUNG				
V53	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	481	481	24.086	24.086
NICHT GENANNT	1516	1997	75.914	100.000
F13C: MITBESTIMMUNG				
V54	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	543	543	27.191	27.191
NICHT GENANNT	1454	1997	72.809	100.000
F13D: VERSCHOENERUNG				
V55	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	372	372	18.628	18.628
NICHT GENANNT	1625	1997	81.372	100.000
F13E: STABILE WIRTSCHAFT				
V56	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	1595	1595	79.870	79.870
NICHT GENANNT	402	1997	20.130	100.000
F13F: VERBRECHENSBEK.				
V57	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	1174	1174	58.788	58.788
NICHT GENANNT	823	1997	41.212	100.000
F13G: FREUNDL. GESELLSCH.				
V58	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	737	737	36.905	36.905
NICHT GENANNT	1260	1997	63.095	100.000
F13H: IDEEN-GELD				
V59	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WICHTIGES ZIEL	432	432	21.632	21.632
NICHT GENANNT	1565	1997	78.368	100.000

TABELLE ZU FRAGE 13B

13B.1: WICHTIGSTES ZIEL

V60	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WIRTSCHAFTSWACHS	207	207	10.366	10.366
LANDESVORTEIDIGU	93	300	4.657	15.023
MITBESTIMMUNG	78	378	3.906	18.928
VERSCHOENERUNG	38	416	1.903	20.831
STABILE WIRTSCHA	941	1357	47.121	67.952
VERBR. BEKAEMPFUN	334	1691	16.725	84.677
FREUNDL. GESELLSC	191	1882	9.564	94.241
IDEEN-GELD	97	1979	4.857	99.099
MISSING DATA	18	1997	0.901	100.000

13B.2: 2.-WICHTIGSTES ZIEL

V61	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WIRTSCHAFTSWACHS	210	210	10.516	10.516
LANDESVORTEIDIGU	164	374	8.212	18.728
MITBESTIMMUNG	191	565	9.564	28.292
VERSCHOENERUNG	102	667	5.108	33.400
STABILE WIRTSCHA	450	1117	22.534	55.934
VERBR. BEKAEMPFUN	506	1623	25.338	81.272
FREUNDL. GESELLSC	218	1841	10.916	92.188
IDEEN-GELD	133	1974	6.660	98.848
MISSING DATA	23	1997	1.152	100.000

13B.3: 3.-WICHTIGSTES ZIEL

V62	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WIRTSCHAFTSWACHS	204	204	10.215	10.215
LANDESVORTEIDIGU	220	424	11.017	21.232
MITBESTIMMUNG	271	695	13.570	34.802
VERSCHOENERUNG	229	924	11.467	46.269
STABILE WIRTSCHA	190	1114	9.514	55.784
VERBR. BEKAEMPFUN	316	1430	15.824	71.607
FREUNDL. GESELLSC	322	1752	16.124	87.732
IDEEN-GELD	193	1945	9.664	97.396
MISSING DATA	52	1997	2.604	100.000

Nr.	Frage	Antwort
14A	Restliche Kärtchen – ohne die drei wichtigsten lt. Frage 13A! – erneut mischen und vorlegen!	
	Und nun sehen Sie sich bitte die restlichen Kärtchen noch einmal an und sagen Sie mir, welche drei davon für Sie persönlich am wenigsten wichtig sind.	
	Drei Kärtchen auswählen lassen und unter Frage 14A ankreuzen!	
14B	Die ausgewählten drei Kärtchen nochmals vorlegen!	
	Welches dieser drei Ziele ist nun für Sie persönlich am aller-unwichtigsten? Welches ist am zweit-unwichtigsten und welches steht an dritt-unwichtigster Stelle?	
	Entsprechend ankreuzen und alle Kärtchen wegnehmen!	
	<u>Frage 14A</u>	<u>Frage 14B</u>
	Drei un- wichtigste	davon am aller- unwich- tigsten zweit- unwich- tigsten dritt- unwich- tigsten
	A Erhaltung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	B Sicherung einer starken Landesverteidigung	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	C Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	D Verschönerung unserer Städte und Landschaften	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	E Erhaltung einer stabilen Wirtschaft	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	F Verbrechensbekämpfung	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	G Entwicklung zu einer freundlichen, weniger unpersönlichen Gesellschaft	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	H Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der Ideen wichtiger sind als Geld	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

TABELLE ZU FRAGE 14A

		F14A: WIRTSCHAFTSWACHSTUM				
		FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT	
V63						
UNWICHTIGES ZIEL		773	773	38.708	38.708	
NICHT GENANNT		1224	1997	61.292	100.000	
		F14B: LANDESVERETIDIGUNG				
V64						
UNWICHTIGES ZIEL		904	904	45.268	45.268	
NICHT GENANNT		1093	1997	54.732	100.000	
		F14C: MITBESTIMMUNG				
V65						
UNWICHTIGES ZIEL		787	787	39.409	39.409	
NICHT GENANNT		1210	1997	60.591	100.000	
		F14D: VERSCHOENERUNG				
V66						
UNWICHTIGES ZIEL		881	881	44.116	44.116	
NICHT GENANNT		1116	1997	55.884	100.000	
		F14E: STABILE WIRTSCHAFT				
V67						
UNWICHTIGES ZIEL		77	77	3.856	3.856	
NICHT GENANNT		1920	1997	96.144	100.000	
		F14F: VERBRECHENSBEK.				
V68						
UNWICHTIGES ZIEL		216	216	10.816	10.816	
NICHT GENANNT		1781	1997	89.184	100.000	
		F14G: FREUNDL. GESELLSCH.				
V69						
UNWICHTIGES ZIEL		831	831	41.612	41.612	
NICHT GENANNT		1166	1997	58.388	100.000	
		F14H: IDEEN-GELD				
V70						
UNWICHTIGES ZIEL		1121	1121	56.134	56.134	
NICHT GENANNT		876	1997	43.866	100.000	

TABELLE ZU FRAGE 14B

V71	14B.1: UNWICHTIGSTES ZIEL			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WIRTSCHAFTSWACHS	269	269	13.470	13.470
LANDESVERTEIDIGU	361	630	18.077	31.547
MITBESTIMMUNG	256	886	12.819	44.367
VERSCOENERUNG	302	1188	15.123	59.489
STABILE WIRTSCHA	10	1198	0.501	59.990
VERBR. BEKAEMPFUN	48	1246	2.404	62.394
FREUNDL. GESELLSC	226	1472	11.317	73.711
IDEEN-GELD	439	1911	21.983	95.694
MISSING DATA	86	1997	4.306	100.000

V72	14B.2: 2.-UNWICHTIGSTES ZIEL			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WIRTSCHAFTSWACHS	251	251	12.569	12.569
LANDESVERTEIDIGU	278	529	13.921	26.490
MITBESTIMMUNG	275	804	13.771	40.260
VERSCOENERUNG	259	1063	12.969	53.230
STABILE WIRTSCHA	28	1091	1.402	54.632
VERBR. BEKAEMPFUN	73	1164	3.655	58.287
FREUNDL. GESELLSC	364	1528	18.227	76.515
IDEEN-GELD	336	1864	16.825	93.340
MISSING DATA	133	1997	6.660	100.000

V73	14B.3: 3.-UNWICHTIGSTES ZIEL			
	FREQUENCY	CUM FREQ	PERCENT	CUM PERCENT
WIRTSCHAFTSWACHS	246	246	12.318	12.318
LANDESVERTEIDIGU	261	507	13.070	25.388
MITBESTIMMUNG	242	749	12.118	37.506
VERSCOENERUNG	304	1053	15.223	52.729
STABILE WIRTSCHA	38	1091	1.903	54.632
VERBR. BEKAEMPFUN	93	1184	4.657	59.289
FREUNDL. GESELLSC	231	1415	11.567	70.856
IDEEN-GELD	321	1735	16.074	86.930
MISSING DATA	261	1997	13.070	100.000

Nr.	
-----	--

22A Der Bau von **Atomkraftwerken** ist politisch sehr umstritten.
Das Problem ist, ob noch zusätzliche Atomkraftwerke gebaut werden sollen oder nicht.

Wie ist Ihre Meinung:

Sind Sie eher für den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke

o d e r

sind Sie eher gegen den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke?

Skala 7 vorlegen!

Bitte sagen Sie es wieder anhand der Skala.

Der Wert 1 bedeutet, daß Sie für den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke sind,

der Wert 7, daß Sie gegen den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke sind.

Mit den Zwischenwerten können Sie Ihre Meinung abstufen.

		Skalenwert							
		1	2	3	4	5	6	7	Weiß nicht
22A	Eigene Meinung	<input type="checkbox"/>							
Prozent :		23,2	9,4	10,4	14,7	5,0	6,0	25,9	5,3

Literaturverzeichnis:

Allerbeck, K.R., Kaase, M., Klingemann, H.D.: Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Bericht über Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsvorhabens. Politische Vierteljahresschrift 20 (1979), S. 357-378

Arminger, G.: Faktorenanalyse. Stuttgart: Teubner 1979

Bahro, R.: Elemente einer neuen Politik. Berlin: Olle & Wolter 1980

Baier, H.: Herrschaft im Sozialstaat. Auf der Suche nach einem soziologischen Paradigma der Sozialpolitik. In: v. Ferber, Ch., Kaufmann, F.X. (Hrsg.): Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19/1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 128-142

Bechmann, A.: Technologischer Fortschritt und ökologische Krise. Öko-Mitteilungen 2 (1981), S. 46-50

Bechmann, G., Frederichs, G., Gloede, F.: unveröffentlichter Bericht 1981

Bechmann, G., Nowotny, H., Rammert, W., Ulrich, O., Vahrenkamp, R.: Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 1. New York/Frankfurt: Campus 1982

Barnes, S.H., Kaase, M. et al.: Political Action: Mass Participation in Five Nations. Beverly Hills: Sage Pub. 1979

Bell, D.: Die Zukunft der westlichen Welt - Kultur und Technologie im Widerstreit. Frankfurt/M.: Fischer 1979

Bell, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft. New York/Frankfurt: Campus 1975

Benninghaus, H.: Soziale Einstellungen und soziales Verhalten. Zur Kritik des Attitüdenkonzepts. In: Soziologie - René König zum 65. Geburtstag. Opladen: Westdeutscher Verlag 1973

Benninghaus, H.: Perspektive Statistik. Stuttgart: Teubner 1979

Beresford, M.: Doomsayers and Eco-puts: a critique of the Ecology Movement. In: Politics 12 (1977), S. 98-106

v. Berg, I.: unveröffentlichter Bericht 1981

Berger, J., Offe, C.: Die Entwicklungsdynamik des Dienstleistungssektors. Leviathan 1 (1980), S. 41-75

Böhme, G.: Technologiekritik als gesellschaftlicher Konflikt. In: Moser, F. (Hrsg.): Neue Funktionen von Wissenschaft und Technik in den 80er Jahren. Wien: Syteria 1981, S. 52-74

BonB, W.: Die Einübung des Tatsachenblicks. Frankfurt/M: Suhrkamp 1982

Brand, K.W.: Neue Soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag 1982

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 39/81, 26.9.1981, S. 3-15

Bundesregierung: Die Energiepolitik der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache VII/1057, Oktober 1973. Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache VII/2713, Oktober 1974. Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms, Bulletin der Bundesregierung, März 1977. Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 8/1357, Dezember 1977. Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 9/983, November 1981

Bürklin, W.P.: Die Grünen und die "Neue Politik". Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 359-382

Cambell, A. et al.: The American voter. New York, 1960

Cole, G.A., Withey, S.B.: Perspectives on Risk Perceptions. Risk Analysis 1 (1981), No. 2, S. 143-163

Commission of the European Communities (Hrsg.): The European Publics Attitudes to Scientific and Technical Development. Brüssel, 1979

Converse, P.E.: The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: Apter, R. (Hrsg.): Ideology and Discontent. London: Blackwell 1964

Cotgrove, St., Duff, A.: Environmentalism. Middle-Class Radicalism and Politics. Sociological Review, Vol. 28 (1980), No. 2, S. 333-351

Downs, A.: Up and down with ecology - the "issue-attention cycle. The Public Interest 28 (1972), S. 38-50

Dalton, R.J.: The persistence of values and life cycle changes. In: Klingemann, H.D., Kaase, M. (Hrsg.): Contributions to political psychology. Weinheim/Basel: Beltz 1981, S. 225-257

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquête-Kommission. Zukünftige Kernenergie-Politik. Drucksache 8/4341, Bonn, 1980

Eppler, E.: Die Energiediskussion als Signal. Scheidewege 11 (1981), S. 32-49

Felling, A., Peters, J., Schreuder, O.: Bürgerliche und alternative Wertorientierungen in den Niederlanden. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 35 (1983), S. 83-107

Fietkau, H.J.: Soziale Fragen in Wissenschaft und Alltag. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/81, S. 17-28

Fietkau, H.J., Kessel, H., Tischler, W.: Umwelt im Spiegel der öffentlichen Meinung. Frankfurt/New York: Campus 1982

Frankfurter Rundschau: Deutsche Industrie mag sich für die Kohle kaum erwärmen. 22.1.1982

Frederichs, G.: Großtechnologie Kohle: Ein neuer Konfliktfall? Technik Kontrovers 3 (1983), Heft Nr. 3, S. 23-30

Giddens, A.: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1979

Global 2000: Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt am Main: Zweitausendeins-Verlag 1980

Gloede, F.: unveröffentlichter Bericht

Goez, E., König, N., Krause, A., Meier, M., Scholz, H., Stankowski, L., Traube, K., Weidenbach, Th.: Saurer Regen - Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen. Köln: Kölner Volksblatt Verlag 1982

Greven, M.: Parteiensystem, Wertwandel und neue Marginalität. In: Matthes, J. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa - Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages Berlin 1979. New York/Frankfurt: Campus 1979, S. 574-590

Gorz, A.: Abschied vom Proletariat. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1980

Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt/M: Suhrkamp 1981

Habermas, J.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1973

Häfele, W.: Hypotheticality and the New Challenges: The Pathfinder Role of Nuclear Energy. Minerva 1974, S. 303-321

Harris, N.: Die Ideologien in der Gesellschaft. München: Beck 1970

Hatzfeld, H., Leinen, J., Schumacher, H.G., Teufel, D. (Hrsg.): Kohle - Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1982

Herz, Th.: Der Wandel von Wertvorstellungen in westlichen Industriegesellschaften. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 31 (1979), S. 282-302

Hildebrandt, K., Dalton, R.J.: Die neue Politik. Politische Vierteljahresschrift 18 (1977), S. 230-242

Hirsch, J.: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt/M: Europäische Verlagsanstalt 1980

Hirsch, J., Roth, R.: "Modell Deutschland" und neue soziale Bewegungen. Prokla 10 (1980), Heft 3, S. 14-40

Hopf, Ch.: Norm und Interpretation. In: Zeitschrift für Soziologie 11 (1982), S. 307-329

Hoyos, Graf v.: Der Risiko-Begriff - psychologisch gesehen. In: Gesellschaft für Sicherheitswissenschaft (Hrsg.): Risiken komplizierter Systeme - ihre komplexe Beurteilung und Behandlung. GfS - Sommer Symposium 79. Wuppertal 1979, S. 82-93

Huber, J.: Wer soll das alles ändern? Berlin: Rotbuch 1980

Huber, J.: Die verlorene Unschuld der Ökologie. Frankfurt/M: Fischer 1982

Jagodzinski, W.: Sozialstruktur, Wertorientierungen und Parteibildung: Zur Problematik eines Sozialisationsmodelles. Zeitschrift für Soziologie Jg. 10 (1981), Heft 2, S. 170-191

Ike, N.: Economic Growth and Intergenerational Change in Japan. The American Political Science Review, Vol. 67 (1973), S. 1194-1203

Inglehart, R.: The Silent Revolution in Europe: International Change in Post-Industrial Societies. The American Political Science Review, Vol. 65 (1971), S. 991-1017

Inglehart, R.: The Silent Revolution. Princeton University Press. Princeton New Jersey 1977

Inglehart, R.: Wertwandel und politisches Verhalten. In: J. Matthes (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa - Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages, Berlin 1979. New York/Frankfurt: Campus 1979, S. 505-533, (1979 a)

Inglehart, R.: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Klages, H., Kmiecik, P. (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. New York/Frankfurt: Campus 1979, S. 279-316, (1979 b)

Inglehart, R.: Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Bedingungen und individuellen Wertprioritäten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32 Jg. (1980), Heft. 1, S. 144-153

Inglehart, R.: Domestic Constraints on an Atlantic Energy Policy. Paper prepared for a Conference on Energy Policy in the Atlantic Region. Sponsored by the Committee on Atlantic Studies at Courmayeur, Italy, October 8-11, 1981

Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft (IIUG): Ökologische Werte und gesellschaftlicher Protest. Wissenschaftszentrum Berlin Mitteilungen Nr. 19, August 1982, S. 15-18

Kaase, M.: Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien. In: Raschke, J. (Hrsg.): Bürger und Parteien. Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173-189

Kahn, H.: Die Zukunft der Welt (1980-2000). Wien-München-Zürich-New York: Molden 1979

Kitschelt, H.: Kernenergie und politischer Konflikt: Gesellschaftliche Folgen kapitalistischer Technologieentwicklung. Leviathan (1979), Heft 4 (Dezember), S. 198-678

Kitschelt, H.: Kernenergiepolitik - Arena eines gesellschaftlichen Konflikts. New York/Frankfurt: Campus 1980

Klages, H.: Verdrossene Bürger - überlasteter Staat. New York/Frankfurt: Campus 1980

Klages, H., Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. New York/Frankfurt: Campus 1979

Klages, H.: Handlungsrelevante Probleme und Perspektiven der soziologischen Wertforschung. In: Lenk, H. (Hrsg.): Handlungstheorien interdisziplinär. München: Leske 1979

Kaufmann, F.-X.: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Stuttgart: Enke (2. Aufl.) 1973

Klingemann, H.D.: Ideological Conceptualization of Politics: Indicators and Distributions. In: Barnes/Kaase et al. 1979 (1979 a)

Klingemann, H.D.: Perspektiven der inhaltsanalytischen Erforschung des gesamtgesellschaftlichen Wertwandels. In: Klages, H., Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. New York/Frankfurt: Campus 1979, S. 453-463 (1979 b)

Kmieciak, P.: Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen: Schwartz 1976

Krause, F., Bossel, H., Müller-Reißmann, K.F.: Energiewende. Frankfurt/M: S. Fischer Verlag 1980

Küchler, M.: Qualitative Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32 (1980), S. 373-386

Küchler, M.: Kontext - Eine vernachlässigte Dimension empirischer Sozialforschung? In: Matthes, J. (Hrsg.): Lebenswelt und soziale Probleme. New York/Frankfurt: Campus 1980, S. 344-354

Küchler, M.: 18 bis 35 + Abitur = Aktivgruppe. Der Spiegel, 48 (1981), S. 65-70

Kreutz, H.: Zur Situation junger Menschen in der Bundesrepublik. deutsche jugend 28 (1981), S. 345-352

Lafferty, W.M.: Basic Needs and Political Values - Some Perspectives from Norway on Europe's "Silent Revolution". Acta Sociologica, Vol. 19 (1976), No. 2, S. 117-136

Lautmann, R.: Soziale Werte in der Konstitution sozialer Probleme. In: Matthes, J. (Hrsg.): Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. New York/Frankfurt: Campus 1981, S. 179-197

Lehner, F.: Die "stille Revolution": Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hochindustrialisierten Gesellschaften. In: Klages, H., Kmiecik, P. (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. New York/Frankfurt: Campus 1979, S. 317-327

Lovins, A.B.: Sanfte Energie. Reinbeck: Rowohlt 1978

Löwenthal, R.: Gesellschaftswandel und Kulturkrise - Zukunftsprobleme der westlichen Demokratie. Frankfurt/M: Fischer 1979

Marsh, A.: The "Silent Revolution", Value Priorities and the Quality of Life in Britain. The American Political Science Review, Vol. 69 (1975), S. 21-30

Maslow, A.H.: Motivation and Personality. New York 1954

Meinefeld, W.: Einstellung und soziales Handeln. Reinbek: Rowohlt 1977

Meyer-Abich, K.M., Schefold, B.: Wie möchten wir in Zukunft leben? - Der "harte" und der "sanfte" Weg. München: Beck 1981

Mez, L.: Energiediskussion in Europa. (Lose-Blatt-Sammlung). Villingen: Neckar Verlag, 2. Ergänzungslieferung, 1981

Michelsen, G., Rühling, U., Kalberlah, F., Öko-Institut (Hrsg.): Umwelt-diskussion. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuch Verlag 1980

Namenwirth, J.Z.: Wheels of Time and the Interdependence of Value Change in America. Journal of Interdisciplinary History, Vol. III (Spring 1973), Heft 4, S. 649-638

Nelkin, D.: Science, Technology, and Political Conflict: Analyzing the Issues. In: Nelkin, D. (Hrsg.): Controversy Politics of Technical Change. Beverly Hills/London 1979, S. 9-21

Neuendorff, H., Sabel, Ch.: Zur relativen Autonomie der Deutungsmuster. In: Bolte, K.M.: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages. Sonderausgabe für Mitglieder der DGS: München 1978, S. 842-863

Noelle-Neumann, E.: Werden wir alle Proletarier? - Wertwandel in unserer Gesellschaft. München-Zürich: Piper 1978

Oevermann, U., Allert, T., Konau, E., Krambeck, J.: Die Methodologie einer "objektiven Hermeneutik" und ihre forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler 1979

Offe, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt/M: Suhrkamp 1972

Offe, C.: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. In: Kress, G., Senghaas, D. (Hrsg.): Politikwissenschaft. Frankfurt/M: Europäische Verlagsanstalt 1973, S. 135-164

Olk, Th., Otto, H.U.: Wertwandel und Sozialarbeit - Entwicklungsperspektiven kommunaler Sozialarbeit. In: Neue Praxis 1981, S. 99-146

Olson, M.: Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen: Mohr 1968

Otway, H.: A Perspective on Risk Perception - Confessions of a Disillusioned Analyst. Paper for the Risk Perception Workshop in Eugene, Oregon, USA December 1981

Pappi, F.U., Laumann, E.O.: Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten. Zeitschrift für Soziologie 3 (1974), S. 157-188

Pappi, F.U.: Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik. In: Matthes, J. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa. New York/Frankfurt: Campus 1979, S. 465-479

Rabier, J.-R., Inglehart, R.: Eurobarometer. 1) Euro-Barometer 6 (Oct/Nov, 1976). Inter-University, Consortium for Political and Social Research, ICPSR 7511, 1978. 2) Euro-Barometer 7 (Apr, 1977), ICPSR 7612, 1980. 3) Euro-Barometer 8 (Oct/Nov, 1977), ICPSR 7604, 1980. 4) Euro-Barometer 9 (Apr, 1978), ICPSR 7727, 1980. 5) Euro-Barometer 10 (Oct/Nov, 1978), ICPSR, 1980. 6) Euro-Barometer 11 (Apr, 1979), ICPSR 7752, 1981. 7) Euro-Barometer 12 (Oct/Nov, 1979), ICPSR 7778, 1981

Rammert, W.: Technik und Gesellschaft. In: Bechmann, G. et al. (Hrsg.): Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 1, New York/Frankfurt: Campus 1982, S. 13-47

Rammstedt, O.: Politische Dimensionen des Akzeptanzproblems. In: Deutsche Gesellschaft für Forschung und Technologie e.V. (Hrsg.): Zur Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Heft 1 (1981), S. 87-98

Rammstedt, O.: Betroffenheit - was heißt das? In: Klingemann, H.D., Kaase, M. (Hrsg.): Politische Psychologie. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift. Sonderheft 12 (1981), S. 45-463

Rammstedt, O.: Krisenverhalten. In: Matthöfer, H. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Villingen, 1977, S. 40-65

Rammstedt, O.: Soziale Bewegung. Frankfurt/M. 1978

Raschke, J.: Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 36/80, 6.9.1980, S. 23-46

Raschke, J.: Politischer Paradigmawechsel in den westlichen Demokratien. In: T. Ellwein (Hrsg.): Politikfeld-Analysen 1979. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW: Augsburg 1979. Opladen 1980, S. 284-299

Renn, O.: Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken. Kurzfassung der gleichnamigen Berichtreihe der KFA Jülich. Jül-Spez-97: Jülich 1982

Renn, O.: Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken. Jülich-Spez. 47 BdI-VI Kernforschungsanlage Jülich: Januar 1981

Reichardt, R.: Wertstrukturen im Gesellschaftssystem - Möglichkeiten makrosoziologischer Analysen und Vergleiche. In: H. Klages, P. Kmieciak (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Campus, Frankfurt/New York 1979, S. 23-40

Reichel, P.: Politische Kultur der Bundesrepublik. Opladen 1981

Rescher, N.: What is Value Change? A Framework for Research. In: K. Baier/N. Rescher (Hrsg.), Values and the Future. Blackwell, New York 1969

Röglin, H.Ch.: Sozialpsychologische Aspekte der Kernenergie. Atomwirtschaft-Atomtechnik 22 (1977), S. 20-23

Rönsch, H.D.: Die Wählerbasis der Grünen - Sozialstruktur und Einstellungen - In: L. Mez/U. Wolter (Hrsg.), Die Grünen vor der Wahl. Wolter: Berlin 1980, S. 15-31

Rönsch, H.D.: "Neue Werte" und Politik. Unveröffentlichte Habilitationsschrift, Bielefeld 1981

Rudolph, W.: Die amerikanische "Cultural-Anthropology" und das Wertproblem. Dunker/Humblot: Berlin 1959

Ruske, B., Teufel, D.: Das sanfte Energie-Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980

Slovic, P., Kunreuther, H., White, G.F.: Decision processes, rationality and adjustment to natural hazards. In: White, G.F. (Hrsg.). Natural hazards: Local, rational, global. Random: New York 1974, S. 187-205

Slovic, P., Lichtenstein, S., Fischhoff, B.: Images of Disaster: Perception and acceptance of Risks from Nuclear Power. In: Goodman, G.T., Rowe, W.D.: Energy Risk Management. Academic Press: London/New York/Toronto/Sydney/San Francisco 1979, S. 223-245

Spiegel: Waldsterben - Viel zu spät. Der Spiegel 1983, Heft Nr.9, S. 96-97

Schott, W., Teufel, D.: Kohle"veredelung" - Ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte. Heidelberg: IFEU-Bericht Nr. 13, 1981

Strasser, J., Traube, K.: Die Zukunft des Fortschritts. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1981

Strümpel, B.: Die Krise des Wohlstandes. Kohlhammer, Stuttgart 1977

Tageszeitung: Kongreß zur Kohletechnologie, 23.10.1981

Teufel, D.: Energiepolitische Aspekte von Kohleumwandlungsprogrammen. Technik Kontrovers (3) 1983, Heft Nr. 3, S. 42-49

Thom, E.: The Emergence, Development and Effectiveness of the Nuclear Protest Movement. In: Küppers, G., Novotny, H. (Hrsg.): The Impact of the Nuclear Controversy on Decision Making Structures. Report Wissenschaftsforschung 15, Bielefeld 1979, S. 21-82

Thome, H.: Legitimationstheorien und die Dynamik kollektiver Einstellungen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1981

Touraine, A. u.a.: Die antinukleare Prophetie. Campus: Frankfurt/New York 1982

Ulrich, O.: Weltniveau: Rotbuch: Berlin 1979

Vester, M.: Von neuen Plebejern, Emanzipation und Massenstreiks. In: Frankfurter Rundschau 78 (1983), 5.4.83, S. 14-15

Weinberg, A.M.: Science and trans-science. Minerva 1972, S. 209-222
The Limits of Science and Trans-Science. Interdisciplinary Science Review 1977, S. 337-342

Weingart, P.: Wissenschaft im Konflikt zur Gesellschaft zur De-Institutionalisierung der Wissenschaft. J.v.Krueger/K.v. Schubert (Hrsg.): Technikfolgen und sozialer Wandel. Köln 1981, S. 205-224

Wiesenthal, H.: Alternative Technologie und gesellschaftliche Alternativen
Bechmann, G. u.a. (Hrsg.): Technik und Gesellschaft - Jahrbuch 1: Campus, Frankfurt/M 1982, S. 78

Wünschmann, A.: Unbewußt dagegen - Zur Psychologie der Kernenergiekontroverse. Bonn aktuell: Stuttgart 1980

Yankelovich, D.: The New Morality - A Profile of American Youth in the 70's, New York 1974